

Editorial; Verlagsmitteilungen.....	319
Ines Philipp <i>Ruinen</i>	324
Gerhard Schoenberner <i>Die große Hoffnung</i>	327

Zu Politik und Theorie einer neuen Linken

Ingar Solty <i>Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei</i>	329
--	-----

Frigga Haug <i>Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik</i>	348
--	-----

Wolfgang Fritz Haug <i>Axiome eines Neuanfangs Über die philosophische Aktualität von Karl Marx</i>	363
--	-----

* * *

Fredric Jameson <i>Kulturrevolution</i>	375
--	-----

Darko Suvin <i>Im Innern des Walfischs oder Wie leben, wenn der Kommunismus eine Notwendigkeit, aber keine Gegebenheit ist?</i>	383
--	-----

Fortsetzung auf S. II

Redaktion dieser Ausgabe
Wolfgang Fritz Haug (Koordination),
Daniel Fastner, Frigga Haug,
Peter Jehle, Ingar Solty

Rezensionsredaktionen
Mario Candeias (Ökonomie)
Claudia Gdaniec (Frauenredaktion)
Wolfgang Fritz Haug (Philosophie)
Peter Jehle (Literatur)
Erwin Riedmann (Soziologie)
Ingar Solty (Soziale Bewegungen und Politik)
Thomas Weber (Kultur)
Gerhard Zimmer (Pädagogik)

Gesamtkoordination Vanessa Lux

Redaktionsbüro
Reichenberger Straße 150 · D-10999 Berlin
Tel. +49-(0)30-611 41 82 · Fax -611 42 70
redaktion@argument.de · www.inkrit.org

Buchhandelsauslieferung
Prolit Verlagsauslieferung
Tel. +49-(0)6 41-4 30 71 · Fax -4 27 73

Einzelbestellungen und Abonnementsverwaltung
Argument Versand
Reichenberger Straße 150 · D-10999 Berlin
Tel. +49-(0)30-6 11 39 83 · Fax -6 11 42 70
versand-argument@t-online.de

Loïc Wacquant <i>Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität</i>	399
Mario Candeias <i>Das »unmögliche« Prekariat. Antwort auf Wacquant</i>	410
Personenangaben; Zeitschriftenschau; Summaries	468

Besprechungen

Philosophie

<i>Marx-Engels-Werke</i> , Bd. 1, Neuauflage (Thomas Marxhausen).....	424
Levine, Norman, <i>Divergent Paths. Hegel in Marxism and Engelsism.</i> Vol. 1: <i>The Hegelian Foundations of Marx's Method</i> (Andreas Arndt).....	424
Musto, Marcello (Hg.), <i>Sulle tracce di un fantasma. L'opera di Karl Marx tra filologia e filosofia</i> (Frieder Otto Wolf)	427
Höсле, Vittorio, <i>Der philosophische Dialog. Eine Poetik und Hermeneutik</i> (Manfred Hinz)	429
Hartle, Johan Frederik, <i>Der geöffnete Raum. Zur Politik der ästhetischen Form</i> (Tilman Reitz)	431

Sprache und Literatur

Galster, Ingrid (Hg.), <i>Sartre devant la presse d'occupation.</i> <i>Le dossier critique des »Mouches« et »Huis clos«</i> (Peter Jehle).....	433
Galster, Ingrid (Hg.), <i>Sartre et les juifs</i> (Peter Jehle)	433
Maas, Utz, <i>Verfolgung und Auswanderung deutschsprachiger Sprachforscher 1933-1945</i> (Clemens Knobloch).....	436

Soziologie

Kurz-Scherf, Ingrid, Lena Correll u. Stefanie Janczyk (Hg.), <i>In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel</i> (Ingrid Jungwirth).....	438
Rerrich, Maria S., <i>Die ganze Welt zu Hause. Cosmibile Putzfrauen in privaten Haushalten</i> (Ingrid Jungwirth)	438
Lutz, Helma, <i>Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung</i> (Ingrid Jungwirth)	438
Blickhäuser, Angelika, u. Henning von Bargen, <i>Mehr Qualität durch Gender-Kompetenz. Ein Wegweiser für Training und Beratung im Gender Mainstreaming</i> (Ulrike Gschwandtner).....	442

Fortsetzung auf S. V

Editorial

Anlass dieses Heftes ist die Gründung der Linkspartei. Was geht das eine Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften an? Hegemonie, heißt es bei Gramsci, ist eine »philosophische Tatsache« (vgl. *Gefängnishefte*, H. 10.II, §12). Entsteht eine im Parteiensystem relevante sozialkritische Kraft, drückt sich darin ein zuvor noch instabiles gegenhegemoniales Feld aus, das seinerseits eine Erosion des Machtblocks anzeigt. Die Neugründung wirkt ihrerseits wie ein kollektiver Intellektueller, der, auch wenn den Machtpragmatikern Gramscis Sprache zunächst merkwürdig vorkommen mag, »eine Reform der Bewusstseins- und der Erkenntnismethoden« bewirkt (ebd.). Damit verändern sich auch die Bedingungen kritischer Wissenschaft. Ihre Fragen und Vorschläge erhalten eine Chance, aus dem Schattendasein herauszukommen.

Wer die Gegenwart geschichtlich denkt, begreift die Neugründung als historischen Einschnitt. Ein kaum mehr für möglich gehaltenes, in der alten BRD immer wieder gescheitertes Projekt, eine sozialistische Partei links von der SPD zu etablieren, ist damit Wirklichkeit geworden. Noch vor der formellen Gründung hat sie bereits dazu beigetragen, nicht nur die sozialdemokratische Rhetorik nach links zu verschieben, sondern auch der Forderung nach einem Mindestlohn Nachdruck zu verleihen.

Die *Argument*-Editorials der letzten Jahrzehnte spiegeln die Entwicklung, die nun in die neue Partei eingemündet ist. Im Rückblick taucht zunächst die Vorgeschichte der rot-grünen Regierung auf. Als der Übergang zum High-Tech-Kapitalismus dem fordistisch geprägten »sozialdemokratischen Zeitalter« ein Ende bereitet hatte, war die Partei der Grünen entstanden. Die SPD versuchte eine Modernisierung ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik. Dies ohne Selbstverleugnung zu tun, war Anspruch des Wahlprogramms von 1989/90, das wir unter dem Titel »Lafontaine-Projekt« analysiert haben (siehe das gleichnamige *Argument*-Heft 174 vom Frühjahr 1989). Was diesen Politikentwurf um seine Chancen gebracht hat, war die kurze Euphorie der »Wiedervereinigung«. Wenn die Deutschen damals momentan als das »glücklichste Volk der Welt« (Momper) wirkten, so war das in der noch bestehenden DDR durch die Währungsunion, im Westen durch die ökonomische »Wiedervereinigungskonjunktur« befördert. Doch die abrupte Einführung der D-Mark zerstörte die DDR-Ökonomie und damit Millionen von Berufsperspektiven. Die bis heute aufzubringenden gigantischen Folgekosten, auf die Lafontaine vergeblich hinwies, wurden zur Belastung für Staat und Wirtschaft.

Knapp zehn Jahre später wirkte Lafontaine als Architekt der »rot-grünen« Regierung unter Gerhard Schröder. Der aber vollführte gegen ihn die neoliberale Wende, und Lafontaine legte sein Ministeramt zusammen mit dem SPD-Vorsitz nieder. »Austritt aus der Sozialpolitik – Eintritt in den Krieg«, titelte unsere Analyse (*Arg.* 230, Frühjahr 1999). Die Bedingungen linker Politik hatten sich verbessert, indem sie sich unmittelbar verschlechterten: Der »rot-grüne« Marsch in den Krieg gegen

Jugoslawien«, heißt es im Editorial, »hat ein Vakuum hinterlassen, das eine gerichtete Instabilität in die Parteienlandschaft gebracht hat. Die Niederlage der Rechten hatte der Linken bei den Wahlen den Sieg beschert. Nun besiegte das Wahlergebnis die Linke.« Die in deren Namen an die Macht Gelangten regierten nicht in deren Sinn. Ohne viel Federlesens traten sie in einen Krieg ein und drängten in neoliberale Positionen. Musste man nicht, wie Ignacio Ramonet meinte, »die Linke neu erfinden?« Die PDS war als einzige Gegnerin der Verbindung von Sozialabbau und Krieg übriggeblieben. Doch die Erwartung, die von ihrer Partei verlassenen Sozialdemokraten würden in nennenswertem Umfang zur PDS übertreten oder sie wenigstens wählen, und die Hoffnung, die Massenstimmung gegen den Krieg würde sich in Stimmenmassen für die Antikriegspartei äußern, wurden enttäuscht. Zuletzt war es der Widerstand gegen den Irakkrieg, was der Regierung Schröder noch einmal eine knappe Mehrheit eintrug, während sich die PDS auf den marginalen Status zweier dank Direktwahl ins Parlament gelangter Abgeordneter zurückgeworfen fand.

Wenig später haben die »Hartz-Gesetze« als neoliberale Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit und die Erosion der Sozialsysteme das Protestpotenzial anschwellen lassen. »Wie ein Lauffeuer breitet die Unzufriedenheit sich aus«, registriert das Editorial im Sommer 2004 (*Arg.* 256). »Innerhalb von zwei Jahren hat sich die Zahl derer, die von den Parteien enttäuscht sind, fast verdoppelt. [...] Die vier im Bundestag vertretenen Fraktionen unterscheiden sich in der sozialen Hauptfrage einzig darin, ob ihnen die sozialen Einschnitte tief genug sind oder nicht. Daher wächst die Zahl derer, die sich von keiner von ihnen mehr vertreten fühlen. [...] Die SPD hat so viel von ihrer Stammwählerschaft [...] links liegen lassen, dass das Vakuum der politischen Vertretung dieser Potenziale in Hohlform eine neue Partei erkennen lässt.«

Ein Jahr später war es so weit. Die Hohlform füllte sich. »Untergang der deutschen Linksregierung – Aufstieg der Linkspartei« diagnostizierte die Überschrift des Editorials (*Arg.* 262/2005). Das Wahlbündnis aus PDS und WASG-Mitgliedern war mit mehr Sitzen als die Grünen in den Bundestag eingezogen. »Wenn die Exponenten der organisatorisch erst noch zu schaffenden Linkspartei sich als lernfähig erweisen und weiterhin so geistesgegenwärtig handeln, wie sie es beim Wahrnehmen dieser geschichtlichen Chance getan haben, werden sie den neu gewonnenen Platz im Parteiensystem auf Dauer behaupten.« Es hat zwei weitere Jahre gebraucht, bis die beiden Parteien ihre Vereinigung formell vollzogen. Nun geht es darum, sich in den Widersprüchen zu bewegen, ohne sich von ihnen zerreißen zu lassen. Das Problem der Probleme auf diesem Wege, die Vermittlung von Nah- und Fernzielen, auch die Verbindung von Demokratie und Sozialismus, ohne eines dem andern zu opfern, ist nirgends so radikal vorgedacht wie bei Rosa Luxemburg. Dies auszuleuchten ist ein Beitrag zur Diskussion über einen Weg, der nicht schon wieder, wie bei den Grünen, mit der Aufsaugung durch den Neoliberalismus enden soll. Auf diesem Weg sind viele Hürden zu nehmen. Nicht zuletzt gilt es, der notorischen parlamentarischen Entfremdung von den sozialen Bewegungen zu widerstehen. Dabei muss die neue Partei Anforderungen gerecht werden, die zum Teil so widersprüchlich sind, dass

political correctness, insofern sie dem klaren Durchsprechen von Widersprüchen im Weg steht, genauso an ihnen scheitern müsste wie jeder Fundamentalismus. Verlangt ist jenes »Operierenkönnen mit Antinomien« (Brecht), das den Sozialismus-Gesprächen des InkriT von 2002 als methodische Richtschnur zugrunde liegt.* In Gestalt der Linkspartei hat diese Ost-West-Beratung über Handlungsmöglichkeiten und die Methodik sozialistischer Politik heute ihren Adressaten gefunden. Ob er sich ihrer bedienen wird, ist eine andere Frage. Wir wissen nur Eines: Ohne kritische Kapitalismusanalyse und konkret in die Probleme und Konfliktfronten eingreifende linke Theorie und permanente Kritik der Limitationen der parlamentarischen Demokratie wird es keine linke Politik geben, die von Dauer ist. Und erst die Geschichte wird erweisen, wie tief der historische Einschnitt ist, der momentan in der Gründung der Linkspartei seinen Ausdruck findet. An Frankreich lässt sich beobachten, wie eine im entwickelten Kapitalismus unübertroffene Stärke sozialer Bewegungen in schlimmsten Katzenjammer umschlagen kann. Die »Bewegung der Bewegungen«, die den neoliberalen Verfassungsentwurf zu Fall brachte und die rechte Regierung beim Entlassungsgesetz in die Knie zwang, versagte vor der Aufgabe, ihre Anliegen ins Feld des Politischen zu übersetzen. Die Parteienlandschaft links der SP ist in Sekten zerfallen und die SP selbst wird zerrieben. Das gibt einen Eindruck davon, was uns blühen könnte, sollte die Linkspartei an der Aufgabe scheitern, Brücken zu schlagen und Widersprüchliches zusammenzuführen. Gelingt ihr das aber, wird ihr Erfolg auf ganz Europa ausstrahlen.

Eric Hobsbawm zum Neunzigsten

Eric Hobsbawm, dessen politisch-ethischer Haltung wir nicht weniger verdanken als seinem grandiosen Werk marxistischer Geschichtsschreibung, ist am 9. Juni neunzig geworden. Im Kriegs- und Revolutionsjahr 1917 geboren, hat er Zeit seines bewussten Lebens als unbestechlicher »Apostel im Klassenkampf« (Patrick Bahners in der *FAZ*) gewirkt – zuerst im Sozialistischen Schülerbund in Berlin, dann als Mitglied der britischen Kommunistischen Partei bis zu ihrer Auflösung 1991, seither als der große alte Mann kritisch-marxistischer Geschichtsschreibung. Die von ihm zusammen mit Christopher Hill und Edward P. Thompson gegründete Zeitschrift *Past and Present* hat schon vor vierzig Jahren Tim Mason in den *Argument*-Zusammenhang eingebracht. Das Institut für kritische Theorie (InkriT) und sein *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* werden von Hobsbawm als Mitglied ihres Kuratoriums ebenso unterstützt, wie der Argument-Verlag ihm für die Einleitung zu seinem politisch-theoretischen Bestseller, der »Modernen Ausgabe«

* *Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden*, hgg. v. Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug, unter Mitwirkung von Erhard Crome, Frank Deppe, Jutta Held, Wolfgang Küttler, Susanne Lettow, Peter von Oertzen, Lothar Peter, Jan Rehmann, Thomas Sablowski, Christoph Spehr, Jochen Steinhilber, Christoph Türcke und Frieder Otto Wolf. Erhältlich ist das Buch für 8 € (portofrei) beim Argument-Buchladen; frei zugänglich ist es als Online-Ausgabe unter www.inkrit.de.

des *Kommunistischen Manifests* und dessen Hörbuchfassung zu danken hat. Der Kommunismus, um es noch einmal in der Sprache der *FAZ* zu sagen, in der zynische Ironie mit unwillkürlicher Anerkennung kämpfen, war und ist für Eric Hobsbawm »eine Art Exzellenzinitiative zur Weltrettung«. In der Tat zeugt es von eigentlicher »Exzellenz«, sich wie Hobsbawm den herrschenden Eliten zu verweigern und den sozialen Bewegungen, zumal der demokratisch-kommunistischen und linkssozialistischen die Treue zu halten. Der Atem, der ihn dabei beseelt, kommt von weit her. Dies kam in einer Sendung zum Ausdruck, die der BBC vor Jahren zu seinen Ehren veranstaltete und in der er, der in den 1950er und 60er Jahren unter dem Pseudonym Francis Newman die Jazzrubrik des *New Statesman* betreut hatte, aus seinem Leben erzählen und dazwischen Musikwünsche äußern konnte. »Nun kommt etwas wirklich Kämpferisches«, sagte er, und ließ den ersten Satz von Bachs Kantate *Ein feste Burg ist unser Gott* auflegen. Wer diese kämpferische, die Vielstimmigkeit der Gemeinde in ihrer Polyphonie unvergleichlich zum Ausdruck bringende Musik gehört hat, spürt, was ihn dabei bewegt haben muss. Hobsbawm weiß, dass eine Befreiung, die nur im Jetzt anheben und keine rettende Kritik an den Gestalten der Vergangenheit üben würde, keine wäre.

WFH

Themenausschreibung

Argument 273 wird Ende 2007 unter dem Titel *Liebesverhältnisse* als Doppelheft erscheinen. Gesucht sind noch Beiträge über literarische und filmische Verarbeitungen von Liebe in unterschiedlichen Kulturen und historischen Epochen; eine Untersuchung zum Liebesbegriff der Kritischen Theorie und ein Text zur Positionierung von Liebe in feministischen Utopien. »Liebesverhältnisse« nennen wir dieses Buch, weil wir nicht hauptsächlich über Liebesbeziehungen nachdenken, sondern mit »Liebe« sowohl in sich als auch untereinander artikulierte und zusammengehaltene gesellschaftliche (familiale, politische, religiöse usw.) Verhältnisse untersuchen wollen. Angebote oder Exposés bitte an Frigga Haug <friggahaug@aol.com>, Gundula Ludwig <gundula.ludwig@univie.ac.at> und Thomas Pappritz <pappritz@web.de>.

Verlagsmitteilungen

Wissenschaft

Erschienen ist das lange erwartete Buch von Bob Jessop, *Kapitalismus, Regulation und Staat* (Theoretische Schriften, hgg. von Bernd Röttger und Victor Rego Diaz, Berliner Beiträge zur kritischen Theorie 5, Argument Sonderband 302, ISBN 978-3-88619-332-5). Der Staat bildet ein umkämpftes Terrain. Einerseits steht er als spezifischer Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse am Ende einer Kette sozialer Auseinandersetzungen, andererseits fungiert er als integraler Bestandteil der gesellschaftlichen Kämpfe selbst. Staatstheorie steht daher zu Recht im Mittelpunkt einer kritischen Gesellschaftsanalyse, die die sozialen Kämpfe um die Reproduktion und Transformation von Herrschaft beschreibt. Robert Jessop nimmt die Krise der dem Fordismus immanenten Staatsprojekte, die Tendenzen der Aushöhlung, Internationalisierung und Dezentralisierung der keynesianischen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten und die Herausbildung neuartiger Governance-Strukturen zum Anlass für eine kritische Ortsbestimmung materialistischer Staatstheorie. In vielfältigen Anschlüssen an die staatstheoretischen Überlegungen von Karl Marx oder Antonio Gramsci, die formationstheoretischen Analysen von Nicos Poulantzas oder die ökonomietheoretischen Bestimmungen der französischen Regulationstheorie entwickelt Jessop einen »strategisch-relationalen Ansatz«, um die Veränderungen von Staatlichkeit, die Dynamiken der Beziehungen von Staat und Gesellschaft und die Verhältnisse von Ökonomie und Politik im aktuellen Kapitalismus exakter bestimmen zu können.

Erschienen ist auch *Forum Kritische Psychologie* 51: Sozialpsychiatrie / Persönliche Assistenz, Empowerment / Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit / Evaluationsforschung, Erinnerungsarbeit. Dieses 51. Heft wurde von einer externen Redaktionsgruppe, Schülern der bisherigen Redaktionsgruppe gestaltet. Maxime auch ihrer Arbeit ist das in *FKP* 3 aufgestellte Programm, Kritische Psychologie nicht als »fixierten Kanon von Kategorien und Methoden, sondern als eine bestimmte Art wissenschaftlicher Entwicklung unter fortwährender kritischer Überprüfung und Veränderung der bisherigen Prämissen« zu begreifen. Das umfasst sowohl die kritische Weiterentwicklung der Theorie als auch die zum Eingreifen befähigende Erforschung der empirischen Wirklichkeit mit dem Ziel, zur Befreiung von fremder Verfügung und eigener Unterwerfung beizutragen. Es schreiben: Erich Wulff, Heiner Keupp, Ulrike Eichinger, Michael Zander, David Vossebrecher, Karin Jeschke, Gesa Köbberling, Vanessa Lux, Jochen Kalpein, Morus Markard, Frigga Haug.

Nachrichten aus dem Patriarchat

Ruinen

Nach der Wende verschwanden die politischen Diskussionen aus unserer Familie. Da sie einen großen Teil der Gespräche bestimmt hatten, blieb nicht viel zu sagen. Stumm und ungläubig blickten meine Eltern auf das Werk ihrer neuen Nachbarn. Wo wir gestritten und einander Meinungen an den Kopf geworfen hatten, solange Sozialismus uns trotzdem alledem als lohnende Aufgabe erschien, schlich sich in unsere Mitte, was wir als das »ewig Gestrige« zu beurteilen gelernt hatten. Ich schluckte mein Entsetzen hinunter, als ich zum ersten Mal meinen Vater die *Bildzeitung* und die *Super Illu* lesen sah. Auf meine sich nach oben kämpfende Frage, ob dies nun seinen Horizont darstelle, gab es nur ein hingemurmeltes: »Naja, so ist das jetzt eben.«

Der Blick meiner Mutter verengte sich auf alte Rollenmuster: Haushalt und Essen, Krankheit und Kleider. Nur einmal seufzte sie: »Ach, du hast doch gar keine Ahnung, wie man sich fühlt, wenn alles, was man bisher getan hat, Mist ist.«

Obwohl ich den Grad der Zerstörung erahnte, verweigerte ich das Verständnis und übte mich in der Ungerechtigkeit alleingelassener Kinder. Fortan beobachtete ich von außen die zaghaften Versuche meiner Eltern sich im wiedererstandenen Kapitalismus einzurichten. Da sie gebildete Menschen waren und zudem Marxismus-Leninismus in Parteihochschulen studiert hatten, rechnete ich damit, dass sie die Machenschaften geldgieriger Eroberer durchschauen würden. Aber sie glaubten wohl doch eher deren Versprechungen, wonach das neue Glück auf der Straße liege und nur noch ergriffen werden müsse.

Meine Mutter, damals 47, Ingenieurökonomin, Abteilung Außenhandel, und mein Vater, 53, Diplomingenieur für Eisenhüttenkunde, Abteilungsleiter, hatten mehr als 20 Jahre ihres Lebens im Stahlwerk verbracht. Jeder Stein des Betriebes war ihnen vertraut. Sie kannten jeden aus der Belegschaft und waren ausgefüllt von den Problemen rund um ihre Arbeit. So zumindest war es mir vorgekommen, wenn ich ihre Gespräche beim Abendbrot verfolgte. Als sie die Arbeit verloren, wurde alles anders. Meinen Vater, ich weiß nicht mehr genau, ob gleich oder etwas später, schickte die neue Betriebsleitung mit einer Übergangsregelung ins Frührentnerdasein. Meine Mutter war eine von viertausend anderen Entlassenen ohne Abfindung. Da sie aber beide nicht zu Hause herumsitzen wollten, mein Vater zudem leidenschaftlicher Stahlwerker war, begaben sie sich auf den Weg in die Selbständigkeit. Dieser führte zunächst in den Vertrieb von Elektroden. Die guten Kontakte meines Vaters in Stahlwerken der ehemaligen Bruderländer nutzte ein Händler aus Nürnberg. Er schickte meine Eltern durch die Lande und tat sich schwer mit der Bezahlung. Sie aber hatten alle diese Fahrten vorfinanziert und ihr Geld verbraucht. Sie warfen das Handtuch und meinten lakonisch: »Da kannst du nichts machen. Wir haben eben nichts mehr zu sagen.« Sie sattelten auf zwei andere Pferde um. Beim einen ging es um den

Verkauf von Amway-Produkten. Über ein Schnellballsystem versprach die Firma gigantische Aufstiegschancen. Für meine Eltern ergaben sie sich nicht, obwohl sie an Treffen teilnahmen, wo sie erfuhren, sie müssten nur fest daran glauben und immer wieder potenzielle Käufer ansprechen. Beim zweiten Job ging es darum, dass eine Modegestalterin ihre Sachen in die Geschäfte zu bringen versuchte. Während mein Vater im Elektrodengeschäft die Verhandlungen und meine Mutter die Bücher geführt hatte, übernahm meine Mutter nun beides. Klamotten waren nichts für meinen Vater. Er fuhr nur noch das Auto. Der Vertrieb lief schleppend, aber meine Mutter gab nicht auf. Optimistisch lobte sie sich die Sachen schön. Sie war selbst begeisterte Hobbyschneiderin. Doch so gut meine Mutter ihre Bücher im Griff hatte, so wenig klappte es offenbar bei ihrer Fabrikantin. Als ich eines Tages meine Eltern besuchte, fehlten die vollen Kleiderständer, die sonst die Wohnung verstellten. Meine Mutter schwärmte jetzt von einem eigenen Laden. Welche Art dieser denn sein solle, fragte ich voller Zweifel. Sie klärte mich auf, dass die Bank einem Bekleidungsgeschäft mit kleiner Schneiderei angesichts der Marktlage nicht zustimme, wohl aber einer Ladengalerie mit Wohnzubehör, wie Geschirr, Besteck und allerlei teurem Plunder, der fremde Wohnungen verschönern sollte. In der kleinen Galerie hätten mein Bruder und andere hoffnungsvolle junge Adepten der Kunst die Möglichkeit, ihre Bilder zu verkaufen. Meiner Mutter leuchteten die Augen. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass sich die Leute unserer Kleinstadt, die schnell gelernt hatten, hinter Schnäppchen und Billigangeboten herzujagen, für Wohnaccessoires oder Kunst interessierten. Die Sachen waren zudem viel zu teuer für sie. Aber ich wollte meiner Mutter den Elan nicht nehmen und flüchtete in Detailfragen: Standort, Miete usw. Ich erfuhr, dass sie bereits einen Zehnjahresmietvertrag unterzeichnet hatte. Die Miete war angesichts der zu erwartenden Einnahmen viel zu hoch.

Mein Vater sagte nichts. Jetzt, da er nicht mehr der Impulsgeber der elterlichen Zweisamkeit war, während die beiden doch zugleich von seiner Rente lebten, stand er in den ersten Jahren ziemlich mürrisch im Laden herum. Die Kasse klingelte in diesem nur zu Weihnachten und Ostern. Meine Mutter hatte nicht nur damit zu tun, ihre wachsende Verzweiflung zu verbergen, sondern jetzt auch noch meinen Vater bei Laune zu halten. Hin und wieder eingestreute Bemerkungen, wie »Auf deinem Konto ist ja nichts«, ließen mich ahnen, dass das kollegiale Miteinander sich in ein patriarchales Verhältnis verwandelt hatte, in dem der nutzlos gewordene Stahlwerker meine Mutter spüren ließ, wer noch Geld ins Haus brachte und also das Sagen hatte. Er half ihr nicht. Wir stritten uns. Ich warf ihm Boykottversuche und Erpressung vor. Als er keine Worte mehr fand, sprang ihm meine Mutter zur Seite. Überhaupt klammerten sich meine Eltern immer verzweifelter aneinander, je weniger sie miteinander verband und je nutzloser sie in der neuen Gesellschaft waren. Das ging so weit, dass mein Vater, der früher im gesamten Osten umhergereist war, das Haus kaum noch verließ und auch meiner Mutter sogar verwehrte, mich in der nur sechzig Kilometer entfernten größeren Stadt zu besuchen. Ich gab auf und hielt mich aus ihren Angelegenheiten heraus. Mein Vater verlegte sich schließlich aufs Bilderrahmen, was nur dann von Interesse ist, wenn die dazugehörigen Bilder es sind.

Die jungen Künstlerinnen und Künstler jedenfalls verkauften kaum etwas. Meist gab es nur interessierte Nachfragen. Manchmal kamen Kunden, die zu ihrer grünen Couch oder dem Perserteppich den passenden Rahmen für ein Bild suchten, das sie nach demselben Kriterium ausgesucht hatten.

Eines Tages, als ich meine Eltern im Laden besuchte, der das Haus mit einem Möbelgeschäft namens »Schöne neue Wohnwelt« teilte, hörte ich, wie jemand meinem Vater, der für mich nie wirklich aufgehört hatte, Leiter im Stahlwerk zu sein, kleine Reparaturaufgaben zuteilte. Als meine Mutter mir verriet, dass er sich als Hausmeister in der schönen neuen Wohnwelt etwas dazuverdiente, war dies das Ende zugleich meiner Familie und des Sozialismus. Mein Vater als Hausmeister in einem Möbelgeschäft, meine Mutter verschuldet in einem Laden, den keiner brauchte!

Letzten Sommer atmeten wir auf. Meine Mutter ging in Rente. Mit dem Alptraum, der mehr als zehn Jahre gedauert hatte, löste sich das Schweigen. Meine Mutter rief mich an und redete mehr als eine Stunde darüber, dass keinesfalls alles falsch war, was sie früher gelernt hatte. Ich kam kaum zu Wort. Siebzehn Jahre nach der Wende. Jetzt wollen sie reisen.

Ines Philipp

Von Rosa Luxemburg lernen



Frigga Haug
Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik
 Argument Sonderband 300
 ISBN 978-3-88619-350-9
 16,50 € [D]

»Ich habe das Bedürfnis, so zu schreiben, dass ich auf die Menschen wie ein Blitz wirke, sie am Schädel packe durch die Weite der Sicht, die Macht der Überzeugung und die Kraft des Ausdrucks.«

Rosa Luxemburg

Die meisten Menschen kennen den Namen Rosa Luxemburg. Bekannt ist auch, dass sie ermordet wurde, im Landwehrkanal ertränkt. Einige erinnern ihr berühmtes Wort von der Freiheit, die stets die Freiheit der Andersdenkenden sei. Schon wenige wissen, dass sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung eigentlich nie wirklich zum Zuge kam und vor allem dass in ihren politischen Vorschlägen, ihren zahlreichen Texten Unabgeholtes steckt für gegenwärtige Politik. Das Buch rückt einiges ins Licht der Diskussion, vermisst Gegenwart im Spiegel Rosa Luxemburgs. Unter dem Vergangenen und Unwiederholbaren arbeitet Frigga Haug die Aktualität von Rosa Luxemburg heraus.

Im Buchhandel oder vom Argument-Versand: Reichenberger Str. 150
 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · versand@argument.de

 Argument
www.argument.de

Gerhard Schoenberner

Die große Hoffnung

Traum der Armen
Hoffnung der Besten
versteinert, da leblos
zerbrochen, da unbiegsam
Staub geworden, da zertreten
Welche Entwicklung
Sie war vermeidbar
Sie war folgerichtig
Sie ist unumkehrbar

Die schon am Ende schienen
längst widerlegt und überführt
öffentlich angeklagt
ihrer Verbrechen
aber noch an der Macht
natürliche Feinde aller Besitzlosen
nennen sich Sieger der Geschichte
Der Untergang der anderen
sagen sie, sei ihr Verdienst
Die Verbrechen der anderen
sind ihr Argument

Die jetzt am Ende scheinen
öffentlich angeklagt
der Unbelehrbarkeit
Anhänger der großen Hoffnung
trotz allem, sind nicht widerlegt
Eine Jahrhundertchance
ging verloren. Die Geschichte ist
noch nicht am Ende. Sie geht weiter
Und weiter gehen die Kämpfe
nicht um das Paradies. Aber
um ein menschenwürdiges Leben.

Berliner Beiträge zur kritischen Theorie

Band 1

Institut für kritische Theorie

Brecht – Eisler – Marcuse 100 · Fragen kritischer Theorie heute
Argument Sonderband 266 · ISBN 978-3-88619-266-3 (vergriffen)

Band 2

Jan Rehmann

Postmoderner Links-Nietzscheanismus
Argument Sonderband 298 · ISBN 978-3-88619-298-4

Band 3

Wolfgang Fritz Haug

Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern
gefolgt von Sondierungen zu Marx / Lenin / Luxemburg
ISBN 978-3-88619-329-5

Band 4

Frigga Haug

Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik
Argument Sonderband 300 · ISBN 978-3-88619-350-9

Band 5

Bob Jessop

Kapitalismus, Regulation, Staat · Ausgewählte Schriften
Argument Sonderband 302 · ISBN 978-3-88619-332-5

Band 6

Richard Heigl

Oppositionspolitik · Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken
Argument Sonderband 303 · ISBN 978-3-88619-333-2

Band 7

Mario Candeias

Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie
Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise
Argument Sonderband 299 · ISBN 978-3-88619-299-1 (2., verbesserte Auflage)

Band 9

Domenico Losurdo

Nietzsche, der aristokratische Rebell
Intellektuelle Biographie und kritische Bilanz
Argument Sonderband 304 · ISBN 978-3-86754-304-0 (in Planung)

 Argument
www.argument.de

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand:
Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Fax: 030 / 61 | 42 70, versand@argument.de

Ingar Solty

Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei

»Es gibt Jahrzehnte, in denen nichts geschieht, und Wochen, in denen Jahrzehnte geschehen.« (Lenin) In solchen historischen Momenten steigt nicht bloß die Bedeutung von Ideenkämpfen und die Freiheit der sozialen Akteure, die sie bestimmenden gesellschaftlichen Strukturen zu verändern, sondern hängt auch der Fortlauf der Geschichte häufig von Zufällen und Einzelpersonen ab. In unserer Epoche des Pessimismus, Relativismus und der *posthistoire*, in der die mediale Öffentlichkeit einschließlich der warenästhetisch Wissen produzierenden Universitäten ihrem Publikum gleichzeitig fortlaufend Ereignisse mit historischem Charakter und Niedergewesenes vorgaukelt und der Revolutionsbegriff allenfalls noch in der Werbung, weniger als ernsthafter Begriff eine Rolle spielt, ist es nicht einfach, historisch zu denken und historische Zeitverdichtungen zu erfassen. Solcherart Denken gilt es den kulturvernichtenden Medien, die selbst noch unsere geschichtliche Verantwortung und Verortung zum quotenheckenden Spektakel machen, abzurigen. Im Folgenden soll ein solcher Versuch gemacht und die Aufmerksamkeit auf die historische Umbruchsituation gelenkt werden, in der wir uns allem Anschein nach befinden.

1. Neoliberale Transformation der Sozialdemokratie und Aufstieg der Linkspartei: Ein Rückblick

Ein Symptom dieses Umbruchs ist der Aufstieg einer politischen Linkskraft in Deutschland. Nach nicht ganz zwei Jahren Präsenz im deutschen Bundestag als gemeinsame Fraktion der im Westen von SPD-Dissidenten und Linksgewerkschaftern initiierten *Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit* (WASG) mit der ostdeutschen Volkspartei PDS seit September 2005, dem erstmaligen souveränen Einzug in ein westdeutsches Landesparlament (die Bremer Bürgerschaft) im Mai 2007, der Gründung zweier Jugend- und Studierendenverbände (die *linksjugend [solid]* mit ca. 3 000 Mitgliedern und der »neue SDS«: *Die Linke.SDS*) im selben Monat sowie der Gründung einer gesamtdeutschen *Linkspartei* am 16. Juni 2007 in Berlin erscheint der Prozess, der bis hierhin führte, als beinahe unausweichlich oder zumindest geradlinig. Ungeachtet der Geburtswehen dieses großen historischen Projektes, d.h. jenseits der rechtlichen Bedenken insbesondere die westdeutschen Vorbehalte gegen die »neoliberale Regierungsbeteiligung« und fiskalkonservative Armutsverwaltung der PDS in Berlin und die ostdeutsche Kritik an der vermeintlichen westdeutschen sozialstaatsillusionären Rückwärtsgeandtheit und Absage an das Endziel einer demokratisch-sozialistischen Überwindung des Kapitalismus, ließ die hohe Erwartungshaltung gegenüber der Linkspartei wenig Raum für den Gedanken an ein doch nicht ganz abwegiges Scheitern des Projektes. Tatsächlich war die Entstehung einer gesamtdeutschen Partei links von der SPD keineswegs

unausweichlich. Ganz im Gegenteil. Es erscheint mir daher als sinnvoll, den Aufstieg der Linkspartei vor dem Hintergrund der vergangenen Dekade noch einmal und im Zeitraffer Revue passieren zu lassen, um sich die historische Transformation der deutschen Parteienlandschaft, welche die kommenden Jahrzehnte prägen wird, zu vergegenwärtigen.

Als 1998 nach 16 Jahren konservativ-liberaler Regierung die erste und historisch zuvor an der Wiedervereinigung gescheiterte rot-grüne Koalition die Bundesregierung stellte, da war dies »die deutsche Linksregierung unterm Neoliberalismus« (vgl. Haug 2005, 452ff). Dies zeigte sich schon besonders deutlich anhand der vollständigen Umkreisung der politischen Biographien im Regierungspersonal, denn die neue Regierung war gespickt mit ehemaligen radikalen Linken (und sozialen Aufsteigern, die zum Teil nicht einmal ein Studium absolviert hatten).¹ Die politischen Kommentare in Deutschland stellten diesen Regierungswechsel somit zurecht in den Kontext einer allgemeinen »Linkswende« in den kapitalistischen Metropolen: In den Vereinigten Staaten hatte der *New-Economy*-Boom dem mit einer integrativen sozialpopulären Rhetorik ins Amt gewählten Demokraten Bill Clinton eine zweite Amtsperiode beschert und in 11 von seinerzeit 15 EU-Mitgliedsländern waren Mitte-Links-Regierungen »an die Macht« gelangt. Im selben Jahr, in dem die internationale Politökonomin Susan Strange die gewachsene Macht der Finanzmärkte über das Industriekapital und die von ihrer Währungskontrolle abgekoppelten Nationalstaaten in ihrem Buch *Mad Money* (1998) scharf kritisierte, schien auch die Politik – zumindest jenseits der angloamerikanischen Finanzmarktkapitalismen – zu reagieren. So stellte der von der britischen Boulevardzeitung *The Sun* als »gefährlichster Mann Europas« dämonisierte damalige deutsche SPD-Finanzminister, Oskar Lafontaine, eine Reregulierung der Finanzmärkte in Aussicht. Und während nach dem Ausstieg Lafontaines aus der Regierung Schröder diese sich anschickte, die berüchtigten Hedgefonds zu ihren persönlichen Hätschelfonds zu machen, indem sie das ursprüngliche Hedgefondverbot aufhob und auch heute nach der heftigen »Heuschrecken«-Debatte die G8-Regierungschefs nicht über die Bitte um freiwillige Selbstkontrolle der Hedgefonds hinauskommen, war das Scheitern dieses Vorhabens seinerzeit noch lange nicht ausgemacht.

So drehte sich auch in Teilen der ansonsten als dauerpessimistisch verschrienen Linken die Diskussion weniger um die Frage, ob eine neokeynesianische Wende zu erwarten, als vielmehr darum, ob diese für bare Münze genommene Entwicklung begrüßenswert sei.² Auch in Georg Fülberths 1999 erschienener Rekapitulation der

1 In staatliche Führungspositionen avancierten nun ehemalige RAF-Anwälte wie Otto Schily und Gerhard Schröder (die beide das RAF-Mitglied Horst Mahler vertreten hatten) oder Hans-Christian Ströbele sowie ehemalige Protagonisten der sogenannten Spontiszene (Außenminister Josef Fischer) oder ehemalige Mitglieder des Kommunistischen Bundes (Umweltminister Jürgen Trittin). Personell war diese Generation mithin der Vorgängerregierung diametral entgegengesetzt.

2 So wurde in der aus dem Redaktionsstreik und der Spaltung der Tageszeitung *junge Welt* hervorgegangenen linksliberalen Wochenzeitung *Jungle World* 1998/99 eine langanhaltende Debatte über die Keynesianismusfrage geführt.

deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte wird im Ausblick, wengleich verhaltener, eine andere Entwicklung antizipiert, als sie unter Rotgrün eintreten sollte: »Mitte der neunziger Jahre wurden – als Antwort auf die bisherige neoliberale und konservative Hegemonie – in den meisten EU-Ländern Mitte-Links-Regierungen gewählt. Sie stellen Deregulierung und Privatisierung nicht grundsätzlich in Frage, treiben sie teilweise sogar weiter voran, erheben aber den Anspruch, zugleich wieder mehr gesellschaftliche Gleichheit durchsetzen zu können. Ob beide Tendenzen miteinander vereinbar sind, ist derzeit noch offen.« (Fülberth 1999, 289)

Es schien somit, als würde auf die neoliberale Konterrevolution zumindest eine klassisch-institutionalistische sozialpolitische Nachbereinigung der (zu Naturgesetzen verklärten) gesellschaftlichen Prozesse folgen, d.h. staatliche sozialdemokratische Koordinierung der durch kapitalistische Konkurrenz und Technologieentwicklung vorangetriebenen Modernisierung und eine Ausbügung ihrer drastischsten Verwerfungen. Die folgenden 7 Jahre rotgrüner Regierung in Deutschland verliefen jedoch, wie wir heute wissen, ganz anders. Angefangen mit einer unter konservativen Kräften undenkbar außenpolitischen Kurskorrektur (die Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg im ehemaligen Jugoslawien), für welche die rotgrüne Koalition ihre individualbiographische antifaschistische Glaubwürdigkeit instrumentalisierte und die Menschenrechtsdiskurse aus den Neuen Sozialen Bewegungen in eine menschenrechtsbellizistische Richtung umleitete, dadurch deutsche Kriegsbeteiligungen im großen Stil (bis hin zur interpretativen Dehnung des Grundgesetzes hin zur Landesverteidigung am Hindukusch) wieder denkbar machend, zeigte sich die Fähigkeit des Neoliberalismus zum *transformismo*, »wobei die aktiven Elemente, die aus den verbündeten und auch aus den feindlichen Klassen hervorgegangen sind, aufgesogen werden« (Gramsci, *Gefängnishefte* 1, H. 1, §44, 101), auch und gerade in der rotgrünen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Die von den grünen Brandbeschleunigern maßgeblich mitgeprägte neoliberale Transformation der SPD brüskierte deren Wählerschaft und war nicht nur ein institutionspolitischer Selbstmord, sondern auch vom »moralischen« Standpunkt her betrachtet ein Skandal: Durch Nullrunden kürzte die SPD »ihren« Rentnern die inflationsbereinigten Realrenten; einem Großteil »ihrer« Arbeiterschaft droht seit der rotgrünen Hartz-IV-Gesetzgebung im Falle der Arbeitslosigkeit nach einem Jahr der persönliche Ruin und das gesellschaftliche Aus; mit der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung, der Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe und der entwürdigenden Offenlegung und Austrocknung ihrer Finanzverhältnisse schikaniert man die Arbeitslosen und individualisiert gesellschaftliche Schuld, ohne dabei auch nur im Geringsten zu einer Milderung der Beschäftigungsmisere beizutragen; die Gesundheitsreform inklusive der Praxisgebühr bedeutete für die gesamte Bevölkerung weniger Leistungen für mehr Geld, und im selben Atemzug schante man der Wirtschaft in einem Ausmaß Milliardenbeiträge zu, dass schließlich auch ein eben aufgrund jener SPD-Politik in der sozialdemokratischen Herzkammer Nordrhein-Westfalen ins Amt geschummelter konservativer Ministerpräsident Jürgen Rüttgers

ins Grübeln geriet und forderte, man solle sich doch von der »Lebenslüge« verabschieden, Steuervergünstigungen für die Unternehmer würden automatisch zu mehr Beschäftigung führen. Kurzum, der von der konservativ-liberalen Koalition noch weitgehend verteidigte soziale Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit wurde erst durch die SPD-Grüne-Koalition politisch aufgekündigt. War Tony Blair, der sich auf den neoliberalen Gesellschaftsumbau seiner Vorgänger Thatcher und auch Major stützen konnte, laut Eric Hobsbawm ein »Thatcher in Trousers«, so war Gerhard Schröder historisch gesehen *der* deutsche Thatcher, der, weil er in seiner verängstigten Partei und gegenüber den Gewerkschaften die Hosen anhatte, diese Rolle besser ausfüllte, als jeder Konservative dies gekonnt hätte.

Der »Verrat« der SPD an ihrer Klientel resultierte in einem gewaltigen Auflösungsprozess der internen Parteistrukturen, während die (durch die von Schröder stets propagierte und von bastapolitischen Rücktrittserpressungen flankierte Alternativlosigkeit des eingeschlagenen »Reform«-Prozesses geknebelte) Partei tatenlos der Desintegration ihrer Strukturen zusah. Die SPD sah sich mit einer historisch beispiellosen Austrittswelle konfrontiert und verlor von Landtagswahl zu Landtagswahl durch Stimmenthaltung oder Wählerwanderungen hin zur CDU ihren Rückhalt in den Bundesländern. Dies ging so weit, dass in den Feuilletons der bürgerlichen Zeitschriften in Deutschland das Wort von der »Proletarisierung der CDU-Basis« die Runde machte, was einen Vertreter der Avantgarde der neoliberalen Konterrevolution, den Historiker Paul Nolte, dazu veranlasste, die CDU vor einer Kurskorrektur in Sachen »Reform«-Politik (sprich: neoliberalem Umbau der Gesellschaft) zu warnen.³ Als schließlich im April 2005 nun also auch das Stammland der Sozialdemokratie NRW (nach der verheerenden Niederlage bei den Kommunalwahlen vom Vorjahr) wie erwartet verloren ging und das innerparteiliche Protestpotenzial sich auf den Sturz des angeschlagenen Kanzlers und eine innerparteiliche Auseinandersetzung um den politischen Kurs der SPD und die Ursachen der nicht enden wollenden Wahlniederlagen vorbereitete, da unterband Schröder in einem parteipolitischen Coup d'État eine solche Debatte und rief in klandestiner Absprache mit seinem polternden Parteimachiavellisten Franz Müntefering Neuwahlen zum Jahresende 2005 aus.

Dabei versetzte dieser Schachzug nicht nur die eigene Partei in den wahlkämpferischen Ausnahmezustand (einer allerdings schon verloren gegebenen Wahl), sondern zielte zudem noch in eine andere Richtung. In Westdeutschland hatte nämlich am linken Rande der SPD der gesellschaftliche Protest eine politische Form

3 Nolte schreibt: »So ist in letzter Zeit eher deutlich geworden, wie sich die Problemlagen der beiden großen Parteien ähneln. Beide sind an ihrer Spitze von einem Reformkurs überzeugt, den ein Großteil ihrer Anhänger nicht mitträgt oder nur zähneknirschend hinnimmt. Beide kämpfen gegen den Verlust von Milieus, gegen Frustration, politischen Rückzug und populistische Verlockung in etwa einem Drittel unserer Gesellschaft. Der Union bleibt kaum anderes übrig, als Schröder und Clement zu unterstützen. Alles andere wäre töricht und verantwortungslos. Töricht wäre es jedoch auch, die in der Partei begonnenen Reformdebatten mit Rücksicht auf Wahlchancen für beendet zu erklären und die Sicherheiten der Bonner Republik zu suchen, seien sie sozialpolitischer (>Blüm<) oder gesellschafts- und innenpolitischer (>Dregger<) Art.« (2004)

gefunden, die als nordwestdeutsche *Wahlalternative 2006* und als nordbayrische *Initiative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (IASG)* auftrat, sich bald zur WASG zusammenschloss, im Juni 2004 in Berlin zu ihrer ersten Bundeskonferenz zusammenkam und dabei ein ungewöhnliches Medienecho verursachte. So urteilte schon am 24. Juni 2004 der *Spiegel* in seiner Online-Ausgabe: »Neue Partei könnte SPD gefährlich werden«, obwohl es seit dem Scheitern der *Demokratischen Sozialisten* (DS) Anfang der 1980er Jahre eigentlich als ungeschriebenes Gesetz galt, dass die Nachkriegsgeschichte unweigerlich gezeigt habe, dass Parteigründungen links der SPD niemals Aussicht auf Erfolg haben würden. Zudem hatten sich schon auf dieser Bundeskonferenz die zentralen Schwächen der *Wahlalternative* manifestiert, dass sie sich nämlich aus einem spezifischen und vergleichsweise homogenen Spektrum mit deutlich eingeschränkter Reichweite speiste. So bestand der Kreis der Aktiven und Sympathisanten der WASG aus einer Mischung aus klassischen Linksgewerkschaftern und SPD-Enttäuschten und durch Hartz IV sozial abstiegsgefährdeten, gewerkschaftlich orientierten fordistischen Arbeitnehmern aus der in den sozialreformerischen 1970er Jahren sozialisierten Alterskohorte 40+, mithin jenem Spektrum, dass vom bürgerlichen Feuilleton gerne als »besitzstandswahrend« und in Verdrehung des ursprünglichen historischen Begriffs als »sozialkonservativ« bezeichnet wird. Tatsächlich schien es zunächst, als ob der WASG der Zugriff auf entscheidende gesellschaftliche Gruppen wie die Erwerbslosen, das Prekariat, weite Teile der Beschäftigten im Dienstleistungssektor und jüngere Arbeitnehmer insgesamt verschlossen bleiben sollte. Und dennoch: Mit mehreren Großdemonstrationen der Gewerkschaften, den spontanen, jedoch strohfeuerartig erloschenen Montagsdemonstrationen gegen die Hartz-IV-Gesetze und den ersten ernsthaften Annäherungen von Vertretern der WASG und der aus den Landtagswahlen von Thüringen, Sachsen und Brandenburg und den Europawahlen 2004 gestärkt hervorgegangenen und in Umfragen bundesweit fast durchweg wieder oberhalb der 5%-Hürde verorteten PDS, scheint es der SPD-Führung auch darum gegangen zu sein, die sich zu ihrer Linken bildende Opposition durch eine nicht zu gewinnende Bundestagswahl, die mit der Machtübergabe an eine konservativ-liberale Koalition enden würde, als kleineres Übel vorzuziehen und wie in den frühen 1980er Jahren aus der Opposition heraus eine Erneuerung der Partei nach der Krise zu wagen und die Linkskraft damit »in der Wiege zu erdrosseln«.

Es ist an dieser Stelle sinnvoll, die Erinnerung an jene apokalyptische Situation aus der ersten Jahreshälfte 2005 ins Gedächtnis zu rufen, als die WASG sich zunehmend zum unfreiwilligen Todesstoß für eine linke politische Kraft im Bundestag zu entwickeln schien. Denn es zeigte sich ungeachtet der kurzfristigen Umfragen, denen zufolge sich beinahe 20% der Deutschen vorstellen mochten, eine Partei »Arbeit und Soziale Gerechtigkeit« zu wählen, einigermaßen deutlich, dass die WASG nicht in der Lage sein würde, aus eigener Kraft die Fünfprozenthürde zu überspringen. Schon in einem ihrer Stammländer und noch vor dem Hintergrund der medialen Aufmerksamkeit scheiterte der Einzug der WASG in den Landtag von Nordrhein-Westfalen deutlich. Auch bedurfte es keiner besonderen Wahlarithmetik,

um sich ausmalen zu können, dass für die PDS in den ostdeutschen Ländern, in denen ihr Stimmpotenzial auf etwa ein Viertel aller Wählerstimmen angewachsen war, kaum Spielraum nach oben bestehen würde und somit die WASG zwangsläufig der PDS im Westen exakt diejenigen Stimmen entfremden müsse, ohne die es für die PDS keinen Wiedereinzug in den Bundestag gäbe (vgl. näher Weis 2004, 114f). Kritische Mahnungen von Frank Deppe an die im Gründungsprozess der WASG sehr engagierten Hamburger Kreise rund um die Zeitschrift *Sozialismus* und den VSA-Verlag deuteten auf den Ernst der Lage hin. Und doch verschärfte sich von Woche zu Woche der Ton zwischen der PDS und einer WASG, die – wie ihr von Seiten der PDS vorgeworfen wurde – schon in der Gründungsphase zumindest als nordbayrischer Ableger ungerechtfertigte »Dominanzansprüche« (Weis 2004, 112) formulierte und sich auch auf ihrer Ersten Bundeskonferenz bemerkenswert aggressiv von der PDS als Teil des neoliberalen Problems abgrenzte (Solty 2004).

Es ist schließlich dem nach seinem 1999er Rücktritt politisch zurückgekehrten Oskar Lafontaine, der bereits in seinem Anfang 2005 erschienenen Buch *Politik für alle* über seine mögliche Rolle in einer westdeutschen Linkspartei räsonierte (168-72), Gregor Gysi und den um Annäherung und einen Ausgleich bemühten Kräften in beiden Parteien sowie – so will es die Ironie des Schicksals – dem schröderschen Erpressungsversuch zu verdanken, dass es in den wenigen Wochen und Monaten vor der anberaumten Bundestagswahl gelang, ein Wahlbündnis auf die Beine zu stellen und trotz der beschämend verleumderischen Medienkampagnen gegen Lafontaine und die Linkspartei mit einem Ergebnis von 8,7 Prozent der Wählerstimmen in den Bundestag einzuziehen, das zeigte, dass und wie in der Bevölkerung plötzlich ein Bedürfnis nach einer Partei links von der SPD entstanden war.

2. Gesellschaftliche Transformation, soziale Deklassierung und moderner Rechtspopulismus

Nun lässt sich allein an politischen Wahlen bekanntlich keine Aussage über die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ablesen. Deshalb ist es unerlässlich, zur Beurteilung der Bundestagswahl 2005 und der Zeit danach die politischen Prozesse in den Kontext der gesellschaftlichen Transformationsprozesse der letzten 30 Jahre einzuordnen, die man allgemein als Neoliberalismus bezeichnet. Es erscheint als eine historische Paradoxie, dass zumindest Teile der Neokeynesianismusedebatte aus den späten 1990er Jahren und das Versprechen auf eine neosozialdemokratische Modernisierungssteuerung »jenseits von rechts und links« heutigen Debatten nicht unähnlich sind. Die Unterschiede in den Debatten speisen sich aus dem Zusammenbruch des »Dritten Wegs« und der »Neuen Mitte« – Begriffsruinen vom Ende des letzten Jahrhunderts, die sich in der bis an die Ununterscheidbarkeit von SPD und CDU heranreichenden Konvergenz der beiden ehemaligen Volksparteien gebildet haben. Anders als von manchen erwartet, ist das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts kein (wenigstens in Keimformen) postneoliberales Jahrzehnt gewesen, sondern vielmehr eines, in dem sich ein beträchtlicher Teil der Widerstandskräfte und kulturellen Opposition aus dem

Geist von 1968 in die neoliberale Konterrevolution eingeschrieben haben. Die zweite, *sozialdemokratische* Phase des Neoliberalismus hat die sich nach dem Sieg des Wirtschafts- über den politischen Reformliberalismus in der FDP in der Opposition erneuerten Kräfte der Sozialdemokratie und die in den Grünen zur politischen Form verdichteten Neuen Sozialen Bewegungen kooptiert. Dies ist gleichbedeutend mit einer Verbreiterung der Herrschaftsbasis des Neoliberalismus bzw. dem, was Mario Candeias in seiner Periodisierung des Neoliberalismus als dessen »hegemoniale Verallgemeinerung« bezeichnet hat (2004, 333). Die Linke ist hierdurch nachhaltig und auf Jahre hinweg geschwächt worden. Darüber kann auch der Erfolg der Linken und die Niederlage der gerne als bürgerliche Parteien bezeichneten schwarzgelben Front nicht hinwegtäuschen. Dieser Erfolg ist ein erster politischer Ausdruck des dringlichen politischen Widerstands, aber nicht schon die Antwort an sich. Die Entsozialdemokratisierung der SPD bedeutet schließlich, dass die neue Linkspartei mit ihren noch dazu momentan aussichtslosen Übergangsforderungen (bspw. nach Wiedereinführung des Verbots von Hedgefonds) zunächst einmal die Rolle der alten SPD übernimmt, sozialdemokratische Politik betreibt, in die Richtung einer Reregulierung und Wiedergewinnung sozialstaatlicher Steuerungsfähigkeit (z.B. durch Rücknahme von Privatisierungen) drängt, welche die nötige Geschäftsgrundlage für wirkliche vorwärtsdrängende sozialistische Politik ist. Schon allein deshalb ist, wie Gregor Gysi herausstreicht, die Bezeichnung des »Sozialkonservatismus« falsch oder verleumderisch (2007, 24) und die Widerstandspolitik gegen den Neoliberalismus nicht nur Widerstand, sondern durchaus konstruktiv. Und doch hat Lafontaine recht, wenn er die neue Linke zunächst einmal als »eine aufkommende Widerstandsbewegung gegen den Neoliberalismus« (2006) bezeichnet.

Die Republik ist somit auch 2005 nicht nach links gerückt, sondern vielmehr in den letzten 30 Jahren, mit der Aufkündigung des historischen Kompromisses insbesondere in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen weit nach rechts. Es bedarf schon eines gehörigen Maßes an formalistischer Borniertheit, die knappe, rein rechnerische Mehrheit von Rot-Rot-Grün als mehr als bloß eine Linksverschiebung im gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck zu verstehen, wenn die programmatischen Unterschiede zwischen allen etablierten Parteien weniger ins Gewicht fallen, als die Unterschiede aller Parteien zur Linkspartei.

Halten wir also fest: Die Bedeutung der Kulturrevolte vom Ende der 1960er Jahre für die Entfaltung des Neuen wurde erst spät sichtbar. Es bedurfte des Zusammenbruchs des »realexistierenden« Sozialismus und der Bewusstwerdung der »Globalisierung«, d.h. der »Ausbreitung kapitalistischer Sozialbeziehungen in jeden Winkel dieser Erde und jede Facette unseres Lebens« (Panitch), um ein Verständnis dafür zu erlangen, wie der Nachkriegskapitalismus in seiner Krise Momente des kulturellen Widerstands gegen seine spezifische Verfasstheit im Fordismus nutzte, um sich im Zuge des Übergangs zur computerbasierten Produktionsweise und des entsprechenden Transnationalisierungsschubes mit gewaltig zugunsten des Kapitals verschobenen Kräfteverhältnissen zu erneuern. So verschmolzen gerade unter Rotgrün ehemalige Gegner zu einem neuen Projekt. Nach einer kurzen Atempause

und kapitalistischem Triumphalismus in den frühen 1990er Jahren verschärfen sich in erstaunlicher Geschwindigkeit die Widersprüche der ab den späten 1980er Jahren schließlich zunehmend als Neoliberalismus gekennzeichneten Formation. Die Preisgabe des politischen Ziels der Vollbeschäftigung zugunsten der Inflationsbekämpfung und des ausgeglichenen Staatshaushaltes (mit dem Ergebnis der chronischen Massenarbeitslosigkeit, die nach jedem Wirtschaftszyklus den vorigen Stand übertraf), wirkte zusammen mit den staatlichen Finanzausfällen durch Privatisierungen und den Niedergang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und führte zu Verteilungskämpfen und in den 1980er Jahren zur Entfaltung und Instrumentalisierung von Widersprüchen zwischen zugewanderten und nichtintegrierten Arbeitskräften und einer von sozialen Abstiegsängsten gekennzeichneten asymmetrisch gespaltenen Mittel- und »Unterschicht« (»Zweidrittelgesellschaft«). Verschärft wurden diese Ängste durch die (reale und befürchtete) Einwanderungswelle nach dem staatssozialistischen Kollaps und die Debatte, die 1993 auf die Einschränkung des Asylrechts zielte. Zwar kam es in Deutschland nicht wie in den meisten anderen europäischen Ländern zu einer dauerhaften Etablierung rechtspopulistischer Parteien auf Bundesebene, was auch an deren Zersplitterung sowie der historischen Schuldhypothek des (rechten) Konservatismus in Deutschland lag. Dennoch zeigte sich deutlich, dass ein wachsender Prozentsatz der deutschen Bevölkerung anfällig für rechtsextreme Weltbilder ist, weshalb es nur eine Frage der Zeit schien, wann sich auch in Deutschland eine rechtsextreme Partei dauerhaft als fünfte Partei und am rechten Rand des deutschen Parteiensystems würde etablieren können. Im Umkehrschluss zu dieser Entwicklung stand die schwindende Integrationskraft der ehemaligen »Volksparteien« mit einem nominell klassenübergreifenden Anspruch, die vor dem Hintergrund des sprunghaften Anstiegs der Nichtwählerpartei zusammen nicht einmal mehr die Hälfte der deutschen Bevölkerung hinter sich versammeln konnten, was auf die politische Krise der gesellschaftlichen Desintegration hindeutete.

In der angeschlossenen ehemaligen DDR führten die spezifischen Bedingungen der Ausdehnung marktwirtschaftlicher Verhältnisse zu einem ökonomischen Kollaps. Nicht zuletzt, weil die große Mehrheit der Betriebe im Osten nicht nur gegen die Westunternehmen nicht konkurrieren konnte, sondern auch aufgrund der Abführung ihrer Gewinne an den Staat nicht über ausreichend Eigenkapital verfügte, brach in der ehemaligen DDR die soziale Infrastruktur zusammen. Ostdeutschland wurde weitgehend deindustrialisiert, musste den Abfluss der arbeitsfähigen jungen Bevölkerung kompensieren und entwickelte sich allein aufgrund seines »Standortvorteils« weitgehender Flächentariflosigkeit in einigen wenigen Regionen und mit Hilfe von staatlichen Transferleistungen zu den in den Bundestagswahlen von 1990 von Helmut Kohl versprochenen »blühenden Landschaften«.⁴

4 Die sozioökonomischen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind eine der Ursachen des Dissenses zwischen WASG und PDS über sinnvolle anti-neoliberale Forderungen. Die Arbeitsmarktlage im Osten lässt es mehr als logisch erscheinen, ein bedingungsloses Grundeinkommen zu fordern (und damit implizit die »Krise der Arbeitsgesellschaft« einzugestehen und die Vollbeschäftigungsorientierung preiszugeben), während in der WASG einige Stimmen die

Die tiefe Repräsentationskrise als Resultat der neoliberalen Umstrukturierung und der besonderen ostdeutschen Situation führte so zu einem wachsenden Zulauf zur aus der SED hervorgegangenen PDS, die sich hier zur Volkspartei mauserte. Allerdings gelang schon frühzeitig immer wieder auch rechtsextremen Parteien der Einzug in Landesparlamente, woraus in einigen Ostbundesländern schließlich auf Grundlage von lokalen Verankerungen (bspw. in privat eingerichteten rechten Jugendzentren) stabile Strukturen entstanden.

Im Westen konnten rechtsextreme Parteien zwar auch mitunter Wahlerfolge verbuchen, in manchen Bundesländern wie Baden-Württemberg entwickelten sie sogar, wie die Republikaner, stabile Parteistrukturen auf landesparlamentarischer Ebene; und doch spitzte sich die Repräsentationskrise hier so richtig erst im Laufe der ersten Jahre der rotgrünen Koalition zu. Teile der traditionellen Wählerschaft der SPD – v.a. Arbeiter, Arbeitslose, Rentner – kehrten ihr den Rücken, suchten Zuflucht bei der CDU oder bildeten das nun sozial wie politisch entkoppelte und damit umso leichter mobilisierbare Wählerreservoir des modernen Rechtspopulismus. Tatsächlich schien es – angesichts der frohlockenden und erfolgsversprechenden Bemühungen der drei großen rechtsextremen Parteien (der finanzkräftigen Einmannpartei DVU, der zwischenzeitlich radikalisierten Republikaner und der verjüngten NPD), ein Wahlbündnis für die Bundestagswahl 2006 auf die Beine zu stellen und das Konkurrieren der einzelnen Parteien um die von der SPD »verratene« Beute zu vermeiden, – als unabwendbar, dass sich nun und mit einiger Verspätung auch in Deutschland eine rechtsextreme Partei auf Bundesebene und womöglich dauerhaft würde etablieren können. Eine ähnliche Entwicklung hatte bspw. bereits Frankreich vorweggenommen, wo das Zusammenspiel aus historischem Niedergang und Zersplitterung des kommunistisch-proletarischen Milieus und als bürgerlich und Teil der entfremdeten Staatselite wahrgenommener Sozialdemokratie ein politisches Vakuum hinterließ, das vom rechtsextremen Front National genutzt worden ist, der seither einen großen Teil des proletarischen Protestpotenzials bindet. De facto sind rechtspopulistische Parteien in nationalen Parlamenten in Mehrheitswahlsystemen seit den späten 1980er Jahren fast gesamteuropäisch vorhanden (Italien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Dänemark, Norwegen). Wäre nun 2005 der erste Einzug einer geeinten rechtsextremen Partei mit den Wählerstimmen entfremdeter SPD-Traditionswähler gelungen, so wäre der »Verrat« der SPD an ihrer eigenen Wählerschaft neben der Hoffähigmachung deutscher Kriegsbeteiligungen für den neuen Imperialismus (»die Erosion des UNO-Friedenssystems« – Paech 2006, 19) und dem nachhaltigen Ausstieg aus dem Rheinischen und Einstieg in den Finanzmarktkapitalismus noch um eine weitere Katastrophe bereichert worden. Die Verhinderung einer solchen Konstellation ist ausschließlich der Linkspartei zu verdanken.

Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens für die stillschweigende Akzeptanz und Festschreibung sozialer Spaltung (in Arbeitsplatzbesitzer und Transferleistungsbezieher) halten und sich weiterhin an Vollbeschäftigung mit radikaler Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung orientieren.

3. Westausdehnung der Linkspartei und Transformation des deutschen Parteiensystems

Mit dem Sieg der Linkspartei ist das *politische* Gefüge in Deutschland in Bewegung geraten. Zunächst einmal hat sich der politische Diskurs mit der Debatte um den Mindestlohn, die »Unterschicht« und »soziale Gerechtigkeit« seither beträchtlich nach links verschoben. Was sich mit den Protesten gegen Hartz IV, dem Niederschlag der wahlpolitisch motivierten »Heuschrecken«-Debatte über den »Raubtierkapitalismus« (Helmut Schmidt), den Volksentscheiden gegen die EU-Verfassung und beinahe die gesamte politische Klasse und ihre Intellektuellen in den Niederlanden und Frankreich angedeutet hat, hat in Deutschland einen erstaunlichen politischen Ausdruck gewonnen, nämlich, dass selbst die Wahlsieger der Bundestagswahl 2005 wie die eigentlichen Verlierer erscheinen und von ihrem eigentlichen politischen Projekt der marktradikalen Durchkapitalisierung Deutschlands Abstand nehmen mussten. Es ist bemerkenswert, dass sich das Projekt der eigentlich schon im Vorfeld der Wahlen als unumgänglich gesehenen schwarz-gelben Koalition nicht erst nach Regierungsantritt in den folgenden Landtagswahlen, sondern schon davor als grundsätzlich nicht mehrheitsfähig erwies. Der radikale Neoliberalismus, die Erhöhung der Dosis des falschen Medikaments für den »kranken Patienten«, wie man sie auch aus der Endphase des keynesianischen Wohlfahrtsstaates kennt (und was staatsrechtlich als Trial-and-Error-Praktik einer relativ autonomen Staatselite zu begreifen ist), scheint für Deutschland ein für allemal vom Tisch zu sein, und der gesellschaftliche Diskurs öffnet sich für das Nachdenken über eine postneoliberale Konstellation. Ausgehend von dieser Diskursöffnung kann es einer Partei neuen Typs, welche die sozialen Bewegungen nicht bloß als Durchlauferhitzer begreift, gelingen, das Parlament in die Bühne des gesellschaftlichen Protests zu verwandeln und sich so die sozialen Bewegungen, welche die Partei für einen sozialistischen Kurs braucht, quasi im top-down-Ansatz erst zu schaffen.

Dabei werden der Linkspartei von den meisten Parteienforschern, zumeist zähneknirschend, beste Zukunftsaussichten prognostiziert. Die Zerfaserung der ehemaligen Volksparteien und die Transformation des deutschen Parteiensystems zunächst auf der Bundesebene spiegelt den für den Neoliberalismus kennzeichnenden europaweiten Trend zu (»kleinen«) Großkoalitionsregierungen wider. Der Eintritt der SPD als Juniorpartner in einer CDU-geführten Koalition, die den rotgrünen Neoliberalismus fortsetzt, hat sich für die SPD als erhebliche Belastungsprobe erwiesen. Hierzu zählt insbesondere ein verschärfter Konflikt zwischen der für die zivilgesellschaftliche Hegemoniefähigkeit zentralen Parteibasis und der Parteiführung. Während die PDS ihren demographisch bedingten Mitgliederschwund aufhalten und sich diesbezüglich stabilisieren konnte und im Zusammenschluss mit der WASG zur Linkspartei noch einmal etwa 12 000 Mitglieder hinzugewinnt, womit sie zur viertgrößten bundesdeutschen Partei (nach CDU, SPD und CSU) wird, setzt sich der Auflösungsprozess der SPD anscheinend unaufhaltsam fort. Die SPD hat in weniger als zehn Jahren seit ihrem Regierungsantritt 1998 knapp 30% ihrer Mitglieder verloren. Waren zum Regierungsantritt noch 775 000 Personen Parteimitglied, sank deren Zahl bis Ende April

2007 auf 553 000, wobei der größte Mitgliederschwund 2004, d.h. im Hartz-IV-Jahr, stattfand. Dabei sind es vor allem die während der Regierungszeit geschöpften Bevölkerungsschichten, die der Partei den Rücken kehrten. Seit dem Eintritt in die Große Koalition und bis Februar 2007 sind über 23 000 Menschen aus der SPD ausgetreten, davon sind 44% Arbeiter, Facharbeiter und Angestellte (*Die Welt Online*, 26.2.2007). Hinzu kommt, dass die SPD zwar bis heute noch über eine deutlich tieferreichende Verankerung in den gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Verbänden verfügt als die Linkspartei. Die WASG hat der ehemaligen PDS allerdings die Tür zu ihnen einen Spaltbreit geöffnet, wozu die PDS kaum in der Lage gewesen wäre. So entwickelt sich die Linkspartei insbesondere seit ihrem ersten großen Schritt in Richtung Westausdehnung nach dem fulminanten Einzug in das erste westdeutsche Landesparlament in Bremen (mit guten Aussichten auch in Hamburg, Niedersachsen, Hessen, dem Saarland und NRW) zu einem dramatischen Problem für die SPD. Aus einer im Mai 2007 veröffentlichten Forsa-Umfrage unter SPD-Mitgliedern geht hervor, dass 58% der Befragten fanden, dass die SPD »ihre Prinzipien verraten« habe und 62% die Rente mit 67 und 67% die geplante Unternehmenssteuerreform ablehnten. Fast jedes dritte SPD-Mitglied (29%) spielt mit dem Gedanken an einen Parteiaustritt, vier Prozent der SPD-Mitglieder geben an, kurz davor zu stehen und 9% können sich vorstellen, zur Linkspartei zu wechseln (dies entspricht 50 000 Personen und käme einer Beinahe-Verdoppelung der Mitgliedszahlen gleich). Die Sogkraft, welche die in allen Umfragen konstant zwischen 9-11% an Wählerzuspruch liegende Linkspartei mittlerweile entfaltet, zeigt sich schließlich auch daran, wie es diejenigen linken Kräfte, die es trotz Kosovokrieg, Agenda 2010 und Hartz IV noch in der SPD hielt, nach der gelungenen Westausdehnung nun doch in die Arme der Linkspartei treibt.⁵

Die SPD reagiert mit einer Doppelstrategie auf den Aufstieg der Linkspartei: Einerseits hat sie sich insbesondere im Bremer Wahlkampf einige Forderungen und rhetorische Mittel der Linkspartei zueigen gemacht (Mindestlohn, Sozialticket usw.) sowie die Parteilinke durch die Kürung linker Spitzenkandidatinnen in zwei zentralen westlichen Bundesländern einzubinden versucht. So vollzog die nordrhein-westfälische SPD einen Bruch mit der Wolfgang Clementschen wirtschaftsliberalen Tradition und kürte die SPD-Linke Hannelore Kraft zur Vorsitzenden (für einen allerdings wenig aussichtsreichen Wahlkampf), während in dem traditionell eher linksstehenden Hessen die Parteilinke Andrea Ypsilanti den ebenfalls wenig aussichtsreichen Landtagswahlkampf 2008 anführen wird. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass der Aufstieg der Linkspartei zu einer diskursiven Öffnung und Linksverschiebung innerhalb der SPD und darüber hinaus geführt hat. Das Tendenzgesetz von der belebenden Wirkung der Konkurrenz auf Seiten der Linken, wo eine Rechtsverschiebung der Sozialdemokratie zugunsten der Linkspartei (und nicht nach rechtsaußen) ausschlägt, scheint sich zu bewahrheiten. Auch insgesamt ist die alldeutsche »Reformpartei« in Bewegung geraten, und Alltagsverständnissicherheiten über den einzuschlagenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kurs kommen leisetretischer daher.

5 Vgl. die Übertrittserklärung »Time to Say Goodbye«: <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=2074>.

Andererseits versucht die SPD noch, das Unvermeidbare, d.h. die Etablierung einer Kraft zu ihrer Linken, durch peinliche und holprige Ausgrenzungsversuche rhetorisch abzuwehren, indem der realpolitisch vertrauenswürdigen Ost-PDS ein regierungs-unverantwortlicher Chaotenhaufen im Westen entgegengestellt wird. Im Kontext dieser Doppelstrategie steht nun auch die innerparteiliche Selbstverpflichtung zur Abgrenzung von der Linkspartei, die mit Ausnahme des Arbeitnehmerflügels der SPD um Ottmar Schreiner auch alle drei »linken« Führungspersonen Kraft, Ypsilanti und die in den geschrumpften Parteivorstand gewählte Andrea Nahles konsequent beibehalten. Dass diese Doppelstrategie aufgeht, ist sehr zu bezweifeln, da die Entfremdung zwischen Wahlvolk und Parteilite mittlerweile sehr deutlich ausgeprägt und die Glaubwürdigkeit der SPD anhaltenden Schaden genommen hat.⁶ Auch wenn die politischen Gemeinsamkeiten zwischen SPD und CDU heute (noch) größer sind als zwischen SPD und Linkspartei, wird an der Basis der Druck steigen, sich der sozioökonomisch näherstehenden Linkspartei nicht länger zu verschließen.

Für eine Linksverschiebung des politischen Diskurses und eine Legitimitätskrise des Neoliberalismus sprechen viele Anzeichen. Hierzu gehören auch die bezeichnenden Überlegungen über eine Namensänderung des nicht zuletzt durch die Bestechungsaffäre um Peter Hartz als Schimpfwort in gesamtgesellschaftlichen Verruf geratenen Hartz-IV-Reformen. In dieselbe Richtung deuten der Dresdener Parteitag der CDU mit seiner partiellen Zurücknahme des marktradikalen Kurses sowie die innerparteiliche Auseinandersetzung in der CDU/CSU über die weitere Ausrichtung der Partei (eine Debatte, in der sogar ehemalige neoliberale Dampfwalzen wie Ole von Beust und Christian Wulff zur Sprache der »sozialen Gerechtigkeit« zurückfinden). Hinzu kommen die Auseinandersetzungen um die lange ignorierte neue Armut in Deutschland, das konservative Eingeständnis einer neuen sozialen Frage und der Klassengesellschaft, welches zum Teil in gegenoffensive Befürwortungen derselben mündet. Die Nervosität der Repressionsbehörden vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm, die sich auch in der Identifizierung von Kapitalismuskritik mit Terrorismus zeigt (Bsp. die Hysterie der Debatte um die Begnadigung von Christian Klar) und medienwirksamen Trotzreaktionen gegen den irrationalistischen Diskursverfall und die maßlose Kriminalisierung der globalisierungskritischen Bewegung durch das *enfant terrible* der CDU, Heiner Geißler, bei seinem Beitritt zu *Attac* im Mai 2007, sind weitere Symptome.

6 Ein Beispiel für den Glaubwürdigkeitsverlust der SPD ist eine von Infratest dimap durchgeführte Umfrage zur »Heuschrecken«-Debatte: Zwei Drittel der Bundesbürger hielten Münteferings Kapitalismuskritik für berechtigt. Lediglich 25 Prozent hielten sie für falsch. Gleichzeitig glaubten fast drei Viertel der 810 Befragten, dass es der SPD nicht darum gehe, eine Debatte über Fehlentwicklungen in der deutschen Wirtschaft anzustoßen, sondern darum, die Wahlchancen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. *Spiegel-Online* (22.4.2005) berichtete ferner, dass »angesichts der Maßnahmen der Bundesregierung zum Umbau der Sozialsysteme in den letzten Jahren« 56 Prozent der Deutschen die Kritik der SPD an der Wirtschaft für unglaublich hielten.

Der Gesellschaftshumus, auf dem die neue Linke gedeihen kann, ist die durch kein glaubwürdiges ›informationsgesellschaftliches‹ oder Globalisierungsversprechen mehr gezügelte epidemische Abstiegsangst und die zunehmende Sorge über die beschleunigten zivilgesellschaftlichen Desintegrationsprozesse. Nicht zuletzt die Wahlen in Bremen zeigen deutlich, welche Bedeutung »sozialer Gerechtigkeit« in Deutschland beigemessen wird, wenn man sieht, dass in dem herabgewirtschafteten Bremen die »soziale Gerechtigkeit« mit 31 % noch vor »Arbeitsmarktpolitik« und »Wirtschaftspolitik« die wahlentscheidende Frage darstellte. Auch in der im April 2006 von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker vorgestellten Umfrage »Perspektive Deutschland« zeigen sich bemerkenswerte progressive Entwicklungen, wie man sie ähnlich aus den Vereinigten Staaten kennt. Der Spiegel kommentierte diese mit den Worten: »In der deutschen Gesellschaft wächst [...] der Wunsch nach sozialer Ausgewogenheit: Eine deutliche Mehrheit von 76 Prozent der Deutschen wünscht sich geringere soziale Unterschiede in der Gesellschaft. Vor einem Jahr waren dies nur 56 Prozent. 38 Prozent wollen auch wieder mehr staatliche Verantwortung in der sozialen Sicherung, vor einem Jahr waren es noch 32 Prozent. Auch hier gibt es Opferbereitschaft: Der Umfrage zufolge ist eine Mehrheit bereit, höhere Steuern zu akzeptieren, wenn dadurch soziale Unterschiede in der Gesellschaft verringert würden.« (*Spiegel-Online*, 26.4.2006) Auf die Erosion neoliberaler Hegemonie deutet auch hin, wie sehr mittlerweile ein Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen dem Wohlstand der Nationen und dem Elend der Völker (vgl. Marx, MEW 23, 799) besteht: Wie sehr auch versucht werden mag, den derzeitigen beachtlichen und durch die global gestiegene Nachfrage und die allgemeine Konjunkturerwicklung verursachten Wirtschaftsaufschwung und das symbolisch bedeutende Sinken der Arbeitslosenzahlen auf unter 4 Mio als eine Folge der harten, aber nötigen Einschnitte und der neoliberalen »Reformpolitik« darzustellen, führt der Aufschwung keineswegs zu einer Konsolidierung der Großen Koalition. So fand eine Umfrage der ARD vom Jahresanfang heraus: »Vom Jahr 2007 erwarten sich die Deutschen einen Aufschwung, aber kaum persönlichen Profit. 56 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die Arbeitslosigkeit sinken wird, und sogar 70 Prozent, dass sich die Konjunktur weiter gut entwickeln wird. Trotzdem erwarten nur 23 Prozent, dass sie von dem anhaltenden Wachstum persönlich profitieren werden.« (*Spiegel-Online*, 4.1.2007) Kurzum, die Ausgangslage für die seit Juni 2007 als erste gesamtdeutsche Linkspartei seit dem KPD-Verbot bestehende politische Formation ist außerordentlich günstig. Je besser sie dasteht, desto geringer ist zugleich die Gefahr eines deutschen Rechtspopulismus und desto größer werden die Spielräume für die Erstarkung von sozialen Bewegungen, die Resozialdemokratisierung der SPD und die Entstehung eines gegenhegemonialen postneoliberalen Emanzipationsprojektes.

4. Linkspartei und Postneoliberalismus

Die Abwahl der rotgrünen Regierung war nicht nur der unmittelbar persönliche, weitgehende Abtritt der 68er-Generation von der politischen Bühne, sondern auch das unrühmliche Ende des Marsches durch die Institutionen als politisches Projekt mit all den daran geknüpften sozialreformerischen Hoffnungen, angefangen bei der Arbeitswelt, der Bildung, der Erziehung usw. Die von der neoliberalen Wende verkörperte passive Revolution in den einzelnen Bestandteilen dieser Emanzipationsbewegung hat zu einer passiv-revolutionären Vereinnahmung emanzipatorischer Ziele gesorgt (flexible Erwerbsbiographien, Kulturliberalisierung, Ende der sexuellen Zwangsmoral, Ende des patriarchalen männlichen Brotverdienermodells, widersprüchliche ökologische Teilerneuerung des Kapitalismus, »Demokratieexport« usw.). In diesem Prozess haben sich, um mit Jürgen Habermas' Prognose vom Anfang der neoliberalen Konterrevolution zu sprechen (1985, 143), die »utopischen Energien erschöpft«, die sich in den 1960er Jahren gegen das fordistische Disziplinarregime wandten.

Mit diesem historischen Schlusspunkt eng verknüpft ist eine grundsätzliche Krise des aufklärerischen Fortschrittsbegriffs (sowohl in seiner gradualistisch-sozialdemokratischen als auch kommunistisch-revolutionären Variante), die mit dem Beginn der Defensivkämpfe der sozialistischen Arbeiterbewegung in den 1970er Jahren einsetzte, der Linken den Begriff des Fortschritts entfremdet hat, Teile der undialektisch auf die Destruktionspotenziale der Produktivkraftentwicklung konzentrierten Ex-Linken konservativ werden ließ und es denkbar machte, die Linke insgesamt als konservativ und rückwärtsgerichtet erscheinen zu lassen.⁷ Ein neuer offensiver »Humanismus« bzw. antikapitalistisch-utopischer Geist wird, wenn sich in der Krise des Neoliberalismus Optionen für einen progressiven postneoliberalen Pfad ergeben haben, zwar auf ähnliche Referenztheoretiker zurückgreifen mögen wie es die 1968er mit den Schriften von Marcuse, Adorno usw. taten, denn diese sind gerade in ihrer logisch-abstrakten antikapitalistischen Befreiungsradikalität zeitlose Flaschenpost, aber es wird sich dennoch um ein vollkommen neues und anderes Projekt handeln (müssen). Ein solches neues Projekt kann sich in der neuen Linkspartei sinnvoll begründen, gerade weil sie nicht nur historische Altlast, sondern auch Produkt neuer Protestbewegungen ist. Die in Lateinamerika und auch hierzulande geführte Debatte um eine zeitgemäße sozialistische Strategie und Gesellschaft könnte in einer solchen Struktur gut gedeihen und von den in einer neuen Linkspartei sich sammelnden Akteuren der Veränderung geführt werden. Dass die Linkspartei immerhin für 7% aller jungen und Erstwähler eine glaubwürdige Alternative darstellt, ist eines der positiven Verjüngungszeichen für eine lange unter Alterungsprozessen leidende Partei.

Die Erholung der Linken von der Vereinnahmung der Ausläufer der 68er-Bewegung mag sich ähnlich und ähnlich langatmig vollziehen, wie das, was auf die Kooptation der bürgerlich-liberalen Opposition nach 1848 und die Marginalisierung

7 Vgl. »Den Fortschritt neu denken«, *Das Argument* 230/1999.

der bürgerlich-revolutionären Demokraten folgte. Trotz deren symbolisch bedeutsamen Übertritts zur sozialistisch-demokratischen Tradition der Arbeiterbewegung dauerte es in der Zeit der Restauration nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution in Deutschland ein Vierteljahrhundert und bedurfte es der Entfaltung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, der »negativen Integration« der sich allmählich zur Klasse konstituierenden Arbeiterschaft und der mit der Großen Depression ab 1873 noch verschärften spezifisch-deutschen »Klassensymbiose zwischen Junkertum und Bourgeoisie«, bis es mit der Hilfe von Marx und Engels gelang, eine eigene Sprache in Abgrenzung zum bürgerlich-demokratischen Denken zu entwickeln und somit erneut die Frage nach der gesellschaftlichen Emanzipation zu stellen. Eine solche Auseinandersetzung – in diesem Fall über das, was von 1968 bleibt, – wird auch für den modernen Sozialismus notwendig sein.

5. Fazit: Rechtspopulismus und die europäische historische Verantwortung der Linkspartei

Aus der historischen Distanz wird man den Aufstieg der Linkspartei in Deutschland als das historische Ereignis zu würdigen wissen, das es darstellt. Die deutsche Nachkriegsparteienlandschaft ist spätestens seit der Bremenwahl nicht mehr die alte. Dabei ist es wichtig, zwei klare Unterscheidungen vorzunehmen: Zum einen eine historisch-geographische Unterscheidung und zum anderen eine historisch-soziale.

Von außen und formal betrachtet mag die historische Transformation des deutschen Parteiensystems zu einem Fünfparteiensystem mit zwei – bzw., falls die Grünen dazugezählt werden, drei – konkurrierenden Parteien auf der Linken wie eine westeuropäische Normalisierung Deutschlands im Rahmen von (annähernd proportionalen) Mehrheitswahlrechten erscheinen (Norwegen, Schweden, Finnland, Frankreich, Italien usw.). Die Vernichtung der KPD im westdeutschen Frontstaat des Kalten Krieges hatte eine andere Entwicklung zur Folge als in den anderen verschiedenen Varianten kontinentaleuropäischer Mehrheitswahlsysteme, in denen aus den antifaschistischen Widerstandsbewegungen des Zweiten Weltkriegs starke kommunistische Parteien entstanden und das Paradox, dass in den Ländern in denen die sozialistisch-revolutionären Bestrebungen am stärksten waren, mehr oder weniger gewaltsam der Kapitalismus eingeführt wurde, während den Ländern mit weniger sozialistisch geprägten Widerstandsbewegungen in Osteuropa im Kontext des Kalten Krieges staatssozialistische/planwirtschaftliche Systeme übergestülpt wurden. *Die Linkspartei ist somit nicht ein geschwächtes Überbleibsel aus vergangenen Epochen mit einem gealterten Jungbrunnen aus den 1960er Jahren, sondern eine Parteineugründung, die sich inmitten einer allmählich Konturen annehmenden Hegemoniekrise des Neoliberalismus vollzieht.* Dies ist in Europa, mehr noch in allen fortgeschritten kapitalistischen Ländern bisher einzigartig, da sich hier anders als bspw. in der lateinamerikanischen Peripherie der wachsende gesellschaftliche Widerstand noch keine erfolgreiche politische Form gegeben hat und – wie die Frankreichwahlen zeigen – politisch auf schwachen Beinen steht. Dass sich in Deutschland eine

politische Linkskraft bilden konnte, spricht nicht für die vergleichsweise erfolgreichere Hegemoniefähigkeit eines alternativen linken Projekts, sondern ist den Besonderheiten der jüngeren deutschen Geschichte geschuldet. Die Behebung der Mängel der WASG als politischer Formation mit zunächst deutlich eingeschränktem Wirkungskreis ist dem »Kollateralschaden der deutschen Einigung« (Detje/Schmitt-henner 2006, 14) zu verdanken. Damit ist gemeint, dass die Ausgangslage der PDS für eine postkommunistische Transformation singulär gewesen ist, da sie sich nicht, wie ihre Schwesterparteien in Osteuropa, zur sozialdemokratischen Partei nach westlichem Modell transformieren konnte und auch nicht in die Lage versetzt war, den Transformationsprozess politisch zu gestalten, sondern sich in eine objektive Position links von der SPD gedrängt sah. Die in Ostdeutschland bereits unmittelbar nach der Wende spürbaren Folgen von Privatisierung, Deindustrialisierung, Informalisierung, Prekarisierung und sozialer Diskriminierung sowie die Erinnerung an ein leidlich funktionierendes System der Vollbeschäftigung und sozialen Absicherung auf niedrig-nivelliertem Niveau haben der PDS als demokratisch-sozialistischer Partei einen bemerkenswerten und ununterbrochenen Wiederaufstieg ermöglicht, den (mit der Ausnahme eines plötzlichen und gesondert zu analysierenden Wahlerfolgs der DVU in Sachsen-Anhalt 1999) einzig und allein Regierungsbeteiligungen (RB) oder -tolerierungen (RT) zurückgeworfen haben. Betrachtet man die Wahlergebnisse der ostdeutschen Länder seit der Wiedervereinigung, dann zeigt sich, dass die PDS von Landtagswahl zu Landtagswahl ihr Ergebnis in etwa um jeweils 5% bis auf etwa ein Viertel der Wählerstimmen steigern konnte.

Brandenburg:	13,4/18,7/23,3/28,0
Mecklenburg-Vorpommern:	15,7/22,7/24,4/16,4 (nach RB)/16,8 (nach RB)
Sachsen:	10,2/16,5/22,2/23,6
Sachsen-Anhalt:	12,0/19,9/19,6(DVU: 12,9)/20,4 (nach RT deutlicher Rechtsruck)/24,1
Thüringen:	9,7/16,6/21,3/26,1
Berlin:	9,2/14,6/17,7/22,6/13,4 (nach RB)

Mit ihrer aus dieser Stärke in Ostdeutschland resultierenden (Teil-)Repräsentation auf der Ebene des Bundestags (als Gruppe, Fraktion oder mit Direktmandaten eingezogenen Einzelabgeordneten) ermöglichte die PDS (nicht zuletzt finanziell über die Rosa-Luxemburg-Stiftung) eine Überwinterung sozialistischer Repräsentation, Politik und Projekte auch im Westen. Gleichzeitig zeigte sich eindeutig, dass die Westausdehnung der PDS historisch gescheitert war, denn dort lag sie trotz intensiver Bemühungen bei allen Wahlen bis zuletzt deutlich unter 2%.

Die historische Entwicklung von Parteien links von der SPD zeigt deutlich, welchen besonderen und historischen Charakter der Einzug in den Bundestag und die wohl mittelfristig nicht mehr aufzuhaltende Westausdehnung hat. Denn seit dem KPD-Verbot ist keine sozialistische Partei auch nur annähernd in die Lage versetzt worden, die Fünfprozenthürde nicht nur dauerhaft, sondern überhaupt einmal zu überspringen. Nicht einmal in der Hochphase der Linken zwischen 1965 und 1975 gelang dies.

Die 1968 gegründete DKP vermochte es nicht einmal mit Schützenhilfe der DDR, mehr als nur lokal oder maximal regional Einfluss zu gewinnen. Während die DKP in den 1970er Jahren noch sechs Wahlerfolge zwischen 0,9 und 3,1% in Nordwestdeutschland erzielen konnte (vier davon in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg), lagen die Wahlergebnisse der DKP seit 1978 mit der Ausnahme von Bremen und Hamburg, wo man noch zweimal 0,6 und einmal 0,7% der Stimmen gewinnen konnte, deutlich unter 0,5%. Auch die SPD-Dissidenten der *Demokratischen Sozialisten* (DS) scheiterten in den frühen 1980er Jahren, allerdings dadurch mitverursacht, dass Teile der Linken sich den neugegründeten Grünen zuwandten – nicht zuletzt Schmidt-Gegner der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss. Dass der Fusion von WASG und PDS eine deutliche Katalysatorfunktion innewohnt, bei welcher der Gesamterfolg weit mehr als nur die Summe der einzelnen Teile ist, zeigt sich u.a. auch an den ersten Wahniederlagen der WASG, die in zwei ihrer Stammländer NRW und Baden-Württemberg deutlich unter der 5%-Hürde landete (2,2% bzw. 3,1%).

Der Aufstieg der Linkspartei ist keineswegs das Ende einer historischen politischen Linksverschiebung des deutschen Parteiensystems. Es bedarf, wie gesagt, schon eines bornierten institutionalistischen Verständnisses von Parteien, die neoliberale Transformation der SPD und die Einschreibung der Grünen in den Neoliberalismus zu ignorieren und eine rein rechnerische Mehrheit für Rot-Rosa-Grün für links zu halten. Im Kampf gegen das neoliberale ›Einheitsdenken‹ steht die Linkspartei vorerst allein auf weiter Flur. Zudem ist es noch nicht ausgemacht, wie es ihr gelingen kann, in den kommenden Jahren im Falle von erneuten Regierungsbeteiligungen, die bei einem Wählerzuspruch von annähernd 30% kaum zu vermeiden sein werden, glaubwürdig zu bleiben, wobei es eben jene Glaubwürdigkeit ist, die mit Regierungsbeteiligungen in ostdeutschen Bundesländern gefährdet worden ist und den Aufstieg von rechtsextremen Parteien begünstigte, mit denen man zum Teil um die gleiche Wählerschaft konkurriert (vgl. näher Wiegel 2006, 66ff). Regierungsbeteiligungen müssen also unter konkrete Maßgaben linker Politik gestellt werden, wie sie der zukünftige eine Parteivorsitzende Lafontaine formuliert. Zentraler allerdings noch als die Glaubwürdigkeitsfrage ist die damit verknüpfte Frage nach den Möglichkeiten sozialistischer Realpolitik heute.

Mit der Etablierung einer fünften Partei hat eine historische Transformation des deutschen Parteiensystems stattgefunden. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Gemengelage und Kräfteverhältnisse ist anzunehmen, dass Große Koalitionen eher die Regel als die Ausnahme sein werden. Es sei denn, die neue Linkspartei würde einen ähnlichen Weg wie zuvor die Partei der Grünen gehen. Eine solche Wiederholung der Geschichte als Farce kann aber aus historisch-sozialen Gründen weitgehend ausgeschlossen werden. Erstens ist die Linkspartei Produkt des Abschwungs des Neoliberalismus und nicht, wie seinerzeit die Grünen, eine konstituierende Produktivkraft aus der Phase seines Aufstiegs und seiner Konsolidierung. Zweitens spricht hiergegen die grundsätzlich und von Anfang an verschiedene Klassenbasis von Linkspartei und Grünen. Während die Grünen sich aus den sogenannten »post-materiellen« aufgeklärten, kulturlinken Bürgern in spe zusammensetzten und heute

konsequenterweise den höchsten Einkommensdurchschnitt aller Parteien haben und zur Hauptkonkurrentin der FDP geworden sind, hat die ursprünglich stark white-collar-geprägte Linkspartei in den letzten Jahren von Jahr zu Jahr eine eindeutigeren Klassenbasis erlangt. Die PDS erhält zunehmend und überproportional Zuspruch von Arbeitern und Arbeitslosen. Diese Tendenz hat sich auch in Bremen bestätigt, wo die prozentualen Anteile an Arbeiterstimmen (12%) und Arbeitslosen (21%) mit denjenigen der Bundestagswahl identisch waren. Die bewusste Übernahme von Gewerkschaftsforderungen und konsequente Gegnerschaft zu Hartz IV zahlt sich aus.

Die Glaubwürdigkeit ist dabei von entscheidender Bedeutung, um im Gegenzug zur schwindenden klassenübergreifenden Integrationsfähigkeit der ehemaligen Volksparteien gesellschaftliche Akzeptanz zu finden. Die europaweit feststellbare Zerfaserung der großen Volksparteien, die sich in der historischen Zunahme von Großkoalitionsregierungen in Europa widerspiegelt, bedeutet auch das Entstehen einer nichtrepräsentierten und nichtwählenden (Gelegenheits- und Protest-)Wählerschaft. Die Linkspartei wird sich auch daran messen lassen müssen, wie es ihr gelingt, Nichtwähler wieder zu einer Partizipation an der Gesellschaft und der Politik zu bewegen. Momentan gelingt es ihr leidlich, Nichtwähler zu mobilisieren. Den Abfluss vor allem ehemaliger SPD-Wähler an die Nichtwählerpartei fängt sie nur zum Teil ab, und die Wahlbeteiligung in Deutschland sinkt. Dabei hat die Nichtwählerpartei einen ausgesprochenen Klassencharakter. Dort, wo ehemals sozialreformerische Parteien die Repräsentanz der »kleinen Leute« aufgeben, so kann man am faktischen Klassenwahlsystem der USA beobachten, sind es vor allem die Arbeiterschaft und die unteren Einkommensschichten, die dem, was sie als »Wahlzirkus« empfinden, den Rücken kehren. Bei der Bremenwahl waren die Wahlbeteiligungsunterschiede zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse frappierend. Der Erfolg der Linkspartei muss also auch im Zusammenhang mit der Frage bewertet werden, ob es ihr gelingt, ihren Zuspruch nicht nur proportional zu den abgegebenen Wählerstimmen, sondern absolut zu steigern, was dann als ein Ausdruck dafür gesehen werden könnte, dass die Linkspartei als Forum einer neuen politischen Kultur akzeptiert wird, in der soziale Bewegungen und politische Repräsentation sich wechselseitig verstärken. Die Nichtwählerfrage ist nicht zuletzt auch deshalb zentral, weil in diesem sozial wie politisch entkoppelten Potenzial Grundvoraussetzungen für den Aufstieg einer rechtspopulistischen politischen Formation auch in Deutschland vorhanden bleiben. Das rechtspopulistische Potenzial übersteigt bekanntlich noch bei weitem den eigentlichen Wählerzuspruch für rechtspopulistische Parteien.

Der Aufstieg der Linkspartei und das Bedürfnis nach sozialen Alternativen zum Neoliberalismus hat sich mit der Reartikulation der kapitalistischen Widersprüche in einem bemerkenswert kurzen Zeitraum vollzogen. Glücklicherweise hat Karl-Heinz Roth gegenüber Georg Fülberth auf der Selbstzerfleischungskonferenz der Restlinken »Was tun?« recht behalten, dass die »neue Proletarität« (Roth) keiner »Basisfaschisierung« (Fülberth) Platz gemacht hat (vgl. Gröndahl/Schneider 1993, 31, 253ff, 422ff, 434). *In Deutschland ist der Rechtspopulismus fürs Erste gebannt.*

Die Linkspartei ist damit die einzige politische Linksartikulation der neoliberalen Spaltungsprozesse in den fortgeschritten kapitalistischen Ländern. Hieraus erwächst für sie eine historische Verantwortung, die weit über den deutschen Kontext hinausreicht. In Europa und Nordamerika beobachtet man mit Spannung, ob es der Linken gelingen wird, durch glaubwürdige Politik und eine tragfähige neosozialistische Strategie im Zusammenspiel mit dem somit gestärkten Widerstand gegen den Neoliberalismus und seine imperiale globale Durchsetzung konkrete Alternativen voranzutreiben. Gerade weil diese Entwicklung in den fortgeschritten kapitalistischen Ländern bis heute einzigartig ist, muss sich die Linkspartei dieser Verantwortung bewusst und ihr gerecht werden.

Literatur

- Bischoff, Joachim, Klaus Dörre u.a. (Hg.), *Moderner Rechtspopulismus*, Hamburg 2004
- Candeias, Mario, *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie*, Argument-Sonderband 299, Hamburg 2004
- Detje, Richard u. Horst Schmitthenner: *Die Herausforderung der großen Koalition. Neugründung der gesellschaftlichen und politischen Linken*, in: *Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, März 2006, 14-18
- Fülberth, Georg, *Berlin-Bonn-Berlin*, Köln 1999
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte, Kritische Gesamtausgabe*, 10 Bde., hgg. v. K. Bochmann, W.F. Haug u. P. Jehle, Hamburg 1991-2002
- Gröndahl, Boris, u. Wolfgang Schneider (Hg.), *Was tun? Der konkret Kongress*, Hamburg 1993
- Gysi, Gregor, »Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus«, Vortrag in Marburg, 24.1.2007, online einzusehen auf: www.rosalux.de
- Habermas, Jürgen, *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt/M 1985
- Haug, Wolfgang Fritz, »Untergang der deutschen Linksregierung – Aufstieg der Linkspartei«, in: *Das Argument* 262, 47. Jg., 2005, H. 4, 451-58
- Lafontaine, Oskar, *Politik für alle*, Berlin 2005
- ders., »Was ist die neue Linke?«, Rede auf der XI. internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz, Berlin, 14.1.2006
- Marx, Karl, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Buch*, zit.n. Bd. 23 der Marx-Engels-Werkausgabe (MEW)
- Nolte, Paul, »Die CDU ist keine Wetterschutzpartei«, in: *Die Welt*, 7.9.2004
- Paech, Norman, »Zur Außenpolitik der Linken«, in: *Z. – ZME*, März 2006, 19-22
- Solty, Ingar, »Wahlalternative, Wahlalternative? Zur Ersten Bundeskonferenz der ›Wahlalternative 2006«, in: *Z. – ZME*, Sept. 2004, 146-51
- Weis, Florian, »Linker Aufbruch oder ›the same procedure?«, in: *Z. – ZME*, Juni 2004, 107-15
- Wiegel, Gerd, »Aufschwung der extremen Rechten in der Bundesrepublik«, in: *Z. – ZME*, Dez. 2006, 58-68

Frigga Haug

Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik*

»Das Geschäft gedeiht auf Trümmern« (GW 4, 52), schreibt Rosa Luxemburg (in *Krise*). Auf den Trümmern des historischen Staatssozialismus reiben sich die opportunistischen Schreiberlinge die Hände und machen für sich das Beste aus dem Nachlass auch von Luxemburg. Manfred Scharer, wohlgefällig rezensiert unter dem Titel »Alles andere ist Quark« in der *Frankfurter Rundschau* (Seitz 2002), diagnostiziert, dass sie die sozialistische Arbeiterbewegung in eine »anti-demokratische Sackgasse« führte und dass – hier denkt er wie Helmut Kohl – nur Luxemburgs »Freiheitsdefinitor Bestand hatte« (Scharer 2002, 185). Er begründet das so:

Demokratie war für Rosa Luxemburg nur nützlich bis zum Tag der Revolution, dann kam die Phase der Diktatur [...] Sie ist fasziniert von der Revolution und nicht von der Demokratie, sie ist fasziniert von der Gewalt und nicht vom Parlieren. Sie beschwört den Glauben vom Zusammenbruch des Kapitalismus. (15)

So gut wie alles in diesen Sätzen ist falsch, auch dumm, dies aber so exemplarisch, dass sich von hier aus Luxemburgs Politik auseinanderlegen lässt. Die Schritte konzentrieren sich auf drei Fragen: zunächst die Frage der Demokratie, dann Luxemburgs Verständnis von Parlamentarismus und revolutionärer Realpolitik, schließlich zur Problematik von Fehler und Irrtum in der »Kunst der Politik«, zu der Antonio Gramsci Luxemburgs Schrift zum Massenstreik zählte (*Gefängnishefte*, H. 7, §10, 866).

1. Die Frage der Demokratie

Die erste Frage lautet: Wie denkt Luxemburg Demokratie und das Verhältnis von Diktatur zu Demokratie? Und was davon wäre für einen erneuerten Marxismus aufzubewahren? Die wichtigsten Gedanken dazu finden wir in ihrer Kritik an der russischen Revolution, in der zugleich die Problematik der »Diktatur des Proletariats« diskutiert wird – dieses Stolpersteins, dessen sich der Eurokommunismus entledigte und dessen ursprünglich Gemeintes man heute nicht mehr so sprechen kann, sondern übersetzen muss.

Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. (4, 363)

* Vortrag, gehalten auf der Tagung *MarxXXIsmus für das 21. Jahrhundert*, Berlin, 21. April 2007. Der Vortrag speist sich aus meinem Ende Mai 2007 erschienen Buch *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik*, Argument-Verlag, Hamburg.

»Die Eroberung der politischen Macht« ist der nächste Stolperstein – immerhin kommt er schon als paradoxe Zusammenbindung, nämlich als Bejahung der Demokratie zusammen mit der Diktatur des Proletariats.

Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlverordneten Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft. [Sie] muss das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h. sie muss auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Masse hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen. (4, 363f)

Es sei »historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen« (363). Entsprechend schärft Oskar Negt ein: »Für Rosa Luxemburg sind der grundsätzliche, unabdingbar demokratische Charakter des Organisationsaufbaus der proletarischen Organisationen und die bis in die Diktatur des Proletariats hineinreichende demokratische Struktur der sozialistischen Revolution nicht nur Postulate, die sich aus der Vorstellung vom Endziel der Befreiung der Menschen von Unterdrückung und Ausbeutung ergeben, sondern sie haben auch einen methodischen Grund. Jede nicht-demokratische proletarische Organisation oder Bewegung setzt sich in Widerspruch zur materialistischen Dialektik und führt, selbst wenn die revolutionäre Machteroberung gelingen sollte, in der einen oder anderen Form zum Scheitern.« (Negt 1976, 198)

Gegen Lenins »vereinfachte Auffassung«, der sozialistische Staat sei bloß der auf den Kopf gestellte kapitalistische, also statt der Arbeiterklasse werde nun die Bourgeoisie unterdrückt, schreibt Luxemburg, Lenin habe das »Wesentliche« außer acht gelassen:

Die bürgerliche Klassenherrschaft braucht keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse, wenigstens nicht über gewisse eng gezogene Grenzen hinaus. Für die proletarische Diktatur ist sie das Lebenselement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag. (4, 359)

Luxemburg verurteilt Trotzki's These, es gehe ausschließlich um »den offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt«, und rechnet vor, wie die Bolschewiki die »Erdrückung des ›öffentlichen Lebens‹« vorantrieben, wodurch sie »die Quelle der politischen Erfahrung und das Steigen der Entwicklung« und damit die »Verwirklichung des Sozialismus« verunmöglichten. Jetzt kommt der Satz:

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird. (Ebd., Fn. 3)

Der Parteidiktatur erteilt Luxemburg damit eine Absage, verurteilt vor allem auch die Weigerung oder zumindest Unterlassung, alle in den Entwicklungsprozess, in die Gestaltung des politischen Lebens einzubeziehen. Nur wenige Seiten später diskutiert

sie die Problematik des Lumpenproletariats, also derer, die aus den verschiedensten Gründen aus der Gesellschaft herausgefallen sind – auch ein Thema, das im 21. Jahrhundert höchste Aktualität besitzt. Das einzig wirksame Mittel gegen »Ausbrüche des lumpenproletarischen Unwesens« (darunter fasst sie auch die Korruption von Gewerkschaftsführern¹) seien

radikale Maßnahmen politischer und sozialer Natur, rascheste Umwandlung der sozialen Garantien des Lebens der Masse und – Entfaltung des revolutionären Idealismus, der sich nur in uneingeschränkter politischer Freiheit durch intensives aktives Leben der Massen auf die Dauer erhalten lässt (4, 361, Fn. 1).

Immer beinhalten Luxemburgs Vorschläge Verknüpfungen. Hier plädiert sie zunächst für die Garantie eines Existenzminimums, dies aber nicht als Ziel an sich, sondern als Voraussetzung für die zunehmende Beteiligung der Massen an der Gestaltung von Politik. Letzteres ist der springende Punkt. Dass er sich utopisch im Sinne von illusionär anhört, liegt vermutlich daran, dass wir uns ein solches Experiment mit den Menschen, wie sie heute sind, nämlich politisch weitgehend passiv, kaum vorstellen können. Bei Luxemburg besteht sozialistische Politik eben darin, die unkundigen und noch stumpfen Massen überhaupt erst ins politische Leben zu ziehen und für den Aufbau einer alternativen Gesellschaft zu gewinnen. In diesem Sinn ist die Freiheit der Andersdenkenden nicht bloß Toleranz, sondern das Daseinsmoment lebendiger Diskussion und des Experiments. Eine neue Gesellschaft kann nicht nach alten Rezepten konstruiert werden. Sie braucht das Experiment – sie ist ein solches.

Nur Erfahrung [ist] imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungemehmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. [...] Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert. (4, 360)

Aus der Einschätzung, dass es »kein sozialistisches Parteibuch und kein sozialistisches Lehrbuch« (ebd.) zur Einrichtung sozialistischer Wirtschaft gebe, folgt, dass alle Arbeitenden also in die Anstrengung, eine neue Gesellschaft zu schaffen, einbezogen gehörten. Notwendig dafür ist »die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche *Meinung*« (362). Unter dieser Voraussetzung sind die Einschränkung der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts durch die Politik der Bolschewiki gegen die Revolution gerichtet. Die vom Bürgertum erkämpften Formen verändern nach der Machteroberung ihren Inhalt und damit auch ihren Status. Jetzt sind sie nicht mehr Vorbedingung, sondern das nährende Element des Wiederaufbaus einer Gesellschaft von unten.

Luxemburg legt geradezu hellseherisch klar, dass dagegen die Lähmung des öffentlichen Lebens, also die Folge der Nichteinbeziehung der Massen, einen doppelten Effekt auf die Gesamtstruktur der sozialistischen Führung hat. Von dieser Führung

1 Warum sie das tut, erhellt sich aus folgender Überlegung: »Das lumpenproletarische Element haftet tief der bürgerlichen Gesellschaft an, nicht nur als besondere Schicht, als sozialer Abfall, der namentlich in Zeiten riesig wächst, wo die Mauern der Gesellschaftsordnung zusammenstürzen, sondern als integrierendes Element der gesamten Gesellschaft.« (4, 361, Fn. 1)

wird ein unglaublicher Idealismus, werden hervorragende Qualitäten gefordert, während die geschulte Arbeiterklasse zur Scheingröße, die Zustimmung vorspielt, verkommt, was schließlich am Ende dazu führt, dass praktisch eine jakobinische und damit, wie Luxemburg glasklar sieht, bürgerliche Diktatur entsteht. Luxemburgs Prognose klingt wie gemünzt auf den späteren Staatssozialismus:

einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren [...] und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft (ebd.).

Die Kritik an der bolschewistischen Politik nach Beginn der Revolution zeigt, dass die Entgegensetzung »Diktatur oder Demokratie« in Luxemburgs Augen eine falsche Polarisierung ist, die den bürgerlichen Inhalt der jeweiligen Formen festschreibt. Die proletarische Diktatur kann nicht bürgerliche Diktatur, eben mit ›Proletariern‹ an der Spitze, sein. Sie muss vielmehr *als Diktatur demokratisch* sein.

Der Grundfehler der Lenin-Trotzki'schen Theorie ist eben der, dass sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. »Diktatur oder Demokratie« heißt die Fragestellung [bei beiden]. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d.h. für bürgerliche Diktatur. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik. (4, 362)

Immer wieder schärft Luxemburg ganz unmissverständlich ein, dass sozialistische Politik demokratisch und sozialistische Demokratie ein Werk von unten sein muss. Anders verfehlt sie ihren Daseinszweck. Die Perspektive erscheint ebenso selbstverständlich wie schwierig zu verwirklichen. Aus Erfahrung, aus der Gestaltung selbst heraus sollen die Massen ihre Gesellschaft als sozialistische konstituieren. ›Diktatur‹ kann hier allenfalls als Zwang zur Entwicklung verstanden werden oder als permanenter kategorischer Imperativ: Alle sollen lernen zu regieren, indem sie in irgendeiner Form am Regieren teilnehmen.

Fazit: Ohne Zweifel ist Luxemburg eine Verfechterin der Demokratie. Allerdings unterscheidet sie zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie mit nachvollziehbarer Begründung: Während die bürgerliche Demokratie keine Schulung der Massen braucht, weil sie in ihrem System eine Elite über die Massen stellt, denen sie zwar das Wahlrecht, aber keine wirkliche Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft zumisst, verwandelt sich die Demokratie in einer sozialistischen Gesellschaft in ein Instrument zur Beteiligung der Massen, dadurch zu ihrer Schulung und Selbsterziehung, zur Anfeuerung des Experiments, zum Wettstreit, eben zur Veränderung der Vielen, die die Entwicklung der Gesellschaft als eigene Aufgabe vorantreiben. Dies, welches ja das Ziel war, um dessentwillen gekämpft wurde, muss

nach Luxemburg sogleich und von Anfang an die Verwandlung der bürgerlichen in eine sozialistische Gesellschaft bestimmen.

Aktuell bleibt daran in jedem Fall der Anspruch, einen Begriff von sozialistischer Demokratie weiterzuentwickeln. Es ist deshalb notwendig, prinzipiell zu argumentieren, einen positiven und offensiven Begriff der sozialistischen Demokratisierung zu entwickeln, der nicht nur den Verstand der Menschen, sondern auch ihre Gefühle, ihre Befreiungsphantasien, ihre unmittelbaren Interessen erreicht und so in allen Gesellschaftsbereichen als anschauliche Alternative zu den bestehenden Herrschaftsverhältnissen verstanden werden kann. (Negt 1976, 462).

Man lernt auch, falsche Entgegensetzungen und Polarisierungen als Fallen zu begreifen und sie zu verschieben. Man lernt, das Verhältnis der sozialistischen Kämpfe zu den bürgerlichen Errungenschaften als Aufgabe einer Aufhebung im Sinne einer Bewahrung und Höherentwicklung zu erkennen, die Grenzen flüssig zu halten und die Formen mit dem Inhalt zu füllen, den sie schon versprochen – Demokratie, Freiheit usw.

2. *Parlamentarismus und revolutionäre Realpolitik*

Die zweite Frage gilt dem Parlamentarismus und Luxemburgs Vorstellung von revolutionärer Realpolitik. Für den Parlamentarismus gilt das gleiche wie zuvor für die Demokratie. Vertieft man sich in ihre Aussagen zum Parlamentarismus, lässt sich wiederum beobachten, wie sie polare Gegensätze verschiebt. Zum einen lassen sich ohne Weiteres eine Menge Belege finden, wie sie das Parlament verspottet: als »Hühnerstall«, als »Geschwätz«, als geistige Leere, »der Reichstag ein Haus der tödlichsten Geistesöde« (*Sozialdemokratie und Parlamentarismus*, 1/2, 450); zum anderen wie sie diejenigen kritisiert, die zum Wahlboykott aufrufen:

Wir wollen die Tribüne der Nationalversammlung und auch diejenige der Wählerversammlungen. (4, 483)

Die Auflösung dieses anscheinenden Widerspruchs in ihrer Agitation ist historisch konkret: Parlamentarismus hat an sich kein bestimmtes Wesen. Historisch war er zunächst eine Form, deren sich die Bourgeoisie im Kampf mit dem Feudalismus bediente. Die Bourgeoisie hat diesen Kampf teils als Kompromiss, teils vollständig gewonnen. Der Feudalismus trat von der historischen Bühne ab. Von diesem historischen Moment an wurde der Parlamentarismus für die jetzt herrschende Klasse, die Bourgeoisie, weniger wichtig. Seine weitere Geschichte ist eine des Zerfalls.²

2 Wiewohl Luxemburg die Widersprüche in der Entwicklung von Kapitalismus und Parlament sieht und darauf ihre Politik basiert, schreibt sie die einzelnen Sätze jeweils in radikaler Zuspitzung, was zu unnötigen Interpretationen führt, wenn man nicht den Zusammenhang ihrer Gedanken rekonstruiert. So behauptet sie etwa, das Parlament sei für die Bourgeoisie nach ihrem Sieg über den Feudalismus ganz »unnützlich« geworden, weil es nicht mehr um Klassenkämpfe gehe, sondern um »Kuhhandel«, »Raufszenen«, »Skandale« (450), während die wirkliche Politik »weltpolitisch« geschehe, als Aktion des Kapitals (448). Sie versäumt es in solchen Passagen,

Die verbleibenden Repräsentanten des Bürgertums im Parlament aber täuschen sich, schon aus persönlichem Selbsterhaltungstrieb, über die tatsächliche Macht bzw. Ohnmacht des Parlaments. So sei eine

natürliche Blüte jener famose »parlamentarische Kretinismus« [...], der über dem selbstgefälligen Redegeplätscher von ein paar hundert Abgeordneten in einer bürgerlichen Gesetzgebungskammer die weltgeschichtlichen Riesenkräfte übersieht, die draußen im Schoße der gesellschaftlichen Entwicklung, ganz unbekümmert um die parlamentarische Gesetzmacherei, wirksam sind. Es ist aber gerade dieses Spiel der blinden Elementarkräfte der sozialen Entwicklung, an der die bürgerlichen Klassen selbst mittun, ohne es zu wissen und zu wollen, das zur unaufhaltsamen Unterwühlung nicht bloß der eingebildeten, sondern jeglicher Bedeutung des bürgerlichen Parlaments führt. (1/2, 448)

Politik hat es also keineswegs nur mit dem Parlament zu tun, gefordert ist eine Analyse der kapitalistischen Entwicklung, die zum bestimmenden Faktor geworden ist. Dies hat Folgen für die parlamentarische Politik sowohl der Bürger als auch der sozialistischen Abgeordneten. Das Bürgertum hegt die »notwendige Illusion [...], dass sein Parlament die Zentralachse des sozialen Lebens, die treibende Macht der Weltgeschichte sei« (ebd.). Das Proletariat hat als neue Klasse die historische Bühne betreten und erscheint kraft des allgemeinen Wahlrechts im Parlament.

Hat der Parlamentarismus für die kapitalistische Gesellschaft jeden Inhalt verloren, so ist er für die aufstrebende Arbeiterklasse eines der mächtigsten und unentbehrlichen Mittel des Klassenkampfes geworden. Den bürgerlichen Parlamentarismus vor der Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie zu retten ist eine der dringendsten Aufgaben der Sozialdemokratie. (1/2, 451)

Das Parlament dient der Arbeiterklasse selbst als Tribüne, als Tor zur Öffentlichkeit, in der »die Erziehung der Massen« vorangetrieben werden kann; es ist Garant, dass die mit der Form einhergehenden (bürgerlichen) Rechte, zu denen das Wahlrecht, das Versammlungsrecht, die Pressefreiheit usw. gehören und die alle von Abschaffung bedroht sind, erhalten bleiben. Daher übernimmt die Arbeiterklasse oder die linke Opposition an dieser Stelle die Aufgabe, bürgerliche Rechte ebenso wie bürgerliche Kultur gegen die Zerstörung durch die Bourgeoisie selbst zu verteidigen. Die Bourgeoisie hat eine Reihe von Verdiensten, die als »Errungenschaften« in die weitere Geschichte der Menschheit eingehen. Im historischen Drama kommt jedoch die Form der Herrschaft der Bourgeoisie an ihre Grenzen, an denen die Produktivkräfte im alleinigen Dienst des Profits nicht weiterentwickelt werden können. Die Bourgeoisie (als Name fürs Kapital) zerstört permanent ihre eigenen Grundlagen, den Arbeiter und die Erde. Modern gesprochen verbraucht sie alle Ressourcen und

zugleich die durch das Auftreten einer Arbeiterpartei auch im Parlament ausgetragenen politischen Auseinandersetzungen einzubeziehen sowie zu berücksichtigen, dass diese auch den Kämpfen innerhalb der bürgerlichen Parteien eine andere Bedeutung geben, zu anderen Blöcken führen usw.

entwickelt die Produktivkräfte so, dass die lebendige Arbeit diejenigen nicht mehr ernährt, die die wachsenden Reichtümer schaffen. Es wird also notwendig, dass die Assoziation der Arbeitenden eine alternative Gesellschaft vorantreibt.

Vom neuen Paradox ist bis heute zu lernen: Die »politische Macht erobern« heißt ja auch, die Parlamentswahlen gewinnen. Zugleich ist aber klar, dass die politische Macht des Parlaments nicht sehr groß ist, dass diese Form im entwickelten transnationalen Kapitalismus auch ein Spielball der Interessen der großen Kapitale ist. Insofern kämpft die Partei der Arbeiter um ihre Repräsentanz in einer Regierungsform, deren Abschaffung sie gleichzeitig betreiben muss, ohne die ohnehin stattfindende faktische Abschaffung durch die Bourgeoisie zu stützen, ja, sie muss ihr im Gegenteil in den Arm fallen. Die Aufgabe

erscheint in sich selbst wie ein Widerspruch: Allein, sagt Hegel, der Widerspruch ist das Fortleitende. Aus der widerspruchsvollen Aufgabe der Sozialdemokratie gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus ergibt sich für sie die Pflicht, diese verfallende Ruine der bürgerlich-demokratischen Herrlichkeit in einer solchen Weise zu schützen und zu unterstützen, die zugleich den schließlichen Untergang der gesamten bürgerlichen Ordnung und die Machtergreifung des sozialistischen Proletariats beschleunigt (1/2, 451).

Luxemburg schlägt dafür folgende Strategie vor: In den Wahlkämpfen wie auch auf der Tribüne des Parlaments muss der Zerfall dieser Form als Tat der herrschenden Klasse in allen Punkten vorgeführt werden. Zugleich muss die Partei der Arbeiter (bei Luxemburg also die Sozialdemokratie) klarstellen, dass die alltäglichen Sorgen der Menschen in ihren Händen besser aufgehoben sind. Sie muss das Volk überzeugen, wie »gescheiter, fortschrittlicher, wirtschaftlich vorteilhafter sich die Zustände im Gegenwartsstaat gestalten würden«, wenn die Anträge und Wünsche der Sozialdemokraten erfüllt würden (1/2, 455).

So streitet sie für eine Politik, die den Massen unaufhörlich »die Unzulänglichkeit der sozialreformerischen Flickarbeit und die Notwendigkeit der sozialistischen Umwälzung« erklärt (1/2, 125). Da die soziale Frage in der Form der kapitalistischen Gesellschaft nicht gelöst werden, gleichwohl aber die Lage der Arbeiter verbessert werden kann, erscheint die Politik der sozialistischen Abgeordneten im Parlament nach außen hin widersprüchlich, obwohl sie in sich kohärent sein kann.

Die Wahlversprechen der Sozialisten müssen so bescheiden sein wie das unter kapitalistischen Bedingungen für die Arbeiterklasse Erreichbare und so unbescheiden, eine sozialistische Gesellschaft für möglich zu halten. Das bedeutet also, dass die Versprechen der sozialistischen Partei nicht so groß sein dürfen, dass das Volk geradezu notwendig mit ihnen betrogen wird. Solcher Betrug schafft »Ekel« und Politikmüdigkeit auf der einen Seite, Anarchismus auf der anderen. Übertriebene Hoffnungen und Illusionen über das im Parlament Erreichbare seien z.B.: Es sei das berufene Werkzeug des sozialen Fortschritts, führe zur Hebung der Arbeiterklasse und zum Weltfrieden, gar zum Sozialismus. Solche Agitation konzentrierte alle Erwartungen der Arbeiterklasse aufs Parlament mit dem Ergebnis einer »Verwirrung der Begriffe«, einer Demoralisierung der Abgeordneten und einer Enttäuschung der Arbeiter in Bezug auf den Parlamentarismus, sodass sie von Politik nichts mehr wissen wollen (1/2, 453).

Luxemburg bestimmt also den Parlamentarismus als Form unter anderen Formen, deren Verknüpfung erst sozialistische Politik ausmache. Als weitere Kampfformen nennt sie die Mobilmachung »auf der Straße«, den Generalstreik und besonders die Pressearbeit, all dies

in dem Sinne, dass die Arbeitermasse immer mehr auf die eigene Macht, auf die eigene Aktion hingewiesen wird und nicht die parlamentarischen Kämpfe als die Zentralachse des politischen Lebens betrachtet (1/2, 454).

Ich berichte das hier mit Bedacht so ausführlich, weil es in den derzeitigen Strategien der Linkspartei ungeachtet der historisch ganz andersartigen Bedingungen analog gilt und weil es überdies ein zentrales Problem feministischer Politik war und ist, sich nämlich für alternativ und wichtig genug zu halten, die Macht zu wollen, um sie im gleichen Zug als nicht so wesentlich wieder abzuwerten, um im Ernst an die Aufgabe der gesellschaftlichen Umgestaltung zu gehen. Die feministische Losung heißt also nicht »Frauen ins Parlament, weil sie Frauen sind«, sondern, weil sie in die Suche nach Alternativen und in die Experimente anderes einzubringen haben.

Für die sozialistische Fraktion im Parlament ergibt sich auch bei Luxemburg die schwierige Aufgabe, zugleich Vertreter einer oppositionellen Partei und einer revolutionären Klasse zu sein. Das bedeute konkret, nicht bloß

vom Standpunkt der bestehenden Gesellschaft selbst zu kritisieren, sondern ihr auch auf Schritt und Tritt das sozialistische Gesellschaftsideal, das über die fortschrittlichste bürgerliche Politik hinausgeht, entgegenzuhalten (1/2, 454f).

Parlamentarismus, Demokratie, Pressefreiheit, bürgerliche Rechte sind also an sich keine sozialistischen Ziele. Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft bleiben sie notwendige Kampfbedingungen. Sobald die Sozialdemokraten aufhören, die komplizierte Agitation um die soziale Frage innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft zugleich als ständigen Nachweis dieser Grenzen und die Notwendigkeit ihrer Überschreitung zu führen, sobald sie also die Bedingungen selbst als Ziele verkünden, erstarren sie in bürokratischen Formen und werden eine bürgerliche Partei unter anderen.

Wie denkt sich Luxemburg den steten Nachweis des Zerfalls des Parlaments? So, dass sie diesem Zerfall entgegenwirkt. Dies geschieht nämlich, indem skandalisiert wird, dass die Weltgeschichte eben nicht durch Parlamente, sondern durch die sich ins Transnationale entwickelnden Kapitale beherrscht werden und dies Krieg, Zerstörung, Massenelend herbeiführt. Dazu ist das Eintreten für die konkret-einzelnen Belange der einfachen Menschen zu verbinden mit einer kritischen Gesamtdeutung der Verhältnisse. Die entsprechende politische Praxis nennt sie revolutionäre Realpolitik. Diesen Begriff prägt Luxemburg in der Schrift zum zwanzigsten Todestag von Marx (1903), um den Bruch mit bisherigen Politiken zu bezeichnen:

Vor allem aber, was gibt uns einen Maßstab bei der Wahl der einzelnen Mittel und Wege im Kampfe, zur Vermeidung des planlosen Experimentierens und Kraft vergeudender utopischer Seitensprünge? Die einmal erkannte Richtung des ökonomischen und politischen Prozesses in der heutigen Gesellschaft ist es, an der wir nicht nur unseren

Feldzugsplan in seinen großen Linien, sondern auch jedes Detail unseres politischen Strebens messen können. Dank diesem Leitfaden ist es der Arbeiterklasse zum ersten Mal gelungen, die große Idee des sozialistischen Endziels in die Scheidemünze der Tagespolitik umzuwechseln und die politische Kleinarbeit des Alltags zum ausführenden Werkzeug der großen Idee zu erheben. Es gab vor Marx eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik, und es gab revolutionären Sozialismus. Es gibt erst seit Marx und durch Marx sozialistische Arbeiterpolitik, die zugleich und in vollstem Sinne beider Worte revolutionäre Realpolitik ist. (1/2, 373)

Sie umreißt damit das Thema der Kunst des Politischen, als Dialektik von Nah- und Fernziel, die sich unter der Problematik von Reform oder Revolution verbirgt und ebenso ausgetragen wird als Frage um die Bedeutung des Parlamentarismus. Die ausschließende Entgegensetzung von revolutionärer gegen sozialreformerische, gegen demokratische, gegen Realpolitik, so können wir von Luxemburg lernen, verdankt sich der falschen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise und der ebenso falschen Einschätzung des Proletariats. Politik muss im Kapitalismus gemacht werden mit dem »*beherrschten* Proletariat und nicht dem siegreichen« (1/1, 433). Das bedeutet allerdings, dass Politik *für* die Arbeiter unter Umständen zunächst *gegen* sie gemacht werden muss, dass also ein Kampf um die Köpfe und Gefühle ebenso Bestandteil von revolutionärer Realpolitik sein muss.

Widersprüche bestimmen die gesamte kapitalistische Produktionsweise, so auch die Folgen der Produktivkraftentwicklung, den technischen Fortschritt als eine Art Nebenprodukt der kapitalistischen Produktionsweise, genau dasjenige, was deren historisch transitorische Produktivität ausmacht. Der Widerspruch schlägt hier in die Arbeiterbewegung:

Es ist klar, dass, was die Technik der Produktion betrifft, das Interesse des (einzelnen) Kapitalisten mit dem Fortschritt und der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft vollkommen zusammenfällt. Es ist die eigene Not, die ihn zu technischen Verbesserungen anspornt. Die Stellung des einzelnen Arbeiters hingegen ist gerade entgegengesetzt: Jede technische Umwälzung widerstreitet den Interessen der direkt dadurch berührten Arbeiter und verschlechtert ihre unmittelbare Lage (1/1, 389).

Aus den vielen praktischen Vorschlägen, Analysen, Zeitungsartikeln, Reden kann man herausarbeiten: Voraussetzung für die Entwicklung revolutionärer Realpolitik ist eine wissenschaftliche Analyse und fortwährendes genaues Studium der Entwicklungen in der kapitalistischen Produktionsweise. Allgemeine Grundannahme ist, dass die Bewegungen im Kapitalismus widersprüchlich sind, dass die kapitalistische Entwicklung im Ganzen bis zu einem gewissen Punkt den Entwicklungsinteressen der Bevölkerung gemäß sein kann; umgekehrt können Gewerkschaften und staatliche Gesetze durch Schutzmaßnahmen dem Fortschritt entgegenstehen. Revolutionäre Realpolitik wird im herrschenden Staat gemacht und braucht das Parlament und die bürgerliche Demokratie ebenso wie die außerparlamentarische Aktion. Sie braucht vor allem Presse-Öffentlichkeit. Denn es geht darum, Wissen und Informationen über reale Entwicklungen so zu verbreiten, dass begreifendes Erkennen als selbsttätiger Prozess möglich wird. Das Volk muss so informiert werden, dass es sich selbst überzeugen kann.

Es muss gegen den herrschenden Konsens um Hegemonie gerungen werden. Daher wird angesetzt beim beherrschten Volk und seinem Sinn für Gerechtigkeit und Moral, beim Alltagsverstand. Die Einsichten, die es gewinnt, sollen es befähigen, politisch zu denken in der Perspektive, die politische Macht zu übernehmen. Diesen Prozess begreift Luxemburg als Schulung, eine Vorbereitung des arbeitenden Volkes auf die Regierungsgeschäfte in sozialistischer Perspektive. Also berichtet sie nicht in erster Linie über das Elend, über Ausbeutung, sondern gibt Informationen, die für ein Volk an der Regierung wichtig wären. Da Luxemburg ansetzt beim Alltagsverstand, gebraucht sie Sprichwörter und Wortspiele, Metaphern aus dem Haushalt und Ähnliches (etwa die Rede von einem »ausgetretenen Hausschuh der Diplomatie«). Der Transport solcher Alltagserfahrungen in große Politik macht dabei Sprache zu einem Bewegungsmedium mit stets wechselnden Bedeutungen und Regierungspolitik so verständlich wie das Terrain, dem die Sprache und ihre Bilder entlehnt sind.

3. Fehler und Irrtum

Ich hatte mich gefragt, ob die Führung der Sozialdemokratie von ihrem Standpunkt aus Grund hatte, Luxemburg ermorden zu lassen. Die Verfolgung der dritten Frage, nach der Rolle von Fehler und Irrtum, ist geeignet, eine Antwort naheulegen. Liest man die *Krise der Sozialdemokratie*, die sog. *Juniusbroschüre*, diese ungeheuerliche (illegal verbreitete) Anklageschrift gegen eine Sozialdemokratie, die 1914 die Kriegskredite bewilligte, eine Schrift in der wieder und wieder von Fehlern und vom Irrtum die Rede ist, denkt man zunächst unwillkürlich, es sei der große Fehler der Sozialdemokraten gewesen, mit der Bewilligung der Kredite, den Krieg ermöglicht zu haben. Man wird aber sogleich bei der genaueren Lektüre dadurch korrigiert, dass die Nichtbewilligung den Krieg nicht verhindert hätte, sondern dass der angerichtete Schaden ethisch-politischer Natur war. Davor war die Sozialdemokratie der »stärkste Vortrupp, sie war das denkende Hirn der Internationale« (4, 55). Die mit dieser Stellung verbundene Verantwortung hat sie verraten. Ihr Versagen produzierte die Niederlage des internationalen Sozialismus.

Luxemburg begreift jenes Ja der Sozialdemokraten als eine öffentliche Verkündung sozialdemokratischer Politik im sich herausbildenden Weltkapitalismus. In diesem Kontext bedeutet es Preisgabe grundsätzlicher Opposition und Kritik sowie Einstellung des Klassenkampfes. Die Worte, die sie dafür findet, sind: Katastrophe, Versagen, Niederlage, Verrat, Barbarei, Pflichtvergessenheit, Disziplinbruch, Verstoß gegen das Parteiprogramm. Auf dem Gründungsparteitag der KPD 1918/19 ruft sie unter großem Beifall:

Die »deutschen Gewerkschaftsführer und die deutschen Sozialdemokraten [sind] die infamsten und größten Halunken, die in der Welt gelebt haben, [...] Sie] gehören ins Zuchthaus! [...] Judasse der sozialistischen Bewegung« (4, 506).

Geht es also darum, diesen Fehler zu korrigieren, die Bewilligung der Kredite als Irrtum zu erkennen? »Irrte« die Partei in Bezug auf die vaterländischen Ursachen des Krieges, und war es also ihr »Fehler«, das Proletariat zur Rettung von Kultur

und Freiheit aufzurufen und den Burgfrieden zu verkünden? Nein. Die erste Antwort lautet: Die Partei irrt vor allem in Bezug auf sich selbst und ihre Aufgaben. Dies macht die Frage der Selbstkritik, der Fehleranalyse, die Problematik des Irrtums so besonders brisant. Weil die arbeitende Klasse diese Partei zu ihrer Führung hervorgebracht hat, bedeutet die Preisgabe des Klassenkampfes die Vernichtung oder Selbstaufgabe der Partei. Und umgekehrt sind diese Fehler der Partei Vernichtung der Arbeiterklasse im wörtlichen Sinn. Dieser Weltkrieg ist »Selbstmord der europäischen Arbeiterklasse« (4, 163). »Noch ein solcher Weltkrieg, und die Aussichten des Sozialismus sind unter den von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmern begraben« (ebd.). Die Trümmer sind die große Zahl der vernichteten, ausgerotteten, zerstampften Produktionsweisen, Völker, Kulturen, um an ihre Stelle Profitmacherei in modernster Form zu setzen (4, 160).

Entgegen der Auffassung, Luxemburgs vielfache Äußerungen über das Lernen der Arbeiterklasse aus Niederlagen könnten geradezu ein Lob der Niederlagen als Lob des Lernens darstellen, heißt es bei ihr zur Tragödie der Bewegung:

Aber das heutige Wüten der imperialistischen Bestialität in den Fluren Europas hat noch eine Wirkung [...]: Das ist der Massenuntergang des europäischen Proletariats. [...] Es sind die besten, intelligentesten, geschulten Kräfte des internationalen Sozialismus [...], die jetzt zuhauf niedergeknebelt, niedergemetzelt werden. (4, 162)

Luxemburg unterstreicht: Die Partei kann, da sie selbst ein Produkt des Klassenkampfes ist, diesen nicht einfach abstellen. Der Kapitalismus ist keine Gruppierung von Parteien, die Bündnisse miteinander schließen und zu gemeinsamen Taten aufbrechen können, auch nicht zeitweilig (wie dies der gemeinsame Aufbruch aller Parteien in den imperialistischen Krieg suggeriert). Er ist eine Produktionsweise. Die Politik kann schieben oder geschoben werden, die kapitalistische Entwicklung beschleunigen oder verlangsamen, aber sie wird sie nicht aufhalten. Diese Produktionsweise rast über die Erde wie ein Taifun; aber in sich trägt sie ihren eigenen Gegensatz – die zur Ausbeutung notwendige Arbeiterklasse –, wie sie im Weltmaßstab mit dem zweiten Gegensatz ringt – den anderen Produktionsweisen als dem für ihre Akkumulation notwendigen Hinterland. Die aus solcher Produktionsweise mit Klassenkampf geborene Partei kann die kapitalistische Produktionsweise nur insoweit mitregeln, als sie darin Lebensbedingungen aushandelt und die Rolle der Kritik übernimmt.

Unter solcher Voraussetzung sind die Haltung und die Praxis der Sozialdemokratie bei der Bewilligung der Kriegskredite ein Vernichtungsschlag auch gegen die Partei und ihre Legitimation oder Aufgabe. Die Partei wirkt demoralisierend auf das Volk und stärkend auf die herrschende Klasse (4, 129); statt »Volksvergiftung und Volksverdummung« (4, 152) zu erschweren, arbeitet sie selbst in diese Richtung.

Folgen wir dieser Kritik, bleibt die Frage, warum Luxemburg, die so wortsicher und analytisch klar urteilt, der Partei »Fehler« und »Irrtümer« vorwirft und nicht ausschließlich »Verrat, Täuschung, Betrug«. »Fehler steht in enger Beziehung zur Kategorie des Irrtums. [...] Beim Irrtum liegt der Akzent auf der theoretischen, beim

Fehler auf der praktischen Seite.« (Schumann 1999, 253) Willentlich begeht man keinen Fehler, wissentlich keinen Irrtum. Nicht nur der gesamte Duktus der Schrift spricht dagegen, dass es sich bei der sozialdemokratischen Führung um bloße Fehler und Irrtümer gehandelt hätte, deren Korrektur nun anstehe; in jedem Schritt der Analyse der Lage vor dem Krieg, also der Vorbereitung des Kriegs, zeigt Luxemburg, dass die Parteiführung all dies wusste, vor allem, dass es in diesem Krieg durchaus nicht darum ging, das Vaterland und seine Kultur zu retten.

»Massen«, bemerkt Friedrich Engels einmal, »lernen eben nur durch die Folgen ihrer eigenen Fehler, durch Experimente am eigenen Körper« (MEW 37, 437). Zudem erhalten »Fehler und Fehleranalyse im politischen Handeln [...] eine ganz neue Bedeutung, weil jetzt die Geschichts- und Gesellschaftstheorie für die Bestimmung des konkret Möglichen (und damit Verfehlbaren) relevant werden« (Schumann, 255).

Noch einmal zurück an den Anfang der Broschüre von Luxemburg, zum Aufschrei über »die weltgeschichtliche Katastrophe: die Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie« (*Krise*, 4, 53). Hier fragt Luxemburg danach, wie »das moderne Proletariat [...] aus geschichtlichen Proben hervor[geht]«:

Gigantisch wie seine Aufgaben sind auch seine Irrtümer, [...] kein unfehlbarer Führer zeigt ihm die Pfade, die es zu wandeln hat. Die geschichtliche Erfahrung ist seine einzige Lehrmeisterin, sein Dornenweg der Selbstbefreiung ist nicht bloß mit unermesslichen Leiden, sondern auch mit unzähligen Irrtümern gepflastert, [...] seine Befreiung hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. (Ebd.)

Hier kommen die Irrtümer gleich dreimal vor, aber sie beziehen sich nicht, wie bei zu flüchtiger Lektüre angenommen, auf die Partei, deren Krise der Titel der Gesamtschrift verkündet, sondern auf das Proletariat als Klasse, und dies auch nicht als eine vorhandene Menge von Arbeitern, sondern auf die Klasse im Werden, die über Irrtümer zum internationalen sozialistischen Weltproletariat erst wird. Irrtümer begeht es auf diesem Weg, nicht nur, weil es keine »fehlerlosen Führer« hat, sondern vor allem, weil dieser Weg historisch noch nicht begangen wurde, also im Prozess »experimentell« erst gefunden werden muss.

Die irrende Masse muss, um tief zu fallen, schon auf einer bestimmten Höhe gestanden haben; eine Orientierung, ein Bewusstsein von Ziel und Weg müssen bereits vorhanden sein. Nicht die bewusstlose Masse irrt sich, weil sie das richtige Wissen nicht hat, sondern die Irrtümer erfolgen auch als Rückfall, als unklare Zusammenfügung. Dies ist der Sinn von Luxemburgs optimistischem Begriff von Selbstkritik:

Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung. Der Fall des sozialistischen Proletariats im gegenwärtigen Weltkrieg ist beispiellos, ist ein Unglück für die Menschheit. Verloren wäre der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe des Falls nicht ermessen, aus ihm nicht lernen wollte. (4, 53)

Die Kritik gilt also an dieser Stelle nicht mehr der Partei, sondern etwas viel Unbestimmterem, dem internationalen Proletariat, das es als praktisch sich vereinendes so noch gar nicht gibt, gilt also einem Projekt im Werden. Man sieht Luxemburg mit Worten darum ringen, wie das historisch Neue zu fassen ist, wenn es zugleich ein Projekt ist, das misslingt:

In Wirklichkeit ist ein derartiges Versagen einer gesellschaftlichen Klasse ihren geschichtlichen Aufgaben gegenüber etwas ganz Beispiellooses. (4, 240);

Der Weltkrieg hat [...] die deutsche Arbeiterklasse als solche Scheingröße entblößt, die Grundlage der sogenannten ›politischen Freiheit‹ in Deutschland als so nichtig und brüchig aufgezeigt, dass die Aussichten von dieser Seite ein tragisch-ernstes Problem geworden sind. (4, 263)

Wie aber lernt das gesamte, dazu noch internationale Proletariat im Werden? Wie übt es Selbstkritik? Bei dieser Frage geht Luxemburg zurück zur deutschen Arbeiterbewegung und blickt auf »45 Jahre« ihrer Entwicklung. Zur Diskussion stehen »die Kritik, der Strich und die Summa unter den Posten unserer Arbeit seit bald einem halben Jahrhundert« (4, 53). Sie unterscheidet zwei Phasen des Politischen: »spontane Revolutionen, Aufstände, Barrikadenkämpfe« auf der einen Seite; auf der anderen eine Lage, die sie »den passiven Zustand des Proletariats« nennt. Hier gilt es, das »Opfer der Kleinarbeit« zu bringen, den

systematischen Tageskampf, die Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus, die Massenorganisation, die Vermählung des wirtschaftlichen mit dem politischen Kampfe und des sozialistischen Ideals mit der hartnäckigen Verteidigung der nächsten Tagesinteressen (4, 54).

Dazu braucht es den »Leitstern einer streng wissenschaftlichen Lehre« (ebd.) und seine praktisch-politische Verknüpfung mit den tagtäglichen Existenzproblemen der arbeitenden Massen und derer, die man heute die ›sozial Schwachen‹ nennt, kurz »revolutionäre Realpolitik«.

Irren und Fehlermachen ist unablösbar von den Praxen innerhalb des Kampfes für eine sozialistische Perspektive. Für die Sozialdemokraten gilt das also nur, solange sie noch eine sozialistische Partei sein wollen. Fehler machen in diesem Sinn können auch die sozialistischen Intellektuellen in der Bewegung, dass ihre Arbeit in Richtung sozialistischer Internationale nicht gut genug war, dass sie nicht damit gerechnet hatten, dass die Masse der Arbeiter für den imperialistischen Krieg zu gewinnen war, bereit, ihre internationalen »Brüder zu morden«.

Das Rätsel um die Frage, wer denn nicht genug weiß und also irrt, wer Fehler macht und Fehleranalyse sowie Selbstkritik betreiben muss, verschiebt sich auch in die Frage, was Luxemburg unter einer sozialistischen Partei versteht.

Die deutsche Sozialdemokratie galt als die reinste Verkörperung des marxistischen Sozialismus (4, 54).

Diese Partei ist für Luxemburg keine Partei im Sinn einer Organisationssoziologie und Institutionenlehre. Sie ist die Stimme der Bewegung, die Artikulation der Arbeiterinteressen, sie vermittelt Wissen, sorgt also für Bildung und Aufklärung. Die Partei *dient* der Arbeiterklasse, »führt« sie nicht im bürgerlichen Sinn, sondern fügt die ungezählten Einzelwillen zu entsprechenden Losungen und Orientierungen zusammen. Diese Instanz in Bewegung kann Irrtümer begehen. Zu diesen gehört aber nicht die Bewilligung der Kriegskredite. Die dahinter stehende Politik, das Volk, die Arbeiterklasse zu »knebeln« und dem »Feind vor die Füße zu legen«, ist *Verrat*. Durch ihn hat die Sozialdemokratie ihr historisches Recht als Zusammenfassung der vielen Einzelwillen der Arbeitenden in sozialistischer Perspektive verwirkt.

Der Sozialismus hat sich beim Ausbruch des Weltkrieges als Faktor der Geschichte ausgeschaltet. (4, 216)

Diese vernichtende Kritik mag als Motiv der sozialdemokratischen Führung ausgeübt haben, Luxemburg ermorden zu lassen.

Indem Luxemburg in ihrer Schrift zur Krise der Partei diese zumindest in ihrer damaligen Struktur abschrieb, legte sie praktisch-theoretisch bereits den Grundstein zur Neugründung. Im Rückblick auf die Gothaer Konferenz von 1917, auf der die USPD gegründet wurde, verbindet Luxemburg noch einmal die Aufgabe historischer Selbstkritik mit der Perspektive der Neugründung:

Nun ist aber für jeden denkenden Arbeiter klar, dass eine Wiedergeburt der Arbeiterbewegung aus ihrem heutigem Zusammenbruch und ihrer heutigen Schmach unmöglich ist, wenn man sich über die Ursachen [...] nicht klar ist. Wer die gewaltige und welt-historische Krise des deutschen und des internationalen Sozialismus seit Ausbruch des Krieges nicht für eine vom Himmel gefallene Zufallserscheinung hält, muss begreifen, dass der Kladderadatsch des 4. August 1914 wohl schon im Wesen der Arbeiterbewegung vor dem 4. August 1914 wurzelte. (4, 271)

Nur wenn man die Wurzeln kennt, kann man sie ausreißen und den zum Neubau nötigen »festen Grund« gewinnen. Daraus folgt,

dass der Ausgangspunkt, der erste Schritt zur Schaffung einer neuen sozialistischen Bewegung in Deutschland eine gründliche, eine durchgreifende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sein musste. Nur aus dem Quell der Selbstkritik, einer grausam gründlichen Prüfung der eigenen Fehler in Programm, Taktik und Organisation können die klaren Richtlinien für die Zukunft gewonnen werden, [...] es galt, eine politische Prüfung der Praxis der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in den Hauptzügen vorzunehmen, ihre Hauptmängel in der Vergangenheit aufzudecken, die Finger in ihre wunden Stellen zu legen, was wir auch in der Agitation vor jedem einfachen Arbeiter tun müssen, wenn wir ihn unter die Fahne der Opposition rufen (ebd.).

Brecht schreibt dazu als politisch-ethische Regel:

Das Schlimmste ist nicht, Fehler zu haben, nicht einmal sie nicht bekämpfen, ist schlimm. Schlimm ist, sie zu verstecken. [...] Wie soll einer an deiner Seite in den Kampf gehen, wenn du ihm deine Fehler nicht gezeigt hast? (GA 18, 112)

Luxemburg nennt als Hauptfehler »Bürokratismus« und die »Entartung der Demokratie in der alten Partei« (4, 273). Dabei könne es nicht darum gehen, wie die »Linksradikalen« behaupten, das »Richtige« zu tun, das man immer schon zu kennen glaubt, sondern um die klärende Kritik der »Fehler der Arbeiterbewegung« »zur Aufrüttelung und Erziehung der Massen« (274). Sie »müssen geistig den Traditionen der 50-jährigen Vergangenheit entrissen, von ihnen befreit werden. Und das können sie nur im großen Prozess ständiger schärfster innerer Selbstkritik der Bewegung im Ganzen.« (Ebd.)

Die Niederschlagung des Spartakusaufstandes in Berlin im Januar 1919 und die Ermordung Rosa Luxemburgs machten der neuen sozialistischen Politik zunächst ein Ende. In der *Ästhetik des Widerstands* lässt Peter Weiss den Vater seines Erzählers darüber reflektieren:

Luxemburg hatte, eben weil es keine Partei gab, die imstande war, das deutsche Proletariat zu führen, einer Revolution widersprochen. [...] Wir waren im Wunschdenken befangen, ändern ein Beispiel zu sein. Dann mussten wir einsehen, dass dies falsch war. Nicht falsch von der Sache her, sondern von der Wahl des Zeitpunkts. Denn erst in der Bestimmung des richtigen Zeitpunkts, sagte er, äußert sich das Verständnis des historischen Materialismus. (1975, 114)

Literatur

Brecht, Bertolt, *Me-ti. Buch der Wendungen*, in: *Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*, Bd. 18, Frankfurt/M 1995

Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, kritische Ausgabe in 10 Bänden, hgg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, Hamburg 1991-2002

Luxemburg, Rosa, *Gesammelte Werke*, 5 Bde. Berlin/DDR 1970-75, zit. GW

dies., *Gesammelte Briefe*, Bd. 1-5, hgg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin/DDR 1982-84; Bd. 6, hgg. von A. Laschitza, Berlin 1993

Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Werke*, Bde. 1-42, Berlin/DDR, 1957ff, Bd. 43, Berlin 1990 (zit. MEW)

Negt, Oskar, *Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral*, Frankfurt/M 1976

Scharrer, Manfred, »Freiheit ist immer« ... *Die Legende von Rosa und Karl*, Berlin 2002 (vgl. die Rezension in *Das Argument* 270)

Schumann, Michael, »Fehler«, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 3, Hamburg 1999, 252-61

Seitz, Norbert, »Alles andere ist Quark. Nach dem Tag der Revolution beginnt die Diktatur. Manfred Scharrer kratzt am Mythos von Rosa und Karl«, *Frankfurter Rundschau*, 28.8.2002

Weiss, Peter, *Ästhetik des Widerstands*. 3 Bde., Frankfurt/M 1975, 1978, 1981

Wolfgang Fritz Haug

Axiome eines Neuanfangs

Über die philosophische Aktualität von Karl Marx*

1. Philosophieren im Anschluss an Marx?

Seit dem Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus gilt Marx, auf den er sich berufen hat, in der Politik als »toter Hund«. Das Gros der akademischen Philosophie folgt der Politik hierin wie ihr Schatten. Doch das eigentliche Philosophieren hat sich in der Geschichte nur selten auf Lehrstühlen ereignet, sieht man vom Deutschen Idealismus mit seinen Großmeistern Kant und Hegel und deren Spätfolgen Heidegger und Adorno ab. Neue Seiten sind immer wieder außerhalb der Institutionen aufgeschlagen worden. Die Lichter, nach denen die Franzosen das »Siècle des Lumières« nennen, sind der Welt nicht von Staatsbeamten aufgesteckt worden. Unter den Neueren genügt es, die Namen Marx, Nietzsche und Wittgenstein zu nennen. Nach vorne weisendes Denken trat oft genug in der Form »Unzeitgemäßer Betrachtungen« auf. Die Uhren aktuellen Denkens gehen anders als die der Verwaltung und Exegese tradierten Denkens.

Ehe wir die Aktualität heutigen Philosophierens im Anschluss an Marx prüfen, bedarf es einiger Vorklärungen. Die erste betrifft einen Widerspruch dieses Projekts: Hat nicht Marx ausdrücklich mit der Philosophie gebrochen? In der Tat hat er die kulturell institutionalisierte Form der Philosophie radikal in Frage gestellt. Benedetto Croce hat daher gemeint, Marx insgesamt aus der Philosophie ausschließen zu können. Antonio Gramsci hat dagegen eingewandt, die marxische Philosophiekritik sei als eminent philosophischer Akt zu begreifen. Fragen wir also: Worum geht es, wenn Marx die Philosophie als »ideologische Form« kritisiert, die es aufzusprengen gelte? Um sich das klar zu machen, ist ein erster vorbereitender Besuch in demjenigen Bereich der marxischen Theorie notwendig, den man später »historischer Materialismus« genannt hat.

2. Exkurs über den Sinn der marxischen Philosophiekritik

Im Kern geht es bei der marxischen Philosophiekritik um eine kritische Theorie gesellschaftlicher Herrschaft. Sie besagt, dass sich auf der Grundlage patriarchaler Geschlechterverhältnisse eine Verbindung von Arbeitsteilung mit Klassenherrschaft etabliert hat, die vom Staat aufrechterhalten und reproduziert wird. Der Staat kann dies auf Dauer nur, wenn »ideologische Mächte« an seine Seite treten, »idealistische Superstrukturen«, welche die gesellschaftliche Herrschaft sanktionieren und auf eine Weise regeln, die die Reproduktion der Herrschaft im Inneren der Individuen verankert. Solche Superstrukturen sind etwa Religion, Recht und Moral.

* Vortrag beim Octubre Centre de Cultura Contemporània, Valencia, am 17. April 2007

Die Formen, in denen diese Mächte wirken, nennt Marx »ideologische Formen«. Eine dieser Formen ist die Philosophie. Sie arbeitet an der Moral und reguliert die wissenschaftliche Erkenntnis. Die Struktur ihrer Arbeitsweise ist dadurch geprägt, dass sie normativ in die Gesellschaft hineinwirkt. Das bestimmt die Art, wie sie Fragen stellt und Begriffe bildet. In Anlehnung an Wittgenstein nenne ich das ihre »philosophische Grammatik«. Einfach gesprochen, kann man sagen, dass sie »von oben nach unten wirkt«, anders gesagt, dass sie an der staatlichen Überordnung über die Gesellschaft partizipiert. Marx geht weiter: Wer in dieser Struktur tätig ist, bildet sich in der Regel ein, dem reinen Denken verpflichtet zu sein. So selbstverständlich ist ihm die Struktur der staatlichen Reproduktion von Klassenherrschaft, von der er ein Teil ist, dass sie unsichtbar wird. Sie ist das Unbewusste seines Bewusstseins. In Gestalt dieses Unbewussten determiniert sein gesellschaftliches Sein sein Bewusstsein. In dem Maße aber, in dem ein Denken durch partikularistische Herrschaftsverhältnisse determiniert ist, ist es in allem, was diese Verhältnisse tangiert, nicht zur Wahrheit fähig. An Herrschaft zu partizipieren, ist ein Gefängnis fürs Denken, allerdings eines, das mit Privilegien vergoldet ist. Um den Ausbruch aus diesem Gefängnis geht es bei der marxischen Philosophiekritik. Gramsci hat recht: In der marxischen Philosophiekritik verbirgt sich ein eminent philosophisches Projekt. Es ist das Projekt einer philosophischen Grammatik, die »von unten« her aufgebaut ist.

Antonio Gramsci und der philosophierende Dichter Bertolt Brecht haben – völlig unabhängig voneinander – dieses Projekt aufgegriffen und sich daran gemacht, ein »Philosophieren-von-unten« zu entwerfen. Dieses konnte nichts anderes sein als eine Philosophie der Praxis. Wir wollen uns im Folgenden deren axiomatischen Aufbau ansehen und auf seine Aktualität hin begutachten. Zuvor aber müssen wir klären, was wir unter »philosophischer Aktualität« verstehen.

3. Was verstehen wir unter philosophischer Aktualität?

Was das Philosophieren betrifft, so verstehe ich darunter nicht in erster Linie die Tätigkeit akademischer Spezialisten im System gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Hierarchie. Zuerst und zunächst verstehe ich darunter das philosophische Moment in der Lebensführung aller Menschen: Fassbar wird es in ihrer Haltung, ihrer Herangehensweise, kurz, in jenem »Quellcode« des Verhaltens und Denkens, den die Stoa als *hegemonikón* bezeichnet hat und auf dessen Axiomatik bei Marx wir zusteuern.

Wie bemisst sich nun die Aktualität eines solchen »Quellcodes« von Praxis? Ich beginne mit einem Umweg: Als die vom jungen Marx geleitete *Neue Rheinische Zeitung* von einem konservativen Konkurrenzblatt als »kommunistisch« verschrien und vom Verbot bedroht wurde, schrieb er: »auf praktische Versuche, und seien es *Versuche in Masse*, kann man durch *Kanonen* antworten, sobald sie gefährlich werden, aber *Ideen*, die unsere Intelligenz besiegt, die unsere Gesinnung erobert, an die der Verstand unser Gewissen geschmiedet hat, das sind Ketten, denen man sich nicht entreißt, ohne sein Herz zu zerreißen, das sind Dämonen, welche der Mensch nur besiegen kann, indem er sich ihnen unterwirft« (I.1/240). Der Dämon, von dem

hier die Rede ist, gleicht dem Dämon des Sokrates. Es ist der Geist der Philosophie. Die Macht, die solche »von unten« aufgebauten oder in der Perspektive wirklicher Allgemeinheit entfalteten Ideen selbst auf Individuen der herrschenden Klasse ausüben können, ist von Brecht folgendermaßen beschrieben worden: »Ebenso wie die Angehörigen unterdrückter Klassen den Ideen ihrer Unterdrückter verfallen können, so verfallen Angehörige der unterdrückenden Klassen den Ideen der Unterdrückten. Zu bestimmten Zeiten ringen die Klassen um die Führung der Menschheit, und die Begierde, zu deren Pionieren zu gehören und vorwärtszukommen, ist mächtig in den nicht völlig Verkommenen.« (GW 16, 703)

Aktualität kommt von Agieren (span. *actuar*). Sie ist Wirkungsmacht unter bestimmten Bedingungen, in einer konkreten Situation und auf dem Niveau der avancierten intellektuellen Produktivkräfte einer Epoche. Die philosophische Aktualität von Ideen zeigt sich dann, wenn man etwas von dieser Macht in sich erfährt. Man spürt sie daran, dass diese Ideen einen zur Entscheidung herausfordern. Die Entscheidung kann dabei kontemplativ bleiben, bloßes kritisches Bewusstsein, oder praktisch werden, zur auf Veränderung drängenden organisierten Kritik übergehen; sie kann als bewusste Gegenentscheidung »reaktionär« werden oder opportunistische Verdrängung der Frage ins Unbewusste. Für die, mit Brecht gesagt, »nicht völlig Verkommenen« ist solche Verdrängung ausgeschlossen.

Auf der Ebene der formativen Determinanten eines Philosophierens, die wir dessen Axiomatik nennen, ereigneten sich in der Geschichte der Philosophie periodisch *points of no return*. An solchen Einschnitten lässt sich Zeit qualitativ, als Unumkehrbarkeit der Geschichtswege, erfahren. Im Folgenden werde ich die These verteidigen, dass Marx einen solchen philosophiegeschichtlichen Einschnitt bewirkt hat, weil die Fragen der sozialen Bewegungen im modernen Kapitalismus, die er wissenschaftlich-politisch artikuliert hat, aktuell bleiben, solange sie ungelöst sind. Mehr noch: in der Art, wie Marx Begriffe geprägt hat, um diese Fragen artikulieren zu können, tritt ein Denken auf den Plan, das Adorno als *ultima philosophia* bezeichnet hat, das heißt, ein Denken, das unüberschreitbar ist. Uns Heutige, Kinder der großen Enttäuschung am Staat gewordenen Kommunismus, der sich auf Marx berufen hat, überrascht das marxische Denken immer wieder mit »ungenutzten Ausblicken in eine ganz neue Welt«, wie Rosa Luxemburg gesagt hat, »Zukunft in der Vergangenheit«, in den Worten Ernst Blochs. Gramsci hat den Platz und die Bedeutung des marxischen Denkens in den heute verrückt klingenden Satz gebracht, Marx leite »intellektuell eine Geschichtsepoche ein, die vermutlich Jahrhunderte dauern wird« (*Gefängnishefte*, H. 7, §33), und Sartre hat es als »l'indépassable philosophie de notre temps« begriffen (1960, 9). Indépassable, unüberschreitbar, heißt dabei nicht, dass man nicht dahinter zurückfallen kann. Im Gegenteil. Gegen diesen Rückfall in beiden Hauptströmungen der internationalen Arbeiterbewegung – der sozialdemokratischen wie der kommunistischen – anzuarbeiten, machte ja den Sinn von Gramscis Philosophie der Praxis nicht weniger als den Sinn von Sartres Dialektikprojekt aus, wie auch der Arbeiten von so unterschiedlichen Geistern wie Maurice Merleau-Ponty, Henri Lefebvre, Louis Althusser oder Manuel Sacristán Luzón.

Damit Sie sich Ihr eigenes Urteil bilden können, lade ich Sie zu einem Experiment ein. Sie sollen prüfen, ob Sie etwas mit der von Marx inaugurierten philosophischen Grammatik anfangen können, ob Sie in dieser Anordnung sich bewegen können. Vielleicht erfahren Sie die Macht bestimmter Orientierungen sogar in der stärksten möglichen Form. Diese bestünde darin, dass man sich ein heutiges und künftiges Leben in menschenwürdiger Form anders gar nicht vorstellen kann. Man könnte diese Ideen nur um den Preis negieren, dass man sich selbst negiert.

Wir halten uns nicht lange bei Einzelaussagen von Marx auf, sondern fragen nach dem axiomatischen Feld, in dem diese sich bilden konnten. Im Verständnis dieses Feldes entscheidet sich Philosophieren im Anschluss an Marx.

4. Zum Begriff des axiomatischen Feldes

Vom »Konstruieren eines axiomatischen Feldes« hat zuerst Bertolt Brecht gesprochen, vermutlich angeregt durch die physikalische Feldtheorie und die Idee eines »Konstitutionssystems von Begriffen«, die Carnap 1928 in *Der logische Aufbau der Welt* entwickelt hat (Sautter 1995, 694, Fn. 30). Wie bei Gramsci sind auch bei Brecht Impulse Wittgensteins angekommen. Dieser schlägt vor: »Wenn du dir über das Wesen vom Denken [...] u.ä. nicht klar bist, ersetze den Gedanken durch den Ausdruck des Gedankens etc.« (W 5, 71) Hierzu passt Brechts Regel: »Die Gedanken müssen aus den Köpfen an die Tafeln.« (21, 525; XX, 173) Die Fortführung dieses Gedankens bei Brecht könnte wiederum Wittgenstein akzeptieren: An den Tafeln sind die »Sätze zu ergänzen durch Sätze, die sie benötigen. Dies nennt man »das Konstruieren eines axiomatischen Feldes.« (Ebd.)

Hier trennen sich dann die Wege. Wittgenstein hat zwar von Piero Sraffa, Gramscis engem Freund (vgl. dazu Haug 2006, 66ff), einen für dessen Philosophie der Praxis grundlegenden Gedanken übernommen, wenn er »Sprachspiele« definiert als »das Ganze: der Sprache und der Tätigkeiten, mit denen sie verwoben ist« (*Phil. Untersuchungen*, §7). Doch die Verwobenheit von Sprechakten mit den Tätigkeiten reduziert sich bei ihm auf Beispiele von der Art, dass einer auf ein Ding zeigt und einem andern befiehlt »Bring das her«. Das soziale Geflecht sprachlich artikulierter Praxen und praktisch grundierter Sprechakte verliert sich bei Wittgenstein im Nebel, und man kann sagen, dass erst auf dem von Gramsci und Brecht bearbeiteten marxischen Terrain die Thesen Wittgensteins voll zu sich kommen.

Bevor wir uns endlich der impliziten Konstruktion eines axiomatischen Feldes bei Marx zuwenden, ist eine allerletzte Vorklärung angebracht: Kann es für ein historisch-materialistisches Denken, das Gramsci als »absoluten Historizismus« beschreiben konnte, überhaupt Axiome geben? Nicht, wenn man Aristoteles folgt und darunter Sätze versteht, die selber unbeweisbar sind, aber »aus welchen als ersten Annahmen man Beweis führt« (2. Analytik, 76b 14). Doch *axiōmata*¹

1 Der Ausdruck *axiōma* leitet sich her von *áxios* (wert habend), dieses wiederum von *axíoo* (wiegen); *axiōtaton priasthai* heißt so viel wie »am billigsten kaufen«; *axiōoo* meint »für würdig/

bedeuten in der antiken Dialektik *Postulate*, sind also durchaus strittig. Mit anderen Worten, sie sind angewiesen auf die Ergänzung »durch Sätze, die sie benötigen«. Aristoteles scheint im Eifer, für seine »Wissenschaft der Wahrheit«² der Prinzipien und der Ursprünge³ habhaft zu werden, den »ursprünglich [...] gerade in entgegengesetztem Sinne« (Szabó 1973, 738) gebrauchten Ausdruck Axiom umgedreht zu haben.

5. Das axiomatische Feld des marxischen Denkens

Geben wir also dem Begriff des *postulare* die in der Sprache der Logiker verblasste Bedeutung des »Begehrens« und »Forderns« zurück und lassen ihn gleichsam die Faust ballen! Dann können wir unser Feld eröffnen mit dem negativen

*kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*⁴

und dem positiven Engagement für Verhältnisse, in denen

die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist⁵.

Da zum Konstruieren eines axiomatischen Feldes gehört, die »Sätze zu ergänzen durch Sätze, die sie benötigen«, füge ich hinzu, dass dies auch und zunächst für die Geschlechterverhältnisse gilt. In der patriarchalen Verfügung über weibliche Arbeitskraft haben Marx und Engels die Keimform aller Klassenherrschaft gesehen. Und Marx, auch wenn er im Alltagsleben bürgerlich-patriarchalen Konventionen folgte, zögerte nicht, mit Fourier die Befreiung der Frauen von diesen Fesseln zum Gradmesser der Emanzipation der Männer zu erklären.

Auch das zweite Postulat, das der Arbeit gilt, bezieht sich damit zugleich auf die Geschlechterverhältnisse. Frieden, Menschenwürde, Geschlechtergerechtigkeit, ökologisch nachhaltiges Wirtschaften – die Chancen aller anderen Postulate auf Verwirklichung hängen von diesem ab:

Die Gesellschaft findet nun einmal nicht ihr Gleichgewicht, bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht. (MEW 18, 570)

Anders gesagt: Die Gesellschaft findet keinen Frieden, solange umgekehrt die Arbeit in der Form der Lohnarbeit zum Trabanten der Klassenherrschaft degradiert ist, während gleichzeitig der Kontinent der Haus- und Familienarbeit den Frauen aufgebürdet und als gesellschaftliche Arbeit ausgelöscht ist, statt dass auch die Verhältnisse der beiden Geschlechter sich »um die Sonne der Arbeit« drehen in Gestalt ihrer allgemeinen und gleichen Verteilung.

angemessen/recht halten/fordern«, schließlich einfach »dafür halten, urteilen«.

2 *epistémè tēs aletheias*; Met 993b, 20.

3 *tà prōta kai tà aitia*; Met 982b, 2.

4 *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, MEW 1, 385

5 *Manifest der kommunistischen Partei*, MEW 4, 482

Wenn diese ersten beiden Postulate das Verhältnis der Menschen zueinander und zu ihrem strukturellen Zueinander, der Gesellschaft, betreffen, so das dritte ihre Beziehung zu ihrem »natürlichen Laboratorium« (MEW 42, 383), wie Marx sagt, dem »Arsenal, das sowohl das Arbeitsmittel wie das Arbeitsmaterial liefert wie den Sitz, die *Basis* des Gemeinwesens« (384), also zu unserem grünen Planeten, dem »Raumschiff Erde«:

Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmückt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen. (MEW 25, 784)

Daraus folgt das kämpferische *axioma*, auf welches die Darstellung der kapitalistischen Industrie im marxschen *Kapital* zugespitzt ist, nämlich die *Reproduktion als regelndes Prinzip der Produktion* durchzusetzen bzw. den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der umgebenden Natur »systematisch als regelndes Gesetz und in einer der menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen« (MEW 23, 528).

6. Sind die Axiome Normen?

Bevor ich weitere Postulate in unser in Konstruktion befindliches Feld eintrage, halte ich inne und wende mich der Frage zu, wie diese Orientierungen, die ich Axiome genannt habe, zu begreifen sind. Die Analytische Philosophie pflegt sie »Normen« zu nennen. Diese akademische Schule bewegt sich wie selbstverständlich im Dualismus von Fakten und Normen, von Deskription und Präsription. Doch dieser Dualismus ist das Produkt einer antagonistischen Gesellschaftsstruktur, in der Beschreiben und Vorschreiben als spezifische Kompetenzen unterschiedlichen Gruppen zugewiesen sind. Jede besondere Kompetenz in diesem Sinn verdankt sich einem allgemeinen Kompetenzzug. Es sollte jedoch einsichtig sein, dass energisches Wollen etwas grundsätzlich anderes ist als vorgeseztes Sollen und dass Forderungen, die etwas negieren, das uns negiert und für die wir zu kämpfen bereit sind, etwas anderes sind als Vorschriften. Axiome sind dann Forderungen, wie man sie bei einer Demonstration buchstäblich »von unten« her stellt. Sie konfrontieren die konstituierte Macht mit Elementen der konstituierenden Macht, welche die der Menschen selbst ist.

»Norma« ist ursprünglich das Winkelmaß, das dann zum Bild für Regeln im weiteren Sinn geworden ist. Wenn unsere Orientierungen als Regeln gelten können, so als solche, die keinen präskriptiv-gründenden Status im Verhältnis zu kritischem Denken oder zu gesellschaftlichem Handeln besitzen, sondern selber kritisch-politisch begründet sind. Sie ergeben sich ja nach dem Prinzip, das auch der Maximenbildung der antiken Ethik zugrunde liegt: »Wenn du (nicht) willst dass x, dann tue (unterlasse) y«. Wenn du nicht willst, dass der Lebensraum, den die Erdoberfläche uns Menschen wie vielen anderen Lebewesen bietet, zerstört wird,

dann unterlasse alles, was genau diese Zerstörung vorantreibt. Sie haben die Form eines Schlusses, dessen Vordersatz vom tatsächlichen Wollen von Menschen ausgeht. Das sprengt die Anmaßung jeder normativen Philosophie, die mit dem Anspruch gleichsam übermenschlicher und übergesellschaftlicher Autorität auftritt.

In den Worten des jungen Marx:

Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: lass ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft (MEW 1, 345).

Von kritischen Intellektuellen, wie er selbst einer ist, fordert Marx folglich, sie sollen eine soziale Bewegung zuerst studieren, also herausfinden, »warum sie eigentlich kämpft«, bevor sie glauben, sie belehren zu können. »Dazu gehört allerdings einige wissenschaftliche Einsicht und einige Menschenliebe« (MEW 1, 406), schärft er seinen Genossen im Pariser Emigrantenorgan *Vorwärts* ein. Dieses Doppel-Axiom richtet sich auf jenen »Quellcode« des Verhaltens und Denkens, der, wie wir sagten, das philosophische Moment in der Lebensführung aller Menschen ausmacht. Ohne Menschenliebe wird alles sinnlos, doch Menschenliebe ohne einige wissenschaftliche Einsicht ist blind. Jene ist das Herz, diese der Verstand. Das Herz treibt den Willen, der Verstand die *sképsis* im antiken Sinn, die Untersuchung der Zusammenhänge.

Es ist Zeit, sich der von Marx geforderten »wissenschaftlichen Einsicht« zuzuwenden. An ihr arbeitet Marx in drei Kritiken, von denen die erste auf wenigen Zeilen skizziert, die zweite auf ein paar Dutzend Seiten umrissen und die dritte auf Tausenden von Seiten ausgeführt und dennoch Torso geblieben ist. Die erste ist die Kritik an der spontanen Ontologie, die die Wirklichkeit in die Objektform einsperrt; die zweite ist die Ideologiekritik; die dritte die Kritik der politischen Ökonomie. Wenn Kants drei große Kritiken – der reinen Vernunft, der Urteilskraft und der praktischen Vernunft – zurückgewendet sind aufs Subjekt, so zielen die drei marxschen Kritiken aufs In-der-Welt-Sein der Subjekte und heben die dualistische Grammatik, die Subjekt und Objekt gegeneinander stellt, in dialektischer Vermittlung auf. Jeder dieser drei marxschen Kritiken habe ich ein eigenes Buch gewidmet. Hier müssen einige thesenartige Hinweise genügen.

7. Marx' drei Kritiken⁶

Ich gehe in umgekehrter Reihenfolge vor und beginne mit der dritten Kritik, der kritischen Theorie des Kapitals, die auf unsere unmittelbare gesellschaftliche Wirklichkeit zielt. Im Anschluss streife ich kurz die marxsche Ideologie-Theorie, um dann die Kritik des Objektivismus zu skizzieren, die den Eingang zur Philosophie der Praxis bildet. Die Kritik der politischen Ökonomie erforscht die Formen, Dynamiken, Entwicklungstendenzen des Kapitals zusammen mit deren spontan unser Bewusstsein

6 Das hier nur Angedeutete ist entfaltet in Haug 2005, 123-34.

prägenden Wirkungen. Der ungarische Philosoph Georg Lukács hat in seinem Spätwerk, der *Ontologie des gesellschaftlichen Seins*, untersucht, wie Marx in seiner Theorie des Kapitals den kategorialen Aufbau der von diesem beherrschten Welt herausarbeitet. Macht man sich diese Frage zueigen, stößt man auf den von Marx geprägten Begriff der Wertform als Schlüsselbegriff. Auf den ersten Blick erscheinen Wertformen wie Ware oder Kapital als Bestimmungen von Objekten. Bei näherem Überlegen tauchen dahinter die tagtäglich von uns durchlaufenen Praxisformen des Kaufens und Verkaufens auf, dazu die Lohnverhältnisse und ihr komplementäres Gegenteil, das Kapital als »Verwertung des Werts« bis hin zum »Geld heckenden Geld«, das uns zuerst in Gestalt des Sparbuchs, dann der verschiedensten Formen der »Geldanlage« begegnet. Die marxsche Kapitaltheorie legt das umfassende Bewusstsein von diesen Formen frei. Was wir eingangs von der Philosophie, sofern sie Herrschaft reproduziert, gesagt haben, hat hierin sein ökonomisches Fundament: Unser Bewusstsein ist spontan Bewusstsein-in-diesen-Formen. Das Formende ist dabei das Unbewusste. Als dieses determiniert das gesellschaftliche Sein spontan das Bewusstsein der in den Formen des Kaufens, Verkaufens und Verwertens sich tätig Bewegenden. Das Nachdenken über diese Formen folgt immer erst später, angestachelt von den Krisen, der wachsenden Ungleichheit, den Kriegen und der Umweltzerstörung, die der von keiner Politik mehr gebändigte kapitalistische Weltmarkt wie ein antikes Schicksal über immer neue Weltgegenden verhängt.

Im Umgang mit den ökonomischen Formen haben wir es damit zu tun, dass sich die Produkte unserer Hände gegen uns selbständig gemacht haben und dass wir zu Anhängseln ihres gesellschaftlichen Austausch- und Verwertungsprozesses geworden sind. Darin erfahren wir die Macht der Machwerke über diejenigen, die sie gemacht haben. Diese paradoxe Macht ist es, für die Marx den berühmten Begriff des Fetischcharakters geprägt hat.

Sie wird oft verwechselt mit der ideologischen Macht, der die zweite Kritik von Marx gilt. Doch wie Staat, Religion und Recht älter sind als der Kapitalismus, so auch die Mechanismen der Herrschaftsreproduktion, mit denen es die marxsche Ideologie-Theorie zu tun hat und die einer eigenen Logik folgen. Sehr vereinfacht lässt sich der Unterschied daran festmachen, dass der Fetischismus der Wertformen aus Beziehungen des Tausches entspringt, also aus horizontalen Beziehungen, während die ideologischen Formen der »vertikalen« Logik der Herrschaft gehorchen. Und während die Wertformen sich der Objekte bemächtigen, wobei sie aufs Bewusstsein der Subjekte ausstrahlen, zielen die ideologischen Formen direkt auf das, was wir die philosophische Dimension des Subjekts, sein Hegemonikon genannt haben. Der kritische Ideologiebegriff wird zumeist mit »falschem Bewusstsein« identifiziert; treffender wäre es, von der Übernahme »verkehrter« Verhältnisse ins Subjekt bzw. von der Subjektion von Herrschaftsverhältnissen durch die Beherrschten zu sprechen. Um das einzusehen, genügt es, die marxsche These zur Kenntnis zu nehmen, dass die gesellschaftlichen Antagonismen, zumal »die Gegensätze in der materiellen Produktion eine Superstruktur ideologischer Stände nötig machen, deren Wirksamkeit [...] nötig ist« (MEW 26.1, 259). Dass der von Marx geprägte kritische Ideologiebegriff später zum affirmativen Begriff für

seine eigene Theorie gemacht und Marx zum »Ideologen des Proletariats« wurde, ist Teil der Verwandlung ins Gegenteil, die zumal den zur Staatsideologie gewordenen Marxismus im 20. Jahrhundert heimgesucht hat.

Aber auch auf bürgerlicher Seite ist der Ideologiebegriff seines Hauptgedankens der Herrschaftsreproduktion beraubt und zum Gedanken der Bedingtheit unserer Vorstellungen usw. durch unsere soziale Lage verdünnt und ausgedehnt worden. Dies mündete unterm Zeichen der Postmoderne in seine Abschaffung – zusammen mit den Begriffen Wahrheit und Wirklichkeit. Die ideologischen Mechanismen aber sind geblieben, und dass ihre Kritik zeitweilig verstummt ist, hat in der neoliberalen Phase des entfesselten Kapitalismus auch die Ideologieproduktion entfesselt.

Nun zur ersten der drei marxischen Kritiken, der Objektivismuskritik. Ihr Gründungsdokument sind die Feuerbach-Thesen, deren erste den Bruch mit allem bisherigen Materialismus proklamiert, weil dieser die Wirklichkeit auf die Form des Objekts reduziert, wie es ja realiter das Kapital tut, wenn es die Umwelt als einen Steinbruch beliebiger Ausbeutung behandelt. – Hier ist eine interlinguistische Reflexion angebracht. Im Unterschied zum lateinischen Terminus *realitas*, der auf die *res* zurückgeht und mit dem von Georg Lukács ausgearbeiteten kritischen Begriff der *reifcatio* (Verdinglichung) zusammenhängt, ist der deutsche Ausdruck, den Marx für Realität benutzt: *Wirklichkeit*, vom *Wirken* (*operari*, *ergázesthai*) abgeleitet. Wirklichkeit in diesem Sinn ist von Aktivitäten durchzogen, ein *Wirkungszusammenhang*, der mit dem Konzept der *Wechselwirkung* (Interaktion), jenem anderen Zentralbegriff für Marx, zu denken ist. Die Praxis findet draußen in der Welt statt. Unser Wirken ist Teil der Wirklichkeit, die es uns erschließt. Kurz, wir betreten hier das Gebiet einer Philosophie der Praxis mit ihrer dynamischen »Ontologie der Relation« (Balibar 1993, 117), in der die Theorie der wissenschaftlichen Erkenntnis ihren adäquaten Boden findet. Hier auch ist, lange vor Heisenberg, ein Begriff der »Unschärferelation« vorbereitet: Wenn die Erkenntnistätigkeit als Teil der Wirklichkeit begriffen wird, ist auch einsichtig, dass sie das Erkenntnisobjekt verändern muss, um es zu begreifen. In Brechts Worten: »dass wir nichts erkennen können, was wir nicht verändern können, noch das, was uns nicht verändert« (GA 21, 413; GW 20, 140). Ohne Einwirkung keine Rückwirkung, und ohne Rückwirkung keine objektive Erkenntnis. Dem müssen Urteile dadurch Rechnung tragen, dass sie die Verbindung von Subjekt und Prädikat auf ein praktisches Projekt und dessen konkretes Akteurssubjekt beziehen. Das meint der marxische Satz, dass »es einem Schaf schwerlich als eine seiner »nützlichen« Eigenschaften vorkäme, dass es vom Menschen essbar ist« (MEW 19, 363).

Das Tor zur Dialektikauffassung von Marx kann erst aufgehen, wenn man nach dem Zusammenhang seiner drei Kritiken und ihrer drei Grundprobleme fragt. Diese erläutern einander und kommen nur in ihrer wechselseitigen Verstärkung voll heraus. Sie antworten auf drei *davor ungestellte Fragen*, Fragen, deren jede Marx zu einem konstituierten Wissensgebiet hinzustellen, worauf mit einem Schlag der von Rosa Luxemburg erfahrene »Ausblick in eine ganz neue Welt« sich aufatet: Wie kommt die Wirklichkeit, um ihr Wirkendes gebracht, in die Objektform? wieder menschliche Inhalt in die Form der Religion und der anderen Ideologien? wie die Arbeit in die Wertform?

Der Zusammenhang dieser drei Fragen lässt eine Struktur von Strukturen auftauchen, das Gefüge von Naturbeherrschung, staatlicher Macht und gesellschaftlicher Herrschaft bei marktförmiger Vergesellschaftung der Arbeit. Es bildet den Fragehorizont, in dem sich zu bewegen und Sprache dafür zu prägen das buchstäblich unerhörte Neue und noch immer Unabgeholte des marxischen Denkens ausmacht. Und nicht zuletzt verdichtet sich der Zusammenhang dieser drei Fragen in dem methodischen *axioma*, mit dem Marx das Nachwort zur zweiten Auflage des *Kapital* beschließt, »jede gewordne Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite« (MEW 23, 28) aufzufassen.

8. Die Aktualität verlangt, noch nicht Dagewesenes zu schaffen

Das axiomatische Feld und die drei Kritiken von Marx sind im Marxismus, wie er in Russland praktisch geworden ist, eklatant missachtet worden. Die Wertformanalyse wurde bereits von Kautsky, dann von Lenin und endlich von Stalin zugunsten des Inhalts ignoriert (vgl. Haug 2005, 129), wo doch das Neue von Marx gerade die Frage war, wie »dieser Inhalt jene Form annimmt« (*Kapital* I, MEW 23, 95). Marx wurde in einen linken Ricardo verwandelt. Der Ideologiebegriff wurde um seinen herrschaftskritischen Charakter gebracht und zum Eigennamen des Marxismus. Die Kritik der Reduktion der Wirklichkeit auf die Objektform wurde für »idealistisch« gehalten; rezipiert wurde sie außerhalb des Marxismus, in bürgerlicher Reaktion auf Marx, beginnend mit Friedrich Nietzsche, der sie zu einem radikalen Fiktionalismus im Rahmen eines ästhetisierten Herrschaftsprojekts pervertiert hat, während im offiziellen Marxismus der Objektivismus triumphierte. Erst Gramsci hat dessen Kritik durch Marx wieder belebt und zum Basispostulat seiner Philosophie der Praxis gemacht. Es würde den Rahmen meines Vortrags bei weitem sprengen, dies alles darzustellen. Doch das ist auch gar nicht nötig. Meine Frage gilt ja der philosophischen Aktualität von Marx. Und wie wir nach der philosophischen Aktualität von Aristoteles fragen können, ohne den Aristotelismus-Thomismus abzuhandeln, so nach der von Marx, ohne den Marxismus-Leninismus zu analysieren. Letzteres tue ich zusammen mit tausend anderen im *Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus*. »Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden«, schreibt Marx in *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. »Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm« (MEW 8, 115f). Nicht um eine solche historische Kostümierung geht es. Und es geht auch nicht darum, die »Tradition aller toten Geschlechter auf dem Gehirne der Lebenden« zu häufen. Das axiomatische Feld des marxischen Denkens neu aufzumachen bedeutet ja nichts anderes, als zu einem Neuanfang einzuladen. Ein unbefangenes Hinzutreten soll möglich sein, ohne sich von geronnenem Marxismus umstellt und erdrückt zu finden.

Vor hundert Jahren hat Rosa Luxemburg darüber nachgedacht, wie es kommt, dass so viele »Ausblicke auf eine ganz andere Welt« im marxischen Werk »ungenutzt«

herumliegen. Ihre Erklärung war, dass diese Gedanken nicht zu den Organisations- und Praxisformen der damaligen Arbeiterbewegung und ihrer Führung passten und dass überhaupt die Bedürfnisse der sozialistischen Bewegung »noch nicht für die Verwertung der marxischen Gedanken ausreich[t]en« (GW 1/2, 368).

Wie steht es heute damit? Die Arbeiterbewegung im traditionellen Verständnis ist fast überall auf dem Rückzug und in der Defensive, auch wenn es ganz falsch ist, sie für beendet zu erklären. Doch zugleich hat sich eine neuartige plurale Internationale herausgebildet, eine »Bewegung der Bewegungen«. Was auf ihren Sozialforen zur Sprache kommt, der vielfältige Protest der von den Folgen der neoliberalen Globalisierungspolitik betroffenen Gruppen und Regionen, erinnert an die *Cahiers de doléance*, in denen sich die Französische Revolution vorbereitet hat. Offensichtlich leben wir in einer Schwellenzeit, und zwar in mehrfacher Hinsicht: die auf fossiler Energie basierende Produktions- und Lebensweise mit ihrem Raubbau an unseren eigenen Naturbedingungen *kann* ohne katastrophale Folgen nicht fortgesetzt werden. Die für Milliarden Menschen vorhergesagten Folgen der Erderwärmung lassen sich ohne Welt-Innenpolitik nicht bewältigen. Darunter liegt eine weitere Kontinentaldrift in Gestalt der Entwicklung der auf dem Computer basierenden Hochtechnologien. Diese haben die Reichweite menschlichen Eingriffs in die molekulargenetischen Grundlagen des Lebens vorgeschoben, während die Entwicklung der Arbeitsproduktivität eine Gesellschaftsform in die Krise stürzt, die die Partizipation an den Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens an die Lohnarbeit knüpft. Wir werden nicht darum herumkommen, *uns und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen*. Aus der Distanz von 150 Jahren kommt uns die Diagnose unserer Gegenwart entgegen: »In unseren Tagen scheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen. Wir sehen, dass die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern lässt und bis zur Erschöpfung auszehrt. Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not.« (MEW 12, 3f)

Die negative Utopie, die Dystopie, wird in der Science-Fiction-Literatur schon lange beschrieben als eine Welt des High-Tech-Kapitalismus. Geld zieht wissenschaftlich-technische Macht an sich. »Die Wissenschaft denkt nicht«, heißt es bei Heidegger (1954, 133). Ich bin versucht hinzuzufügen: Viele ihrer heutigen Vertreter denken vor allem ans Geld. Die Konstellation, in der die gegenwärtige Geburt des Biokapitalismus vor sich geht, hat Hans Magnus Enzensberger auf den Begriff gebracht: »Die mit der Industrie verschmolzene Wissenschaft tritt als höhere Gewalt auf, die über die Zukunft der Gesellschaft verfügt. Sie ist dabei, eine dritte Natur zu erzeugen, ein Vorgehen, das im Wesentlichen wie ein Naturprozess abläuft, mit dem Unterschied, dass der nötige Energieeinsatz nicht aus der Umwelt, sondern aus dem entfesselten Kapital stammt.« (2001, 220)

Während die Gentechnologie das menschliche Wesen in den Genen sucht, gräbt die Hirnforschung nach ihm in unserem zentralen Nervensystem. Beide abstrahieren, verführt vom abstrakten Reichtum, unser biologisches Substrat von unserem geschichtlichen Wesen. Sie trifft aus historischer Ferne der auf Feuerbach

gemünzte Satz, mit dem Marx eine kopernikanische Wende in der philosophischen Anthropologie eingeleitet hat: »Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.« (*Feuerbach-Thesen*, 6, MEW 3, 6) In der Gestaltung dieses »ensembles« entscheidet sich, ob die Technologie zum Fluch oder zum Segen wird. Vorausgesetzt, der gesellschaftliche Anwendungsrahmen wäre durch gemeinnützige Kriterien statt durch Partikularinteressen dazu bestimmt, Nutzen und Risiken verantwortbar abzuschätzen und ggf. die Implantation zu verhindern, ließe sich mit Ernst Bloch sagen: »Technik als Entbindung und Vermittlung der im Schoß der Natur schlummernden Schöpfungen, das gehört zum Konkretesten an konkreter Utopie.« (1955, 269) Ihr Ziel ist »ein wirklicher Einbau der Menschen (sobald sie mit sich sozial vermittelt worden sind) in die Natur (sobald die Technik mit der Natur vermittelt worden ist). Verwandlung und Selbstverwandlung der Dinge zu Gütern, *natura naturans* und *supernaturans* statt *natura dominata*« (273). Doch wir Menschen auf dieser Erde sind eben nicht – noch nicht – miteinander »sozial vermittelt«. Dies determiniert die unkontrollierte Dynamik unserer Verhältnisse untereinander und zur Natur. Indem wir die damit zusammenhängenden Fragen nicht abweisen können, erfahren wir die philosophische Aktualität von Marx. Was wir konkret tun können, ist eine andere Frage. Hier gilt es, *noch nicht Dagewesenes zu schaffen*.

Literatur

- Aristoteles, *Metaphysik*, Griechisch-Deutsch, hgg. v. Horst Seidl, 2 Bde., Hamburg 1989
- Bloch, Ernst, *Das Prinzip Hoffnung*, Bd. 2, Berlin/DDR 1955
- Brecht, Bertolt, *Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe* (zit. GA)
- ders., *Gesammelte Werke*, 20 Bde., Frankfurt/M 1967 (zit. GW)
- Carnap, Rudolf, *Der logische Aufbau der Welt* (1928), Hamburg 1998
- Enzensberger, Hans Magnus, »Putschisten im Labor. Über die neueste Revolution in den Wissenschaften«, in: *Der Spiegel*, Nr. 23, 2001, 216-22
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, kritische Ausgabe in 10 Bänden, hgg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, Hamburg 1991-2002
- Haug, Wolfgang Fritz, *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996), 2., erweiterte Ausgabe, Hamburg 2006
- ders., *Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern*, gefolgt von *Sondierungen zu Marx / Lenin / Luxemburg*, Hamburg 2005
- Heidegger, Martin, »Was heißt Denken?«, in: *Vorträge und Aufsätze*, Pfullingen 1954, 129-43
- Luxemburg, Rosa, »Stillstand und Fortschritt im Marxismus« (1903), in: *Gesammelte Werke*, Bd. 1/2, Berlin/DDR 1979, 363-68
- Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Werke*, Bde. 1-42, Berlin/DDR, 1957ff, Bd. 43, Berlin 1990 (zit. MEW)
- Sartre, Jean-Paul, *Critique de la raison dialectique*, Paris 1960
- Sautter, Ulrich, »Brechts logischer Empirismus«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, H. 4, 1995, 687-709
- Szabó, Á., »Axiom«, in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, hgg. v. Joachim Ritter, Basel 1973, 738-41
- Wittgenstein, Ludwig, *Werkausgabe*, 8 Bde., Frankfurt/M 1989 (zit. W)

Fredric Jameson

Kulturrevolution*

Der Begriff der Kulturrevolution, obwohl erst in der Neuzeit ausgearbeitet, ist integraler Bestandteil jeder Theorie der Revolution oder gesellschaftlichen Systemveränderung, nicht nur marxistischer Theorien. Doch hat ihn das Schicksal der chinesischen ›elf Jahre‹ verdunkelt. Die Große Proletarische Kulturrevolution, wie man sie offiziell nannte, wurde aus einer lediglich kontingenten geschichtlichen Erfahrung zum beispielgebenden Lehrbuch.

Der Ausdruck selbst wurde von Lenin in seinen letzten Werken geprägt und fand sich bereits in *Staat und Revolution* theoretisch ausgearbeitet. Der Vorgang, der revolutionäre Subjekthaftigkeit auf Grundlage einer neuen Produktionsweise in die Ausbildung gemeinschaftlicher Subjekthaftigkeit eingehen lässt, kann bereits am Beispiel der Französischen Revolution beobachtet werden, an Robespierres Erfindung der Göttin der Vernunft und seiner Versuche, ihren Kult zu propagieren. Man kann davon ausgehen, dass jede System-Umwälzung sich mit diesem Problem auseinandersetzen musste, das, wie in Stalins UdSSR, mindestens auf zwei Ebenen zum Tragen kommt: die Produktion einer neuen Kultur im engeren Sinne von Literatur, Film usw.; und die Umformung der Alltagskultur im weiteren Sinn. Solche Projekte werfen theoretische Fragen auf nach dem Kulturbegriff selbst und der Angemessenheit traditioneller Vorstellungen von den Superstrukturen; nach dem Verhältnis von Kultur und Ideologie, der dialektischen Unterscheidung zwischen bürgerlicher und sozialistischer Kultur; schließlich nach der Angemessenheit von Gramscis Hegemonie-Begriff als einer Möglichkeit, das sich ständig verschiebende Verhältnis von Konsens und Gewalt innerhalb einer solch tiefgreifenden kulturellen Veränderung zu erfassen.

Aber selbst in dieser kurzen Übersicht bedarf es einer Erweiterung des Begriffs, die über die Eingrenzung auf den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus oder von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft hinausgeht: Es muss die Frage gestellt (wenn auch nicht unbedingt beantwortet) werden, ob dieser Begriff nicht auch für die Deutung früherer geschichtlicher Übergänge zwischen Produktionsweisen nützlich und anregend sein könnte. Max Webers *Protestantische Ethik* mit seiner eindrucksvollen Beschreibung der Verwandlung der Bauern in Lohnarbeiter könnte dabei als Modell dienen. Sogar die ambivalente Stellung der Religion bei Weber, die er als ein aktives Moment darstellt, ist von Bedeutung für das allgemeinere Problem, Kultur selbst als Bestandteil der Theorie der Kulturrevolution zu fassen. Als Einwände gegen eine solche Erweiterung lassen sich anführen: 1. die Länge solcher Übergänge, von denen angenommen werden kann, dass sie mehrere Generationen dauern, und 2. der relativ nicht-intentionale Charakter dieser Prozesse,

* Entwurf eines Artikels für Band 8 des Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus

die offenbar an kein kollektives Projekt mehr gebunden sind. Insofern viele frühere Übergänge den Mythos eines großen menschlichen oder göttlichen Gesetzgebers und die Stiftung einer Verfassung beinhalten, könnten sie mit modernen Kulturrevolutionen durchaus mehr gemein haben, als es auf den ersten Blick scheint. Ebenso muss die Dialektik in solche Vergleiche mit einbezogen werden, namentlich der qualitative Unterschied zwischen ihnen, welcher der spezifischen Dynamik der betreffenden Produktionsweisen geschuldet ist. Solch qualitative und strukturelle (dialektische) Unterschiede führen auf ein weiteres Thema, nämlich die Bedeutung des Begriffs der Kulturrevolution in der Gegenwart, die durch früher inexistenten Informationstechnologien bestimmt ist, sowie durch all die anderen Besonderheiten, die die Kultur der Postmoderne oder der Globalisierung (oder des Spätkapitalismus) ausmachen.

1. Lenins *Staat und Revolution* (August 1917) wirft das Problem der Kulturrevolution (der Begriff wird hier noch nicht verwendet) im Sinne des inzwischen vertrauten ›Übergangs‹ vom Sozialismus zum Kommunismus auf und setzt dies in Bezug, wie der Buchtitel suggeriert, zu Staatsgewalt, Gesetz und »Absterben des Staates«. Trotz dieser thematischen Eingrenzung wird deutlich, dass in Lenins Denken bürgerliche Legalität und bürgerliche Politikformen (›Demokratie‹) während einer ersten Phase erhalten bleiben müssen, bis Arbeiter und Bauern gelernt haben werden, was wahrhafte soziale Gleichheit wirklich bedeutet. Lenin artikuliert diese neue Erfahrung mit den Worten »Rechnungsführung und Kontrolle«: »Von dem Zeitpunkt an, da alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrheit *selbst* gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst die Staatsregierung in ihre Hände genommen haben, die Kontrolle ›in Gang gebracht‹ haben« usw. (LW 25, 488). Die Voraussetzungen dafür sind kulturelle und insbesondere pädagogische: »allgemeine Schulbildung [...], ferner die ›Schulung und Disziplinierung‹ von Millionen Arbeitern durch den umfassenden, komplizierten vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf.« (487). Man hat hier einen Ansatz des umfassenden kulturellen Wandels und der Transformation der Subjekte, der in Lenins letzter veröffentlichter Schrift, *Über das Genossenschaftswesen* (Januar 1923), weiter ausgeführt wird. Und zwar stellt Lenin fest, dass die neue »geschichtliche Epoche« nicht erreicht werden kann »ohne allgemeine Elementarbildung [...], ohne einen genügend hohen Grad von Aufgewecktheit, ohne die Bevölkerung in ausreichendem Grade daran gewöhnt zu haben, Bücher zu gebrauchen, und ohne die materielle Grundlage dafür« (LW 33, 456). Es lässt sich nicht bestreiten, dass Stalins Sowjetunion diese besonderen Ziele erreicht hat.

Im selben Aufsatz werden die Probleme der Bauernschaft direkter angesprochen (*Staat und Revolution* konzentrierte sich im Wesentlichen aufs Proletariat). In diesem Kontext und im allgemeineren Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik, die 1921 begonnen wurde, lanciert Lenin seine neue Lösung: »der vollständige genossenschaftliche Zusammenschluss [...] schließt ein derartiges Kulturniveau der Bauernschaft [...] in sich ein, dass dieser [...] Zusammenschluss ohne eine ganze Kulturrevolution unmöglich ist« (LW 33, 461). Die Schrift endet mit einer Berichtigung herkömmlicher

Theorien über den Revolutionsverlauf: »wir fingen nicht an dem Ende an, an dem es nach der Theorie [...] hätte geschehen sollen [...], bei uns ging die politische und soziale Umwälzung jener kulturellen Umwälzung, jener Kulturrevolution voraus, der wir jetzt dennoch gegenüberstehen. Uns genügt nun diese Kulturrevolution, um ein vollständig sozialistisches Land zu werden« (461).

Es sind vor allem Formulierungen in *Staat und Revolution*, die für die stalinistische Ächtung von Utopien und die Entwicklung der so genannten ›Theorie der Nahziele‹ (*teorija blizhnego pritsela*) in Anspruch genommen wurden. Obwohl Lenin hier ausdrücklich vor den wiederholten Forderungen nach einem Plan für die kommunistische Phase warnt (»es ist keinem Sozialisten je eingefallen, ›zuzusichern‹, dass die höhere Phase der Entwicklung des Kommunismus eintreten wird«; LW 25, 483f), ruft er in seinem letzten Artikel zu der allgemeinen Umsetzung von Owens utopischen Genossenschaften auf, denn was utopisch im Kapitalismus war, kann nun nicht mehr in der gleichen Weise gedacht werden: »in der bei uns bestehenden Gesellschaftsordnung unterscheiden sich genossenschaftliche Betriebe von privatkapitalistischen als kollektive Betriebe« (LW 33, 459). Zu erwähnen ist schließlich, dass *Staat und Revolution* einen wertvollen Einblick in Lenins Denken der Kulturrevolution gibt, indem Lenin hier in einer anderen Sprache kurz und bündig die revolutionäre Transformation von Subjektivität charakterisiert, auf die die Kulturrevolution aus ist: »dass die *Notwendigkeit* zur Einhaltung der unkomplizierten Grundregeln für jedes Zusammenleben von Menschen sehr bald zur *Gewohnheit* werden wird« (LW 25, 489). Es geht nicht mehr darum, den Klassenkampf fortzusetzen (dieser wurde erfolgreich abgeschlossen), sondern neue Gewohnheiten hervorzubringen.

2. Die Interpretation von Robespierres Politik der ›Kulturrevolution‹ muss von drei Gesichtspunkten ausgehen: der Anrufung der ›Tugend‹, dem Stellenwert des Volksfests und dem Versuch, einen Kult der Göttin der Vernunft (und des Höchsten Wesens) zu begründen. All dies führt direkt zu Rousseau zurück, dessen Werk dadurch zu einer Art theoretischen Handbuchs des jakobinischen Projekts wird. Das klassische Konzept der ›Tugend‹ geht über Rousseau auf Plutarch zurück, dessen *Parallelbiographien* deshalb auch als Sammlung politischer Lehren für diese erste bürgerliche und neoklassische Revolution gelten können. ›Tugend‹ meint nicht einfach persönliche Tugenden wie Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit (Robespierres Spitzname), sondern vor allem ein öffentliches und staatsbürgerliches Engagement, die Hingabe an die gemeinschaftliche Aufgabe als eine Dimension, die dem bloßen Privatleben übergeordnet ist. Dieses Konzept stellt deshalb einen ersten Versuch dar, das ewige Problem kollektiver Mobilisierung während revolutionärer Phasen anzugehen: Wie kann revolutionäre Begeisterung auf Dauer gesichert werden; wie können Menschen dazu gebracht werden, das Öffentliche und das Politische, das eigentlich Kollektive, als eine dauerhafte Dimension ihres Daseins zu akzeptieren (und nicht nur als eine zufällige Erfahrung, die der gesellschaftlichen Unordnung geschuldet ist)? Gewiss kann ›Tugend‹ auch in ihrer abschreckenden Funktion begriffen werden, als eine Weise, Konsens und Gehorsam gegenüber der neuen Ordnung zu sichern.

Das revolutionäre Fest steht ebenfalls im Zeichen Rousseaus, wie sich an der Nostalgie für das Volksfest in *Julie oder Die neue Héloïse*, am *Brief an d'Alembert* und sogar an den politischen Schriften erkennen lässt. Das erste große »Föderationsfest« (mehr mit Lafayette als mit dem noch unbekanntenen Robespierre verbunden) feierte den Jahrestag des Sturms auf die Bastille und war euphorischer Ausdruck des großen Moments von Solidarität und Brüderlichkeit in Frankreich (was Malraux die lyrische Illusion genannt hat), die der dialektischen und notwendig spaltenden Dynamik der sozialen Revolution vorausgeht (Michelet beschwört dieses Festival als einen Ausdruck des Erhabenen, das auch von Kant theorisiert wurde). Robespierre wird später versuchen, diesen ursprünglichen Geist mit seinem »Fest der Vernunft« (10. November 1793) und insbesondere mit seinem »Fest des Höchsten Wesens« am 8. Juni 1794 wiederzuerwecken. Es wäre töricht, solche Versuche (mit denen Rousseaus Auffassung der Zivilreligion konkurriert) als staatliche Durchsetzung des Deismus des 18. Jahrhunderts zu verstehen oder als die säkulare Überzeugung, Ordnung und Gehorsam könnten nur durch religiöse Autorität gesichert werden – obwohl die radikaleren atheistischen Revolutionäre der Meinung waren, dass Robespierre einen reaktionären oder konservativen Standpunkt vertrat.

Das religiöse Motiv stellt einen ersten Versuch dar, eines der zentralen Probleme einer revolutionären Gesellschaft zu durchdenken, nämlich dasjenige des leibhaftigen Glaubens oder des Fetischs, der nötig ist, um eine Gemeinschaft zu einen. Später wird diese Rolle zumeist vom charismatischen Führer übernommen (obwohl dies in bestimmten Fällen auch durch ein Objekt geschehen kann wie bei der us-amerikanischen Verfassung, oder durch die Nation wie bei späteren stalinistischen Feiern). Analysen des Festes selbst, besonders bei Rousseau, zeigen, dass das Volksfest eine reine Form ist: Teilnehmer und Zuschauer, Subjekte und Objekte, fallen zusammen; es gibt weder Zuhörerschaft noch Publikum, kein Außen; die Gemeinschaft, die sich selbst feiert, hat keinen anderen Inhalt als sich selbst.

3. Eine ungeheure, Kultur und Subjektivität umfassende Revolution fand mit der Industrialisierung und Kollektivierung der UdSSR und der Landflucht der Bauern in die Städte in den 1930er Jahren statt; die Gewalttätigkeit dieser Phase zeugt zugleich von dem partiellen Scheitern der Kulturrevolution als einem hegemonialen Projekt. Jede, längst überfällige Neubewertung der Geschichte der Sowjetunion unter Stalin muss betonen, dass die berüchtigtsten Aspekte dieser Transformation – die Doktrin des sozialistischen Realismus, Zensur usw. – nur eine Dimension darstellen und dass sie zu einer Epoche gehören, in der ein Massenpublikum erstmals aus dem Analphabetismus hervortrat und dadurch eine erste Form sozialistischer Massenkultur entstand.

Eine weitere Bedeutungsebene in einem historisch eingeschränkteren Sinne bezieht sich auf die explosionsartige Entwicklung künstlerischer Formen in der Sowjetunion in den 1920er Jahren, die von Kunst über Architektur und Film bis zu Literatur und Musik reichte. Die Befreiung vom alten Regime fiel auf einen Boden, der schon vor und während des Krieges fruchtbar für die Moderne gemacht worden war, aber das Aufblühen der verschiedensten Strömungen, das daraus resultierte,

war einzigartig in Europa durch das hohe Maß an Identifizierung von künstlerischer und politischer Revolution, das in Paris oder Berlin nichts Vergleichbares kannte. Diese spezifisch modernistische Kulturrevolution endete im Prinzip mit dem ersten Fünfjahrplan und der Kollektivierung (1928).

4. In China brachte die Kulturrevolution ebenfalls eine spezifische Kunst-Ästhetik hervor, vor allem durch die Reformen und Projekte von Jiang Qing. Hier wurde ein noch viel selbstbewussterer und planmäßigerer Angriff auf die bürgerliche und feudale Vergangenheit unternommen, insbesondere durch die anti-konfuzianische Richtung und den Ikonoklasmus der Roten Garden. Während die erste dieser Strömungen den Versuch unternahm, Aspekte des Festes mit einem revolutionären Romantizismus positiver Helden (und negativer Schurken) zu verbinden – Formen, die aus dem Agitprop hervorgegangen waren und im Guerilla-Theater bis heute fort-dauern –, zielte die zweite Strömung grundlegender auf die Formung der Subjekte, wie es allen Kulturrevolutionen gemein ist. Jiang Qings romantisch-revolutionäre Ästhetik war ebenfalls ikonoklastisch in ihrer allgemeinen Ablehnung bürgerlicher Traditionen und Formen.

Die Große Proletarische Kulturrevolution begann Ende 1965 als ein Projekt, mit dem die Macht und Autorität der Chinesischen Kommunistischen Partei untergraben werden sollte (»Bombardiert die Hauptquartiere!«). Darin steckten sowohl Elemente eines alten Anarchismus als auch die Erwartung eines »Absterbens des Staates« und seiner Ersetzung durch eine direkte Demokratie, die an Rousseaus stets einstimmigem Gemeinwillen orientiert war. Diese Phase der »Kulturrevolution« endete mit der Shanghai-Kommune und ihrer Ächtung durch Mao Tse-tung im Januar 1967 (obwohl ihre radikalen Führer erst vollkommen diskreditiert waren, als sie als Mitglieder der »Viererbande« mit Jiang Qing einen Monat nach Maos Tod 1976 verhaftet wurden). Das frühzeitige Ende dieses Experiments einer sozialistischen direkten Demokratie (auf der Linie des von Marx und Lenin bereits skizzierten Utopismus der Pariser Kommune) führte zu einer ideologischen Leere, die erst mit dem Fetisch von Maos Person und Image in Verbindung mit dem »Roten Buch« gefüllt wurde, das diesem Personenkult eine Pädagogik hinzufügte. Die tiefer gehenden sozialen Errungenschaften der chinesischen Kulturrevolution können jedoch nicht vollständig erfasst werden, solange sie nicht in das Generationensystem der feudalen Vergangenheit eingeordnet werden: Die jungen Menschen der Roten Garden, die massenhaft kreuz und quer durch China reisten und oft die Träger eines gewaltsamen und nicht selten vernichtenden Fanatismus waren, brachten damit eine revolutionäre Ungeduld und Unzufriedenheit mit der Autorität der älteren Generation und dem konfuzianischen, hierarchischen Familiensystem zum Ausdruck. Wenn sich, wie Gramsci vorschlug, Subalternität nicht nur durch ausbeuterische Staatsinstitutionen konstituiert, sondern auch durch die im Innern verankerten Gewohnheiten des Gehorsams und der Unterwürfigkeit gegenüber den traditionellen Autoritäten, zu denen wir noch die psychoanalytischen Dimensionen von Fromms »Furcht vor der Freiheit« und die Angst vor Autonomie hinzufügen können, dann liegt eine der Aufgaben einer wahrhaften Kulturrevolution genau in dem Aufbrechen

solcher Gewohnheiten, mithin dem Ende dessen, was Kant »Unmündigkeit« in der kollektiven und politischen Sphäre genannt hat. Wie verhängnisvoll auch immer die »elf Jahre« in anderer Hinsicht waren, das Aufbrechen solch subalterner Subjekthaf- tigkeit in China ist eines ihrer andauernden Vermächtnisse.

5. Die sozialistische Bewegung hat immer die Rechte der Frauen und Minder- heiten in ihre Ziele und Werte eingeschlossen, doch wurden diese Fragen nicht auf einer Massenebene thematisiert, so dass eigene Emanzipationsbewegungen erst nach 1945 aufkamen. Die Besonderheit der kubanischen Kulturrevolution lag darin, dass sie diese Probleme als Teil des sozialistischen Aufbaus begriffen und sie in der Kultur (Film und Literatur), im Alltagsleben und in der Politik aktiv verfolgt hat. Eine weitere Spezifik war eine Konzeption vom Ende der Klassen, die auf dem bewaff- neten Kampf der *foccos* – der Schaffung revolutionärer Brennpunkte – basierte, bei dem Intellektuelle, Bauern und städtische Arbeiter als Gleichberechtigte zusammen kämpften. Dies ist eine Position, die der Privilegierung von Veteranen, wie bei den jugoslawischen Partisanen, näher steht als dem Modell der Klassenzugehörigkeit (Arbeiterfamilie vs. bürgerliche Familie), das etwa in der höheren Bildung in China oder der DDR angewandt wurde.

In Bezug auf Kultur im engeren Sinne von Literatur und Kunst verwarf Kuba das sowjetische Beispiel ausdrücklich und lehnte jede Festlegung auf *eine* bestimmte künstlerische Richtung ab (etwa den sozialistischen Realismus). Im Gegenteil, der Modernismus, der in Kuba tief verwurzelt war, war ebenso willkommen wie Agitprop und andere künstlerische Traditionen des Sozialismus. In einem berühmt gewordenen Satz sagte Fidel Castro, innerhalb der Revolution sei alles erlaubt – eine Doktrin, die speziell für die künstlerische Praxis bestimmt war.

Die besondere Rolle des kubanischen Nationalismus auf dem »Weg zum Sozia- lismus« muss ebenso berücksichtigt werden. Aber diese mächtige Bedeutung der nationalen Identität geht einher mit einer einzigartigen Vielfalt dessen, was diese Identitäten bestimmt: ein lateinamerikanisches Land, aber auch eine karibische Nation, ein afrikanisches Land, ein sozialistisches Land und schließlich eine Kultur, die (neben den anderen ehemaligen spanischen Kolonien) aufs engste mit der nordamerikanischen verbunden ist (Kubas Kulturheld José Martí verbrachte 15 Jahre in New York, bevor er nach Kuba zurückkehrte, um dort im Unabhängigkeitskampf zu sterben).

6. In vielerlei Hinsicht kann man die jugoslawische Erfahrung der Selbstver- waltung und des Föderalismus unter den Nachkriegssozialismen als einzigartig betrachten, auch wenn deren Wirkung hauptsächlich theoretisch war und das jugoslawische Modell daran scheiterte, parallele sozialistische Bewegungen in einem trotzkistischen oder maoistischen Sinne hervorzubringen. Die gewaltsame Auflösung des föderalen Systems in den 1980er Jahren – als Folge der Globali- sierung, der Politik der Weltbank und des IWF, sowie des Verschwindens der strategischen Position Jugoslawiens im Kalten Krieg – kann nicht über seinen außergewöhnlichen Erfolg in den früheren Jahren hinwegtäuschen, insbesondere im Lichte des Zusammenbruchs des sowjetischen Föderalismus und der Brüchig- keit dieses politischen Systems andernorts. Die einmalige Rolle Marschall Titos

als Emblem dieses Prozesses (er war halb Kroat, halb Slowene) rückt Fragen des charismatischen Führers und des Einheit stiftenden Fetischs auf neue Weise in den Blickpunkt. Inzwischen deuten sowohl der Föderalismus als auch die Erfahrung der Selbstverwaltung darauf hin, dass das Konzept der Kulturrevolution erweitert werden muss, um die Dimensionen zu erfassen, die bisher als rein ökonomische galten, etwa die Formen des Arbeitsprozesses.

7. Diese Skizze der Grundelemente, um die es beim Begriff der Kulturrevolution geht, fasst ›Kultur‹ in dreifacher Hinsicht: als die eher begrenzte und spezialisierte Sphäre der ästhetischen und künstlerischen Produktion als solcher, von Literatur über die bildenden Künste bis zu Film und Musik; als die Sphäre des Alltags und seiner Organisation, der Praxen und Gewohnheiten, der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse; schließlich als den Namen dessen, was die marxistische Tradition als die Superstrukturen (›Überbau‹) identifiziert hat, die im Gegensatz zur »ökonomischen Struktur der Gesellschaft, der realen Basis« verstanden werden, also zum Ökonomischen, den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (vgl. MEW 13, 8). Es lohnt sich, abschließend kurz das Problem zu skizzieren, auf das diese Annahmen stoßen.

Das Konzept der Kulturrevolution unterstellt offensichtlich einen altbekannten Dualismus, den der ökonomischen Struktur und der Superstruktur als dem Modell der Unterscheidung zwischen Ökonomischem und Kulturellem. Der westliche Marxismus, mit seiner Kritik des Ökonomismus und seiner Betonung des Kulturellen als einem allgemeinen politischen Projekt, hat diese traditionelle Formel (die nur einmal im marxschen Werk vorkommt) weitgehend zurückgewiesen mit der Begründung, sie reduziere die Kultur auf einen Reflex des Ökonomischen. Mehr traditionelle Marxisten wollten daran als einer wesentlichen Dimension des marxschen Systems festhalten, weil sie befürchteten, dass der Verzicht auf das »in letzter Instanz« determinierende Ökonomische das System einem liberalen Revisionismus, wenn nicht gar einem vollständigen ›postmodernen‹ Relativismus aussetzen würde.

Wenn wir jedoch die Unterscheidung zwischen Basis und Überbau als auf Lohnarbeit basierend betrachten, wird deutlich, dass Geld (Lohn) eine grundlegende Schranke zwischen Arbeitszeit und ›Freizeit‹ aufrichtet. Die Unterscheidung zwischen Basis und Überbau ist eine Theorie aber auch ein Symptom dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit, und sie kann nur überwunden werden, wenn Lohnarbeit (und vielleicht Arbeit überhaupt) auch als solche verschwindet. Ein solches Verschwinden kann bisher nur in utopischen (oder auch dystopischen) Kategorien mit vier Varianten gedacht werden: 1. eine Dystopie, in der alles zur Arbeit wird; 2. ein Regime der Automation, in dem menschliche Arbeit nicht mehr notwendig ist; 3. eine Gesellschaft, in der Arbeit zu einem Spiel im philosophischen Sinne oder zumindest ästhetisiert wird; 4. eine Gesellschaft, in der alle Aspekte dessen, was wir bisher Freizeit genannt haben, zur in Preisen gemessenen Ware wird.

Der Dualismus von Kultur und Ökonomie wird indes als unproduktiv gesehen, insbesondere in der dritten Phase des Kapitalismus (der Postmoderne oder des Spätkapitalismus), in der die beiden Dimensionen konturlos werden und ineinander übergehen: Kultur wird zur Ware, und das Ökonomische wird zu einem Prozess

libidinöser und symbolischer Investition, ein Prozess, der nicht unvereinbar ist mit Marx' Analyse der »theologischen Mucken« der Warenform (MEW 23, 85). Zum einen impliziert ein solcher Dualismus einen ambivalenten oder gar jeder Festlegung sich entziehenden Ort des Politischen und der Staatsmacht (oder »der Macht« überhaupt). Bedeutet dies, dass die Macht selbst in Bezug auf Struktur und Superstruktur zu unterscheiden ist (das Gewaltmonopol auf der einen, Hegemonie oder Konsens auf der anderen Seite)? Ferner tendiert jede radikale Unterscheidung zwischen beiden Dimensionen – jedes Beharren auf dem halbautonomen Charakter von Kultur – dazu, nicht nur die Kultur mit dem Ökonomischen ins Verhältnis zu setzen, sondern auch ihren radikalen Unterschied zu diesem zu berücksichtigen und sich in Richtung einer vollkommenen Autonomie des Kulturellen zu bewegen. Althussers Konzept der »ideologischen Staatsapparate« würde hingegen so etwas wie eine Struktur der Superstrukturen entwerfen – ein Ansatz, der fruchtbar in beide Richtungen entwickelt werden könnte.

Abschließend erfordert das Aufkommen einer Informationsgesellschaft und einer Ökonomie, die maßgeblich durch Computer und elektronische Technologie bestimmt sind, eine Erneuerung der traditionellen marxischen Vorstellungen von Kultur oder zumindest eine Anreicherung und komplexere Auffassung. Die heutigen Ideologien (oder gar Metaphysiken) der Kommunikation wie diejenige von Habermas verlangen zudem eine originelle Antwort im marxischen Sinne, was daran erinnert, dass die Frage der Ideologie in diesem Artikel kaum angesprochen wurde, auch wenn Ideologietheorie in vielerlei Hinsicht einen alternativen und konkurrierenden theoretischen Code zu dem der Kultur bietet.

Aus dem Englischen von Rainer Schultz



Eine Dialektik des 21. Jahrhunderts

Fred Jameson liefert eine Neueinschätzung von Brechts Werk im Blick auf die postmoderne Ära. Untersucht wird die einzigartige Überschneidung von Theorie, Fabel und Stil, aus der die Gestalt einer spezifischen Dialektik des 21. Jahrhunderts aufzutauchen vermag.

Fredric Jameson
**Lust und Schrecken der unaufhörlichen Verwandlung
 aller Dinge: Brecht und die Zukunft**
 13,00 € (inkl. Porto & Versand) · ISBN 978-3-88619-318-9

Erhältlich nur noch beim ArgumentVerlag:
 Glashüttenstr. 28 · 20357 Hamburg · Fax: 040 / 40 18 00 20 · verlag@argument.de

Darko Suvin

**Im Innern des Wals, oder *Etsi communismus non daretur*:
Wie leben, wenn der Kommunismus eine Notwendigkeit ist,
aber nirgendwo am Horizont**

Für Tom Moylan, der verwarf und dagegenhielt

»[D]ie echte Konzeption der historischen Zeit beruht ganz und gar auf dem Bild der Erlösung.« (Benjamin, GS V, 600)

1. Wo sind wir jetzt: Wie können wir nach der fundamentalen Niederlage unsere Haltung zurückgewinnen?

Der folgende Essay möchte ein tiefsitzendes Unbehagen zur Sprache bringen, das viele alte Kommunisten und andere Linke befallen hat und uns im Blick auf Haltung, Handwerkszeug und Perspektiven lähmt. Der historische Moment ist noch immer durch den Zusammenbruch des sowjetischen Systems sowie aller kommunistischen Parteien und verwandten Bewegungen bestimmt. Die Lähmung geht aber weit darüber hinaus. Daher mag dieser Versuch auch für andere mit einer festen antikapitalistischen Haltung relevant sein. Der Name ›Kommunist‹ hat eine grundsätzliche Bedeutung; doch auch wenn ich sehr dafür bin, ihn mit neuem Leben zu erfüllen, sind solche Bezeichnungen letzten Endes nicht zentral. Alle die in ihrem Denken und Handeln der Einsicht folgen, dass der Kapitalismus die strategische Ursache unserer gesellschaftlichen Übel ist, werden, so hoffe ich, mit meinen zwei hier zu entwickelnden zentralen Punkten übereinstimmen oder sich zumindest ernsthaft damit auseinandersetzen. Diese zwei Punkte sind die Unabdingbarkeit des Erlösungsgedankens und die Absage an die Vorstellung von einer vollständigen und endgültigen Wahrheit. Sie sind unerlässlich für die Grundlegung klarer theoretischer Horizonte und eine *Bedingung für konsistentes antikapitalistisches Handeln*, das in Raum (global) und Zeit (über Jahre und Jahrzehnte hinaus) kontinuierlich ist und darum eine Aussicht auf Erfolg bietet.

Vor einem Jahrhundert hat Lenin geschrieben: »Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Partei.« Ohne Tabus, weder in die eine noch die andere Richtung, müssen wir heute wieder die Frage nach Lenins Parteauffassung stellen und danach, was wir unter Revolution verstehen. Diese Vorbehalte vorweggeschickt, denke ich, dass Lenin recht behalten hat. Wir, die Subjekte, sind konstitutiv mitverantwortlich für jeden Begriff des Bestehenden. Es käme einer Selbstvernichtung gleich, sich nicht mit unseren grundlegenden gedanklichen Voraussetzungen zu beschäftigen und dabei gleichzeitig an unserem Endhorizont festzuhalten. Wenn es dabei zu einigen Revisionen oder sogar Paradoxien kommt, sollte sich ihre Bewertung daran orientieren, ob und wie sie der Annäherung an diesen Horizont dienen. Mehr noch: Insofern ich mit Marx

übereinstimme, dass jeder Schritt wirklicher Bewegung von höchster Bedeutung ist, macht das gegenwärtige Durcheinander in solchen Bewegungen sowohl im Hinblick auf das Ziel als auch auf die Mittel zu seiner Erreichung eine theoretische Besinnung unerlässlich. Im Folgenden möchte ich mich mit Einsichten und Erkenntnissen aus ursprünglich religiösen Vorstellungen für unsere Gedanken und Praxen auseinandersetzen. Zwei Theoreme scheinen mir besonders wichtig zu sein: Im positiven Sinne der Erlösungsgedanke, im negativen das Theorem der vollständigen Wahrheit. Was bedeuten sie für unsere heutige geschichtliche Situation?

Zwischen 1848 und etwa 1989 glaubten Kommunisten daran, den eigenen politischen Sieg noch selbst leibhaftig erleben zu dürfen. Im Grunde ist dies parallel bzw. analog zur Erwartung jüdisch-christlicher Gesellschaften (die in ökonomisch urkommunistischen Verhältnissen lebten), dass auch sie die Wiederkehr des Messias noch leibhaftig erleben würden. Dieses Gefühl drückt Rudolf Otto aus: »Jesus verkündigt: [...] das Reich ist herbeigekommen. Es ist ganz nahe. So nahe, dass man versucht ist zu übersetzen: es ist da. Wenigstens spürt man bereits den Luftdruck des Hereinbrechens-wollenden in geheimnisvoller dynamis« (1940, 42).¹ Eine tiefe Krise setzte ein, als dies zunehmend als unglaubwürdig empfunden wurde, was Paulus mit einer tiefgreifenden (und im Verhältnis zu Gorbatschow unvergleichlich erfolgreicher) Perestrojka löste. Der bestimmende Faktor heute ist jedoch, dass das, was Otto den »Luftdruck« nannte, im Sinne des nahenden Kommunismus, nicht mehr existiert. Für keinen von uns, der ein gewisses Alter erreicht hat (mindestens 50, vielleicht sogar 40 Jahre oder noch darunter), ist ein vollständiger oder auch nur größerer Sieg zu Lebzeiten mehr vorstellbar. Es bleibt nur ein harter Kampf gegen zunehmende Barbarei.

Auf der anderen Seite verschärft der siegreiche Kapitalismus täglich seine unlösbaren strukturellen Widersprüche, die ihn (eventuell schon bald) in eine tiefe Krise führen werden. Der Bumerangeffekt der verletzten Milliarden hat die Städte der kapitalistischen Zentren heute schon erreicht; die ökologische Krise vergiftet Millionen und ruiniert alle Budgets; die globale Ölwirtschaft kommt an ihr Ende (niemand weiß, wie plötzlich) und die selbstmörderischen Ewigen Heiligen Kriege werden diesem Bumerang mehr Masse und Geschwindigkeit verleihen. Unter anderem zwingt uns dies eine Auseinandersetzung mit der falschen Heiligkeit des Massenmords durch Staaten und terroristische Gruppen auf. Schließlich postuliert die Krise einen verborgenen Horizont: Was wäre, wenn die gesellschaftliche Auflösung so katastrophisch voranschritte und radikalen Widerstand in einer solchen Heftigkeit hervorriefe, dass wir zu den zwei Weltkriegen als Vorläufer zurückkehren müssen? Können wir unsere Denkinstrumente so einsetzen, dass entscheidende Segmente dieses Widerstands vom Faschistischen zu Befreiendem gewendet werden können?

Wir stehen somit abermals vor der dringlichen Frage »Was tun?«: Wie kommen wir zu einer tiefgreifenden Neuorientierung, die für uns Kommunisten (aber nicht nur für uns) heute unabdingbar ist? Ohne Selbstkritik hat kein Wiederaufbau eine Chance.

1 Die klassische, klare und geistreiche Parallele zwischen Frühchristentum und der kommunistischen Bewegung ist Engels' »Zur Urgeschichte« (MEW 22).

Ich gehe von zwei Grundsätzen aus: *erstens*, dass der uralte Traum des Kommunismus ganz und gar weltlich, sinnlich und materiell ist; er ist daher eine radikale und stetige Variante der Sehnsucht nach der gleichzeitig persönlichen wie kollektiven *Erlösung* vom Elend in jeder Beziehung. Er beinhaltet einen »Aufbau von überindividuellen Gebilden und höheren Organisationsformen, die dem Leben der Individuen Sinn und Heiligung geben« (Landauer 1907, 10). *Der Kommunismus ist entweder ein Erlösungsglaube oder er ist nicht*. Er ist eine weltliche und universalisierte Variante des israelischen Exodus aus der ägyptischen Unterdrückung und schrumpfender Fleischtöpfe in ein zukünftiges Land der Gerechtigkeit im Überfluss. Ohne den Horizont einer sinnlichen Erlösung, ohne ein weniger mühseliges, erträglicheres, gerechteres und schöneres Leben, besitzt der Kommunismus keinen Ansatzpunkt in der Geschichte.

Zweitens: Der Kommunismus, der für mich den Ausweg aus der institutionalisierten Unterdrückung und Erniedrigung als Zentralachse der Gesellschaft bedeutet, ist Ergebnis von zwei gleich wesentlichen Erkenntnissen von Marx (und dann seinen Genossen und Nachfolgern), die man sich als Doppelspirale vorstellen kann: Begreifen des Kapitalismus, der Arbeitskraft als Quelle des Wertes, des Klassenkonflikts und anderer Lehrsätze, die zusammengenommen enthüllen, dass gesellschaftliche Ungerechtigkeiten auf der Ausbeutung der *lebendigen Arbeit anderer Menschen* basiert; und die Erkenntnis, dass wir über kapitalistische Ausbeutung, die unser aller Leben bestimmt, nicht in der apriorischen Form eines Dogmas, eines geschlossenen Systems sprechen sollten, sondern in der aposteriorischen Form der *Kritik*. Letzteres bedeutet, dass legitime Erkenntnis strategisch entwickelt wird, indem man in einer gegebenen historischen Situation nach einer radikal von der herrschenden Meinung abweichenden Haltung sucht (vgl. dazu Marcuse 1972).

»Radikal abweichend« ist keine endgültige Bestimmung. Die schnellen Veränderungen des Kapitalismus und Imperialismus nach Marxens Tod, der Abstieg in die brutalste Barbarei bei gleichzeitiger Verdummung der Bevölkerung als medienbeherrschte Masse haben mindestens zwei sich überschneidende Wellen der Erneuerung des Marxismus und Kommunismus hervorgerufen. Die erste markierten der Erste Weltkrieg, Revolutionen, Fordismus und der Leninismus mit all seinen Stärken und Grenzen; die zweite hängt mit der ununterbrochenen peripheren Kriegsführung, der gewaltig gesteigerten kapitalistischen Kontrolle von Zeit, Körper und Bewusstsein der Menschen, mit Postfordismus und einem weitgehend herrschenden Mangel an theoretischem Begreifen zusammen. Was auch immer sonst noch unseren antikapitalistischen Bewegungen fehlen mag, wir müssen uns heute den Grenzen der Erneuerungsfähigkeit von Marx (und Lenin und der anderen) stellen.

In der Enge, in die wir getrieben sind, müssen wir uns überall nach Hilfe umschaun. Da wir »Erlösung« weltlich und politisch anstreben, können wir die chiliasischen Erfahrungen der Menschheit nicht ausklammern. Sie können und sollen nicht unsere einzige Stütze sein, aber ich schlage vor, diese – häufig theologisiert theoretisierten – Erfahrungen (vgl. Weber 1964, 336) für unsere Zwecke zu nutzen. Wir sind gut beraten, ein ganzes Stück Benjamin zu folgen, und seinen Satz »[Gott] ist nicht tot, er ist ins Menschenschicksal einbezogen« (*Kapitalismus als Religion*, GS VI, 101) kritisch aufzuheben. Ich

behaupte, dass die klassische revolutionäre Politik immer und überall auch vom Erlösungsgedanken beseelt gewesen ist und die alltäglichen ›gewöhnlichen‹ Belange des psychophysischen Überlebens der Menschen mit der Fähigkeit, das Paradies und auch und besonders die Hölle zu meistern, verschmolz.² Ohne politökonomische Praxis löst sich die Theologie in Pseudomagie oder Tautologie auf; ohne den Horizont der Erlösung für jeden Einzelnen und alle zusammen erstarrt der Kommunismus zum szientistischen Dogma und Despotismus.

Jede vorkapitalistische Gesellschaft ist durch eine mehr oder weniger religiöse Kosmologie charakterisiert, die das menschliche Leben im Hinblick auf seine vermeidbaren und unvermeidlichen Leiden rechtfertigt sowie durch eine ›rituelle Durchdringung‹, die mit Sinnstiftung genauso wie mit Machtnetzwerken einhergeht. Marx schreibt in den *Grundrissen* eine kurze aber äußerst wichtige Skizze des »vorgestellten Stammes-Wesens«, des Despoten oder Gottes, der die »zusammenfassende Einheit« ist, die über dem vererbten Eigentum an Boden der wirklichen Gemeinschaft und ihrer Arbeit steht und dieses sanktioniert (MEW 42, 385). Die göttliche Kraft ist die ursprüngliche Personifizierung des imaginären Gemeinwesens, eine Vision und zunehmende Illusion ihres ganzheitlichen Lebens, während der Imperator lediglich der ›himmlische Sohn‹ oder die auf Erden lebende Gottheit ist. Hier gibt es in dieser Verdichtung der schöpferischen Verbindung zwischen Arbeit und Boden zur Alltagsakralität zu einem aktiven, anthropomorphen Garanten, der dann auch zum Schöpfer wird, relativ wenig Mystizismus, wenngleich auch ein sehr direkte hierarchische Enteignung.

Die schöpferische Beziehung in diesen Gesellschaftsformationen, in der die Menschen sich auf die menschliche und nicht-menschliche Natur ausschließlich als Mitglieder von Gemeinwesen beziehen, ist nicht durch unsere heutigen Kategorien Religion, Politik und Ökonomie aufgeteilt. Godelier geht sogar soweit zu behaupten, dass in jenen Gesellschaften – von den Stämmen bis zum Inkastaat – die Politik und die Religion »zwei Formen des selben Prozesses, zwei Elemente desselben Inhalts [sind], die simultan auf unterschiedlichen Ebenen existieren« (vgl. 1973, XIV): Somit war in dem Waldkult der Pygmäen die Vorstellung, dass der Wald Nahrung, Gesundheit und soziale Harmonie usw. stiftet, in einer Weise angelegt, dass er – wie Freuds Traumarbeit – einige strategische Zusammenhänge ihres natürlichen Ökosystems und ihrer sozialen Organisation aufarbeitete. Genauso verwandelten in Marx' Analyse vorkapitalistische Bauerngemeinschaften ihre (begrenzten, aber für bestimmte Zwecke effizienten) Erkenntnisse über die Überlebensgestaltung in Gottheiten des Stammes/Gemeinwesens.

Aber jede Form organisierter Religion gerät alsbald und dialektisch zum Hemmschuh von Freiheit und Kreativität, weil sie all diese weltlichen Horizonte und die kollektive Autonomie von unten niedriger einstuft. Alle Kirchen beginnen als mehr oder weniger kommunistische Gemeinschaften, bis sie sich dann schließlich von der hierarchischen und ausbeuterischen Macht kooptieren lassen, was in der Regel blutige Konsequenzen

2 Vgl. Benjamins Materialien über die Pariser Arkaden (GS V, 676, 1011, 1023) sowie Shelleys »Hell is a city much like London« (*Peter Bell the Third*). Zur Klassenanalyse der Erlösungsreligionen als Antwort auf Massenelend siehe Weber 1922/2001, Kap. VI.

hat. Wenn eine Machtgruppe die Vorstellung, im Besitz der Einen Vollständigen Wahrheit zu sein (darüber später mehr), mit dem Anspruch von Heiligkeit vermählt, verliert sie jede Hemmung, Menschen zu opfern (vgl. Suvin 2005). Marxistisch gesprochen: auch Religionen sind herausragende Schauplätze der Klassenkonfrontation über den Sinn des Lebens.

Gegen den religiösen Glauben hat die kapitalistische Rationalisierung qua Entmystifizierung in einer kämpferischen Innerweltlichkeit viele Probleme gelöst, die in anderen historischen Formationen umgangen wurden. Sie hat eine Produktivität entfaltet, die zum ersten Mal seit den Stammesgesellschaften diesen Planeten für alle bewohnbar macht. Und doch ist, in Merleau-Pontys schöner Formulierung, »die Entmystifizierung zugleich Entpoetisierung und Entzauberung. Es käme darauf an, vom Kapitalismus die Ablehnung eines äußerlichen Heiligen zu übernehmen, in ihm selbst aber das Bedürfnis nach dem Absoluten wiederzuerwecken, das er abgeschafft hat.« (1968, 30) Merleau-Ponty ruft auch Max Webers prägnante Bemerkungen ins Gedächtnis, dass der Kapitalismus wie die abgestreifte Hülle des toten religiösen Tieres ist, und »niemand weiß noch, wer künftig in jenem Gehäuse wohnen wird« (ebd.).

Zwei Aspekte sind wichtig: Erstens sollte Webers »Entzauberung« als letztendlicher Verlust einer von Ganzheitlichkeitsempfindungen geprägten Gefühlsstruktur der Menschen in ihrer Arbeit und ihrer Alltagsgestaltung begriffen werden. Heute können wir beobachten, wie die unerträgliche Entzauberung, die Entfremdung durch die Ersatzgottheiten des Geldes und der Ware sehr leicht zu einer klassischen Wiederkehr des Verdrängten und zur offenen Wiederverzauberung des Entzauberten führt (Balibar 1993, 59ff; Suvin 2004). Aus den ozeanischen (Un-)Tiefen der kapitalistischen Produktionsweise steigen neue Religionen und Sekten empor, angefangen vom Luthertum und dem nachtrientinischen Katholizismus über den Methodismus und die neuaggressiven Kirchen von heute sowie ein nicht uninteressantes Neuheidentum. In Webers Worten: »Die alten vielen Götter, entzaubert und daher in Gestalt unpersönlicher Mächte, entsteigen ihren Gräbern, streben nach Gewalt über unser Leben« (1964, 330).

Zweitens: Auch dort, wo das religiöse Tier offenbar tot ist, spuken seine Gespenster durch unser gesellschaftliches »Gehäuse«. Am deutlichsten zeigt sich dies in der kapitalistischen Religion von der unsichtbaren Hand des Marktes und einem verborgenen Gott des Profits, der aus der kalvinistischen Tradition geerbt wurde. Dieser Gedanke wäre eigentlich weiter auszuführen, dabei müsste man den marxischen Begriff des Warenfetischismus benutzen, wo das Ensemble der Waren – wie die von einer menschengemachten greifbaren hölzernen Statue repräsentierte westafrikanische Gottheit – ein materielles und doch transzendentes Ding (»sinnlich-übersinnlich«, MEW 23, 85) ist, das die menschlichen Beziehungen beherrscht. Die laizisierte Profitreligiosität war in ihrer »Wirksamkeit nur mit wildesten Ausbrüchen religiösen Eifers in der Geschichte zu vergleichen« (Polanyi 1977, 50) und hat sich als genauso blutrünstig erwiesen. Wie Derrida anmerkt: »In diesen Zeiten bilden Sprache und Nation den geschichtlichen Körper jeder religiösen Leidenschaft; und »sind die vom jüdisch-christlichen Westen geführten Kriege [...] nicht ebenfalls in bestimmter Hinsicht religiöse Kriege?« (2002, 44 u. 63). Als Kehrseite untergräbt die Verwandlung der kapitalistischen Rationalität

und der offiziellen Wissenschaft in ein Unterdrückungsinstrument deren ursprüngliche, immens befreiende Elemente. Heute lässt sich die Vernunft nur noch behaupten, indem sie gegen den Kapitalismus und seine alltäglichen Massenvernichtungen gewendet wird.

Schlussfolgerung 1: Wir befinden uns in einer Epoche bitterer Entzauberung: Die gesamte Menschheit steht vor einer triumphalen Herabwürdigung alles Wertvollen entlang des Geldnexus. Die dogmatische Blindheit für Gebrauchswerte verursacht unermessliche Zerstörungen unter den Menschen und an der Erde. Im selben Atemzug, denn das menschliche Wesen schreckt vor der Wert-Leere zurück, ruft sie zu deren Rechtfertigung den Aufstieg falscher Götter hervor: die Pseudoreligionen des Marktes und des Nationalismus, den neoreligiösen Dogmatismus (den wir gewöhnlich als Fundamentalismus bezeichnen) bis hin zu einer sadistischen Freude an der Zerstörung. Der Platz, den alle anderen Gesellschaftsformationen für qualitative Werte reserviert hatten und der früher hauptsächlich durch Religion gefüllt war, ist heute leer. *Unsere Aufgabe besteht darin, ein neues Wertesystem zu finden und hartnäckig zu behaupten*, dessen Gravitationszentrum in der Befreiung der Arbeit und der Schöpfungskraft liegt. In *dieser* Hinsicht entspräche es funktional der Religion (wie die Lunge den Kiemen), hat aber auch eine grundsätzlich andere Orientierung: eine diesseitige Vertikale der Schöpfungskraft vermittelt der Ermächtigung von unten nach oben. Schließlich kann ein Wert nur mit einem klar definierten Ziel oder wenigstens mit einem Horizont existieren.

2. Die Erlösung in Sicht behalten und weiterleben: Wie man Benjamin via Bonhoeffer (unter Vorbehalt) nutzt

In den vormonotheistischen Glaubenssystemen findet sich eine zentrale reichhaltige Ambiguität im semantischen Wortfeld rund um den lateinischen Begriff *salus* (einschließlich seiner antik-griechischen und hebräischen Entsprechungen), der sowohl körperliche Gesundheit als auch axiologische Erlösung meint. Gleiches gilt für den Begriff *damnare*, jemanden durch materielles Leid und axiologisch Böses fesseln, und seinem Gegenbegriff *redimere*, jemanden von materiellen Fesseln und Unglück befreien. In den organisierten Religionen von heute ist diese Zweideutigkeit der Rettung und Erlösung einer durch und durch phantomhaft-edlen ›Seele‹ gewichen, die einem tierischen ›Körper‹ gegenüber steht, der ihr untergeordnet oder gar zugunsten dieser unterdrückt wird. Und dennoch sprechen selbst in einer monotheistischen Religion wie dem Christentum starke Strömungen von der »gegenwärtigen Zukünftigkei Gottes« und von einem »Heil [...], das unbedingt Gegenwart und zugleich gänzlich Zukunft« ist (Schmitthals 1973, 119f), auch wenn die Kirchen im Allgemeinen und entlang ihres politischen Konservatismus in der Folge die göttliche Vorherbestimmtheit und den weitgehend transzendenten Charakter der Zukunft betonen.

Der Hauptunterschied zwischen transzendenter Religion und dem Kommunismus als Glaube besteht damit darin, dass die Christen – und zumindest auch die anderen Monotheisten – ihre Erlösung im Jenseits erwarten, während die Pracht und die Herrlichkeit

unseres Glaubens (und zweifellos auch dessen Grenzen) gerade darin bestehen, dass wir das nicht tun. Und selbst dann, wenn für uns das Paradies zur Wirklichkeit würde, wäre es nie in der Lage, all das Leid und die Verzweiflung aller bombardierten und gefolterten Milliarden der Klassengeschichte ungeschehen zu machen. Alle offiziellen Religionen versorgen ihre Gefolgschaft mit entschieden zuviel Opium; und mit Marx müssen wir uns daran erinnern, dass sich Opium wohl als nützlich erweisen mag, den augenblicklichen Schmerz des sinnlichen Wesens zu lindern, dass es aber nie imstande war, irgendjemanden zu heilen. Wir Kommunisten sollten uns dagegen an ein Erlösungsverständnis halten wie *Salus rei publicae suprema lex*: die Erlösung (Befreiung) des politischen Körpers der Gemeinschaft ist das oberste Gebot. Hierzu muss heute die Erlösung von Einzelnen hinzugezählt werden (vor allem wenn es um ihren Schutz vor ungerechten Gemeinschaften geht).

Negationen: Ich spreche hier nicht als Befürworter irgend einer Variante der Religiöswendung. Ich möchte auch niemanden zum philosophischen Idealismus bekehren. Ich bin dem Materialismus und Immanenzdenken verpflichtet, wenn ich auch davon ausgehe, dass einige Gegenwartsreligionen ursprünglich durch und durch (Taoismus) oder weitgehend (Buddhismus) dies ebenfalls waren. Ich weiß auch um die historisch erfahrene gefährliche Tendenz, dass geschlagene revolutionäre Bewegungen sich in religiöse Gemeinschaften verwandeln, so wie dies beim Buddhismus und bei den Quäkern der Fall gewesen ist, und verfolge nun sicherlich nicht das Anliegen, zu einer ähnlichen Verkümmern beizutragen. Ich stimme Gramsci zu, wenn er den Marxismus als »die historizistische Wirklichkeitsauffassung bestimmt, die sich von jedem Überrest von Transzendenz und Theologie auch noch in ihrer letzten spekulativen Verkörperung befreit hat« (*Gef* 6, H. 10, §8, 1241f), bestimmt. Was mir vorschwebt, ist (bei allen notwendigen Unterschieden) eine zeitgemäße Variante des etwas zu triumphalistischen, aber dennoch wertvollen Ernst Bloch: Eine Kooptation der in den Mythen und im religiösen Glauben und gelegentlich auch in der radikalen Theologie schlummernden Energien für unseren unverändert durch und durch immanentistischen Glauben, »eine standhafte Treue der Vernunft zugunsten ihrer eigenen Atheologie« (Nancy 2005, 41). Glaube bedeutet, sich an einem System klarer und starker Werte im Rahmen einer allumfassenden Haltung zu erfreuen, die der sozialen Wirklichkeit und Handlungen, die diese beeinflussen, einen Sinn gibt (vgl. Goldmann 1955, 98f u.ö.), und ist keineswegs mit Religion gleichzusetzen, die seine mystifizierte Form darstellt. Es besteht keine kollektive und auch keine individuelle Handlung ohne ein Glaubenssystem. »Kommunismus« stammt von *munus* = Verpflichtung und deutet auf einen reziproken Glauben hin (»in common«/gemeinschaftlich - vgl. Derrida 1993, 79).

An dieser Stelle muss der überwältigend korrupte und grausame etatistische Pseudokommunismus des Stalinismus wenigstens erwähnt werden. In jeder radikalen Befreiungsbewegung heute muss das alte Problem von Mittel und Zweck bzw. Weg und Ziel durch besseres Handwerkszeug ersetzt werden. So wie dies die Anarchisten besser verstanden haben als die Kommunisten, wird die Art des Weges, den wir gehen, die Gestalt jedes von uns angestrebten (und stets provisorischen) Ziels mitbestimmen. Das heißt, wir müssen uns auf eine intelligente, bewegliche und kollektive Art fragen, *wie*

heute zu *leben möglich* ist – in allen Bedeutungen der drei hervorgehobenen Wörter! Was sind für jeden von uns als Einzelnen und im Kollektiv die möglichen Wege und Mittel zum sinnvollen Leben? Diese Frage wurde zuerst von einigen Schriftstellern und Künstlern plus einigen heterodoxen Marxisten wie Luxemburg, Brecht, Marcuse, Benjamin usw., dann einigen heterodoxen Protestanten wie Bonhoeffer und Metz usw., heterodoxen Katholiken wie Küng, der Befreiungstheologie u.v.a. gestellt. Niemand kann eine erschöpfende Antwort auf diese Frage geben. Deshalb sollten wir versuchen, »beim täglichen Verlieren des Bodens unter unseren Füßen neuen Grund zu gewinnen«, wie der witzige Titel von Wolfgang Fritz Haug (1990) lautet. Dieser Raum, in dem wir leben und unsere Haltung einnehmen, ist damit »die Gegenwart, in der er [der historische Materialist] für seine Person Geschichte schreibt« (Benjamin, GS I.2, These XVI). Wir haben es im Hier und Jetzt, in dieser Epoche, mit drei komplexen Imperativen zu tun: 1. In dieser sinnlichen und gesellschaftlichen Welt ein rundum befriedigendes und schöpferisches Leben führen (was all die unausweichlichen pragmatischen Kompromisse mit einschließt). 2. Ohne die Hoffnung auskommen, dass wir persönlich den Sieg miterleben werden. 3. Trotz alledem weiterleben, erstens ohne die Hoffnung auf die zukünftige Möglichkeit der klassenlosen Gesellschaft zu verlieren, oder wie auch immer eine integrale gesellschaftliche Gerechtigkeit dann genannt werden wird, und zweitens und genauso entscheidend, ohne die Werte, die aus diesem Glauben fließen, für die Gegenwart aufzugeben.

Eine solche nicht wirklich einfache Umorientierung würde, so sie denn gelänge, eine Wiederaneignung der Motive, Energien und Hartnäckigkeit bedeuten, die so viele Kommunisten, Anarchisten und andere Radikale ihr ganzes Leben hindurch haben standhaft bleiben lassen, *usque ad mortem*, noch in der schlimmsten Not und unter den schlimmsten Verfolgungen. Dies würde dabei mit dem scheinbar (aber nur scheinbar!) religiösen Gedanken verschmolzen sein, dass in dieser historischen Epoche der Sieg für uns nicht im wirklichen Leben ist. Es würde bedeuten, zwei beinahe zeitgleich artikulierte Positionen zu verschmelzen, nämlich die von Kafka: »Es gibt unendlich viel Hoffnung, nur nicht für uns«, und von Gramsci im Anschluss an Romain Rolland: »Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens« (*Gef*9, H. 28, §11, 2232).

Mit anderen Worten: Wollen wir an einer Reihe von Erlösungswerten festhalten, dann brauchen wir (neben vielem anderen) das, was Benjamin eine neue Philosophie der Geschichte nennen würde. Oder, um nicht unbescheiden zu sein, wir brauchen zumindest einige starke Hinweise auf die Horizonte einer solchen neuen Philosophie. Beginnen wir mit dem *pars destruens* von Benjamins kleinem Traktat, das fälschlicherweise *Geschichtsphilosophische Thesen* genannt worden ist: Seine Verabschiedung vom automatischen Fortschritt in der Geschichte ist für uns heute das offensichtliche ABC. Doch geht das Alphabet von D bis Z weiter und eventuell sogar zu ganz neuen Buchstaben, und mit einer benjaminschen kühnen Subtilität müssen wir ein neues *pars construens* zu errichten suchen, an dem auch er unter dem Namen des Messianismus festhielt, selbst wenn er nicht wusste, wie er diesen artikulieren sollte. Wie im Fall von Saul von Tarsus gilt es, sich an einem gewissen Punkt der Frage nach einem neuen Adressaten als dem Träger solcher Horizonte zu stellen.

Wenn wir noch nicht so weit sind, durch neue Erkenntnisse die Tiefenströmungen in der diesseitigen Wirklichkeit ›wissenschaftlich‹ zu begreifen, können wir – mit Bedacht! – die Phantasmen (Godelier) der religiös kodierten Teilerkenntnisse, Andeutungen und Suggestionen verwenden, um uns einigen Aspekten des angemessenen Handelns anzunähern. Im Idealfall würden diese – wie Marx es im Blick auf den Fetischismus tat – unter eine neue Welterklärung subsumiert. Reicht es nicht zu einem solchen idealen Optimum, gilt es Brechts Prinzip des »Sowohl als auch« zu folgen. Auf der einen Seite verlangt ein notwendiges Minimum an Besonnenheit nicht nur die prinzipielle Ablehnung realexistierender Kirchen und Monotheismen, sondern auch die Ablehnung aller dogmatischen Theismen als Erklärungen der Wirklichkeit. Auf der anderen Seite können und müssen wir daher aus allen Quellen lernend schöpfen, die nicht »schwaches Denken« sind – wie italienische Bewunderer die Postmodernismuskulturnovelle von Lyotard, Baudrillard und Co. nennen –, sondern relevantes Denken.

Ich beschränke mich hier auf erlösungsphilosophische und quasitheologische Quellen. Diese beinhalten erstens einige heterodoxe Tendenzen der modernen christlichen Theologie, die den Vater durch den Sohn ersetzt haben, die also der triumphalistischen »theokratischen Ideologie« aller Päpste, Ayatollahs und führenden Rabbis den Rücken zugekehrt haben, genauso wie wir den triumphalistischen Glauben an die vorherbestimmten Siege durch Partei, Staat usw. aufzugeben hatten. Zweitens modifiziere ich einige Hinweise des späten Derrida, bei denen der monotheistischen Illusion eines perfekten und allmächtigen einzigen Gottes (*theos*) das diffuse, wechselnde und vielgestaltige Sakrale oder Numinose (*theion*) entgegengesetzt ist.

Aus dem ersten Horizont möchte ich mich ansatzweise mit einigen Reflexionen Dietrich Bonhoeffers beschäftigen. Seine zentrale These sehe ich darin, dass es notwendig ist, in einer gottlosen Welt leben zu lernen, *etsi deus non daretur*. Das bedeutet buchstäblich zu leben, »als ob Gott nicht existierte«, und paradoxerweise dennoch Gott sozusagen in Reserve zu halten. Bonhoeffer entwickelte diesen Gedanken weiter, indem er sich auf Christus als den ohnmächtigen und leidenden Gott konzentrierte: Sowohl als das Symbol der Welterlösung (in orthodoxer Sicht) als auch – und interessanter für uns – als ein Modell des politisch-ethischen Verhaltens, für das Brecht den Begriff der Haltung verwendet hätte. Diesem Christus nachzustreben sollte den bonhoefferschen Gläubigen zu einem »Für-Andere-Dasein« führen: »Vor und mit Gott leben wir ohne Gott« (1970, 241). Und insofern dies nicht bloß die aktive solidarische Anteilnahme an anderer Menschen Schmerz und Leid beinhaltet, sondern auch eine politische Verpflichtung, diese zu lindern und womöglich ihre Ursachen zu beheben, zeigt sich hier eine Haltung, die ich zu durchdenken und zu beerben vorschlage.³ Anders als die große Mehrheit der gegenwärtigen religiösen und sonstigen neuen Theoretiker schloss Bonhoeffer angesichts des Nazismus auch die Gewalt nicht aus: Tyrannei rechtfertigt den Tyrannenmord. Heute gibt es keine einfache Antwort auf die Gewaltfrage, und auch morgen wird es sie nicht geben, denn Gewalt ruft Gegengewalt hervor, wie allerdings auch Gewaltlosigkeit paradoxerweise

3 Michael Löwy hat mich zurecht auf eine Position hingewiesen, die Bonhoeffers Haltung ähnelt, aber noch älter ist, nämlich die von Pascal.

Gewalt befördert; und manchmal, so in den antifaschistischen Kämpfen des Zweiten Weltkrieges, kann Gewalt auch zur Verhinderung schlimmerer Gewalt führen. Das Rätsel der Gewalt lässt sich nicht durch apriorische Bejahungen oder Verneinungen lösen, sondern ausschließlich durch eine werte- und situationsgebundene Debatte. Selbst die Aussagen Jehoshuas von Nazareth beinhalten Gegensätze: Nicht nur »Mein Königtum ist nicht von dieser Welt« (Johannes 18, 36), sondern auch »Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert« (Matthäus 10, 34).

Wie gelingt das Kunststück, Theologie gottlos zu schlucken und zu verdauen, wie heterodox diese auch im Verhältnis zur religiösen Tradition sein mag? Um Benjamins Metapher zu zitieren: »Mein Denken verhält sich zur Theologie wie das Löschblatt zur Tinte. Es ist ganz von ihr vollgesogen. Ginge es aber nach dem Löschblatt, so würde nichts was geschrieben ist, übrig bleiben« (GS V, 588). Der Tod Gottes sollte nicht den Tod der Menschheit bedeuten. Wenn Gott und Sozialismus tot sind, bedeutet das längst nicht, dass alles erlaubt ist (ein durch postmodernen Zynismus aktualisierter Dostojewski); stattdessen geht es darum, alles neu zu durchdenken und das, was durchdacht worden ist, dann in der Praxis zu versuchen.

Schlussfolgerung 2: Wir müssen Benjamins Metapher des buckligen Zwerges im Schach spielenden Automaten, der die Theologie ist, und der Schach spielenden Puppe in türkischer Tracht, die der Marxismus ist, umkehren. Heute ist das bucklige und hässliche Geschöpf, das sich vor der Öffentlichkeit verstecken muss, der Kommunismus, und anerkannt offen handelnd ist die Religion. Mein Vorschlag läuft darauf hinaus, dass der Zwerg sich der Puppe bedient. *Wenn wir uns einige sorgsam ausgewählte Erkenntnisaspekte der Religion aneignen* (die selbst wiederum aus kommunistischer Brüderlichkeit resultieren, wie eingeschränkt diese auch immer sein mag), *dann muss dies streng innerhalb eines diessseitigen und befreienden historischen Horizonts geschehen.*

3. Selbstreflexiver vs. dogmatischer Glauben

3.1. Ist das Aufgreifen quasitheologischer Philosophie nicht gefährlich, auch wenn wir uns strikt gegen das Einsickern der bizarrsten religiösen Mischmasche sowie der obskurantistischen Annahme wenden, im Besitz der ewigen Wahrheit zu sein, einschließlich deren kannibalischer Konsequenzen, deren Zeuge wir geworden sind? Ja, das ist gefährlich – wie die Nutzung von Feuer oder Wasser. Doch lassen sich die Gefahren durch zwei Schritte neutralisieren. Der erste ist das zuvor erwähnte Löschblattparadox. Es besagt, dass wir uns die Stärken des Erlösungsgedankens qua hegelscher Aufhebung aneignen, auch wenn unsere Situation die umgekehrte Benjamins ist und der Marxismus auf Zwergengröße geschrumpft erscheint: Übernimmt er offen die Stärken des Erlösungsgedankens, kann er, wie Benjamin bemerkte, von niemandem besiegt werden. Zugegebenermaßen gewinnt die Wahrheit an und für sich keine Schlachten; nur Menschen in geeigneten Organisationen tun dies. Benjamin schrieb seinen optimistischen Spruch zu einer Zeit, als das, was als befreiende kommunistische Organisationen erschien, stark war. Unsere Aufgabe besteht darin, parallel zu dem, was ich hier schreibe, ebenso starke, aber weisere organisatorische Vermittlungen zu schmieden.

Der zweite Schritt folgt der alten theologischen Erkenntnis, dass die Korruption der Besten das Schlimmste hervorruft, der schimmernde Luzifer, der als gefallener Engel zum Teufel wird – *corruptio optimi pessima*. In Shakespeares Worten: *lilies that fester smell far worse than weeds*. Wie es eine Vorbedingung und Sicherheitsmaßnahme für die Wiederaneignung des Begriffs und der Tradition des Kommunismus ist, dass wir uns gründlich mit ihrer Korruption in allen Varianten des Staatsgötzentums (einschließlich seiner Kulmination im Terror gegen die eigene Bevölkerung von der UdSSR bis Kambodscha) beschäftigen, ist es eine Vorbedingung und Sicherheitsmaßnahme für eine praktische Annäherung an die religiösen Erlösungstheorien und -praxen, dass wir deren Irrwege identifizieren und scharf verurteilen. In beiden Fällen sind die Irrwege gleichbedeutend mit dem dogmatischen Glauben, den ich *Monoalethismus* nennen möchte. Dies ist der Glaube an die *eine allumfassende (und damit ewig unumstößliche) Wahrheit (aletheia)*, die uns durch eine Reihe von heiligen Büchern und unhinterfragbaren Propheten verkündet wurde. Eine solche Ontotheologie, die nicht bloß die Wahrheit der Religion als absolutes Wissen definiert, sondern auch einen Ungeteilten Gott annimmt, der in jeder Hinsicht übermächtig perfekt ist, ist eine westasiatische Erfindung aus dem Zeitalter der ersten großen Imperien, wie Max Weber gezeigt hat. Im Gegensatz zu allen vorhergegangenen Ruhmeshallen und *numinosa*, ist die Göttlichkeit nicht länger in der gleichen Welt mit den Menschen, wie zwei Arten, die durch ihre Macht und Sterblichkeit unterschieden sind, nicht aber durch ihre radikale Andersartigkeit. Die *universelle Einzigartigkeit* verwandelt den Gott (Göttinnen sind nicht erlaubt) von einer übermenschlichen Person in ein Prinzip, ein Fundament und/oder ein Gesetz, den *logos* der späthellenistischen Philosophie, in dem alle denkbaren Wahrheiten aufbewahrt sind (vgl. Nancy 2005, 29f, 35-39 u.ö.). Dieses Motiv zieht sich durch die euromediterrane Tradition vom postbabylonischen Judentum über die christlichen Kirchen und die islamische Kriegerreligion bis zu Rousseaus »Zivilreligion« und Hegel. Um aber überhaupt über irgendetwas nachdenken zu können, bedarf es eines provisorischen und historisch wandelbaren Erörterungsrahmens strategischer Art (vgl. Suvin 1998a). Dagegen vergisst ein undialektischer und ahistorischer Ansatz, dass Einheit nur aus einer mehr oder weniger demokratischen Pluralität entstehen kann. Die monotheistische Einheit wirkt vom Thron eines himmlischen Kaisers herab. Da diese imperiale Einheit übermächtig und unüberwindbar ist, gefährdet die Leugnung eines ihrer Teile das Ganze. Hieraus folgt, was als monotheistisches *odium theologicum* bezeichnet worden ist, der Ausschluss der Sünder mit unzähligen Massakern und Ketzervernichtungen im Gefolge.

Der Prozess der Zähmung der Stammesdemokratie nimmt seinen Anfang mit der Entstehung des Staates (Clastres 1974, 179-85) und wird durch die zentralisierten Staaten des Kapitalismus *ganz* undurchlässig gemacht. Ihre Allumfassende Einheit ist offen oder verdeckt monotheistisch. Da ist das (nichtmenschliche) Eine, unter dem laut Eusebius alle Menschen existieren, da sie nicht aus eigener Anstrengung gerettet werden können (Joxe 1991, 402). So setzt etwa Rousseau emphatisch die Intoleranz seiner Zivilreligion mit der theologischen Intoleranz gleich: »Es ist unmöglich, mit

Leuten, die man für verdammt hält, in Frieden zu leben; sie lieben hieße Gott hassen, der sie bestraft.«⁴ Jetzt wissen wir, woher Bush und Bin Laden stammen: Aus einer bösen Allianz der theokratischen und Ersatzreligion (vgl. Ali 2002)!

3.2. Die dem Monotheismus zugrunde liegende Inkohärenz besteht darin, dass die Vorstellung eines *einzigsten und allmächtigen Gottes*, William Blakes Nobodaddy, doppelt scheitert: axiologisch und ontologisch. Axiologisch liegt ein radikaler Kritiker nicht bloß falsch, sondern ist satanisch, und seine Beseitigung mit allen erdenklichen Mitteln ist nicht allein eine bedauernswerte Notwendigkeit, sondern ein heiliger Dienst im Namen des Herrn. Indem es weit über die notwendige Selbstverteidigung einer Gesellschaft hinausgeht, ist dies moralisch und politisch nicht zu dulden. Zweitens, ontologisch und de facto logisch, *cur malum* oder *unde mala?*: Wenn Gott ein gütiger Vater ist, wie erklären sich dann die überwältigenden und nicht nur immens mörderischen, sondern fortdauernd unterdrückerischen und entwürdigenden Ungerechtigkeiten und Untaten dieser Welt, »what god made [...] shark« (*Moby Dick*, Kap. 66)? Der Monotheismus oszilliert stets zwischen einer repressiven Einheit und einem ebenso gequälten und ausschließenden manichäischen Dualismus von Gott vs. Satan (Martelli 2005, 59-69). Es ist wahr, dass in der Geschichte nicht alle Monotheismen Fundamentalismen gewesen sind, die als der Versuch definiert werden können, den Staat einer religiösen Ideologie unterzuordnen. Und doch können wir heute beobachten, dass der Fundamentalismus der permanente Horizont des Monotheismus ist und häufig, wie heute wieder, dominiert. Wir können diesen Fundamentalismus nicht schulterzuckend als religiöse Verblendung abtun: Dieselben Quellen, welche die drei monotheistischen Religionen gespeist haben, wirkten in der Arbeiterbewegung fort, auch noch dort, wo ihre offene (etwa weitlingsche) Religiosität durch einen sogenannten Marxismus ausgetrieben worden war. Das Beharren der meisten seiner Theoretiker und Führer auf der *einen unbezweifelten Wahrheit* von Kautsky bis Stalin geriet häufig zu einem wahren *furor theologicus*. Interessanterweise waren die Führer erfolgreicher Revolutionen – Lenin, Tito, Mao oder Ho – weitaus weniger dogmatisch.

Damit sollen nicht die entmystifizierenden Fortschritte geschmälert werden, die bereits bei einigen Monotheismen erreicht worden sind. Ich denke hier an das jüdische Beharren auf Selbstbestimmung und Erlösung innerhalb der von Menschen machbaren Geschichte bis hin zur Rebellion gegen die göttliche Autorität, wie sie Jakobs Kampf mit dem Engel sie symbolisiert. Ich denke an einige Propheten wie Amos und die Bedeutung, die diese der sozialen Gerechtigkeit beimessen.⁵ Ich denke ferner an die Ökumene der paulinischen Tradition, die Erkenntnisse der griechischen Philosophie und des westasiatischen Erlösungsgedankens in Massenpraxis übersetzte. Auch denke ich an den Urkommunismus der frühchristlichen Gemeinden, ein Gespenst, das von Joachim de Fiore bis zu späteren Sekten regelmäßig wiederkehrte.

4 *Der Gesellschaftsvertrag*, Viertes Buch, Kap. IX. Ich verdanke diesen Hinweis und viele Anregungen über Theologie vs. Fundamentalismus Martelli.

5 Freilich beschränkt sich dieses Beharren auf ein einzelnes Volk und wird mit Aggressivität bezahlt, »dem harschen Ausdruck des männlichen Willens und der oft grausamen Negation der Natur« (Bookchin 2005, 174).

3.3. Im Folgenden beziehe ich mich auf drei Aspekte in Derridas *Glauben und Wissen*, um mich in Richtung eines skeptischen Glaubens vorzutasten: der selbstreflexive Glaube, das *to theion* oder wechselnde Numinose und schließlich das postbenjaminsche Messianische. An einer Stelle setzt sich Derrida mit Kants erstem »Parergon« in *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* auseinander (vgl. Kant, W 7, 694ff u. 704 Anm.), das am Ende der Passage zu finden ist, wo Kant den Gegensatz zwischen dem reflektierenden und dem dogmatischen Glauben aufmacht. Letzterer ignoriert die Unterschiede zwischen Glauben und Wissen, denn er setzt voraus, dass sie unentwärtbar mit göttlicher Offenbarung verbandelt sind. Dogmatismus und Fundamentalismus lehnen Hermeneutik und Historizität ab: Sie geben vor, einige Menschen seien mit der Gabe ausgestattet gewesen, das Wort Gottes nicht bloß zu hören, sondern auch vollständig zu verstehen, woraus folgt, dass die Schrifteninterpretationen eineindeutig sind – was selbstverständlich ein absurder Gedanke ist, da jede Religion in der Geschichte eine ganzen Rattenschwanz an begleitenden Kommentaren hinter sich herzieht –, und die historische Situation spiele keine Rolle für ein Verständnis der heiligen Texte. Derrida paraphrasiert Kants einfache Definition des *selbstreflexiven Glaubens* als einen Prozess: Man muss handeln, als ob Gott nicht existierte oder es ihm nicht mehr um unsere Errettung ginge (2002, 50). Bonhoeffers Meditationen über *etsi deus non daretur* sind daher eine aktivistisch-protestantische Umarbeitung des selbstreflexiven Glaubens. Für Derrida ist dies eine *epoché*, eine zeitweilig und bestimmten Zwecken dienende Aufhebung der Existenz Gottes. In diesem Sinne müsse der gute Christ Gottes Tod ertragen, »well beyond the figures of the Passion« (51).

Zweitens möchte ich Derridas Unterscheidung zwischen Theologie und Theologie (53ff) anwenden. »Theologie« ist ein Begriff, auf den Derrida nur hindeutet, aber ich halte diesen Neologismus für potenziell nützlich, da er ein Verständnis von Numinosität oder Erlösung antizipiert, das durch ein kleines Gedankenexperiment veranschaulicht werden kann. Stellen wir uns eine topologische (und mutmaßlich historische) Reihung vor, welche die vermeintliche »Entwicklung« der religiösen Horizonte zurückverfolgt. Hinter dem Monotheismus finden wir dann den Polytheismus, einschließlich des Obergottes der politisch souveränen Räume (d.h. der Polis) als einer exklusiven kultischen Gemeinschaft. Noch weiter zurück würde uns ein Typ Animismus begegnen, bei dem jeder wichtige Ort (ein Fluss, ein Berg) oder sogar jede Handlungsweise ihre eigene Gottheit oder ihren eigenen Dämon haben kann.

Stellen wir uns vor, wir schritten noch weiter zurück in der Geschichte. Dann treffen wir eventuell auf eine diffuse und ganz und gar nicht anthropomorphe Sakralität des Wunders und der Ehrfurcht, bei der kein Platz für eine Unterscheidung zwischen dem Natürlichen und Übernatürlichen ist (vgl. Spivaks Traum von den »animist liberation theologies [for] an ecologically just world«; 1998, 339). Hier besitzen alle von der Stammesgemeinschaft anerkannten Entitäten sowohl Körperlichkeit als auch Subjektivität und Geist, und in einer Welt qualitativ inkommensurabler Subjekte besteht für Hierarchie wenig Raum. Auf dieser Sakralität beruht Benjamins Beschreibung der Aura. Sehr gut wird sie von Tacitus beschrieben, wenn er von den germanischen Stämmen und ihrem nicht-anthropomorphen Kult sagt: »Im übrigen glauben die Germanen, dass

es der Hoheit der Himmlischen nicht gemäß sei, Götter in Wände einzuschließen oder irgendwie der menschlichen Gestalt nachzubilden. Sie weihen ihnen Lichtungen und Haine, und mit göttlichen Namen benennen sie jenes geheimnisvolle Wesen, das sie nur in frommer Verehrung erblicken« (*Germania*, Abs. 9). Dumézil liest die Hinweise von Saxo und Cäsar über die germanischen Landbesitzsitten als strikt analog zu den germanischen Projektionen in der numinosen Sphäre, wobei die entstehende Anbetung von Einzelgöttern den Umsturz der alljährlichen ›kommunistischen‹ Landesaufteilung signalisiert (1998, 130ff). Diese einstimmige Numinosität bedurfte nicht einer speziellen Bezeichnung, denn sie war potenziell überall vorhanden. Derrida deutet darauf hin, wenn er fragt, ob die Offenbarkeit (*revealability*), die ich als diffuse und allgegenwärtige Potenzialität interpretieren würde, ursprünglicher als jede geronnene Offenbarung (*revelation*) und damit unabhängig von allen Religionen ist. Wenn dem so sei, könnte dies dort liegen, wo Kants reflektierender Glaube seinen Ursprung hat, falls er nicht selbst ein solcher Glaube ist (2002, 54f).

Dieses Fortschreiten in Richtung der Auflösung Gottes und der Götter in die numinosen Effekte ist eine Ent-Entfremdung der Erlösungsqualität, welche die menschlichen Beziehungen definitiv brauchen, weg von allem ›Persönlichkeitskult‹ und hin zu der Unergründbarkeit des chinesischen Tao (Weg): eine unpersönliche Qualität und Kraft, die vor allen Gottheiten liegt und grundsätzlicheren Charakter hat (Derrida 2002, 48 u.ö.). Und noch weit darüber hinaus liegt ihre Bedeutung in der Anwendbarkeit auf alle alle ›Gottwörter‹, Platzhalter der *einzigsten Wahrheit*, ähnlich der Notwendigkeit des *einzigsten Staates* in Jewgeni Samjatins Roman *Wir*. Greifen wir exemplarisch einen solchen Gegenwartsbegriff heraus, den der Demokratie: Vor dem Hintergrund des soeben Gesagten hätte es keinen Sinn zu diskutieren, was er bedeutet, oder sein Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein als eine digitale 1 oder 0 auszudrücken; sondern man könnte allein das Vorhandensein und die analoge Kraft des *demokratischen Elements* oder *Impulses*, der plebejischen Demokratisierung in irgendeinem spezifischen Staat oder Vorgang diskutieren.

3.4 Schließlich: Wie nützlich ist Derridas Anleihe an Benjamins Begriff des *Messianischen*, »the opening to [...] the coming of the other as the advent of justice« (2002, 56)? Anders als Derrida bin ich überzeugt, dass wir auf einen (skeptischen) Horizont des Erwartens oder der klassischen Prophetie, die seit Cassandra und bis hin zu Jeremia stets ein »wenn Du nicht auf meine Worte hörst, dann...« implizierte, nicht verzichten können. Sowohl die Erwartung als auch die Drohung sollten an die von Rosa Luxemburg gezeichnete Alternative Sozialismus oder Barbarei gekoppelt sein, die für uns heute so unausweichlich erscheint. Innerhalb eines solchen Horizonts betont Derrida zurecht, dass »death – and radical evil – can come as a surprise at any moment«, genauso wie die Ankunft der Gerechtigkeit. Die entsprechende US-Maxime lautet: Als einzige absolute Gewissheiten haben wir den Tod und die Steuern. Nichtsdestoweniger haben auch die moderateren Skeptiker die Auffassung vertreten, dass es vernünftige Kriterien für die Rechtfertigung unserer Handlungen ohne dogmatische Gewissheit gibt. Skeptizismus ist mit einem *Als ob*, einem hypothetischen Glauben, wohl vereinbar: »An invincible desire for justice is linked to this expectation [not] certain of anything [belonging] to the

experience of faith, of believing, of a credit«; »this faith without dogma [...] makes its way through the risks of absolute night«. Diese Gerechtigkeit »alone allows the hope [...] of a universalizable culture of singularities« (56f). Dies eine Mal gestattet Derrida, dass diese Abstraktion »without denying faith, liberates a universal rationality and the political democracy that cannot be dissociated from it« (57).

Vielleicht wäre es aber besser, aus den trüben Diskussionen über den Messianismus nicht so sehr den Begriff selbst als vielmehr den – mit Skepsis verbündeten – Erwartungshorizont zu bewahren, seine prophetische Kraft, wie sie von Luxemburg hervorgehoben worden ist, und seine vernünftige und feste Orientierung an der Sehnsucht nach Gerechtigkeit inmitten der Risiken der »totalen Finsternis«. Eine alternative neue Terminologie scheint auf der Hand zu liegen: die Sehnsucht, Form und der Horizont, der *Utopia* genannt wird (vgl. Bloch 1959, Jameson 2005, Moylan 2000 u. Suvin 1998b).

3.5. *Der hypothetische Imperativ* – Meine Überlegungen mit Benjamin, Bonhoeffer und dem späten Derrida schlagen ein epistemologisches und dadurch auch ethisches Regulationsprinzip vor. Ich möchte dies den *hypothetischen Imperativ* nennen: In dieser historischen Makrosituation, die wir am besten als dies-plus-das erläutern würden; und wenn wir, aus diesen und jenen Gründen, diese und jene Prämisse annehmen; dann folgt daraus notwendigerweise ›X‹. Ein aus solchen ›X‹en bestehendes offenes System ist eine Doktrin, die einen Leitfadens fürs Handeln sein oder als solcher propagiert werden könnte. In dieser spezifischen Raumzeitsituation ist sie so absolut wie jeder religiöse Glaube oder Kants kategorischer Imperativ. Vor allem in Klassengesellschaften insgesamt gilt Marx' radikale Forderung unumwunden: »Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW 1, 385). Dennoch: Die Voraussetzungen oder sogar die Gesamtsituation könnten sich sehr schnell ändern, auch ist es möglich, dass die Praxis unser Denken an bestimmten Punkten als mangelhaft aufweist. In diesem Falle würde ›Y‹ folgen: Brecht, bis heute für uns ein Avantgarde-Leuchtturm, übte diese Situation in seinem glänzenden Doppel-Lehrstück, dem *Jasager* und dem *Neinsager*.

Schlussfolgerung 3: Ich glaube also, dass wir u.a. dringend eine Erlösungsdoktrin für jeden einzelnen wie für alle zusammen brauchen. Ohne sie muss jede Befreiungsbewegung scheitern. Dabei müssen die interpretativen Grenzen unserer Doktrin sowie (weniger häufig) ihrer Revision dauerhaft beweglich sein, wie die Pfosten beim Krocket-Spiel in *Alice im Wunderland*. Wir sollten unsere Doktrin an manchen Stellen mit einer langen Haltbarkeit, an anderen Stellen dagegen nur mit einer provisorischen Gültigkeit ausstatten. Dabei müssen beide offen sein für Korrekturen. Gleichwohl müssen wir in manchen Situationen auch bereit sein, für die Doktrin zu leiden oder zu sterben. Meine Ursprungsfrage nach dem richtigen Leben ist untrennbar von der Bereitschaft, dem Tod entgegenzusehen, einer *ars moriendi*. Das ist, was ich meine, wenn ich vom skeptischen Glauben spreche.

Aus dem Amerikanischen von Ingar Soltý

Literatur

- Ali, Tariq, *The Clash of Fundamentalisms*, London 2002
- Balibar, Étienne, *La philosophie de Marx*, Paris 1993
- Benjamin, Walter, *Gesammelte Schriften*, Frankfurt/M 1980-87 (zit. GS)
- Bloch, Ernst, *Das Prinzip Hoffnung*, 3 Bde., Frankfurt/M 1959
- Bonhoeffer, Dietrich, *Widerstand und Ergebung*, München 1970
- Bookchin, Murray, *The Ecology of Freedom*, Oakland u.a. 2005
- Clastres, Pierre, *La Société contre l'État*, Paris 1974
- Derrida, Jacques, »Faith and Knowledge: The Two Sources of Religion at the Limits of Reason Alone«, in: ders., *Acts of Religion*, New York u.a. 2002, 42-101
- ders., *Passions*, Paris 1993
- Dumézil, Georges, *Mitra-Varuna*, New York 1988
- Godelier, Maurice, *Horizon, trajets marxistes en anthropologie*, Paris 1973
- Goldmann, Lucien, *Le Dieu caché*, Paris 1955
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, 10 Bde., hgg. v. K. Bochmann, W.F. Haug u. P. Jehle, Hamburg 1991-2002 (zit. *Gef*)
- Jameson, Fredric, *Archeologies of the Future*, London u.a. 2005
- Joxe, Alain, *Voyage aux sources de la guerre*, Paris 1991
- Landauer, Gustav, *Die Revolution*, Frankfurt/M 1907
- Marcuse, Herbert, *Vernunft und Revolution*, Neuwied 1972
- Martelli, Michele, *Teologia del terrore*, Roma 2005
- Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Werke*, Berlin/DDR 1958ff (zit. MEW)
- Merleau-Ponty, Maurice, *Die Abenteuer der Dialektik*, Frankfurt/M 1968
- Moylan, Tom, *Scraps of the Untainted Sky*, Boulder 2000
- Nancy, Jean-Luc, *La Déclosion*, Paris 2005
- Otto, Rudolf, *Reich Gottes und Menschensohn*, München 1940
- Polanyi, Karl, *The Great Transformation* (1944), Wien 1977
- Schmitthals, Walter, *Die Apokalyptik*, Göttingen 1973
- Spivak, Gayatri Chakravorty, »Cultural Talks in the Hot Peace«, in: P. Cheah u. B. Robbins (Hg.), *Cosmopolitics*, Minneapolis u.a. 1998, 329-48
- Suvin, Darko, »Two Cheers for Essentialism & Totality«, in: *Rethinking Marxism* 10.1, 1998a, 66-82
- ders., »Utopianism from Orientation to Agency: What Are We Intellectuals under Post-Fordism To Do?«, in: *Utopian Studies* 9.2, 1998b, 162-90
- ders., »Living Labour and the Labour of Living«, in: *Critical Quarterly* 46.1, 2004, 1-35
- ders., »Bestimmungen der Macht«, in: *Das Argument* 263, 47. Jg., 2005, H. 5/6, 39-59
- Tacitus, *Germania. De origine et situ Germanorum liber*
- Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft* (1922), 2 Bde., Tübingen 2001
- ders., *Soziologie - Weltgeschichtliche Analysen - Politik*, Stuttgart 1964

Loïc Wacquant

Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität*

Territoriale Fixierung und Stigmatisierung

Anstatt sich über alle Arbeiterviertel zu zerstreuen, tendiert die fortgeschrittene Marginalität zur Konzentration in isolierten und klar umgrenzten Gebieten, die von innen wie von außen zunehmend als Orte der Verdammnis wahrgenommen werden – wie Stadtbrachen oder »Höfe der Wunder«¹ der postindustriellen Stadt, in denen nur die Abweichenden und der Abfall der Gesellschaft verkehren.

Wenn diese »bestraften Räume« (Pétonnet 1982) feste Bestandteile der städtischen Landschaft sind oder zu werden drohen, verstärkt sich der Abwertungsdiskurs und lagert sich um diese herum, sowohl »unten« im gewöhnlichen Verkehr des Alltagslebens, als auch »oben« in den journalistischen, politischen und bürokratischen (sogar wissenschaftlichen) Feldern². Eine *Befleckung des Ortes* überlagert dann die bereits wirksamen Stigmata, die traditionell an Armut und ethnische Zugehörigkeit bzw. an den Status des postkolonialen Einwanderers geknüpft sind, reduziert sich aber nicht auf jene, auch wenn sie eng mit ihnen verbunden ist. Es ist bemerkenswert, dass Erving Goffman (1967, 7ff) den Wohnort nicht unter den »Handikaps« erwähnt, die das Individuum »diskreditieren« und ihm die »vollständige soziale Akzeptierung« entziehen können. Gleichwohl besitzt die territoriale Schande den körperlichen, moralischen und Stammesstigmata verwandte Eigenschaften und wirft ganz ähnliche Dilemmata des Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagements auf, auch wenn sie darüber hinaus noch andere Eigenschaften hat. Von den drei großen Stigmatypen, die Goffman aufzählt (1967, 12f), den »Deformationen« »des Körpers«, »Charakterfehlern« und den Brandzeichen »von Rasse, Nation und Religion«, ähnelt

* Dieser Artikel ist eine Überarbeitung des achten Kapitels von Loïc Wacquant, *Parias urbains. Ghetto, banlieues, État*, Paris 2006, auf das ich für eine detaillierte vergleichende Analyse der Struktur und Transformation der Ausgestoßenenquartiere am Ende des 20. Jahrhunderts in Amerika und Frankreich verweise.

- 1 »Höfe der Wunder« (*»cours des miracles«*) nannte man im mittelalterlichen Paris eine Reihe städtischer Gebiete, denen nachgesagt wurde, dass sie tagsüber von invaliden Bettlern bevölkert seien, die nachts »wie durch ein Wunder« zu mobilen und schlagkräftigen Räubern mutierten. Es ging also darum, mit ironischem Unterton den Wohn- oder Aufenthaltsort von »unwürdigen« Armen zu bezeichnen. Anm. d. Ü.
- 2 Sozialforscher haben nicht wenig dazu beigetragen, die Last der städtischen Schande zu vergrößern, indem sie pseudowissenschaftliche Begriffe ausgebrütet haben, die gewöhnliche Klassen- und Rassenvorurteile in eine Sprache analytischen Tonfalls kleideten. Man denke z.B. an die idiotische Kategorie der »*underclass area*«, die von Eroll Ricketts und Isabel Sawhill (1988) in den Vereinigten Staaten vorgeschlagen wurde, um (im perfekten Zirkelschluss) diejenigen Quartiere zu charakterisieren, in denen die *underclass* lebt, die wiederum durch eine ganze Batterie von Indikatoren »sozialer Pathologien« definiert wurde.

das territoriale Stigma dem Dritten, weil »solche Stigmata [...] gewöhnlich von Geschlecht zu Geschlecht weitergegeben werden und alle Mitglieder einer Familie in gleicher Weise kontaminieren«. Aber im Gegensatz zum dritten Stigmatyp kann es durch geographische Mobilität ziemlich leicht verborgen und abgeschwächt (sogar aufgehoben) werden.

In jeder Metropole der Ersten Welt sind ein oder mehrere Orte, Viertel oder Ballungen von Sozialwohnungen als städtische Hölle öffentlich bekannt und anerkannt, wo die Gefahr, das Laster und der Verfall zur Ordnung der Dinge gehören. Manche erlangen auch den Status eines nationalen Synonyms für alle Übel und Gefahren, die die dualisierte Stadt in Zukunft heimsuchen³, z.B. Les Minguettes in Lyon und La Courneuve in Paris oder die Siedlung von Mirail in Toulouse für Frankreich, South Central Los Angeles, die Bronx und die Großsiedlung Cabrini Green in Chicago für die Vereinigten Staaten, Duisburg-Marxloh und Berlin-Neukölln für Deutschland; die Viertel Toxteth in Liverpool und Meadow Well in Newcastle für England, und Bijlmer und Westlijke Tuinsteden in Amsterdam für die Niederlande. Sogar Gesellschaften, wie die skandinavischen Länder, die dem Aufschwung der fortgeschrittenen Marginalität am besten widerstanden haben, sind von diesem Phänomen territorialer Stigmatisierung betroffen, die an die Entstehung von den städtischen Parias vorbehaltenen Zonen gebunden ist.

It doesn't make any difference where I travel [in Sweden], everywhere I get the same questions when the people I meet hear where I come from: ›Do you live in Tensta? How can you live there? How can you manage to live in a ghetto?‹ (Bodin 1998, zit.n. Pred 2000, 129)

Ob diese Orte verfallen und gefährlich sind oder nicht und ihre Bevölkerung wesentlich aus Armen, Minderheiten und Fremden zusammengesetzt ist oder nicht, spielt letztlich keine Rolle. Schon das Vorurteil, dass es so sei, führt zu sozial nachteiligen Konsequenzen.

Das gilt auf der Ebene alltäglicher Beziehungen. Das Leben in einer (sub-)proletarischen Großsiedlung der Pariser Peripherie erzeugt ein »dumpfes Schuld- und Schamgefühl, dessen unterschwelliger Druck den Sozialkontakt vergiftet« (Pétonnet 1982, 148). Es ist gang und gäbe, dass die Menschen ihre Adresse verheimlichen, es bis zum Letzten vermeiden, dass Familie oder Freunde sie besuchen, und sich verpflichtet fühlen, sich dafür zu entschuldigen, dass sie an einem verrufenen Ort wohnen, der ihr Selbstbild befleckt. »Ich bin nicht aus der Siedlung«, betont eine junge Frau aus Vitry-sur-Seine, »ich wohne hier, weil ich momentan Schwierigkeiten habe, aber ich bin nicht von hier, ich habe mit all denen hier nichts zu schaffen.« Eine andere fordert den Ethnologen auf, die Siedlung nicht mit einem Viertel zu verwechseln, »weil in einem Viertel alle Welt lebt, [...] während es hier nichts als Scheiße gibt« (zit. 149). Ebenso leugnen die Ghettabewohner von Chicago, zur

3 Gewisse »Hochburgen« der städtischen Verdammnis, wie z.B. die Bronx, erlangen einen ähnlichen Status auf internationaler Ebene, wie Auyero (1999) in seiner Untersuchung über ein Elendsviertel im Großraum Buenos Aires zeigt.

Mikrogesellschaft des Viertels zu gehören, und mühen sich ab, Distanz gegenüber einem Ort und einer Bevölkerung zu halten und zu zeigen, die sie allgemein besudelt wissen und von der die Medien, der politische Diskurs und eine bestimmte Wissensschaftsproduktion unaufhörlich erniedrigende Bilder liefern.

Das durchdringende Gefühl sozialer Unwürdigkeit, das die Quartiere der Ausgestoßenen umhüllt, kann nicht anders kompensiert werden als durch Übertragung des Stigmas auf einen dämonisierten und gesichtslosen Anderen – den Nachbarn von unten, die Einwandererfamilie, die im selben Gebäude wohnt, die Jugendlichen von der anderen Straßenseite, über die gesagt wird, dass sie »fixen« oder »bizness« machen, oder die Bewohner der Gebäudegruppe gegenüber, die man verdächtigt, unrechtmäßig Arbeitslosenunterstützung oder eine andere Beihilfe zu beziehen. Dieser Logik der *horizontalen Abwertung und gegenseitigen Distanzierung*, die dazu tendiert, die bereits geschwächten Kollektive der benachteiligten städtischen Gebiete ein bisschen weiter aufzulösen, ist insofern schwer zu beugen, als

das stigmatisierte Viertel symbolisch jeden einzelnen seiner Bewohner [degradiert], der das Viertel degradiert, denn er erfüllt die von den verschiedenen gesellschaftlichen Spielen geforderten Voraussetzungen ja nicht. Zu teilen bleibt hier nur die gemeinsame gesellschaftliche Ex-Kommunikation. Die räumliche Versammlung einer in ihrer Besitzlosigkeit homogenen Bevölkerung hat auch die Wirkung, den Zustand der Enteignung zu verdoppeln (Bourdieu 1997a, 166).

Die Auswirkungen territorialer Stigmatisierung machen sich außerdem auf der Ebene der Politik bemerkbar. Sobald ein Ort öffentlich als »rechtloses Gebiet« oder »gesetzlose Siedlung« jenseits der Norm etikettiert wird⁴, ist es für die Behörden ein leichtes Spiel, von Recht und Gewohnheit abweichende Sondermaßnahmen zu rechtfertigen, die den Effekt – wenn nicht sogar das Ziel – haben können, die Bewohner noch weiter zu destabilisieren und zu marginalisieren, sie dem Diktat des deregulierten Arbeitsmarkts zu unterwerfen, sie unsichtbar zu machen oder sie aus einem begehrten Raum zu vertreiben⁵. So ist das Viertel São João de Deus, ein »verslumtes«

4 Man könnte hier unzählige, die Buchläden in Frankreich überschwemmende Werke über die *Banlieues* zitieren, in denen der Klassenrassismus mit dem Hirngespinnst der fremden Gefahr wetteifert. Wir zitieren davon nur ein einziges, dessen Titel die besagte Sichtweise zusammenfasst: *Cités hors-la-loi. Un autre monde, une jeunesse qui impose ses lois* [Gesetzlose Siedlungen. Eine andere Welt, eine Jugend, die ihre Gesetze aufzwingt] (Henni/Marinet 2002; Marinet ist einer der *France 2*-Journalisten, die den Medienmythos der Explosion von Gruppenvergewaltigungen, »*tournantes*«, in den *Banlieues* begründet haben). Unter dem Deckmantel von Analyse und staatsbürgerlichem Alarm beteiligen sich dieses Bücher am Diskurs, der die Ausgestoßenenquartiere der Schande preisgibt und ihre Bewohner symbolisch vertreibt.

5 Man müsste aus dieser Perspektive untersuchen, wie die teuflische (paradoxeerwise auch von progressiven Forschern gesponnene) Legende von der »*underclass*« dazu beitrug, einerseits die »Reform« der Sozialhilfe, die 1996 das *workfare*-Prinzip in den Vereinigten Staaten einführte, und andererseits die durch das *Quality Housing and Work Responsibility*-Gesetz von 1998 offiziell bestätigte Politik der massiven Zerstörung von Großsiedlungen im Ghetto unter dem Vorwand eines angeblichen Nutzens, den die räumliche Verstreuung für die Armen haben soll, zu legitimieren (Crump 2003).

Gebiet im Norden Portos mit einer starken Präsenz von »Zigeunern« und aus Kap Verde Stammenden, in Folge einer Reihe sensationsheischer Fernsehreportagen heute in ganz Portugal als das Inferno des »*bairro social degradado*« bekannt. Der Bürgermeister von Porto ermächtigte sich ob der anrühigen Reputation des Viertels als »*hipermercado das drogas*«, ein Verfahren der »Stadterneuerung« einzuleiten, das mit erheblicher Verstärkung durch muskelstrotzende Polizeirazzien im Wesentlichen darauf abzielt, die lokalen Drogenkonsumenten, arbeitslosen Hausbesetzer und andere menschliche Wracks zu vertreiben und zu verstreuen, um das besagte Viertel wieder in den Immobilienmarkt der Stadt einzugliedern – ohne sich übermäßig um das Schicksal tausender auf diese Weise verdrängter Bewohner zu kümmern⁶.

Räumliche Entfremdung und die Auflösung des ›Ortes‹

Die andere Seite der territorialen Stigmatisierung ist die Auflösung des ›Ortes‹ (im Sinne von *place*), d.h. der Verlust eines menschlich gestalteten, kulturell vertrauten und sozial homogenisierten Zusammenhangs, mit dem sich die marginalisierten städtischen Populationen identifizieren und in dessen Mitte sie sich »unter sich« und in relativer Sicherheit fühlen. Die Theorien des Postfordismus legen nahe, dass die Rekonfiguration des Kapitalismus nicht nur eine tiefgreifende Reorganisation der Unternehmen und der ökonomischen Ströme, der Arbeitsplätze und Menschen *im Raum*, sondern zugleich einen vollständigen Umbruch der Organisation und Erfahrung *des Raums* selbst bedeutet (siehe insbesondere Harvey 1989, Soja 1989 und Shields 1991). Mit diesen Theorien im Einklang steht die radikale Transformation des amerikanischen schwarzen Ghettos und der französischen Arbeiter*banlieue* seit den 1970er Jahren, da diese sich von gemeinschaftlichen »Orten« (*places*) geteilter Gefühle und gemeinsamer Bedeutungen, gestützt durch Praktiken und Institutionen der Gegenseitigkeit, in den Rang bloßer unterschiedsloser »Räume« des Wettbewerbs und des Überlebenskampfes herabgesetzt sahen. Man kann den Unterschied zwischen beiden Konzepten oder Aneignungsweisen der Umwelt folgendermaßen formulieren: »›Orte‹ sind stabile, ›volle‹ und ›beständige‹ Arenen, wohingegen ›Räume‹ ›potenzielle Leerräume‹, ›mögliche Gefahren‹ und Zonen sind, die man fürchten, sicher machen oder fliehen muss« (Smith 1987, 297).

Smith fügt hinzu, dass der Übergang von einer Politik des Ortes zu einer Politik des Raumes durch die Schwächung derjenigen Bande befördert wird, auf die sich das territoriale Gemeinwesen innerhalb der Stadt gründet. Er speist sich gleichermaßen aus der Tendenz der Individuen, sich in die Privatsphäre des Haushalts zurückzuziehen, der Verstärkung des Gefühls von Verwundbarkeit, das die Suche nach persönlicher Erfüllung oder Sicherheit begleitet, und der allgemeinen Schwächung der Kollektive⁷.

6 Ich danke Luis Fernandes von der Universität Porto für diese Informationen und verweise auf seine Analyse der räumlichen Stigmatisierung, die den »psychotropen Gebieten« der portugiesischen Stadt anhaftet (Fernandes 1998, 68-79, 151-54 u. 169-74).

7 Für eine minutiöse Analyse des »defensiven und zurückgezogenen Privatismus« der traditionellen Arbeiterklasse und seiner Akzentuierung unter dem Einfluss des Gruppenzerfalls in einer

Man muss sich hier vor der Romantisierung der Situation der ehemaligen Arbeiterquartiere und segregierten Enklaven hüten: Es gab nie ein »goldenes Zeitalter«, in dem das Leben im us-amerikanischen Ghetto und in der französischen *Volksbanlieue* angenehm und die sozialen Beziehungen harmonisch und blühend gewesen wären. Und doch hat sich die Erfahrung des städtischen Ausschlusses auf eine Art und Weise verändert, die sie heute, auf dieser Ebene, deutlich rauer und entfremdeter macht.

Eine kurze Illustration: Bis in die 1960er Jahre war das amerikanische schwarze Ghetto, obwohl es das Produkt brutaler und unnachgiebiger Unterdrückung war, noch ein »Ort« im Sinne von *place*, eine kollektiv bewohnte Welt (*oekoumène*), eine humanisierte städtische Landschaft, für die die Schwarzen ein starkes Identifikationsgefühl verspürten, wie es die Rede vom »*soul*« ausdrückte, und über die sie kollektive Kontrolle herzustellen suchten – dies war das Hauptziel der *Black Power*-Bewegung (Van DeBurg 1992). Heute ist das Hyperghetto ein »Raum« (im Sinne von *space*), und dieser nackte Raum ist keine gemeinschaftliche Ressource mehr, die die Afroamerikaner mobilisieren und zum Schutz vor der weißen Herrschaft einsetzen können. Im Gegenteil: Es hat sich in eine Kraft gemeinschaftsinterner Teilung und in ein Instrument der Einsperrung des schwarzen Subproletariats in ein gefürchtetes und gehasstes Gebiet verwandelt, dem, wie es eine Gewährsperson von der South Side in Chicago schroff formulierte, »alle zu entkommen versuchen«⁸.

Weit entfernt davon, ein Schutzschild gegen die Unsicherheit und den Druck der Außenwelt zu bieten, gleicht der Raum des Hyperghettos einem entropischen und gefährlichen Schlachtfeld, auf dem ein Wettbewerb zwischen vier Protagonisten tobt. Dabei stehen sich gegenüber 1. die unabhängigen oder organisierten Straßenträuber (*hustler* und Banden), die das Quäntchen Reichtum, das noch zirkuliert, zu rauben versuchen; 2. die Bewohner und ihre Basisorganisationen (wie die »*Mothers against Drugs*« auf der West Side von Chicago oder die Vereine der Mieter, Immobilieneigentümer und Gewerbetreibenden, dort, wo sie überlebt haben), die sich bemühen, die Gebrauchs- und Tauschwerte ihres Quartiers zu erhalten; 3. die Überwachungs- und Kontrollagenturen des Staates, die damit betraut sind, die Gewalt und die Unordnung innerhalb des Kerngebiets der rassistisch strukturierten Metropole einzuhegen: Sozialarbeiter, Polizei, Gerichte, Bewährungshelfer, usw.; und 4. die institutionellen Räuber von Außen (vor allem die Immobilienmakler), für die die Umwandlung der Ränder des Schwarzen Gürtels zum Vorteil der in die Stadt reinvestierenden Mittel- und Oberklassen enorme Profite abwerfen kann⁹.

Bergbaustadt des französischen Nordens siehe Schwartz (1985). Für eine Beschreibung der Spaltung nachbarschaftlicher Gesellungs- und Solidarisierungsformen inmitten des Ghettos der West Side und South Side Chicago unter dem Druck des Elends und der Gewalt siehe Kotlowitz (1987) sowie Jones/Newman (1997).

8 Die (teilweise fruchtlosen) Bemühungen der schwarzen Mittelklasse der South Side in Chicago, sich räumlich und sozial vom kollabierenden Zentrum des Ghettos und den darin verborgenen Gefahren zu distanzieren, wurden mit feinem Gespür von Pattillo-McCoy untersucht (1999).

9 Siehe Venkatesh (2000) für einen kontextualisierten Bericht über die Kämpfe der 1990er Jahre zwischen den Mietern der Robert Taylor Homes, der Verwaltung des sozialen Wohnungsbaus

Verlust des »Hinterlands«

Zur Erosion des Ortes kommt das Verschwinden des »Hinterlands« oder eines verlässlichen Stützpunkts. In früheren Krisen- und Restrukturierungsperioden des modernen Kapitalismus konnten die zeitweilig aus dem Arbeitsmarkt abgeschobenen Arbeiter auf die soziale Ökonomie ihres Herkunftskollektivs zurückfallen, egal ob es sich um ein funktionales Arbeiterviertel, ein Gemeinschaftsghetto oder ein Dorf auf dem Lande oder im Herkunftsland handelte (Young/Wilmott 1957, Kornblum 1974, Piore 1979, Sayad 1991)¹⁰.

Wenn sie aus den Fabriken, Gießereien, Walzwerken oder Autowerkstätten von Chicago, wo sie infolge des zyklischen Umschwungs der industriellen Ökonomie arbeiteten, entlassen wurden, konnten die Bewohner von Bronzeville Mitte des 20. Jahrhunderts auf den Rückhalt ihrer Verwandtschaft, Clique oder Kirche zählen. Die Mehrheit der Bewohner ihres Quartiers blieb entlohnt, und ein dichtes und zusammengeschweißtes Netz von Nachbarschaftsorganisationen half, den Schock in Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten abzufedern. Überdies boten »zweifelhafte Unternehmen« (*»shady business«*) der Straßenökonomie, deren Verästelungen die gesamte schwarze Klassenstruktur durchliefen, wertvolle Überbrückungsjobs (Drake/Cayton 1993, 524f). Im Gegensatz dazu fehlte der Mehrheit der Bewohner der South Side in den 1990er Jahren der Erwerb; das Herz des Schwarzen Gürtels ist seiner Mittel für den kollektiven Erhalt beraubt; und die Brücken zur Lohnarbeit außerhalb sind durch die Entproletarisierung großer Teile der lokalen Bevölkerung abgerissen: die Schwestern und Brüder, die Onkel und Freunde geben sich größte Mühe, dabei zu helfen, eine Arbeit zu finden, aber sie sind selbst seit langem arbeitslos (Sullivan 1989, Wilson 1996).

Heutzutage erfreuen sich die Menschen, die in den Ausgestoßenenvierteln dauerhaft von bezahlter Beschäftigung ausgeschlossen sind, nicht mehr ohne weiteres des informellen kollektiven Rückhalts, während sie auf neue Arbeit warten, die obendrein womöglich niemals kommt. Zum Überleben müssen sie individuelle Strategien der »Selbstversorgung«, der Schwarzarbeit, des Schattenhandels, der kriminellen Aktivitäten und des quasi-institutionellen »Sich-Durchbeißen« anwenden (Gershuny 1983, Pahl 1987, Wacquant 1992, Engbersen 1996), die zur Linderung der Prekarität fast nichts beitragen, weil »die distributiven Konsequenzen des Musters informeller Arbeit in den Industriegesellschaften dazu tendieren, die gegenwärtigen Ungleichheitsstrukturen zu verstärken statt sie abzuschwächen« (Pahl 1989, 249). In einem Gutteil der Städte haben sich die Kenndaten der informellen Ökonomie

von Chicago, den Gangs und verschiedenen Verwaltungsbehörden der Stadt; Abu-Lughod u.a. (1994) und Mele (1999) zu den Schlachten um die »Gentrifizierung« der populären Quartiere in New York, in die die Mittel- und Oberklasse reinvestierte.

10 Dazu kann man die klassische Analyse von Larissa Lomnitz (1977) über das aus Freunden und Nachbarn der Bewohner der Elendsviertel von Mexiko zusammengesetzte »Ersatzsystem sozialer Sicherheit« und die Monographie von Carol Stack (1974) über die weiblichen Hilfsnetzwerke in einem schwarzen Ghetto des mittleren Westens neu lesen.

auch verändert. Sie ist vom offiziellen Sektor der Lohnarbeit zunehmend autonom und entkoppelt, wenn sie nicht sogar von kriminellen Aktivitäten dominiert wird (Barthélémy 1990, Leonard 1998). Daraus folgt, dass die parallelen Kreisläufe immer weniger Einstiegspunkte in die Welt der regulären Arbeit bieten, so dass sich die Jugendlichen, die sich in der Untergrundökonomie engagieren, höchstwahrscheinlich dauerhaft marginalisiert finden (Bourgois 1995). Wenn die Armutsquartiere am Beginn der fordistischen Ära »Slums der Hoffnung« waren, ähneln ihre Nachkommen im Zeitalter des deregulierten Kapitalismus mehr den »Elendsvierteln der Verzweiflung« der lateinamerikanischen Stadtperipherie, um einen Ausdruck von Susan Eckstein (1990) aufzugreifen.

Soziale Fragmentierung und symbolische Zersplitterung oder Die unvollendete Genese des ›Prekariats‹

Die fortgeschrittene Marginalität unterscheidet sich schließlich dadurch von früheren Formen städtischer Armut, dass sich die territoriale Stigmatisierung, mit der sie belegt ist, im Kontext der Auflösung statt der Festigung der Klasse und unter dem Druck der doppelten Tendenz zur Prekarisierung und Entproletarisierung statt der proletarischen Vereinheitlichung und Homogenisierung in den niederen Regionen des sozialen und städtischen Raumes entwickelt (Kronauer u.a. 1993, Wilson 1996). Diejenigen, die ihrem Tropismus¹¹ unterliegen und in ihren Sog geraten, finden sich folglich von den traditionellen Instrumenten der Mobilisierung und Repräsentation etablierter Gruppen abgekoppelt und entsprechend einer *Sprache*, einem Repertoire gemeinsamer Bilder und Zeichen zum Entwurf eines kollektiven Schicksals und zur Vorstellung einer alternativen Zukunft beraubt (Stedman Jones 1983).

Alternde Fabrikarbeiter und »arbeiterisierte« (*ouvriérisés*) Büroangestellte, die sich auf der untersten Sprosse der Hierarchie befinden oder durch technologische Neuerungen und die Verlagerung produktiver Tätigkeiten überflüssig gemacht wurden; prekäre und verliehene Dienstleister; Lehrlinge, Praktikanten und befristet Beschäftigte; Arbeitslose am Ende der Bezugsdauer von Versicherungsleistungen und Bezieher einer Grundsicherung für Arbeitslose; Langzeitbezieher von Sozialhilfe und chronisch Obdachlose; Bettler, Straffällige und Kleinkriminelle, die von der Gelegenheitsökonomie und dem Taschendiebstahl auf der Straße leben; »menschlicher Müll« der sozialen und medizinischen Dienste und regelmäßige Kunden des Strafvollzugsystems; desillusionierte Jugendliche der absteigenden Fraktionen der autochtonen Arbeiterklasse, die der unerwarteten Konkurrenz auf dem Arbeits- und Schulabschlussmarkt durch die Kinder der stigmatisierten ethnischen *communities* und neuen Einwanderungsströme die Stirn bieten: Wie schmiedet man daraus das Gefühl einer geteilten Lage und setzt sich gemeinsame Handlungsziele, wenn der wirtschaftliche Druck und die soziale Not so disparat konfiguriert sind? Wie verbindet

11 Tropismus bezeichnet das gerichtete Wachstum oder die gerichtete Bewegung (einer Pflanze) gegenüber einem äußeren Stimulus. Anm. d. Ü.

man Kategorien, die, obwohl sie momentan oder dauerhaft benachbarte Positionen im Gefüge des im Querschnitt betrachteten sozialen und städtischen Raums einnehmen, divergierenden biographischen Bahnen folgen oder über ungleiche Dispositionen und Orientierungen auf die Zukunft verfügen? Und wie knüpft man über die nachbarschaftliche Solidarität hinaus fühlbare und leistungsfähige Bande mit dem Spektrum der durch die Desozialisierung der Arbeit auf allen Ebenen der Berufsstruktur dequalifizierten und destabilisierten Lohnarbeiter (Perrin 2004)?

Der Wildwuchs von Etiketten, die die versprengte und disparate, in den Schraubstock sozialer und räumlicher Marginalisierung eingeklemmte Bevölkerung benennen sollen, »neue Arme«, »Vorstädter«, »*exclus*«, »*underclass*«, »*Banlieue*jugend« und die Dreifaltigkeit der »Losen« (Arbeits-, Obdach- und Papierlose), belegt den Zustand *symbolischer Irregularität*, in dem sich die Ränder und Risse der Sozial- und Stadtstruktur befinden. Die Abwesenheit einer gemeinsamen Sprache, um die herum und durch die sie sich vereinen könnten, akzentuiert heute die objektive Fragmentierung der armen Städter. Das traditionelle organisatorische Ausdrucks- und Forderungsinstrumentarium des stadischen Proletariats, nämlich die Industriegewerkschaften, erweist sich als ausgesprochen ungeeignet zur Behandlung der Probleme, die außerhalb der konventionellen Sphäre des Normalarbeitsverhältnisses auftauchen, und ihre defensiven Taktiken erreichen oft nicht mehr, als die Dilemmata, mit denen sie konfrontiert sind, und die vielfachen Brüche, die sie von den neuen randständigen (Sub-)Proletariern trennen, zu vertiefen.¹² Die aufkeimenden Organisationen der Habenichtse jeder Couleur, wie die Arbeitslosengewerkschaften, die Hilfsgruppen für Obdachlose und Illegale und die Vereine, die an den vielfältigen Fronten der »Ausgrenzung« kämpfen, sind da, wo sie überhaupt aufgetaucht sind, sehr fragil und müssen sich ihre offizielle Anerkennung auf der politischen Bühne erst noch verdienen, um hoffen zu können, mehr als punktuellen und kurzfristigen Druck auszuüben (Simeant 1998, Demaziere/Pignoni 1999).

Was die Parteien der Linken angeht, denen traditionell die Aufgabe der Représentation der von ökonomischem und kulturellem Kapital beraubten Gruppen auf der politischen Bühne zufällt, so sind sie, wenn sie nicht, wie die Sozialistische Partei in Frankreich, offen auf die gebildete Mitte refokussiert haben, zu sehr von ihren inneren Kämpfen in Beschlag genommen und in die Apparatelogik und die medial bestimmten Schachzüge eingebunden, um einerseits Wesen und Ausmaß der Umbrüche, die die Ausgestoenenquartiere formen, zu verstehen und andererseits die Politik ins Auge zu fassen und in Gang zu setzen, die nötig wäre, der Spirale fortgeschrittener Marginalisierung Einhalt zu gebieten.¹³

12 Das ist der Fall, wenn die Gewerkschaften auf kollektive, in der Hitze des Gefechts gewonnene Rechte verzichten, um Standortverlagerungen und Massentlassungen zu vermeiden, oder wenn sie die Staffellung der Löhne und sozialen Sicherung mit mehreren Geschwindigkeiten als Mittel zur Begrenzung des Personalabbaus akzeptieren (wie dies in den Vereinigten Staaten in einer guten Anzahl von Sektoren wie dem Automobil-, Telefon- und Luftfahrtsektor der Fall ist).

Die Schwierigkeit, die Fragmente, Schlacke und Splitter der dualisierten Marktgesellschaft, die sich in den benachteiligten Gebieten der Metropole sammeln, überhaupt zu benennen, zeugt von der Tatsache, dass das *Prekariat*, wenn man die prekären Ränder des Proletariats so nennen will, noch nicht einmal den Status einer »Klasse als Objekt, gezwungen, ihre eigene Subjektivität auf der Basis ihrer Objektivierung zu bilden« (Bourdieu 1997b, 138), erlangt hat. Es verharrt im Zustand eines einfach zusammengesetzten Konglomerats, einer *collectio personarum plurium*, das aus heterogenen Individuen und Kategorien besteht und sich durch die soziale Entbehrung, den materiellen Mangel und das symbolische Defizit *negativ definiert*. Einzig die unermessliche, im eigentlichen Sinne politische Arbeit der Sammlung und Repräsentation (im dreifachen Sinn kognitiv, ikonographisch und dramaturgisch) kann darauf hoffen, dieses Konglomerat zur Existenz und zum kollektiven Handeln zu bringen. Aber diese Arbeit stößt auf einen unausweichlichen und unlösbaren Widerspruch, da sie die fissiparen¹⁴ Tendenzen zur Geltung bringt, die für es konstitutiv sind: Das Prekariat ist eine Art *unmögliche Gruppe*, deren Geburt notwendig unvollendet bleibt, da man nicht an seiner Konsolidierung arbeiten kann, ohne ihren Mitgliedern zur Flucht aus ihr zu verhelfen, sei es, indem sie wieder Halt in stabiler Lohnarbeit finden und sei es, indem sie dem Erwerbsleben (via sozialer Umverteilung und Sicherung) entkommen. Im Gegensatz zum Proletariat der marx-schen Geschichtsvision, das dazu aufgerufen ist, sich langfristig selbst aufzuheben, indem es sich vereinigt und universalisiert, kann sich das Prekariat nur erschaffen, um sich gleich wieder abzuschaffen¹⁵.

Aus dem Französischen von Erwin Riedmann

13 Olivier Masclet (2003) hat auf Basis einer gründlichen Untersuchung einer kommunistischen Gemeinde der Pariser *Banlieue* gezeigt, wie die soziale und räumliche Marginalisierung auf dem Feld der lokalen Politik mit der Marginalisierung der »Aktivisten der Siedlung« einhergeht.

14 Fissiparie ist die ungeschlechtliche Fortpflanzung, bei der aus dem abgeworfenen Körperteil eines Lebewesens ein Nachkomme entsteht. Anm. d. Ü.

15 Für eine Reihe von Artikeln, Dokumenten und Aufrufen zur europäischen Mobilisierung des »Prekariats« (ein Begriff, der von *Droits Devants* lanciert wurde, vgl. »Globalisation du précarariat, mondialisation des résistances«, in: *ÉcoRev*, Mai 2005, <http://ecorev.org>) siehe die mehrsprachige Internetseite <http://republicart.net/disc/precarariat/index.htm>. Für eine Analyse der Zunahme der Arbeitsunsicherheit und der neuen Mobilisierungsformen, die sie an den Rändern der regulären Lohnarbeit hervorruft, siehe Perrin (2004).

Literatur

- Abu-Lughod, Janet L., u.a., *From Urban Village to East Village. The Battle for New York's Lower East Side*, New York-Cambridge 1994
- Azémar, Guy-Patrick (Hg.), *Ouvriers, ouvrières. Un Continent morcelé et silencieux*, Paris 1992
- Auyero, Javier, »This is Like the Bronx, Isn't It?« Lived Experiences of Slum-dwellers in Argentina«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 23. Jg., 1999, H. 1, 45-69
- Barthélémy, Philippe, u.a., *Underground Economy and Irregular Forms of Employment (travail au noir). Final Synthesis Report*, Bruxelles 1990
- Bodin, Anna, »Sonens strul tände eldsjälén«, *Dagens Nyheter*, 22. Juni 1998
- Bourdieu, Pierre, »Ortseffekte«, in: Pierre Bourdieu u.a., *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft* (1993), Konstanz 1997a, 159-67
- ders., »Eine Klasse für andere« (1977), in: Margarete Steinrück (Hg.), *Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik und Kultur 2*, Hamburg 1997b, 130-41
- Bourgeois, Philippe, *In Search of Respect: Selling Crack in El Barrio*, New York 1995
- Crump, Jeff R., »The End of Public Housing as We Know It: Public Housing Policy, Labor Regulation and the US City«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 27. Jg., 2003, H. 1, 179-87
- Demazière, Didier, u. Maria-Teresa Pignoni, *Chômeurs, du silence à la révolte. Sociologie d'une action collective*, Paris 1999
- Drake, St. Clair, u. Horace R. Cayton, *Black Metropolis: A Study of Negro Life in a Northern City* (1945, 1962), Chicago 1993
- Dudley, Kathryn Marie, *The End of the Line: Lost Jobs, New Lives in Postindustrial America*, Chicago 1994
- Eckstein, Susan, »Urbanization Revisited: Inner-City Slums of Hope and Squatter Settlements«, in: *World Development*, 18. Jg., 1990, H. 2, 165-81
- Engbersen, Godfried, »The Unknown City«, in: *Berkeley Journal of Sociology*, Nr. 40, 1996, 87-112
- Fernandes, Luis, *O sítio das drogas. Etnografia das drogas numa periferia urbana*, Lisboa 1998
- Gershuny, Jonathan I., *Social Innovation and the Division of Labor*, Oxford 1983
- Goffman, Erving, *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität* (1963), Frankfurt/M 1967
- Harvey, David, *The Condition of Postmodernity: An Inquiry into the Origins of Cultural Change*, Oxford 1989
- Henni, Amar, u. Gilles Mariné, *Cités hors-la-loi. Un autre monde, une jeunesse qui impose ses lois*, Paris 2002
- Jones, LeAlan, u. Lloyd Newman, *Our America: Life and Death on the South Side of Chicago*, New York 1997
- Kornblum, William, *Blue-Collar Community*, Chicago 1974
- Kotlowitz, Alex, *There Are No Children Here: The Story of Two Boys Growing Up in the Other America*, New York 1991
- Kronauer, Martin, Berthold Vogel u. Frank Gerlach, *Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Frankfurt/M-New York 1993

- Leonard, Madeleine, *Invisible Work, Invisible Workers: The Informal Economy in Europe and the US*, Basingstoke 1998
- Masclat, Olivier, *La Gauche et les cités. Enquête sur un rendez-vous manqué*, Paris 2003
- Mele, Christopher, *Selling the Lower East Side: Culture, Real Estate, and Resistance in New York City*, Minneapolis 1999
- Pahl, Raymond E., »Does Jobless Mean Workless? Unemployment and Informal Work«, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Nr. 493, 1987, 36-46
- Pattillo-McCoy, Mary, *Black Picket Fences: Privilege and Peril Among the Black Middle Class*, Chicago 1999
- Perrin, Évelyne, *Chômeurs et précaires au coeur de la question sociale*, Paris 2004
- Pétonnet, Colette, *Espace habités. Ethnologie des banlieues*, Paris 1982
- Piore, Michael J., *Birds of Passage: Migrant Labor and Industrial Societies*, Cambridge 1979
- Pred, Allan Richard, *Even in Sweden: Racisms, Racialized Spaces, and the Popular Geographical Imagination*, Berkeley 2000
- Ricketts, Erol R., u. Isabell V. Sawhill, »Defining and Measuring the Underclass«, in: *Journal of Policy Analysis and Management*, Nr. 7, 1988, 316-25
- Sayad, Abdelmalek, *L'immigration ou les paradoxes de l'altérité*, Bruxelles 1991
- Schwartz, Olivier, *Le Monde privé des ouvriers. Hommes et femmes du Nord*, Paris 1990
- Shields, Rob, *Places on the Margin: Alternative Geographies of Modernity*, London 1991
- Siméant, Johanna, *La Cause des sans-papiers*, Paris 1998
- Smith, Dennis, »Knowing your Place: Class, Politics, and Ethnicity in Chicago and Birmingham, 1890-1983«, in: Nigel Thrift u. Peter Williams (Hg.), *Class and Space: The Making of Urban Society*, London 1987, 277-305
- Soja, Edward W., *Postmodern Geographies: The Reassertion of Space in Critical Social Theory*, London 1989
- Stedman Jones, Gareth, *Languages of Class: Studies in English Working Class History 1832-1982*, Cambridge 1983
- Sullivan, Mercer L., »*Getting Paid*: Youth Crime and Work in the Inner City«, Ithaca 1989
- Uitermark, Justus, »Social Mixing and the Management of Disadvantaged Neighbourhoods: The Dutch Policy of Urban Restructuring Revisited«, in: *Urban Studies*, 40. Jg., 2003, H. 3, 531-49
- Van De Burg, William L., *New Day in Babylon: The Black Power Movement and American Culture, 1965-1975*, Chicago 1993
- Venkatesh, Suhrud, *American Project. The Rise and Fall of a Modern Ghetto*, Cambridge/MA 2000
- Wacquant, Loïc, »The Zone«, in: Pierre Bourdieu u.a., *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft* (1993), Konstanz 1997, 179-204
- Wilson, William Julius, *When Work Disappears: The World of the New Urban Poor*, New York 1996
- Young, Michael, u. Peter Willmott, *Family and Kinship in East London* (1954), Berkeley 1986

Mario Candeias

Das »unmögliche« Prekariat Antwort auf Wacquant

»Das Prekariat ist eine Art unmöglicher Gruppe, deren Geburt notwendigerweise unvollendet bleibt«, es »verharrt im Zustand eines einfachen zusammengesetzten Konglomerats«, so die Schlussfolgerung Loïc Wacquants in diesem Heft (407). Inzwischen sind die damit angesprochenen Desintegrationsprozesse und sozialen Spaltungen, vorwiegend unter dem Stichwort ›Unterschicht‹, nach der französischen auch in der deutschen politischen und wissenschaftlichen Debatte angekommen: »Die Gesellschaft zerfällt« in Lebenslagen, die von den Einzelnen »als so instabil erlebt werden, dass keine dauerhafte Identifikation mit einer Rolle und Gruppe mehr gelingt.« (Lessenich/Nullmeier 2006, 18). Hier sieht Franz Schultheis das »radikal Neue« der sich zuspitzenden sozialen Frage: »Der schrittweise Abbau sozialer Sicherung [...] trifft nunmehr hochgradig individualisierte Individuen, die dem kalten Wind einer radikalen Marktvergesellschaftung schutzlos ausgeliefert sind, weil ihr Habitus [...] an ein Mindestmaß an Schutz [...] gewöhnt ist« (2005, 583). – Im Folgenden soll anhand einiger Arbeiten von Loïc Wacquant, Pierre Bourdieu und Robert Castel, auf die sich soziologische Analysen der Prekarität in Deutschland in der Regel berufen, die Kritik an einem Blick auf das Prekariat entwickelt werden, der in den Umbrüchen nur Verelendung und Zersetzung sieht und dadurch blind wird für die Entstehung von Neuem und Widerständigem z.B. in den Pariser Banlieues. Dieser Blick ist einem analytischen Standpunkt geschuldet, der von ›außen‹ und von ›oben‹ mit Maßstäben der Vergangenheit misst und so die Neuzusammensetzung der Klassen verfehlt.

Dekonstruktion ohne Rekonstruktion?

So treffend diese Arbeiten Prozesse der Zersetzung fordristischer Vergesellschaftungsformen beschreiben, so berücksichtigen sie doch nicht die Neukonstitution der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die fordristische Integrationsweise bleibt der Maßstab, die Abweichung wird als Verelendung begriffen (vgl. Haug 2003, 143; Candeias 2006, 11). Die enge Kohärenz zwischen Kapitalverwertung und Reproduktion der Arbeiterklasse, zwischen Produktivitätsfortschritten und Lohnsteigerungen, wie sie im Fordismus teilweise zu finden war, ist eine in der historischen Entwicklung des Kapitalismus seltene Konstellation – und doch bildet sie die Folie, vor der das Neue bislang kategorisiert wurde. Festgehalten wird an »integrierter Gesellschaftlichkeit«, wie sie sich – blutige Auseinandersetzungen und Faschismus vergessend – seit dem 19. Jh. entwickelte und ihren Höhepunkt in der »nivellierten Mittelschichtsgesellschaft« (Schelsky) der Nachkriegszeit fand. Natürlich weiß ein informierter linker Diskurs, dass auch dieser Kapitalismus ein in Klassengegensätze gespaltener war, doch waren diese Gegensätze durch historische Kompromisse entschärft und in institutionalisierte Bahnen der Konfliktaustragung gelenkt worden.

Klassen sind in dieser Perspektive einheitliche Subjekte, heute abgelöst durch eine Vielfalt von Ungleichheitslinien. Es gibt kein »eindeutig-eindimensionales Muster« gesellschaftlicher Ungleichheiten mehr; »Konzepte wie »Klassen« [...] wirken heute hohl« (Schultheis 2005, 576). Vor dem Hintergrund dieser Konstruktion einer hübsch geordneten Vergangenheit wird das Neue nur als beliebige und unübersichtliche Pluralität von Differenzen (vgl. Lessenich/Nullmeier 2006, 15) sichtbar. Unbegriffen bleibt, wie Klasse, Rasse, Geschlecht, Alter, Qualifikation usw. in einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise unter neoliberaler Hegemonie auf neue Art und Weise verwoben werden.

Auch bei Wacquant (405) geht es um die Auflösung von Klassen als Gegenbewegung zur »proletarischen Vereinheitlichung«, die in der alten Form auch nicht mehr erstrebenswert sein kann. Vielfältige Ungleichheiten stehen bei ihm nicht nebeneinander, sondern verdichten sich im Prekariat bzw. in den Banlieues zu einer unentrinnbaren Zwangsjacke (Wacquant 2004). Verfehlt wird in dieser Neuauflage des Verelendungsdiskurses, wie die Zersetzung der Klassen zugleich mit ihrer Neuzusammensetzung einhergeht. Es besteht nur eine Ahnung von der »Vereinheitlichung von Konfliktlinien«: alle, »auch tiefgreifende kulturelle Differenzen« oder Altersunterschiede, werden »in ökonomische Verteilungsprobleme übersetzt«. Ergebnis ist die »Zersplitterung einer von Konkurrenzen durchzogenen Gesellschaft«, ein »Zerfalls- und Spaltprodukt der Krise« (Lessenich/Nullmeier 2006, 17 bzw. 21), wobei übersehen wird, wie seit 30 Jahren wirkende neoliberale Integrationsmodi den transnationalen Umbau der Gesellschaft forcieren (Candeias 2004b).

Tatsächlich kommt es vermehrt zu Unsicherheiten und Unzufriedenheit, die im Zuge einer Repräsentationskrise und mangelnder Artikulationsmöglichkeiten (vgl. Candeias 2004b, 334ff) zu Autoritarismus und Entsolidarisierung führen: Die Bedrohung der gesellschaftlichen Positionen und das Schwinden von Perspektiven bis tief in die sog. Mittelklasse der ehemals gut abgesicherten Facharbeiter und der urbanen bürgerlichen Angestelltenheere verstärken die Abgrenzungen nach »unten« (vgl. auch Wacquant 2004, 164). Es kommt zu Distinktions- und Anerkennungskämpfen, zu Trennlinien der »Respektabilität«, die Vertrauen, Kommunikation und übergreifende oder auch nur lokale Solidarität erschweren. Die individuelle Bearbeitung der Widersprüche überwiegt, die Benachteiligten scheinen unfähig, die »kollektive Natur des Dilemmas anzuerkennen« (165). Sicher: In der Bewegungsphase »wird tendenziell Desolidarisierung überwiegen« (Haug 2003, 172). Doch bleibt die Analyse dort stehen, führt das zur Blockierung von Handlungsfähigkeit: wo wäre dann noch anzusetzen?

Subjektivierung vom Standpunkt der Reproduktion

Für Robert Castel, wie nun auch für Wacquant, ist das Prekariat gesellschaftlich atomisiert, anom und resigniert – kurz: nicht organisierbar. Castel sieht eine Tendenz zum »Sich-Einrichten in der Prekarität«, gekennzeichnet durch die habitualisierte Mobilität eines »provisorischen Durchwursteln« und der Entwicklung eines »Realismus der Hoffnungslosigkeit«, der von Reintegrationsversuchen Abschied

nimmt und zu Resignation sowie sporadischen Gewaltausbrüchen mit selbstzerstörerischen Merkmalen führt (2000, 357f). Für Castel sind diese Überzähligen »nicht integriert und zweifelsohne auch nicht integrierbar«, da ihnen das Hauptmoment gesellschaftlicher Integration, eine positive Identität durch Arbeit, verloren gegangen sei (359). Sie sind für ihn keine sozialen Akteure, sondern »soziale Nicht-Kräfte« (ebd.), eine Nichtklasse der Marginalisierten, die sich resignativ ihrem Schicksal unterwirft, oder, wie Wacquant es ausdrückt, »abgekoppelt« von den etablierten Gruppen und »entsprechend einer Sprache, einem Repertoire gemeinsamer Bilder und Zeichen zum Entwurf eines kollektiven Schicksals« beraubt (405).

Erstaunen wird formuliert angesichts des dennoch vorhandenen »Selbstbewusstseins der Abgehängten, das sich gegen eine völlige Marginalisierung sperrt und zur Ausbildung eigener Subkulturen und Taktiken des Durchhaltens und Durchkommens« (Lessenich/Nullmeier 2006, 20), also eigener Praxen und Sprache führt, auch zum Aufbau »reziproker Netzwerke« und ethno-nationale Grenzen überschreitender, funktionierender »communities« (Wacquant 2004, 171 u. 193); dies selbst in den amerikanischen Großstadt-Ghettos, in denen ein unvergleichbar höherer Grad an physischer Unsicherheit herrscht (176). Woher diese Phänomene kommen, bleibt unerklärt. Die aufkeimenden Organisationen der »Habenichtse«, wie die Arbeitsloseninitiativen, die Organisationen gegen Obdachlosigkeit oder gegen Illegalisierung von Migranten (Sans Papiers) seien »sehr fragil« – damit hat Wacquant wohl recht, und doch erklärt es nicht ihr Zustandekommen.

Castel wie Lessenich/Nullmeier reproduzieren den Blick auf die Betroffenen von oben, neigen dabei zur Entsubjektivierung bzw. verbleiben auf der Ebene der Analyse sozialstaatlicher Institutionen. Wacquant hingegen widmet sich den subjektiven Verarbeitungsformen und zeigt, wie die Einzelnen sich selbst in die prekären Verhältnisse einbauen. Subjektivität wird hier jedoch nur vom Standpunkt der Reproduktion herrschender Verhältnisse betrachtet, quasi als affekthafter Reaktionismus. Das Problem dabei ist, dass den Subjekten zwar Eigenaktivität zugestanden, jedoch die Kompetenz oder Fähigkeit abgesprochen wird, die Verhältnisse zu verändern (vgl. auch Dörre 2005). Bei Wacquant ist die Unterklasse wie in den herrschenden Medien dargestellt: apathisch, anomisch, latent gewalttätig, depraviert – das Bild herumlungender Nichtsteuer auf Parkbänken, nur umgekehrt konnotiert, als Opfer gesellschaftlicher Gewalt und Diskriminierung. Die Analyse beschränkt sich auf die Erklärung, warum sich an solchen Orten oder in solchen Gruppen nichts Politisches formieren kann. Wacquant kritisiert zwar Debatten um die sog. Unterklasse in den USA, in denen das schwarze, städtische Subproletariat, »symbolisch von der ›würdigen‹ Arbeiterklasse« unterschieden wird (2004, 159), spiegelt dies jedoch von links, wenn er das Prekariat als »unmögliche Klasse« von der alten und neuen Arbeiterklasse trennt.

Organisierung ist nicht mehr vorstellbar in diesem ›Regime der Angst‹: Menschen, »die sich in prekärer Lage befinden, lassen sich kaum mobilisieren, da sie in ihrer Fähigkeit, Zukunftsprojekte zu entwerfen, beeinträchtigt sind« (Bourdieu 1998, 98). Unweigerlich fragt man sich, wie es zur Entstehung der Arbeiterbewegung kommen

konnte (vgl. Thompson 1987). Die Entstehung einer Arbeitslosenbewegung erscheint Bourdieu denn auch als unwahrscheinliches »gesellschaftliches Wunder« (103). Eigentlich plädieren Bourdieu, Wacquant und Castel angesichts der Unmöglichkeit, das Prekariat zu organisieren, für die »Macht der Repräsentation«, dem, »was praktisch stillschweigend oder implizit existiert, die volle, d.h. objektivierte, unmittelbar für alle sichtbare öffentliche, offizielle und damit autorisierte Existenz zu verschaffen« (Bourdieu 2001b, 82). Da das Prekariat aber als »unmöglich« Klasse mit heterogener Positionierung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entlang geschlechtlicher, nationaler oder ethnischer Zuschreibungen keine Repräsentanz in den traditierten politischen Institutionen findet, bedarf es des Eingreifens von Intellektuellen als »kritische Instanz« (65), um den Staat an seine soziale Verantwortung zu erinnern und ihn wieder in den Stand zu versetzen, gegen einen entfesselten Markt regulierend einzugreifen.¹ In den Banlieues handelt es sich jedoch nicht in erster Linie um ein Problem des »Zu-wenig-Sozialstaat«, im Gegenteil wirkt die Dichte sozialstaatlicher und polizeilicher Einrichtungen massiv als Element der Disziplinierung und Kontrolle bis tief in die Lebensweise der abhängigen »Klienten«.

Wacquant stellt zumindest die Frage, wie man das »Gefühl einer geteilten Lage« schmiedet und »gemeinsame Handlungsziele« formuliert, »wenn der wirtschaftliche Druck und die soziale Not so disparat konfiguriert sind« (405). Eine widerständige Praxis zur Erweiterung von Handlungsfähigkeit muss dabei nicht neu erfunden werden, sie findet sich bereits in der Alltagspraxis wie im bizarr zusammengesetzten Alltagsverstand (Gramsci) vor. Die Erweiterung der eigenen Bedingungsverfügung ist allerdings mit dem Risiko verbunden, mit den Herrschaftsinstanzen in Konflikt zu geraten. So bewegen sich die Einzelnen in dem Widerspruch »zwischen der Erweiterung der Lebensmöglichkeiten« und dem »Risiko des Verlusts der Handlungsfähigkeit durch die Herrschenden« (Holzkamp 1987, 16f). Insofern liegt es nahe, sich mit einer beschränkten Handlungsfähigkeit im Rahmen der bestehenden Verhältnisse zufrieden zu geben und ein Arrangement zu treffen, das die Bedrohung in einem gewissen Rahmen neutralisiert (17) bzw. an der Macht teilhaben lässt. Die Beherrschten zollen den sie benachteiligenden Machtverhältnissen dabei eine »abgepresste Anerkennung«, weil und indem sie nur über die Erkenntnismittel verfügen, die sie mit den Herrschenden teilen und die »nichts anderes als die inkorporierte Form des Herrschaftsverhältnisses sind« (Bourdieu 1997, 164). Doch was ist mit all jenen, die eben nicht an jener Macht zur Beherrschung der Verhältnisse teilhaben,

1 Unter Ablehnung des gramscianischen Begriffs des organischen Intellektuellen hält Bourdieu an einer substanzialistischen Vorstellung von Intellektuellen als »Gelehrten« fest, die von »außen« und »oben« aufklärend tätig werden. Die starke Betonung ihrer Autonomie, die Intellektuelle quasi von »außen« als Experten oder Berater auftreten lässt, ließe sie als Unbeteiligte bei der Organisation politischer und sozialer Bewegungen erscheinen. Sind sie doch beteiligt – wovon etwa Bourdieus eigene Praxis beredtes Zeugnis gibt –, wie ist dann das Verhältnis von Intellektuellen und Bewegung zu begreifen? Gerade diese Fragestellung hatte Gramsci überwunden, indem er die organischen Intellektuellen als Teil der Bewegung fasste. Insofern bewegen sich Bourdieu, Wacquant oder Castel innerhalb einer überholten Problemstellung.

deren prekäre alltägliche Situation die Bedrohung durch die Verhältnisse in keiner Weise neutralisiert, sondern verschärft? Die Beschränkungen können zu anomischen Zuständen führen, Verdrängung und psychische und physische Krankheiten hervorrufen, aber auch das widersprüchliche Verhältnis zwischen dem Risiko weiterer Handlungseinschränkungen und der subjektiven Notwendigkeit zur aktiven kollektiven Erweiterung von Handlungs- und Lebensmöglichkeiten zugunsten der letzteren verschieben. Nun heisst es, den Blick von der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse auf ihre Widersprüche zu lenken (ausführlich dazu Candeias 2006).

Banlieues – Unwahrscheinliche Orte der Mobilisierung

Für Wacquant (2004, 161) ist der praktische Verstoß gegen die Idee des französischen Staates als egalitärer Gemeinschaft aller Bürger durch die alltägliche Diskriminierung der *Kristallisationspunkt* der zyklischen Straßenproteste und Aufstände in den Vororten der urbanen Zentren. Die Banlieue-Revolten sind eine Antwort auf die alltägliche strukturelle Gewalt, die Diskriminierung bei gleichzeitiger Entnennung der Ungleichheit, des ›Anderseins‹, die zudem noch verwoben ist mit einem tiefen Misstrauen, gefördert durch despotische Sozialämter und verschärfte Kriminalisierung, gegen staatliche Institutionen und alte Formen politischer Organisation und Repräsentation. Es geht darum, »das ganze Ding zu zerstören«, also um die Abkehr von jeglicher Integration. Alternativ werden subkulturelle und deviante, individuelle und kollektive Überlebensstrategien entwickelt. Dabei wird die von außen kommende, abwertende Zuschreibung der Banlieues und ihrer Bewohner zunächst reproduziert, wird Teil der Identität, verfestigt Minderwertigkeitsgefühle, die sich v.a. bei jungen Männern in affektiven Reaktionen, brutaler Sprache usw. zeitweise entladen – eine Gegenkultur, die Widerständigkeit artikuliert und zugleich Diskriminierung reproduziert (vgl. Willis 1979). Der Alltag scheint geprägt von Kriminalität, Gewalt und Misstrauen. Die Banlieues sind jedoch auch Orte des gegenseitigen Vertrauens, des Austausches und der Hilfe (Wacquant 2004, 193).

Aber genau diese Kränkung – als Teil der egalitären französischen Tradition angerufen zu werden und alltäglich das Gegenteil zu erfahren – sowie das grundsätzliche Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen ergaben Anknüpfungspunkte für die Organisation im Movement Immigration-Banlieue (MIB). Anstoß waren zunächst wiederholt von der Polizei verschuldete Tötungen eines oder mehrerer Jugendlicher, 1993, 1997, 2002, zuletzt 2005 (vgl. Jobard 2004). Die Bewohner der Banlieues wiesen die offizielle Darstellung der Vorfälle zurück, und zwar zunächst nur im Sinne einer einfachen Negation, ohne ihr ein alternatives Erklärungsmodell entgegenzustellen: »Alles was sicher ist, ist, dass Mohamed tot ist; wie genau es dazu kam, wissen wir nicht, wir wollen es wissen und dafür kämpfen wir – politisch« (zit.n. Jobard 2004, 322). Verbunden mit einem tief verankerten Gefühl der Ungerechtigkeit wird so die Deutungshoheit von Staat und Medien in Frage gestellt.

Soziales Zentrum des MIB und damit Ort der Diskussion und Infragestellung der offiziellen Versionen und der kollektiven Reorientierung und Deutung der Situation

war ein lokaler Verein.² Wie diese Alltagsstrukturen Teil der Sphäre der Politik sind, kann mit einem verengten Politikbegriff, der sich nur auf Repräsentationsverhältnisse im parlamentarischen System und ihre mediale Vermittlung bezieht, nicht erfasst werden. Die Motivation, sich auf die Spielregeln der repräsentativen Demokratie und etablierte politische Organisationen einzulassen, ist verständlicherweise bei den Bewohnern kaum vorhanden, da sie von diesen keine Veränderung erwarten. Entsprechend wurden Vereinnahmungsversuche durch hohe Repräsentanten der Muslime in Frankreich als Entpolitisierungsstrategie und Passivierung scharf zurückgewiesen. Stattdessen wurde mit Aufsehen erregenden Aktionen wie Blockaden von Autobahnen und Gemeinderatssitzungen Autonomie demonstriert. Diese symbolischen Attacken zielen auf die Regeln und Grenzen des Politischen, darauf, »die Praktiken zu verändern durch Regelverstöße, die mit den traditionellen demokratischen Ausdrucksmitteln (Diskussion, Stimmabgabe, Demonstration) brechen« (Bourdieu 2001b, 18).

Damit verbunden war der Versuch, die Banlieues vom Rand wieder ins Zentrum der Öffentlichkeit zu rücken: mit politischen Aufrufen gegen eine blinde Justiz und brennenden Autos. Auch die Willkür der Polizei oder der Ämter ist nur möglich, weil die Verhältnisse nicht in die Öffentlichkeit gelangen.³ Die gewaltsamen zyklischen Ausschreitungen werden dabei nicht als Gegensatz zur Organisierung verstanden, auch wenn dies innerhalb der Bewegung umkämpft, ihr Für und Wider umstritten ist. Sie haben vielmehr zwei Funktionen: zunächst lenken sie den Blick auf die unsichtbaren Orte prekärer Inklusion im neoliberalen Gesellschaftsumbau; weiterhin wirken sie als Ventil zur Entladung angestauter Frustrationen und Aggressionen, die sich so, statt gegen sich selbst, v.a. gegen Artefakte der Konsumgesellschaft (Einkaufszentren, Autos) wie gegen Symbole und Einrichtungen des Staates (Polizeistationen, Schulen) richten. Die Strategie hat wiederum widersprüchliche Effekte, denn durch die Form der Darstellung der Gewalt in den Medien wird die Organisierung unsichtbar und stattdessen das Bild der unzugänglichen »Brennpunkte« verfestigt.

Um der scheinbar sinnlosen Gewalt eine Bedeutung zu verleihen, wird im Anschluss an die Unruhen immer wieder versucht, über die Bewohner der Banlieues hinaus die Realisierung des Egalitarismus einzuklagen, im Sinne einer Umdeutung dieses Grundpfeilers der französischen Republik, als Entideologisierung und Aneignung von »unten«. Auch hier gilt die Gewalt als Mittel zur Sichtbarmachung einer entnannten Differenz, von der aus sich überhaupt die universalistische Forderung aufstellen lässt. Der konkrete Anlass wird zudem genutzt, die in den improvisierten Sozialen Zentren stattfindenden Diskussionen über polizeiliche Gewalt auf die eigene Gewalt untereinander, auf das verbreitete Misstrauen im Viertel zu lenken, Ursachen zu benennen, eigene Alltagspraxen in Frage zu stellen, individuelle Lösungsversuche

2 Unterhalb dessen finden sich weitere »informelle« Formen der Politisierung, etwa die Vermittlung von Erfahrungen mit Gerichten, Polizei und Ämtern und wechselseitige Unterstützung bei entsprechenden Auseinandersetzungen (Jobard 2007, 12f).

3 Ebenso gilt es, allgemein prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse immer wieder in die Öffentlichkeit zu rücken (mit Montagsdemonstrationen, Mindestlohnkampagnen in den USA oder dem Euromayday usw.).

in kollektive Bahnen zu lenken und langfristige Politisierungsprozesse anzustoßen. Der Versuch zielt darauf, Banlieues als öffentliche Räume zu konstituieren statt die ideologische Konstitution sozialer Brennpunkte zu übernehmen. Denn die skandalisierende Stigmatisierung diene gesellschaftlich zugleich der Entdramatisierung des Problems durch Einschließung in Orte aktiver Ausgrenzung. So konnten die Probleme als die einer verwehrten Unterschicht bzw. einer nicht-integrierten zweiten Generation von Migranten dargestellt werden. Dies entlastet zugleich die Mehrheitsgesellschaft von ihrer Verantwortung und rechtfertigt das harte Vorgehen gegen die »gefährlichen Klassen« (Buret 1840).

Die Banlieues sind gegenüber den amerikanischen Ghettos ein heterogenes »Gemisch«. Es sind eben keine rassistisch segregierten Räume der Ausgrenzung (Wacquant 2004, 194) oder »Parallelgesellschaften«; die soziale Lage, so Wacquant, ist eher das »Resultat der spezifischen Klassenzusammensetzung«, der Konzentration von armen Arbeiterfamilien, zu denen sich Immigrantenfamilien gesellten, die vergleichbare Positionen in der französischen Klassenstruktur einnehmen, was eine Grundlage für gemeinsame Erfahrungen, unabhängig von der Herkunft bietet (195). Tatsächlich, berichten Aktivisten des MIB, wird die Verbindung von »Rasse« und »Klasse« im Prozess der Organisation vom Element der Spaltung zum Element der notwendigen Formulierung übergreifender politisch-ethischer Positionen. Prekarisierung rückt als allgemeiner gesellschaftlicher Prozess in den Blickpunkt und manifestiert sich in Forderungen und Bündnissen, die über die engen Grenzen der jungen, arabischen Jugendlichen und ihrer Familien, über die Banlieues als immer noch mehrheitliche Arbeiterwohnstätten mit wachsendem Migrantenanteil hinausgehen – zumindest wird dies versucht. Die Aktivisten assoziieren sich mit den Kämpfen gegen die Privatisierung des sozialen Wohnungsbaus oder der Wasserversorgung, mit den Bewegungen zum Erhalt und zur Demokratisierung sozialer Dienstleistungen – von denen die Bewohner der Banlieues in besonderer Weise abhängig sind –, mit der erstarkten Bewegung für die Legalisierung der *Sans Papiers* usw.; ebenso mit den gewerkschaftlichen Forderungen nach sinnvoller Arbeit und Entprekarisierung für alle, auch für »weiße« Franzosen, die von Arbeitslosigkeit und Prekarisierung in wachsendem Maße betroffen sind. Um Spaltungen zwischen »working poor« und »Unterklasse« zu verhindern, werden Forderungen nach einer Erhöhung des Mindestlohns und stabiler Beschäftigungsverhältnisse mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen verbunden (vgl. Scharenberg 2007). Dass viele »Langzeitnutzer« staatlicher Hilfen die Einstellung entwickelt haben, dass ihnen diese Leistungen auch zustehen, begreift Wacquant nur als Moment der Passivierung, ist aber eines der stärksten Mobilisierungsmomente zur Verteidigung des *service public*. Soziale Rechte werden hier nicht als passiv empfangene, juristisch vom Staat gewährte, sondern als demokratisch immer wieder aktiv zu realisierende Rechte thematisiert, als Verteidigung und Fortentwicklung einst erkämpfter Errungenschaften. Im Kleinen wird damit die z.T. gewaltsame Zuspitzung der Auseinandersetzung zu dem Versuch aktiver Selbstintegration in die französische Gesellschaft, aber nicht unter allein fremdbestimmten Bedingungen, sondern als Erweiterung der Verfügung über die Bedingungen zur Integration und selbstbestimmten Lebensführung.

Wacquant, Castel und andere beschreiben den dominanten Trend gesellschaftlicher Desintegration, Spaltungen und individualisierter neoliberaler Reintegration. Wird jedoch die Analyse des hier angedeuteten Subtrends vernachlässigt, werden mögliche Ansätze von Widerstand zur Verallgemeinerung kollektiver Handlungsfähigkeit blockiert.⁴ Ein Blick auf die wechselvolle Geschichte der Subalternen (Gramsci), auf die Entstehungs- und Niedergangsbedingungen von sozialen Bewegungen kann hier helfen – und gehört übrigens auch zum Programm z.B. des MIB. Die vielfältigen erfolgreichen Organisirungen in den unterschiedlichsten Bereichen der Prekarität zeigen ebenfalls die Möglichkeiten einer (Selbst)Organisierung der »Unorganisierbaren« auf (vgl. Candeias 2004a). Um nur eine zu nennen: Die schon fast totgesagten *living-wage* Kampagnen in den USA seit Beginn der 1990er Jahre haben 2006 unter dem Motto »Let Justice Roll« eine Mobilisierung erreicht, die lokale Zusammenhänge wirksam überschreitet: mehr als 80 Arbeiter- und Community-Organisationen schlossen sich zusammen und konnten während der Wahlen zum Kongress 2006 Referenden für Mindestlöhne in sechs Bundesstaaten starten (in Arizona, Colorado, Missouri, Montana, Nevada, Ohio). Kurz zuvor hatten die illegalisierten Migranten in den USA, v.a. in Kalifornien, Millionen zu Demonstrationen auf die Straße gebracht und damit eine zumindest begrenzte Verschiebung in der Wahrnehmung ihres Beitrags zur US-Ökonomie erreicht. Zusammen mit den Organizing-Kampagnen von Gewerkschaften und Gemeinden und ihrer zunehmend antagonistischen Positionierung gegenüber verschärfter kapitalistischer Ausbeutung von Arbeitskräften und Natur zeichnet sich ein Bruch in der Repräsentation auf dem Weg zur Klassenformierung ab.

Das Prekariat als Klassenfraktion im Werden

Trotz hoher Arbeitslosigkeit ist die Figur des doppelt freien Lohnarbeiters in der informationstechnologischen Produktionsweise verbreiteter als je zuvor. Die feuilletonistische Rede vom »Ende der (Lohn)Arbeitsgesellschaft« erweist sich angesichts einer nie dagewesenen globalen Expansion von Lohnarbeitsverhältnissen als bornierter Unsinn. Auch in den sog. Industriestaaten sind die Erwerbsquoten überall gestiegen, insbesondere durch Einbeziehung der weiblichen Arbeitskraft. Die Grundlage von Klassenbildungsprozessen, der antagonistische Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, ist nach wie vor vorhanden. Dies sagt jedoch noch nichts über die konkrete Zusammensetzung der Klassen aus. Es ginge also darum, das »re-making of the working class« herauszuarbeiten.

Das Proletariat hatte zu Zeiten des Fordismus partiell Normalarbeitsverhältnisse erkämpft, die sich durch hohe Standardisierung, dauerhafte Vollzeitbeschäftigung, kollektive Verträge und umfangreiche soziale Rechte auszeichneten. Diese Bedingungen haben sich in der Tat aufgelöst. Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit

4 Kritische Wissenschaftler haben »genau Rechenschaft abzulegen über die Strikes, Koalitionen und die anderen Formen, unter welchen die Proletarier vor unseren Augen ihre Organisation als Klasse vollziehen« (MEW 4, 181).

konnten in den vergangenen 25 Jahren Löhne beschnitten und die institutionelle Stellung der Gewerkschaften zurückgedrängt werden. Die strukturelle Gewalt der Arbeitslosigkeit, die sich keineswegs nur auf die unteren Qualifikationsniveaus beschränkt, untergräbt die kollektive Verhandlungsmacht. Allgemein kommt es zur Entstandardisierung, Deformalisierung und Individualisierung von Arbeitsverhältnissen. Die Flexibilisierung betrifft alle Lohnabhängigen, allerdings in unterschiedlicher Weise und auf unterschiedlichem Niveau. Die Konkurrenz um Arbeit entsolidarisiert und führt zur Spaltung zwischen jenen, die noch über einen sicheren Arbeitsplatz verfügen und einem unsicher, unter- oder unbeschäftigten Prekariat. Letzteres ist zusätzlich fragmentiert je nach Positionierung innerhalb des Produktionsprozesses sowie entlang geschlechtlich, ethno-nationaler, qualifikatorischer oder generationaler Zuschreibungen. Doch ist diese Stratifikation der Klasse keine Besonderheit, vielmehr ist der »Normalzustand« der Arbeiterklasse nicht der der Einheit, sondern der der Spaltung« (Deppe 1981, 76).

Der Wert der Arbeitskraft ist dabei von jeher bestimmt durch die zu ihrer Reproduktion notwendigen Werte an Lebensmitteln, abhängig von der Entwicklung, den kulturellen Lebensansprüchen und den politisch-ökonomischen Kräfteverhältnissen (MEW 23, 184f). Dies schließt nicht nur die individuelle Arbeitskraft, sondern auch »die Erhaltung der Arbeiterfamilie« (417) und somit die Produktion der nächsten Generation von Arbeitskräften ein (186). Eben jene individuelle und familiäre Reproduktion wird für einen wachsenden Teil der Lohnabhängigen wieder prekär.⁵ Die »Minimalgrenze des Werts der Arbeitskraft wird gebildet durch den Wert der Waren, ohne deren tägliche Zufuhr der Träger der Arbeitskraft, der Mensch, seinen Lebensprozess nicht erneuern kann« – »sinkt der Preis der Arbeitskraft auf dieses Minimum, so sinkt er unter ihren Wert, denn sie kann sich nur noch in verkümmertem Form erhalten und entwickeln« (187). Tatsächlich arbeiten zusammengenommen bereits fast 40% der Arbeitskräfte in Deutschland unter Verhältnissen, die zumindest einige Dimensionen von Prekarität in sich vereinen, also Verhältnisse, die keine dauerhaft existenzsichernden Einkommen hervorbringen, mit Dequalifizierung und Überarbeit verbunden sind, aus den üblichen betrieblichen Abläufen und Kooperationsbeziehungen ausgegliedert sind, die notwendige Weiterbildung verunmöglichen, die Aufrechterhaltung von Sozialkontakten unterminieren, kaum Ansprüche auf Sozialversicherungsleistungen mit sich bringen usw. (ausführlich dazu Candeias 2004b, Brinkmann u.a. 2006). Das psycho-physische Gleichgewicht dieser Arbeitskräfte wird gestört, Zukunft unkalkulierbar, Familien- und

5 Insofern handelt es sich keineswegs um ein neuartiges Phänomen, prekäre Verhältnisse begleiten die Geschichte kapitalistischer Produktionsweise, sind gegenwärtig, gewinnen periodisch an Bedeutung und werden nach harten Auseinandersetzungen und Kämpfen der Subalternen wieder zurückgedrängt. Auch in Perioden relativer Sicherheit durch errungene Absicherung sozialer Rechte, galten die Errungenschaften kollektiv ausgehandelter »Normalarbeitsverhältnisse« immer nur für einen mehr oder minder großen Teil der Arbeiterklassen, weniger für bestimmte Berufsgruppen, für Migranten oder Frauen und national bzw. regional unterschiedlich je nach Niveau gesellschaftlicher Entwicklung und Integration.

Partnerschaftsbeziehungen werden auseinander gerissen, psychische und physische Leiden stellen sich ein, Handlungsfähigkeit wird zersetzt. Eine zwangsförmige Flexibilität bedingt »Wechsel der Arbeit, Fluss der Funktionen, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters« und hebt »alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters auf« (511). Die Lebenslage dieser Arbeitskräfte in »unregelmäßiger Beschäftigung« sinkt »unter das durchschnittliche Normalniveau der arbeitenden Klasse und gerade dies macht sie zur breiten Grundlage eigener Exploitationszweige des Kapitals« (672), insbesondere in den Bereichen des modernen Niedriglohnssektors.⁶

Insofern ist dieses Prekariat Teil der Klasse der Lohnabhängigen, unterscheidet sich aber wiederum durch die mangelnden Bedingungen ihrer Reproduktion der Arbeitskraft. Sie bilden eine Klassenfraktion mit gemeinsamer, empirisch fassbarer Kollektivlage, die aus spezifischen, verschärften und zugleich flexibilisierten Ausbeutungsverhältnissen sowie entscherten Lebensverhältnissen durch Einschränkung sozialer Leistungen resultiert und in einem untergeordneten Verhältnis gegenüber anderen Klassen und Klassenfraktionen steht. – Marx schrieb das *Kapital* »zu einer Zeit, als der Anteil der in der Industrie Beschäftigten (einschließlich Kapitalisten) an der Bevölkerung in England und Wales ca. 8% ausmachte (berechnet nach MEW 23, 469f), nur wenig mehr als der Anteil der Dienstmoten. Ein Jahr nach der Entstehung des *Manifests* betrug der Anteil der Arbeiter in Preußen sogar nur zwischen 2 und 3%« (HKWM 3, 317). Der Anteil des Prekariats liegt bereits deutlich darüber, Tendenz steigend.

Castel (2000, 358) zieht einen Vergleich mit dem Pauperismus. Dieser ist Ausdruck des »ruinierten Proletariats, die letzte Stufe [...], auf die der gegen den Druck der Bourgeoisie widerstandslos gewordene Proletarier versinkt, und nur der aller Energie beraubte Proletarier ein Pauper ist« (MEW 3, 183). Allerdings wendet sich Marx gegen diejenigen, die »im Elend nur das Elend« zu sehen vermögen, »ohne die revolutionäre umstürzende Seite darin zu erblicken« (MEW 4, 143): das Proletariat »sinkt immer tiefer unter die Bedingungen« der eigenen Klasse herab (473), zugleich rekrutiert es sich »aus allen Klassen der Bevölkerung« (469), ein diffuses Milieu abhängiger, freigesetzter, überflüssiger Menschen ohne Eigentum, außer dem Eigentum an ihrer Arbeitskraft, aber mit enormem Wissens- und Erfahrungsreichtum. Das »Prekariat« in seinem doppelten Sinne als Klassenfraktion und universelle gesellschaftliche Figur der neuen Produktions- und Lebensweise tritt heute tendenziell diese Position an – Unsicherheit, Deklassierung und Überausbeutung dringen ins gesellschaftliche Zentrum. Wenn das Prekariat sich auf diese Weise tatsächlich zur Klasse entwickelt, fällt es mit dem Proletariat zusammen; bislang bleibt es Klassenfraktion im Werden, aber doch mehr als eine Ansammlung zielloser Existenzen.

Freilich ist eine geteilte »objektive« Lage keineswegs automatisch verbunden mit einem entwickelten gemeinsamen politischen Bewusstsein. Im 18. *Brumaire*

6 Karl-Heinz Roth spricht mit Blick auf diese Entwicklung von einer Rückkehr der Proletarität, als einer Art Rückkehr zur kapitalistischen Normalität. Doch handelt es sich nicht um schlichte Pendelbewegungen, als vielmehr um eine höchst widersprüchliche Fortentwicklung kapitalistischer Produktionsweise mit all ihren Produktiv- und Destruktivkräften, neuen Freiheiten und Zwängen.

(MEW 8, 155ff) zeigt Marx am Beispiel der französischen Parzellenbauern, dass objektive Klassenlagen entstehen können, die aufgrund fehlender sozialer Verkehrsformen und politischer Organisation bewusste Klassenbildung ausschließen. Tatsächlich hat die Verschiedenheit der Gruppen des Prekariats und das enorme Tempo ihrer Entstehung noch gar nicht zu einer Festigung der Klassenpositionen führen können. Die vielfachen Spaltungen quer zu den Klassenlagen – von den prekären Teilen des Kybertariats über die männlichen Leiharbeiter in der Industrie bis zu den migrantischen Arbeiterinnen in privaten Haushalten – und die Unstetigkeit und hohe Mobilität in der Prekarität machen Kommunikations-, geschweige denn Organisationsversuche schwierig. Zudem wird im öffentlichen Diskurs die Lage in Einzelschicksale aufgespalten, jeweils begründet durch individuelles Fehlverhalten und Selbstverschulden. Laclau fasst Klassen in diesem Sinne »als die Pole antagonistischer Produktionsverhältnisse, die auf der ideologischen und politischen Ebene keine *notwendige* Existenzform haben« (1981, 139). Das Prekariat ist im Fluss.

Der Übergang zu einem gemeinsamen Bewusstsein der Klassenlage ist also kein naturwüchsiger Prozess, sondern muss politisch hergestellt werden, ist »unermesslich« mühsam (Wacquant), behindert bzw. blockiert durch vielerlei Spaltungen und Kooptation. Doch Klassen bildeten noch nie ein homogenes Subjekt (Hall 1989, 38). Auch die alte Arbeiterbewegung war von allerlei beruflichen, geschlechtlichen, ethno-nationalen und politischen Differenzen geprägt und umfasste nicht die gesamte Arbeiterklasse. Einheit und Spaltung bilden dabei keine entgegengesetzten Pole, sie beziehen sich vielmehr in einem untrennbaren dialektischen Verhältnis aufeinander, da auch bei Erreichung relativer Einheit die Spaltungen nicht aufgehoben werden und umgekehrt bei verschärfter Spaltung (Fraktionierung, Differenzierung, Individualisierung usw.) Klassen nicht verschwinden. Ohnehin ist eine Klasse keine isoliert zu definierende Gruppe von Menschen, sondern ein antagonistisches soziales Verhältnis zwischen Arbeitskraftverkäufer und -käufer sowie ein kooperatives Verhältnis zwischen den Arbeitskräften (im Produktions-, wie im Reproduktionsprozess). Die Konstitutionsbedingungen der Arbeiterklasse unterliegen dabei dynamischen Veränderungen und inneren Spaltungen entlang der Positionierung innerhalb der gesellschaftlichen, geschlechtlichen, ethnischen und internationalen Arbeitsteilung, entlang gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Bearbeitungsformen von Widersprüchen sowie kollektiven und individuellen Reproduktionsbedingungen und Lebensweisen. Insofern ist der Klassenbildungsprozess nie abgeschlossen (Hobsbawm 1984, 204).

Formieren können sich Klassen oder Klassenfraktionen nur in der Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Kräften oder Klassen, in diesem Fall also sowohl mit dem nun transnationalen Kapital und seinen politischen Repräsentanten wie mit den Fraktionen und Repräsentanten der alten Arbeiterbewegung. Gemeinsame Interessen innerhalb einer Klasse oder Klassenfraktion sind dabei nicht ›objektiv‹ gegeben, sondern müssen in den Kämpfen erst systematisch erarbeitet werden. Und das Prekariat kämpft, spontan oder organisiert, alltäglich und politisch, wenn auch nicht gemeinsam, sondern zumeist entlang von beruflicher, ethnischer, geschlechtlicher oder politischer Segmente.

Für die Gewinnung von Handlungsfähigkeit ist es notwendig, aus Widerspruchskonstellationen, in denen sich alle bewegen müssen, eine Verallgemeinerung von Interessen zu erarbeiten, die Differenzen respektiert. Die Markierung von Differenzen, sowohl diskursiv als auch organisatorisch, ist dabei Voraussetzung. Verallgemeinerung meint neben dem Entwickeln gemeinsamer Interessen auch Verallgemeinerung von Erfahrungen und Anerkennung (und Unterstützung) nicht gemeinsamer Forderungen, etwa nach Legalisierung von Migranten. Es gilt also, produktiv mit den Gefahren von Zersplitterung wie falscher, weil Differenzen negierender Vereinheitlichung umzugehen – das Bild der Assoziation in einer Bewegung der Bewegungen ist dabei sicher tragfähiger als das der ›großen‹ einheitlichen Kraft.

Jenseits der formalen Kriterien von Einkommen und Beschäftigungssicherheit geht es in den konkreten Arbeitsbedingungen um Sinnhaftigkeit der Arbeit, Selbstwertgefühl, Produktivität, Aneignung von Qualifikationen usw. (Candeias 2006, 19f). Dies sind verallgemeinerbare Probleme, die der Softwareprogrammiererin ebenso bekannt sind wie dem Putzmann, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Prekäre artikulieren in Interviews genau an diesem Punkt häufig Verletzungen und aufgestaute Wut, die, anders als die individuell erlebte Einkommenssituation, in Auseinandersetzung mit ›Arbeit-‹ oder Auftraggebern nicht selten zu widerständigen Haltungen führt. Ein erstes verallgemeinerbares Moment ist also der Wunsch nach sinngebenden Arbeitsbedingungen und Anerkennung der eigenen Arbeit als qualitativ gute und gesellschaftlich nützliche.

Ein weiterer Punkt ist der Widerspruch erweiterter Spielräume bei der flexibleren Einteilung der Arbeitszeit und der realen Unflexibilität durch Entgrenzung der Arbeitszeit, die zu Arbeitssucht, Überausbeutung und Burnout-Syndromen führt – Probleme, wie sie aus den Sphären des hoch-qualifizierten, abhängig beschäftigten Kybertariats mit Vertrauensarbeitszeit bekannt sind, aus dem Alltag der Neuen Selbständigen ebenso wie in den Sphären des Niedriglohns, in denen oft mehrere (Mini-)Jobs kombiniert werden müssen, um über die Runden zu kommen. Ein zweites verallgemeinerbares Moment ist also das Interesse an einer Gewährleistung der Reproduktion (und Entwicklung) der eigenen Arbeitskraft.

Ein großer Unsicherheitsfaktor sind, z.B. im Kultur- und Medienbereich, die schwer zu kalkulierenden Einkommen aus selbständiger bzw. freiberuflicher Arbeit. Zwar sind die Einkommen in Stundenlöhne umgerechnet häufig um ein Vielfaches höher als bei den Lohnabhängigen, doch nehmen die bezahlten im Verhältnis zu den unbezahlten Stunden häufig den kleineren Teil selbständiger Arbeit ein. Unklar ist, wie die Existenz bei Krankheit oder ausbleibenden Aufträgen bestritten werden soll. Unter solchen Bedingungen sind langfristige Perspektiven oder Familienplanung kaum zu entwickeln. Auch hochqualifizierte abhängige, aber kurzfristig beschäftigte Projektarbeiter verdienen z.T. (sehr) gut, doch eben auch unregelmäßig. Ohne ausgewiesene Spezialkenntnisse oder angesichts schnell veraltender Wissensbestände verfügen sie ebenfalls nicht über ein kalkulierbares, regelmäßiges Einkommen – Abstürze drohen. Bei den prekären Niedriglöhnern und *working poor* ist ohnehin nicht von armutsfesten Einkommen auszugehen. Ein drittes verallgemeinerbares

Moment ist also das geteilte Interesse an existenzsichernden Einkommen, an der Absicherung diskontinuierlicher Erwerbsverläufe und der Planbarkeit des eigenen Lebensentwurfs.

Es geht dabei auch um die Reintegration von Prekariern und prekären Selbständigen in erneuerte Sozialsysteme sowie – als viertes verallgemeinerbares Moment – um die notwendige Neudefinition des Sozialen, d.h. ganz unmittelbar um bezahlbare Krankenkassenbeiträge, Zugang zur Arbeitslosen- bzw. ›Auftragslosen‹-Versicherung, zu allgemeiner Rentenversicherung, öffentlichen Mikrokrediten usw. Um keine Spaltungen zwischen ›Unterklasse‹, *working poor*, Kybertariern, Festangestellten und Selbständigen aufkommen zu lassen, kann die Erhöhung von Mindestlöhnen und stabiler Beschäftigung mit der Forderung nach vertraglichen und tariflichen Mindeststandards für selbständige Arbeit und einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle verbunden werden sowie nach der Umschichtung der Steuerlast von den niedrigen Einkommen der kleinen Selbständigen und der Lohnarbeiter zulasten der großen Vermögen.

Hinzu kommen zunehmende Schwierigkeiten, die zeitlich entgrenzte und flexible Lohnarbeit, die gerade im Dienstleistungsbereich häufig außerhalb der Kernarbeitszeiten liegt, mit den notwendigen Reproduktionsarbeiten im Haushalt und in der Kindererziehung zu vereinbaren. Dies ist für viele abhängig Beschäftigte, v.a. für Prekäre, die mehrere Jobs haben, oder nachts arbeiten müssen, insbesondere für Frauen, schon lange ein Problem, das sich ausdehnt in die Sphären hochqualifizierter Arbeit. Ein fünftes verallgemeinerbares Moment ist damit schließlich das gemeinsame Interesse an einer ›Vereinbarkeit‹ von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, das auszuweiten wäre auf die Forderung nach einer Neuauflage der Debatte über die Zuständigkeit für Hausarbeit, Kindererziehung, Sorge und Pflege bis hin zu sozialer, ökologischer, kultureller und politischer Arbeit. Letztlich geht es um die Neuverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit nicht durch immer weitere Ausdehnung warenförmiger Lohnarbeit, sondern durch Ausdehnung kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an der Effizienz zum Beitrag menschlicher Entwicklung, nicht an der Produktion von Mehrwert.

Weniger das Finden gemeinsamer Interessen, die durchaus auf einer (unterschiedlich erlebten aber) gemeinsamen Klassenerfahrung gründen, als die Überwindung kultureller und organisatorischer Schranken wie ungleicher Machtverhältnisse in der Hierarchie der Lohnabhängigen auf dem Weg zu einer alltagsnahen Zusammenarbeit markiert das größte Problem etwa zwischen Arbeitsloseninitiativen und Netzwerken der Kulturschaffenden, zwischen Gewerkschaften und migrantischen Gruppen, zwischen Männern, Frauen und allen die sich *queer* dazu definieren, auch zwischen linken Parteien und außerparlamentarischen Bewegungen. Dafür braucht es Zeit, unendliche Diskussion, Reflektionsräume. Die (Selbst)Organisation eines vielfältigen, in sich gespaltenen Prekariats als Klassenfraktion im Werden wird zur vordringlichen gesellschaftlichen Aufgabe unserer Zeit.

»Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne Folgen.« (Peter Weiss)

Literatur

- Bourdieu, Pierre, »Die männliche Herrschaft«, in: I. Dölling u. B. Kraus (Hg.), *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*, Frankfurt/M 1997, 153-217
- ders., *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienst des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz 1998
- ders., *Gegenfeuer II*, Konstanz 2001a
- ders., *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*, Konstanz 2001b
- Brinkmann, Ulrich, Klaus Dörre u. Silke Röbenack, *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2006
- Buret, E., *De la Misère des Classes labourieuses en Angleterre et en France*, Paris 1840, zit.n. HKWM 1, 452
- Candeias, Mario, *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Berlin-Hamburg 2004
- ders., »Prekarisierung und Handlungsfähigkeit«, in: *Das Argument* 256, 46.Jg., 2004a, 398-413
- ders., »Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung. Kritik der Analysen von und Politiken gegen Prekarisierung«, in: *Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 68, Dez. 2006, 8-23
- Castel, Robert, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000
- Deppe, Frank, »Einheit und Spaltung als Konstitutionsproblem der Arbeiterklasse«, in: *Entstehung der Arbeiterbewegung*, Argument Sonderband 63, hgg.v. L. Lambrecht, Berlin 1981
- Dörre, Klaus, »Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung«, *WSI-Mitteilungen*, Mai 2005
- Hall, Stuart, *Ideologie. Kultur. Rassismus. Ausgewählte Schriften 1*, Berlin-Hamburg 1989
- Haug, Wolfgang Fritz, »Die Produktionsweise denken«, in: ders., *High-Tech-Kapitalismus*, Berlin-Hamburg 2003, 27-42
- Hobsbawm, Eric, »The Making of the Working Class«, in: ders., *Worlds of Labour*, London 1984
- Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 1-7; hgg. v. W.F. Haug, Berlin-Hamburg 1991ff (zit. HKWM)
- Holzkamp, Klaus, »Grundkonzepte der Kritischen Psychologie«, in: AG Gewerkschaftliche Schulung und Lehrerfortbildung (Hg.), *Wi(e)der die Anpassung*, Soltau 1987, 13-19
- Jobard, Fabien, »Der Ort der Politik«, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 14. Jg., 2004, H. 3, 319-38
- ders., »Politische Soziologie des Gesindels. Über die Versuche der »üblichen Verdächtigen«, sich politisch zu mobilisieren«, Manuskript, Paris 2007
- Lessenich, Stephan, u. Frank Nullmeier, »Deutschland zwischen Einheit und Spaltung«, in: dies. (Hg.), *Deutschland – eine gesplante Gesellschaft*, Frankfurt/M 2006, 7-27
- Marx-Engels-Werke*, Berlin/DDR 1958ff (zit. MEW)
- Scharenberg, Albert, »Kampfschauplatz Armut. Der Unterschichtendiskurs in den USA«, in: *Blätter f. dt. u. intern. Politik*, 2/2007, 183-92
- Schultheis, Franz, »Gesellschaft ohne Eigenschaften«, in: ders., u. K. Schulz (Hg.), *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag*, Konstanz 2005, 575-83
- Thompson, E.P., *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, 2 Bde., Frankfurt/M 1987
- Wacquant, Loïc, »Roter Gürtel, Schwarzer Gürtel. Rassentrennung, Klassenungleichheit und der Staat in der französischen städtischen Peripherie und im amerikanischen Ghetto«, in: H. Häußermann, M. Kronauer u. W. Siebel (Hg.), *An den Rändern der Städte*, Frankfurt/M 2004, 148-201
- Willis, Paul, *Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule*, Frankfurt/M 1979

Besprechungen

Philosophie

Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Werke* [MEW], Bd. 1, 16., überarb. Aufl., hg. v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit einem Vorwort v. Richard Sperl u. Rolf Hecker, Karl Dietz, Berlin 2006 (XXXVIII u. 659 S., geb., 19,90 €)

Die MEW fußt auf einem Beschluss des ZK der SED aus dem »Karl-Marx-Jahr 1953«; der erste Band erschien im Januar 1957, vorläufig abgeschlossen wurde die Werkausgabe 1968 mit Band 39. Es folgten die Ergänzungsbände I und II (später Bde. 40 und 41), 1983 die *Grundrisse* (MEW 42) und die ersten fünf Hefte des marxischen *Manuskripts 1861-1863* (MEW 43). – Der Band ist hinsichtlich des Textkorpus, dessen Paginierung sowie des Apparats mit der nach den damals vorliegenden MEGA-Bänden überarbeiteten Aufl. von 1981 identisch; neu sind Vorwort sowie das synoptisch angelegte »Gesamtverzeichnis der frühen Schriften und Briefe bis August 1844« einerseits von Marx, andererseits von Engels, welches deren Standorte in den MEW und der MEGA² nach Band und Seite ausweist. – Das Vorwort vermittelt die editorischen Prinzipien der MEW als »Brückenschlag zwischen historisch-kritischen Editionen und Leseausgaben« (X), es skizziert deren Geschichte und weist darauf hin, »dass keine politisch-ideologisch motivierten Auslassungen oder Sinnveränderungen in den dargebotenen Texten festzustellen sind« (XV) und bescheinigt den Übersetzungen (40 Prozent des Textkorpus sind in anderen Sprachen geschrieben) die »inhaltliche und sprachliche Korrektheit sowie eine weitgehend geglückte Annäherung an die Sprachgewohnheiten des 19. Jahrhunderts, speziell an den Stil und Wortgebrauch von Marx und Engels« (ebd.). Besonderen Wert legen die Verf. darauf, die Neuauflage vom ideologischen Auftrag und der diesem folgenden kommentierenden Praxis in den Bänden vor 1989/90 abzugrenzen. Bei der Benutzung des Apparats sei »kritische Distanz am Platze« (XVII), weil die redaktionellen Anmerkungen, die Daten von Marx' »Leben und seiner Tätigkeit 1818 bis August 1844« sowie das Personenverzeichnis mit Kurzcharakteristiken der Einträge unverändert übernommen sind. Der »durchgängig [...] korrekten Wiedergabe der Autotexte« steht gegenüber, dass »in den Kommentaren [...] Zugeständnisse an den Auftraggeber nicht immer vermeidbar« waren (XI). Der dadurch erzeugte Eindruck, die Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED seien ideologischen Vorgaben nur gezwungenermaßen nachgekommen, bedient die herrschende Legendenbildung.

Thomas Marxhausen (Halle)

Levine, Norman, *Divergent Paths. Hegel in Marxism and Engelsism*, Vol. 1: *The Hegelian Foundations of Marx's Method*, Lexington, Lanham usw., 2006 (249 S., br., 29,95 US\$)

Der vorliegende Band ist der erste einer geplanten Reihe, in der das Verhältnis Marx' zu Hegel und ineins damit die Differenzen zwischen Marx und Engels in dieser Frage ausgeleuchtet werden sollen. Die Dimension des Gesamtprojektes lässt sich erahnen, wenn man realisiert, dass der 1. Band für Marx lediglich die Jahre 1837-1841 umfasst, d.h. bis einschließlich der marxischen Dissertation, für Engels die Jahre 1837-1842, d.h. bis zur Übersiedlung nach Manchester. Für beide, Marx wie Engels, werden hinsichtlich des Verhältnisses zu Hegel zwei Entwicklungsperioden angenommen, von denen die erste bis 1850 reicht, die zweite bis zu Marx' bzw. Engels' Tod. Von Anfang an, so die Grundthese, habe Engels sich philosophisch im Gegensatz zu den Junghegelianern und besonders auch zu Marx befunden: »How the young Marx and the young Engels perceived Hegel will be taken as a barometer of their divergent philosophic paths.« (92)

Levine beginnt mit einem Kapitel »The Historiography of the Hegel-Marx Relationship«, in dem – ohne Anspruch auf Vollständigkeit (vgl. XI) – die aus seiner Sicht wichtigsten Schulen des 20. Jahrhunderts präsentiert werden. Den Ausgangspunkt dessen, was er »Re-Hegelianization of Marx« nennt, sieht er zurecht bei Lenin (8), allerdings bleibt der Hintergrund der philosophischen Debatten der II. Internationale, auf den Lenin sich in seinen im Berner Exil betriebenen Hegel-Studien von 1914/15 kritisch bezieht, ausgeblendet. Gerade die Stellung Engels' in diesen Debatten aber hätte für Levines Anliegen einige Aufmerksamkeit verdient, stellt er doch die These auf, die stalinistische »KGB philosophy« (XIV) stütze sich wesentlich auf Engels' Konzeption des dialektischen Materialismus. Nun lässt sich am *Anti-Dühring* und an der *Dialektik der Natur* sicher viel berechtigte Kritik üben; zuallererst müssten diese Texte jedoch historisch verstanden werden vor dem Hintergrund der (erst unzureichend erforschten) philosophischen und einzelwissenschaftlichen Debatten des späten 19. Jahrhunderts. Statt die schematische Interpretation der von Engels gebrauchten Schemata aufzubrechen, wie dies Sven-Eric Liedman im *Spiel der Gegensätze* (dt. Frankfurt/M 1986) getan hat, wird sie ungeprüft affirmiert. Auf diese Weise erscheint, historisch mehr als fragwürdig, Engels als direkter Vordenker Stalins.

Lenin hat Marx' Hegel-Bezug, der den Theoretikern der II. Internationale eher peinlich war, 1914/15 wiederentdeckt und kann insofern zurecht als »founder of Western Marxism« (9) gelten. In ihren Konsequenzen hätte die Erkenntnis, dass der westliche Hegelmarxismus ein Echo der Oktoberrevolution darstellt, eine eingehendere Darlegung verdient. Doch bleibt bei Levine der Transfer der leninschen Neubewertung nach Westeuropa im Dunklen. Aufschlussreich hierfür ist Georg Lukács' (von Levine nicht behandelter) Text *Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken* (1924), der Lenin als Begründer eines neuen, revolutionären Dialektik-Verständnisses vorstellt und damit ein Seitenstück zur theoretischen Bestimmung einer solchen Dialektik in *Geschichte und Klassenbewusstsein* (1923) darstellt.

Levine setzt bei *Geschichte und Klassenbewusstsein* ein, um Lukács' Entwicklung bis hin zur *Ontologie des gesellschaftlichen Seins* zu skizzieren; der Re-Hegelianisierung Marxens durch Lukács stellt er dann typisierend Adorno entgegen, der Marx zugleich re- und dehegelianisiere (17), indem er ihn mit demjenigen bei Hegel identifiziere, was seiner Hegel-Kritik anheimfalle, so dass die De-Hegelianisierung in eine Marx-Kritik umschlage (22). Im Ergebnis komme Adorno zu einem »complete annulment of Marxism« (20) und sei »an example of post-modern radicalism« (25). Die komplexe Theoriestruktur Adornos kann mit solchen Etiketten nur vage aufgeheilt werden; zudem bleibt ihr Erfahrungsgehalt (an dem sie ja ausdrücklich als theoretisches Kriterium festhält) ausgeblendet. In dieser Hinsicht scheint Levine Opfer seiner typologisierenden Konstruktion zu sein, die historisch Zusammengehöriges trennt. So folgen dem Paar Lukács-Adorno die Paare Louis Althusser-Alfred Schmidt, Jean Hyppolite-Herbert Marcuse, sowie das Quartett Jon Elster/John Roemer-Gerald Cohen/Tony Smith. Lukács, Marcuse, Hyppolite und Schmidt gehören für Levine zur ersten Epoche der Re-Hegelianisierung des Marxismus, Christopher Arthur und Tony Smith zur zweiten. Für die erste Epoche der De-Hegelianisierung stehen Althusser und Adorno, für die zweite Roemer, Elster, Cohen und Philippe van Parijs. Die schematische Präsentation dieser Autoren (bei denen sich über die Auswahl streiten ließe) lässt die tatsächlich geführten Debatten über das Verhältnis von Hegel und Marx im 20. Jh. (die Diskussion über die »Logik« des *Capital* z.B. tritt weitgehend zurück) nur noch indirekt sichtbar werden. Die Forschungsdesiderate werden auf diese Weise nicht bezeichnet. Dies ist wohl auch nicht Levines Absicht. Sein Arrangement der Positionen ist

offenbar ideenpolitisch und nicht historiographisch motiviert. Er ist der Überzeugung, dass Marx zwar sein Denken selbst »hegelianisiert« habe und die »Re-Hegelianisierung« des Marxismus insofern historiographisch im Recht sei; in epistemologischer Hinsicht jedoch müssten Marx und Hegel getrennt werden: »A Marxism exists outside of Hegel, and to reclaim that Marxism, it is first necessary to decompose the Hegelianization of Marxism.« (XIX) Man darf gespannt sein, wie Levine diese These, die Marx ein Missverstehen des von ihm selbst geübten wissenschaftlichen Verfahrens unterstellt, in der weiteren Durchführung und vor allem im Blick auf die Methode des *Kapital* plausibel zu machen gedenkt.

Das zweite Kapitel ist Engels gewidmet. Levine zeichnet das Bild eines ehrgeizigen Autodidakten, der in die literarischen Debatten seiner Zeit hineingezogen wird, dabei jedoch – im Unterschied zu Marx – philosophischer Amateur bleibt und Hegel, soweit aus den frühen Publikationen ablesbar, zum Teil gründlich missversteht. Engels folge einem rechtshegelianischen Deutungsmuster, indem er das individuelle Selbstbewusstsein der absoluten Idee unterordnet; die Linkshegelianer und mit ihnen Marx würden dagegen der Subjektivität (genauer müsste es heißen: der menschlichen, endlichen Subjektivität) Priorität zuerkennen (129). Demzufolge vertrete Engels einen logischen Pantheismus, verbunden mit einer rationalistischen Ontologie, in der quasi schon in nuce die drei dialektischen Universalgesetze des späten Engels (Umschlag von Quantität in Qualität, wechselseitige Durchdringung der Gegensätze, Negation der Negation) vorlägen (vgl. 130f). Insgesamt habe Engels eine objektivistische Lesart Hegels vertreten, leugne »the centrality of subjective consciousness« und könne deshalb (!) den Begriff der »Aufhebung« (»cancellation, retention, and subsumtion«) nicht richtig fassen (135). – Diese Folgerung scheint in doppelter Hinsicht problematisch: Zum einen hat die absolute Idee bei Hegel ja die Struktur absoluter Subjektivität und in ihr vollendet sich gerade die Aufhebung der endlichen Subjektivität; Levine dagegen scheint in die absolute Idee nach dem Muster der christlichen Gottesvorstellung ein abstraktes Gegenüber der menschlichen Subjektivität zu projizieren. Zum zweiten ist es doch wohl gerade dies Aufgehobensein der (endlichen) Subjektivität in überindividuelle Strukturen – bei Hegel die Strukturen des objektiven und des absoluten Geistes –, das Hegel auch für Marx attraktiv macht: zu keinem Zeitpunkt und an keiner Stelle beruft er sich auf ein endliches Selbstbewusstsein als Zentralkategorie. Nebenbei: sowohl in der *Heiligen Familie* als auch in der *Deutschen Ideologie* sind sich Marx und Engels in der Kritik der nachhegelschen Selbstbewusstseinsphilosophien einig. Auch hier darf man gespannt sein, wie Levine sich in der Fortsetzung aus der Affäre ziehen wird. Nicht um die Gegenüberstellung von Subjektivität (Marx) und Objektivismus (Engels) kann es gehen, sondern nur um Differenzen in der Vermittlung des Subjektiven und Objektiven, hegelsch: des Aufgehobenseins des ersteren im letzteren.

Das dritte Kapitel ist Marx gewidmet. Es beginnt jedoch mit einer relativ ausführlichen Darlegung der hegelschen Philosophie (154–80), die sich im Wesentlichen auf diejenigen Texte bezieht, die Marx nachweislich bei der Abfassung seiner Dissertation kannte: *Enzyklopädie*, *Rechtsphilosophie*, *Phänomenologie des Geistes* und die *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie*; hinzu kommt die *Wissenschaft der Logik*, die Marx wahrscheinlich gelesen hat (vgl. 155). Falsch ist die Behauptung (154), Marx habe die »Zusätze« der Herausgeber der sog. »Freundesvereinsausgabe« (Auszüge aus Kollegheften) nicht kennen können: Eduard Gans' Ausgabe der *Grundlinien* erschien bereits 1833 (was Levine auch korrekt vermerkt, 155), und der erste Band der dreibändigen *Enzyklopädie*-Edition mit der sog. »kleinen Logik« lag in der Edition Leopold von Hennings bereits 1840 vor; die Ausgabe seines akademischen Lehrers Gans hat Marx ständig benutzt. Bei seiner Darlegung Hegels

orientiert sich Levine an Marx' späteren Bezugnahmen (die leider nicht immer ausgewiesen werden), wodurch das Bild der hegelschen Philosophie bisweilen stark verzerrt wird. Er konzentriert sich auf die Themen »process of production«, »knowledge«, »method« und – ohne dass dies in dem an dieser wie an anderen Stellen völlig ungegliederten bzw. willkürlich gegliederten Text markiert wäre – die Geschichte der Philosophie. Diese Ausführungen sind insgesamt wenig erhellend, und zuweilen finden sich auch groteske Fehlurteile wie das, Hegel sei der Vater der modernen Hermeneutik (160). Am informativsten ist noch die Darstellung der Philosophiegeschichte, die direkt auf Marx' Dissertation Bezug nimmt. Weshalb Marx, wie aus seinem Brief an den Vater vom November 1837 hervorgeht, trotz seiner Abwehrhaltung sich dem Sog der hegelschen Philosophie nicht entziehen kann, ist aufgrund Levines Hegel-Darstellung kaum nachvollziehbar; überhaupt widmet Levine diesem Brief zu wenig Aufmerksamkeit (vgl. 181), der ja ein Beleg dafür ist, dass Marx nicht einer Mode folgend, sondern gleichsam wider Willen zum Hegelianer wurde. Die Motive hierfür müssen, worauf Levine gar nicht eingeht, im juristischen Fachstudium Marx' und vor allem auch im Einfluss von Gans gesucht werden.

Im Weiteren skizziert Levine Marx' Beziehungen zu den Junghegelianern, wobei Karl Friedrich Köppen und Bruno Bauer besonders hervorgehoben werden. Die kenntnisreiche und erhellende Naheinstellung auf den Berliner »Doktorclub« hätte aber ergänzt werden müssen um eine Skizze des Streits um Hegels Philosophie in dieser Zeit, die sich ja in den Themen der marxschen Dissertation widerspiegelt. Diese behandelt Levine unter den Titeln »relation to Hegel«, »religion«, »materialism«, »state«, »critique«, »philosophy of science«, »theory of development« und schließlich »method«, wobei Marx insgesamt in die Nähe von Bruno Bauers Kritikbegriff gerückt wird. Die Gesichtspunkte für die systematische Gliederung, die diesen Ausführungen zugrunde liegt, bleiben undurchsichtig; offensichtlich hebt Levine auch hier auf eine epistemologische Problematik ab und lässt die entwicklungsgeschichtliche zurücktreten. Die Situierung der Dissertation in den Diskussionszusammenhängen der Epoche wird dabei weitgehend ausgeblendet, so auch die Ausführungen Marx', in denen er das Programm einer unmittelbaren Verwirklichung der Philosophie kritisiert. Eine genaue Diskussion dieses Zusammenhanges hätte deutlich gemacht, dass Marx keineswegs so nahe an Bauer herangerückt werden kann, wie Levine es versucht.

Levines Buch ist in vielem anregend, aber entwicklungsgeschichtlich angelegt, schreibt es doch keine Entwicklungsgeschichte, sondern konzentriert sich auf eine epistemologische Problematik, die in der Darstellung selbst – jedenfalls im ersten Band – nicht recht durchsichtig wird. Das Buch ist schlecht lektoriert und voller Druckfehler, gerade bei deutschen Titelangaben. Die Gliederung ist mangelhaft; auch fehlt ein detailliertes Inhaltsverzeichnis. Hilfreich ist das detaillierte Register.

Andreas Arndt (Berlin)

Musto, Marcello (Hg.), *Sulle tracce di un fantasma. L'opera di Karl Marx tra filologia e filosofia*, Manifestolibri, Rom 2005, 2. Aufl., 2006 (389 S., kart., 30 €)

In sechs Abteilungen geht dieses Buch über Derridas These vom unvertreibbaren »Gespenst« hinaus, indem es dessen Spuren so kompetent nachgeht, dass es ein »Heute für Marx« in Anspruch nehmen kann. Nachdem herausgearbeitet wurde, was die MEGA² für ein zeitgenössisches Verständnis des marxschen Werkes bedeutet (Manfred Neuhaus, Gerald Hubmann, Izumi Omura und Malcolm Sylvers, 31-115), stellt sich ein zweiter Abschnitt den beiden großen Lücken der marxistischen Tradition, der unausgearbeiteten »Kritik der Philosophie« und dem für das Projekt eingreifender Theorie besonders gravierenden Fehlen einer »Kritik der Politik« (Mario Cingoli, Peter Thomas, Giuseppe Cacciatore, Marcello

Musto, Gianfranco Borrelli und Stathis Kouvelakis, 117-207). Der folgende Abschnitt stellt wichtige Neulektüren zusammen, die das *Kapital* seit den 1960er Jahren erfahren hat (leider mit Ausnahme der sog. »neuen Marxlektüre« im Gefolge der Frankfurter Schule in Deutschland, der Kapitallektüre der japanischen Uno-Schule und der »überdeterministischen« Kapitallektüre um Richard D. Wolff in Amherst, Mass. – immerhin mit Beiträgen von Roberto Finelli, Geert Reuten, Christopher J. Arthur, Riccardo Bellofiore, Enrique Dussel, Jacques Bidet und Wolfgang Fritz Haug, 209-304). Der abschließende Abschnitt wird von einem fulminanten Beitrag von Michael Krätke über die Unersetzlichkeit von Marx bei der Erneuerung der politischen Ökonomie eröffnet (307-24); es folgen Beiträge von André Tosel (325-34) und Domenico Jervolino (335-46) zum Konzept eines »Kommunismus der Endlichkeit«. Domenico Losurdo (347-62) stellt sich der Problematik »der fehlenden Revolution im Westen« (347) und setzt – im Rückgriff auf Marx und Rosa Luxemburg – der etwa von Mill und Mises vertretenen »harmonistischen Sicht« der »Globalisierung« (353) eine Reflexion der mit ihr untrennbar verbundenen »geopolitischen Konflikte« entgegen (353f). Angesichts des »Menschenrechtsimperialismus« der USA, der an die Stelle des »britischen Freihandelsimperialismus« getreten sei (359), kritisiert er eine »imperiale Linke«, die etwa »im Namen der »Menschenrechte« Sanktionen gegen China« fordert – Anzeichen einer »schrecklichen theoretischen und politischen Regression« (360).

Die hiermit umrissene Darstellung wird ergänzt durch mehrere »Länderstudien«: Gian Mario Bravo umreißt die »sozialdemokratische« Frühgeschichte des Marxismus in Italien (97-115), Wei Xiaoping den Stand der Marxforschung in China (379-86), und Alex Callinicos gibt einen Überblick über den »angelsächsischen Marxismus« seit den 1930er Jahren (363-78); im Zentrum stehen dabei der »Aufstieg und Fall des analytischen Marxismus« (369ff) sowie die seit den 1960er Jahren erfolgte Schwerpunktverlagerung in die USA (372ff). Die Frage, ob es gelingen wird, mit der »dritten Welle« der Radikalisierung (nach den 1930er und den 1960er Jahren), die er durch die Proteste von Seattle und Genf im Jahre 1999 angezeigt sieht, wieder »einen produktiven Dialog zwischen marxistischer Theorie und antikapitalistischer Praxis« (376) anzuknüpfen, beantwortet er indirekt mit der Forderung, dem »Akademismus« zu entkommen (377). – Russland und Osteuropa kommen nicht vor. Eine westeuropäische Perspektive überwiegt – auch wenn Fenster auf die »angelsächsisch« geprägte »Weltphilosophie« und auf China als eine neu entstehende, auch wissenschaftliche und philosophische Weltmacht geöffnet werden.

Insgesamt vollzieht sich in diesem Band Marx' Zurückmeldung als »Klassiker neuen Typs«, der zeitgenössisches, in erster Linie philosophisches und politisches Denken inspiriert. Den Beiträgen gelingt es, sich von dogmatischen Denklinien zu lösen und marxistisches Denken zu erneuern. Einige exemplarische offene Fragen können deutlich machen, dass hiermit ein theoretischer Neubeginn möglich geworden ist. Zunächst zur Reflexion des *Stellenwertes der MEGA*²: Können Philologische Gründlichkeit und prozessualer Werkbegriff, wie sie hier der neuen Marxforschung verordnet werden, wirklich als »ein neuer post-ideologischer Zugang« (65) begriffen werden? Wie hilfreich ist die Bezugnahme auf den Begriff des »Klassikers« (59, 66) über pragmatische Zwecke hinaus? Lässt sich das Bild der »Baustelle« sinnvoll für das *Kapital* reklamieren – reicht hier die Vorstellung aus, es handele sich »um das glänzende Handbuch einer Problematik mit großem analytischen Potenzial« (66)?

Zur *Kritik der Philosophie und der Politik* herrscht eine genetische Herangehensweise vor, welche die Frage provoziert, was uns die Auseinandersetzung des »Marx vor Marx« mit dem Materialismus (119ff), das (bemerkenswerte) Konzept der »Fastnachtszeit der

Philosophie« (133ff), Marx' Bad Kreuzbacher Demokratiekonzeption von 1843 (145ff), die »entscheidende Entwicklung« (170), die Marx in der damaligen »Hauptstadt der neuen Welt« genommen haben soll (161ff) oder auch seine Schriften zur Politik der Kommunisten zwischen 1843 und 1852 (179ff) nun genau helfen sollen, um Fragen etwa nach der »Politik des Kapitals« bzw. der »Politik gegen das Kapital« zu beantworten. Kouvelakis' Diskussion des *Bürgerkriegs in Frankreich* hat dagegen nicht nur den Vorteil, dass hierzu eine bereits entwickelte Debatte vorliegt. Sie behandelt auch klassische Themen der marxischen »Revolutionstheorie: »permanente Revolution« (195f), die »Zertrümmerung der Staatsmaschinerie« (201) und die Frage nach den von Marx nach dem Scheitern der 48er-Revolution vorgenommenen »Berichtigungen« (206f u.ö.). Aber die Frage, welches Verhältnis sich zwischen seinen politischen Analysen und seiner Kritik der politischen Ökonomie herstellen lässt, erscheint nicht einmal am Horizont der Untersuchung.

Weiter zum *Kapital* als unvollendeter Kritik: Was bedeutet die »dialektische Darstellung« im *Kapital*? Lässt sie sich mit dem Konstrukt einer »Setzung der eigenen Voraussetzungen« (211) angemessen begreifen? Was bedeutet »Begreifen«, was »Abstraktion« (213) für heutiges Wissenschaftsdenken? Was ist die Rolle des Geldes fürs *Kapital* (vgl. 234f)? Wie kann eine unvollendete Dialektik bzw. eine unvollendete »Kritik« überhaupt funktionieren – können wir sie als »Rekonstruktion« eines »gegebenen Ganzen« begreifen (239), brauchen wir dafür eine »Ontologie« (242ff)? Was müssen wir heute abstreifen und was »dazutun«, um das *Kapital* wissenschaftlich eindeutig und politisch produktiv lesen zu können (vgl. 281ff)? Wie verhält sich Marx' eigener Forschungs- und Lernprozess (293ff) zu einer »systematischen« Darstellung seiner Theorie – auf dem damaligen und auf dem heutigen Stand epistemologischer Explikation?

Schließlich zur Frage der *aktuellen Bedeutung* von Marx: Was bedeutet – angesichts des apolitischen Charakters der Wirtschaftswissenschaften (307) – das epistemologische Konzept der *Kritik* der politischen Ökonomie (309ff)? Was verbirgt sich hinter dem Begriff eines Kommunismus der Endlichkeit, der »eine andere Idee des Kommunismus auf der Höhe der kapitalistischen Globalisierung« verspricht (325)? Was kann und muss theoretisch geleistet werden, damit neue, politisch bedeutsame Initiativen auf dem Felde der von Marx ausgehenden Theorie nicht in einer sterilen akademischen Betriebsamkeit versanden (377)?

Diese offenen Fragen verlangen nach neuen Untersuchungen, die zu einem anderen Marxismus oder auch zu einem anderen Kommunismus führen können. Aber in diesem Anfang liegt zugleich ein Ende: Eine Generation, die von der Krise des Marxismus gezeichnet ist und zu Zeugen des Zusammenbruchs der Staatenformation wurde, die sich als reale Verkörperung marxistischer Politik dargestellt hatte, legt hier Ergebnisse ihrer Anstrengungen vor, Pfade aus dieser Krise zu finden. Das gibt dieser Kongressdokumentation den Charakter eines Handbuchs, Ausgangsbasis für das weitere Arbeiten. Die Übersetzung in alle Welt Sprachen ist zu wünschen (eine spanischsprachige Ausgabe erscheint demnächst in Mexiko).

Frieder Otto Wolf (Berlin)

Hösle, Vittorio, *Der philosophische Dialog. Eine Poetik und Hermeneutik*, C.H. Beck, München 2006 (geb., 494 S., 34,90 €)

Die Fülle an philosophischen Dialogen (als Textgattung) von der Antike in (mehr oder minder) ununterbrochener Tradition bis in die Gegenwart (Paul Feyerabend, Iris Murdoch u.a.) wird vom Autor mit stupender, manchmal erschlagender Gelehrsamkeit entfaltet. Dabei werden dem Leser auch lateinische, italienische, französische, englische, alt-katalanische (Ramón Llull) und dänische (Sören Kierkegaard) Zitate nicht erspart; lediglich

längere griechische Passagen werden übersetzt. Insofern kann man sich darauf verlassen, die Bandbreite der philosophischen Dialogliteratur an dieser Stelle geliefert zu bekommen.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, sobald man inmitten der ausführlichen und oft erhellenden Interpretationen einzelner Dialogtexte nach einer Gattungstheorie sucht, zumal der Autor einleitend eine »Taxonomie und Kategorienlehre des philosophischen Dialogs« (9) in Aussicht stellt. Die klassische Einteilung der Dialoge in mimetische (direkte) und diegetische (berichtete, also indirekte) wird nur im Vorübergehen erwähnt (167f), nicht aber fruchtbar gemacht; die andere, ebenso klassische, in platonische, ciceronianische und lukianische Dialoge kommt überhaupt nicht vor, vermutlich weil Lukian nicht als »Philosoph« anerkannt wird. Aber wie grenzt der Autor überhaupt »philosophische« von sonstigen Gesprächen ab? Als »philosophische« Dialoge im eigentlichen Verständnis gelten ihm die platonischen, sie nehmen den Löwenanteil des Buches ein und an ihnen wird alles weitere gemessen. Über weite Strecken liest sich das Buch wie eine Platonmonographie. Diese Grundentscheidung ist mit wenig einsichtigen Ausgrenzungen verbunden. Galileis *Dialogo* z.B. gehört nicht dazu (55), auch die Dialoge Giordano Brunos kommen praktisch nicht vor, von ihnen heißt es nur, sie seien von »penetranter Eitelkeit« (71) und »plebejischem Mitteilungsdrang« (350) geprägt. Von Lorenzo Valla, um noch einen letzten Vertreter der an Dialogen so reichen Frühen Neuzeit zu nennen, wird nur *De libero arbitrio* etwas herablassend vorgeführt, denn er sei »weniger philosophisch als die meisten Dialoge des Mittelalters« (373). Vallas Skandaltext der damaligen Zeit, *De vero falsoque bono* (bzw. *De voluptate*) kommt überhaupt nicht vor. War er vielleicht zu epikureisch? Auch Plutarchs Dialogen fehle die »existenziell intensive Suche« (100), die dagegen denen des Augustinus eigen sei (103).

Der Autor schränkt also sein Textcorpus radikal ein (bzw. bewertet es negativ). Andererseits weitet er es wieder mit dem Hinweis ins Unermessliche aus, der Dialog verschränke (im Gegensatz zum Traktat) philosophische Argumentation mit Ästhetik. Dieser Hinweis ist natürlich zutreffend, denn er ist klassisch (z.B. Tasso, Speroni). Die Argumentation im Dialog, sei sie nun philosophisch oder nicht, erfolgt niemals kontextfrei, vielmehr ist jeder Dialog, wie rudimentär auch immer, in eine Situation eingebettet und auf eine wie immer auch flüchtige Charakterisierung der *dramatis personae* angewiesen. Eine Äußerung im Dialog orientiert sich zunächst einmal nicht an der Wahrheit, sondern am Gegenüber, sie ist stets eine Replik. Der Autor drückt dies so aus, dass der Dialog den »Zusammenhang zwischen bestimmten Menschentypen und bestimmten Denktypen« (57) deutlich mache. Daraus folgt für ihn, dass die Technik der ciceronianischen Dialoge, dass die Sprecher ihre Positionen beliebig vertauschen, eigentlich »dialogwidrig« sei, weil dadurch die Person überflüssig werde (366). Die Personen müssen die von ihnen artikulierten Meinungen »wirklich« vertreten. Dies führt in eine Paradoxie, die alle gewonnenen Unterscheidungen, zumal die zwischen Philosophie und Nicht-Philosophie, wieder gefährdet: »Gerade weil philosophische Dialoge Kunstwerke sind, mag es sein, dass der Autor [also der Philosoph; M.H.] als Künstler Einsichten ausdrückt, die ihm als Philosoph versagt sind« (441). Wenn dem so ist, habe der Philosoph ebenso wie der Künstler keine volle Kontrolle über seine Aussagen. Abgesehen davon, dass der Kronzeuge Plato dieser Behauptung wohl kaum zugestimmt hätte, fragt sich, warum in diesem Fall Dialoge, wie sie in einem Roman auftreten, nicht auch als »philosophische« klassifiziert werden könnten (man denke nur an Dostojewski). In der Tat nennt der Autor für indirekte, also diegetische (berichtete) Dialoge selbst den Roman als Beispiel (236). Giordano Bruno, so erkennen wir jetzt, hat einfach, ganz unabhängig von der Validität seiner Argumente, die falsche Ästhetik erwischt.

All dies soll nicht unterstellen, dass man aus diesem Buch nichts lernen könnte. Aber der Materialfülle fehlt die Ordnung. So springt der Text im Kapitel über die Örter des Dialogs direkt von Platos *palaistra* in Diderots *café* (216f). Angesichts von Dialogen in natürlicher Landschaft (in Villen!) liest man im selben Kapitel auf über zehn Seiten Erörterungen über das Verhältnis der antiken Denker zur Natur (222ff). Wer sich dafür interessiert, wird ein Buch zu diesem Thema zu Rate ziehen und nicht eines über den philosophischen Dialog. Das vorliegende Buch ist, um es kurz zu machen, um mindestens die Hälfte zu lang.

Manfred Hinz (Passau)

Hartle, Johan Frederik, *Der geöffnete Raum. Zur Politik der ästhetischen Form*, Wilhelm Fink, München 2006 (270 S., br., 34,90 €)

Raum mit Kant allein als Form der Anschauung zu beschreiben, führt in die Irre. Er wird vielmehr in sozialer Praxis und Deutungspraxis erschlossen, etwa politisch und ästhetisch gestaltet. Diese Strukturierung des Raums – durch Grenzen und Karten, Regierungssitze und hierarchische Bildordnungen – wirkt zudem mit der Gewohnheit zusammen, politische Beziehungen durch Muster räumlicher Orientierung zu veranschaulichen – oben und unten, Basis und Überbau, innen und außen. Noch autonome und nichtgegenständliche Kunst kann u.a. deshalb Sinn entfalten oder zersetzen, weil sie in diese wie jene symbolische Welt eingreift. Hartles Buch gibt einen Überblick über die Zusammenhänge von Ästhetik und Politik des Raums; spezifisch interessiert ihn die »topoklastische Geste« (14), mit der Kunst und Theorie etablierte räumliche Ordnungen aufbrechen.

Dieses Interesse wird zu Beginn – nach einem Kapitel zu Lessings Laokoon-Aufsatz, das in die Topologie von Raum- und Zeitkünsten einführt – an drei Klassikern moderner Kunst- und Sozialtheorie festgemacht: Adorno, Benjamin und Foucault. Der erste hat für Hartle zwar eine »Politik der Form« (42) entworfen, dabei aber räumliche Verhältnisse zu Unrecht dem geistig-zeitlichen Prozess untergeordnet: »[Die] pejorative Färbung der Kategorie des Raumes bringt den idealistischen Unterstrom der Philosophie Adornos zum Ausdruck, in der die *res extensa* von der hohen Warte der Innerlichkeit des »inneren Sinns« [...] denunziert wird.« (52) Benjamin hat umgekehrt keine kohärente Kunsttheorie geschrieben, arbeitet aber an Literatur wie Alltagsästhetik politisch signifikante Raumkonstellationen heraus: in seiner Ablehnung bürgerlicher Interieurs, die Lebensformen fixieren, in seinem Projekt, die Abtrennung solcher Privaträume von den öffentlich-staatlich geordneten zu durchbrechen (wofür ihm Pariser Einkaufspassagen ebenso dienlich schienen wie Moskauer Notunterkünfte), in seinem Plädoyer für eine massenhaft zugängliche ästhetische Produktion. Mit Foucault schließlich verschiebt sich (abgesehen von einigen Bemerkungen zu Magritte) die Aufmerksamkeit ganz auf die nichtkünstlerischen Räume und ihre Wahrnehmung: er begreife »Raumstrukturen« wie die der Klinik und des Panoptikons »als Verdichtungen der Ordnungen von Sichtbarem und Sagbarem, die den Körpern ihren Platz zuweisen« (99). Nach diesem Durchgang geht es systematisierend zurück vom Realraum zu seiner Repräsentation: Die (architektonischen) »Räume«, die »Orte«, die »Karten« und schließlich die »Bilder« werden zum einen theoriegeschichtlich erschlossen und zum anderen anhand je einer exemplarischen künstlerischen Position als angreifbar erwiesen. Den gebauten Raum z.B. begreift Hartle mit Lefebvre als »strukturierendes Regelwerk« für Bewegung und Blicke, das aber auf »fortwährende Aktualisierung [...] in der tätigen Praxis« angewiesen bleibt (134) und daher auch oppositionell genutzt werden kann; Künstler wie Gordon Matta-Clark, der Häuserblöcke mit geometrischen Durchbrüchen durchzieht, verdeutlichen dies, indem sie präformierte Zwecke durchkreuzen. Im besten

Fall erinnern sie so an geschichtliche Umbruchssituationen, etwa Pariser Aufstände des 19. Jh.: »Ihre Arbeit am Unbestimmten einer architektonischen Kadrierung des lebbareren Raums weist [...] Analogien zum politisch Unbestimmten auf, wie es im Augenblick der Revolte hervortritt.« (150)

Vom Unbestimmten ist hier nicht zufällig die Rede; Hartle richtet alles auf dessen Einbruch bzw. Herstellung aus. »Die *negative Bewegung der Kunst*, Adornos *Politik der Form*, zielt auf Unbestimmtheit« (42); auch die »ästhetischen Praxen, die Benjamin hervorhebt« (neues Bauen, Flanieren, Kinobesuch) zeigen in »ihrem dynamischen Verhalten zu den Codierungen des Raumes [...] eine ›tabula rasa‹ des Unbestimmten an« (85); bei Foucault eröffnet die »Überschreitung« immerhin »die Möglichkeit eines anderen, rekontextualisierten Sinns, der sich nicht mehr eindeutig fixieren und in die hegemoniale Diskurspraxis integrieren lässt« (110). Damit ist auch der Zweck der Unbestimmtheit angedeutet. Die »Souveränität der Negativitätsästhetik«, die sich nach Christoph Menke »in außerästhetische Wertsphären selbstbewusst einschaltet« und dort laut Hartle »die Unbestimmtheit des Symbolischen hervortreten lässt«, soll Spielraum für eine noch nicht vorgesehene Praxis schaffen. Sie bietet nicht »gültige Lösungspotenziale« (was immer das sein mag), sondern »setzt lediglich Ressourcen der Politik frei, die der Logik des Politischen überantwortet werden« (249).

Diese Aussicht verspricht, eine Vielfalt raumpolitischer Kämpfe sichtbar zu machen. Sie wird jedoch so abstrakt formuliert und so unbeirrt wiederholt, dass die diskutierten Autoren oft nicht wirklich zum Sprechen kommen und die behandelten Phänomene austauschbar bleiben. Adorno etwa wird, sobald er *bestimmte* Verhältnisse kapitalistischer Vergesellschaftung angreift, sogleich mit Honneth »ökonomistischer Objektivismus« vorgeworfen (51) – als ginge es nicht gerade in der »sogenannten *frühen kritischen Theorie*« (ebd.) um eine geschichtlich neue Durchdringung von Ökonomie und direkter Herrschaft. Erst wenn man in Erwägung zieht, dass diese politische Formation selbst und nicht die Kritik daran »das eigensinnige Handeln sozialer Akteure [...] tendenziell unterschlägt« (ebd.), kann man umgekehrt begreifen, worin für Adorno der Einsatzwert avancierter autonomer Kunst lag. Auch die Differenz der Neo-Avantgarden zu dieser Kunst kann man erst benennen, wenn man ihnen mehr entnimmt als ein »raumöffnendes Programm«, das »keine neue räumliche Ordnung schafft« (150), den »negativen und destruktiven Bezug auf einen Ort«, der »eine Neuordnung der Orte denkbar« macht (173), oder eine »Ambivalenz der Raumerfahrung« in »halb illusionistischen und halb abstrakten Bildern« (213).

Zur beabsichtigten Unbestimmtheit kommen theoretische Unschärfen. Der emphatisch eingeführte Begriff »désœuvrement« wird kunstfixiert mit »Entwerkung« (59) statt (wörtlich, wie bei Bataille gemeint, für Adorno anschlussfähig und weiterhin aktuell) mit »Beschäftigungslosigkeit« übersetzt, Foucaults »Dispositive« versteht Hartle als »Systeme der Dispositionen« (92) Handelnder, während der Begriff doch gerade nichtsubjektive Redestrukturen und Handlungsbedingungen hervorhebt, Derridas »différance« wird als »Verräumlichung« eingeführt, aber trotzdem temporal erläutert – »als aufschiebende Bewegung der semiotischen Setzung« (223). Eine prinzipiellere Schwäche liegt darin, dass Raum, auch wenn Hartle sich gegen »Panlinguismus« verwahrt (218), nur als sozial relevant erscheint, sofern er »Sinn macht« (nämlich »hat« und »produziert«; 224). Dass er physisch trennt oder knapp ist, in kollektiver Arbeit überbrückt, erschlossen und genutzt wird, kommt so wenig zur Sprache, dass es aussieht, als hätten ihm erst die ästhetischen Avantgarden nicht-semiotische Dimensionen abgerungen. Schade ist aber vor allem, dass der Autor nicht seinen zahlreichen Einsichten folgt. Zurecht kritisiert er etwa eine bei

Postmodernen gängige »nachträgliche Moralisierung des Ästhetischen [...]. Sie verspricht mit dem ereignishaften Einbrechen des vorsymbolisch ganz Anderen einen unbestimmten und bedrohlichen Rest, den sie nachträglich [...] jedoch wieder als ganz bestimmten Rest moralisiert.« (232) Gemeint ist der re-personalisierte Andere – doch Entsprechendes könnte auch für das pseudo-politisierte Unbestimmte gelten. Sofern es nur die irgendwie einengende Ordnung von Raum überhaupt bedroht, statt (wie in Benjamins unheimlichen Ent-Privatisierungsvisionen) eine praktische Neuordnung in Aussicht zu stellen, ist es ebenso leer wie harmlos. Die Hegemoniethorie des Raums führt dann einfach zurück zu den Formen der Anschauung.

Tilman Reitz (Jena)

Sprache und Literatur

Galster, Ingrid (Hg.), *Sartre devant la presse d'occupation. Le dossier critique des »Mouches et »Huis clos*, Presses Universitaires de Rennes, Rennes 2005 (474 S., br., 23 €); zit. I

Galster, Ingrid (Hg.), *Sartre et les juifs*, La Découverte, Paris 2005 (274 S., br., 25 €); zit. II

Die beiden Bände sind nur die vorläufig letzten Zeugen einer dem frühen Sartre gewidmeten Spurensicherung, welche die Herausgeberin seit Jahren betreibt. Während der erste Band gewissermaßen die Dokumente nachreicht, die der Dissertation von 1986 über die Rezeption der beiden im besetzten Paris aufgeführten Theaterstücke zugrunde gelegen haben (vgl. *Le Théâtre de Jean-Paul Sartre devant ses premiers critiques*, 2001), versammelt der zweite die Beiträge zu einer Tagung, die 2003 in Paris stattgefunden hat und die im Zeichen einer Debatte stand, an der sich die Geister bis heute scheiden: Wie ist zu bewerten, dass Sartre 1941 nicht zögerte, am Pariser Lycée Condorcet die Nachfolge von Henri Dreyfus-Le Foyer anzutreten, der aufgrund der antisemitischen Gesetze der Vichy-Regierung seinen Platz räumen musste? Jürg Altwegg, seit Jahr und Tag der Herr im *FAZ*-Feuilleton über die in französischen Zeitschriften geführten Debatten, machte keinen Hehl aus seiner Genugtuung ob dieses Fundes (vgl. »Der Sockel für das Denkmal des Philosophen ist leer«, 30.8.1997), ist er doch geeignet, Sartres Projekt engagierten Schreibens insgesamt in Misskredit zu bringen. Sollte dafür noch ein Grund nötig gewesen sein – seit Mitte der 1980er Jahre hatte sich das Bild vom Karrieristen durchgesetzt, dessen Theorie des Engagements, nach allen Regeln der Kunst »dekonstruiert«, als Kompensation eines bloß imaginären Widerstandes erschien –, hier wurde er auf silbernem Tablett präsentiert. Solcher Schwarz-Weiß-Malerei verweigern sich indes die Arbeiten der Herausgeberin (vgl. auch die Bände *Sartre, Vichy et les intellectuels*, Paris 2001, der ihre Aufsätze zum Thema versammelt, sowie *La naissance du »phénomène Sartre*«, Paris 2001, in dem die Akten einer früheren Tagung veröffentlicht sind), die gleichwohl als »Verleumdung« des sartreschen Erbes den Zorn der Gegenseite auf sich zogen (vgl. J. Simont, »Tordre le cou à une calomnie«, in: *Temps modernes*, Juli-Okt. 2005, 715-18). Gerne hätte man gar ihren Namen auf der Titelseite der neuen Gesamtausgabe von Sartres Theaterstücken unterschlagen (vgl. I. Galster, »Sartre pendant l'Occupation. Réponse à une diffamation«, in: *Commentaire* 114, 2006, 466). Wo immer eine Orthodoxie am Werk ist – auch wenn sie sich nur auf eine kleine Intellektuellengruppe stützt, welche die in letzter Instanz rechtmäßige Interpretation beansprucht –, wird zum Skandal, was wissenschaftliche Wahrheitsfindung notwendig voraussetzt: die mehrstimmige Annäherung an einen komplexen Zusammenhang, der in diesem Fall, wie der Historiker André Burguière in einem vorzüglichen Beitrag zeigt, mit der ambivalenten Institutionalisierung des »großen Schriftstellers« in der französischen

Bildungswelt zu tun hat, der das Individuum Sartre entsprechen will und die ihn sein Handeln gemäß einer »Hierarchie von Prioritäten« (II/139) organisieren lässt, in der das Schicksal des ›Juden‹ Dreyfus-Le Foyer eine so untergeordnete Stellung einnimmt, dass er auch nach der Befreiung ›vergisst‹, sich nach ihm zu erkundigen (II/137f).

Otto Abetz hingegen, Botschafter des Naziregimes im besetzten Paris, vergaß nach dem Krieg nicht, die »Großzügigkeit« der deutschen Zensur zu betonen, die selbst einem »ausgesprochenen weltanschaulichen Gegner wie Jean Paul Sartre« die Aufführung seiner Theaterstücke erlaubte (*Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik*, Köln 1951, 264). Abgesehen davon, dass der als Kriegsverbrecher in einem französischen Gefängnis sitzende Abetz hier vor allem in eigener Sache agierte, ist bekannt, dass die Nazis in Frankreich – im Gegensatz zu den Ausrottungspolitiken im Osten Europas – eine »politique de souplesse« verfolgten, wie Arno Breker es nannte (I/21). Für Sartre selbst stand der widerständige Charakter seiner Stücke außer Frage: Mehrfach explizierte er nach der Befreiung seine politischen Absichten, wonach er in den *Fliegen* einerseits die Schuld-Ideologie der Vichy-Regierung, andererseits die Kritik an den Widerstandsaktionen entkräften wollte, weil sie Geislerschießungen nach sich zogen. Freilich sind nie die Absichten des Autors, gute oder schlechte, ohne weiteres wirksam. So wenig die spezifische Qualität eines Stückes als ein ihm selbst innewohnendes Abstraktum zu fassen ist, unabhängig vom Publikum, auf das es – im Medium der Aufführung – trifft und das sich von ihm betreffen lässt. Wie aber lässt sich solche Betroffenheit feststellen? Wie ein Paläontologe auf die steinernen Zeugen einer untergegangenen Welt für seine Rekonstruktionsarbeit angewiesen ist, so Verf. auf die Spuren, die die Stücke in der zeitgenössischen Presse oder – seltener – in Briefen zurückgelassen haben und die sie mit größtmöglicher Vollständigkeit ermittelt hat: 62 Einheiten für *Les mouches*, 77 für *Huis clos*, von denen 30 nach der Befreiung erschienen sind, als das Stück – ab Mitte September 1944 – wiederaufgenommen wurde und zum Inbegriff eines nonkonformistischen Theaters avancierte. Verf. kommt bezüglich der *Fliegen* zu folgendem Schluss: Wenn die politischen Absichten Sartres in der Mehrzahl der Kritiken mit keinem Wort erwähnt werden, so nicht deshalb, weil die deutsche Zensur dies verhindert hätte, sondern weil »die Mehrheit der Zuschauer« (I/15), einschließlich der Kritiker, sie nicht verstanden hat. Hinzukam, dass die Aufführung selbst – die vom Standpunkt vermeintlich zeitlos-klassizistischer Norm als »kubistisch-dadaistischer Kram« (Laubreaux, I/33) stigmatisiert wurde – die Aufmerksamkeit der Zuschauer so sehr gefesselt habe, dass die Botschaft verblasste. Allein dort, wo der Text in den Mittelpunkt der Kritik rückte und zudem Sartres Philosophie bekannt war, habe man diese Botschaft entziffern können (I/18). Die Kritik von Michel Leiris, erschienen in *Les Lettres Françaises*, dem 1942 gegründeten Untergrundorgan des ›Comité national des écrivains‹, nannte die Dinge beim Namen: Orest wird zum »champion de la liberté« (I/175), der den Teufelskreis aus Schuld und schlechtem Gewissen durchbricht, ohne deshalb ein neues Unterdrückungs-Regime aufzurichten: »weil er ohne Ketten ist, muss er niemanden in Ketten legen« (I/177). Wenn also die politische Intention Sartres nur von wenigen erfasst wurde, war doch das Aufsehen, das die Aufführung erregte, groß genug, um dem Autor einen »subversiven« (I/22) Nimbus zu verleihen, der auch deutschen Beobachtern nicht verborgen blieb. Dass man ganz aufs Theater hätte verzichten sollen, um nicht an der Kulturfassade mitzubauen, die den Besatzern wichtig war, entsprach nicht der in Kreisen der Résistance vorherrschenden Meinung. *Huis clos* schließlich, das eine Lesbe, eine Kindsmörderin und einen Deserteur auf die Bühne bringt, war eine noch deutlichere »Herausforderung« (I/28), der das Regime wohl nur deshalb nicht entgegentrat, weil seine

Tage gezählt waren. Da jeder (Neu-)Beginn, um Wirklichkeit zu werden, auch »erzählt«, d.h. zum Mythos werden muss, erteilte Sartre das zweifelhafte Glück, die Hauptrolle in dieser Erzählung – die eine reine Widerstands-Erzählung war – angetragen zu bekommen. Als ein Mensch, dessen »Sein »in Situation« definiert« ist (*Überlegungen zur Judenfrage*, 38), hat er den Antrag angenommen und sich als diese Hauptfigur »gewählt«. Wenn in den letzten Jahren, so Verf., vor allem die »blinden Flecke« dieser Erzählung hervorgekehrt wurden, so zeigt der mit der vorliegenden Sammlung möglich gewordene Blick in die Texte selbst, dass die Negation der Negation an der Tagesordnung ist, hin zu einer »Wahrnehmung der Wirklichkeit, die die Widersprüche in Rechnung stellt« (I/30).

Hans-Georg Gadamer, anlässlich seines 95. Geburtstages von der *FAZ* als der »erfolgreichste Philosoph der Bundesrepublik« gerühmt (Jan Ross, 11.2.1995), zögerte nicht, sich 1934 als Vertretung auf den Lehrstuhl berufen zu lassen, von dem die Nazis aus »Rassegründen« Richard Kroner vertrieben hatten. Freilich habe er auf diesem »Vorposten der Nazikulturrevolution« gelernt, »wie leicht man sich Illusionen macht und bereit ist, alles nicht so schlimm zu finden« (Gadamer, *Philosophische Lehrjahre*, 1977, 52f). Dass auch Sartre es nicht »so schlimm« fand, als er die Nachfolge eines aus denselben Gründen entlassenen Kollegen antrat, weiß man erst seit einigen Jahren. Während bei einer 1998 in New York veranstalteten Tagung zu Sartres *Überlegungen zur Judenfrage* dieser Vorgang noch keinerlei Rolle spielte, wurde er zum Anlass des von der Herausgeberin organisierten Treffens, das allerdings mit dem Anspruch stattfand, »möglichst alle Aspekte im Werk und Leben Sartres zu erhellen, die einen Bezug zu den Juden haben« (II/12). Ein erster Teil nimmt erneut Fragen auf, die sich an die im Oktober 1944 entstandenen *Überlegungen* anschließen. Bedenkt man, wie wenig das spezifische Schicksal der Juden im Moment der Befreiung in der Öffentlichkeit präsent war – Anne Grynberg verweist etwa auf den Fall des im August 1942 hingerichteten Gabriel Péri, den die FKP als einen ihrer »heldenhaften Märtyrer« ehrte, dabei aber unerwähnt ließ, dass Joseph Burstyn, Mounie Adler und Nathan Dyskin gleichzeitig mit ihm ihr Leben verloren (II/44) –, überrascht nicht, dass Sartres Abhandlung, die das allgemeine Schweigen brach, begeistert begrüßt wurde. Robert Misrahi bewertet sie als eine »action initiatrice fondamentale« (II/63), welche die Defizite als untergeordnet erscheinen lässt, die für ihn in letzter Instanz aufs Konto eines »archaischen Marxismus« (II/70) gehen, der das Verschwinden des Antisemitismus reduktionistisch ans Verschwinden der Klassen bindet. Der Althistoriker Pierre Vidal-Naquet, dessen Eltern 1944 deportiert und in Auschwitz umgebracht wurden, erinnert sich an den befreienden Eindruck, den die Lektüre bei ihm hinterlassen hat (»ich fühlte mich gerächt«, II/51). Dass der Bruch des Schweigens mit einem anderen Schweigen einherging, dem über Auschwitz, wirft er ihm nicht vor. Enzo Traverso sieht in letzterem den entscheidenden Grund dafür, dass die *Überlegungen* unwiderruflich einer versunkenen Welt angehörend, in der noch das Pogrom den Maßstab der Unterdrückung lieferte, der mit der industriellen Massenvernichtung, für die Auschwitz steht, obsolet geworden ist. Sartre bringe nur eine »dissonante Stimme« zu Gehör innerhalb eines politischen und intellektuellen Klimas, das unfähig sei, den Genozid wahrzunehmen, geschweige denn, ihn zum »Zentrum der Reflexion« zu machen (II/88). Die Dissonanz indes genügte, um ihm dankbar zu sein. Während Traverso Sartres Schrift in bester hermeneutischer Manier »kontextualisiert und historisiert« (II/74), bewegt sich Susan R. Suleiman, Professorin für französische Literatur in Harvard, auf strukturalistischem Parkett. Der Text »produziere« – gegen Sartres erklärte Absichten – einen »effet antisémite«, der sie »schockiert« habe (II/101f). Dass diese Wirkung sich erst jetzt einstellte, und nicht schon in den 1960er Jahren, als sie die *Überlegungen* erstmals las, gibt Judith Klein Recht,

die auf die Dialektik verweist, die Sartres Text überhaupt erst in Gang gesetzt hat, indem er eben jene Bewusstseinsbildung mit auslöste, die ihn heute kritikwürdig macht (II/116). Die Auffassungen, die Pierre Vidal-Naquet von Susan R. Suleiman trennen, haben nicht zuletzt mit einer Situation zu tun, die ersteren zu einem »républicain, démocrate, socialiste de gauche« (II/53) machten, während letztere vom Standpunkt der kulturalistischen Linken spricht, die seit langem den Rückzug aus der Politik in die Moral vollzogen hat.

»Der Antisemit *macht* den Juden.« (*Überlegungen*, 44) Kaum ein Satz hat, im Lichte der von Traverso skizzierten Entwicklung, die Sartres Text in die vollendete Vergangenheit verweist, mehr Kritik auf sich gezogen. Einen Leser, dem noch der Welterfolg von Victor Klemperers Tagebüchern gewärtig ist, muss verblüffen, dass der Erfahrungsgehalt dieses Satzes, der auch derjenige eines unter den Nazis lebenden Deutschen ist, der durch nichts anderes als eben die minutiös geschilderte Politik der Nazis zum »Juden« gemacht wird, so wenig Anerkennung findet. Die Erfahrung des Völkermords und die Gründung des Staates Israel, die den Juden eine neue Sichtbarkeit und ein neues Selbstverständnis verliehen hat, scheint Sartres Satz und mithin Klemperers Erfahrung in den Schatten gestellt zu haben.

Die in dem Band abgedruckte Radiosendung, in der Alain Finkielkraut als nicht ganz unparteiischer Diskussionsleiter Ingrid Galster und Bernard-Henri Lévy zum Thema diskutieren lässt, ist ein Lehrstück in historischer Dialektik: Galster, die die legitime Frage stellt, ob Sartre 1941 nicht besser daran getan hätte, die Nachfolge des unter die Rassegesetze der Vichyregierung fallenden Kollegen abzulehnen, verfolgt damit keineswegs die dumm-interessierte Absicht, das in Sachen Emanzipation im 20. Jahrhundert großartige Werk Sartres überhaupt in Verruf zu bringen, im Gegenteil: Indem Kritikwürdiges benannt wird, gewinnt das Übrige an Wert und »verpflichtet« die Heutigen auf neue Weise, sich an dieser Quelle zu versorgen. Das Weltgericht indes, das Finkielkraut und Lévy einst in den Reihen des französischen Maoismus veranstalteten, als sie noch im Besitz der absoluten Wahrheit waren, scheint noch immer an kein Ende gekommen, nur dass sie jetzt, nachdem sie Buße getan, zu Propheten der relativen Wahrheit geworden sind: »Wer sind wir?« (II/153), fragt Finkielkraut, dass wir das Recht hätten, »Gericht« zu halten, ein Recht, das allein »Gott« zukommt (II/150)? Ein deutscher Konservativer, stets darum bemüht, die zu leistende Aufklärungsarbeit nicht zu nachdrücklich werden zu lassen, hätte es nicht schöner sagen können. Finkielkraut hält es mit Milan Kundera, für den die Menschen notwendig im Nebel stochern (ebd.), und Lévy stimmt ihm zu, indem er von der »Tiefe der Nacht« (II/151) spricht, in der alle geschichtliche Tat sich ereignet. Eventuelle Zweifel an der Nützlichkeit der von Ingrid Galster beharrlich betriebenen Arbeit der Demystifizierung dürften dank dieses Gesprächs endgültig ausgeräumt sein.

Peter Jehle (Berlin)

Maas, Utz, *Verfolgung und Auswanderung deutschsprachiger Sprachforscher 1933-1945*, Bd. II: *Biobibliographische Daten G-P(Q)*, secolo, Osnabrück 2004 (416 S., br., 65 €)

Acht Jahre nach dem ersten Band steht nunmehr der zweite zur Verfügung. Die lange und bisweilen abenteuerliche Vorgeschichte dieses Unternehmens, die im ersten Band erzählt wird, macht verständlich, dass neuere Literatur nicht systematisch berücksichtigt werden konnte. Die Publikation des dritten, abschließenden Bandes ist offenbar noch nicht gesichert. – Aufgenommen wurden nicht nur Sprachwissenschaftler im engeren (für die Zeit ohnehin nicht anwendbaren) Sinne, sondern auch Wissenschaftler aus Nachbardisziplinen, die in der weiteren Entwicklung der Sprachwissenschaft wichtig geworden sind. So findet sich ein Eintrag zu dem in der Soziologie prominenten Theodor Geiger, der zu den Pionieren der Massenkommunikationsforschung gehört.

Wie schwierig im Einzelfall die klare Trennung zwischen »Verfolgten« und »Verfolgern« werden kann, belegt der vorzügliche Eintrag über die bis heute heftig umstrittene Hildegard Hetzer, die bei und mit den Bühlers im ›Roten Wien‹ der 1920er Jahre aufklärerische und engagierte Jugendarbeit betrieb. Hetzers Arbeiten zur sprachlich-kognitiven Entwicklung des Kindes sind klar und präzise und verdienen auch heute noch Interesse. 1934 wurde sie wegen »politischer Unzuverlässigkeit« aus ihrer pädagogischen Professur entlassen und arbeitete während der NS-Zeit in der Sozial- und Jugendfürsorge. Während des Kriegs war sie im besetzten Polen (im ›Warthegau‹) dienstverpflichtet und dort als entwicklungspsychologische Expertin an der »Germanisierungspolitik«, an der Aussonderung von Kindern und Jugendlichen beteiligt, die für »germanisierbar« galten. Nach dem Krieg war sie in Gießen in der Lehrerausbildung tätig und als engagierte und fortschrittliche Pädagogin bekannt. – Auf andere Weise belegt der Keltologe und Indogermanist Julius Pokorny die Schwierigkeiten einer Grenzziehung. Er betrieb eine arienselige, völkisch-rassistische Keltologie, ließ sich politisch für die antibritische Propaganda der ›Völkischen‹ vereinnahmen und konnte sich damit, obwohl er 1933 zunächst »aus rassischen Gründen« entlassen worden war, in Berlin bis 1943 halten, als er von seiner drohenden Verhaftung erfuhr und rechtzeitig in die Schweiz fliehen konnte.

Auch Personen, die bereits vor 1933 wegen rassistischer oder politischer Verfolgung das Land verlassen haben, sind aufgenommen. Der bekannteste, den Zeitrahmen zweifellos sprengende Grenzfall, dürfte Franz Boas sein, der bereits 1888 in die USA ging. Auch nach der anderen Seite ist der Zeitrahmen großzügig bemessen, wie der sehr ausführliche Eintrag zu dem 1922 in Hattingen geborenen Soziolinguisten John Joseph Gumperz belegt, der erst nach 1945 zum Sprachwissenschaftler wurde. Streiten kann man selbstverständlich darüber, ob es nötig war, Herbert Marcuse oder Edmund Husserl aufzunehmen, nicht nur wegen der unklaren Beziehung zur ›Sprachwissenschaft‹, sondern auch darum, weil es an historiographischen Informationen zu ihnen nicht mangelt.

Unter den behandelten Sprachwissenschaftlern im engeren Sinne dürften wenige so bekannt sein wie die beiden Romanisten Victor Klemperer und Werner Krauss, die ihr Fach (allerdings eher auf der literaturwissenschaftlichen Seite) nach 1945 in der DDR geprägt haben. Unter den weniger bekannten Sprachwissenschaftlern, die durch das vorliegende Buch eine Chance haben, der Vergessenheit entrissen zu werden, sei Max Hermann Jellinek genannt, dessen Hauptwirksamkeit in Wien vor den Anschluss Österreichs 1938 fällt. Seine *Geschichte der neuhochdeutschen Grammatik bis auf Adelung* ist ein bis heute unübertroffenes Standardwerk. Trotz höchsten fachlichen Ansehens wurde Jellinek als Jude nie auf eine ordentliche Professur berufen. In den 20er Jahren wurde er Zielscheibe antisemitischer Angriffe in Wien und 1934 nach dem Juliputsch und der Ermordung von Dollfuß durch die neue Regierung entlassen. Dass der 1938 verstorbene Jellinek im 1996 erschienen *Lexicon Grammaticorum* fehlt, macht seine Behandlung durch Maas noch wichtiger.

Allen an der Geschichte der deutschen Geistes- und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert Interessierten sei das Buch empfohlen. Für detailliertere Untersuchungen liefert es eine unentbehrliche Grundlage. Ein wenig mehr Lektorierung hätte ihm freilich gut getan. So ist, um nur ein Beispiel zu nennen, der »M. Meillet« auf S. 141 natürlich Antoine Meillet, sein für die Sprachpolitik der Zeit äußerst wichtiges Buch heißt *Les langues dans l'Europe nouvelle*, nicht *Les langues de l'Europe nouvelle* – und es ist keinesfalls »antideutsch«, sondern gemessen am offiziösen Ton der völkischen Sprachpolitik im Nach-Versailles-Deutschland von erfreulicher Nüchternheit.

Clemens Knobloch (Siegen)

Soziologie

Kurz-Scherf, Ingrid, Lena Correll u. Stefanie Janczyk (Hg.), *In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2005 (295 S., br., 29,90 €)

Rerrich, Maria S., *Die ganze Welt zu Hause. Cosmophile Putzfrauen in privaten Haushalten*, Hamburger Edition, Hamburg 2006 (168 S., geb., 16 €)

Lutz, Helma, *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung*, unter Mitarbeit von Susanne Schwalgin, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Farmington Hills 2007 (240 S., br., 20 €)

Die Bücher thematisieren aus geschlechterpolitischer und -analytischer Perspektive die Transformationen von Arbeit in post-industriellen Gesellschaften. Der von Kurz-Scherf u.a. herausgegebene Band wirft Schlaglichter auf die aktuelle Diskussion über den Wandel der Arbeit, die unter Begriffen wie Subjektivierung von Arbeit und Prekarisierung geführt wird, und macht Vorschläge für die politikwissenschaftliche wie demokratietheoretische Einbeziehung eines »genderkompetenten« Arbeitsbegriffs. Die gesellschaftliche Verteilung von Arbeit ist in der feministischen Theorieentwicklung von jeher so zentral, wie sie in der Geschichte der westlichen Frauenbewegungen umkämpft ist. Unter Bedingungen von »post-industrieller Produktionsweise« und Globalisierung wird sie zum neuralgischen Punkt, wie Maria S. Rerrich und Helma Lutz empirisch zeigen. Nicht nur erweist sich mit der Umverteilung der Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern eine grundlegende Forderung der Frauenbewegung aus den 1970er Jahren als bislang nicht durchsetzbar. In Frage steht zudem, mit welchen analytischen und politischen Instrumenten den neuen Machtverhältnissen zu begegnen ist, die sich nunmehr nicht nur zwischen den Geschlechtern, sondern zwischen Frauen etabliert haben.

Die »Zukunft der Arbeit«, die Kurz-Scherf u.a. diskutieren, bezieht sich jedoch weniger auf eine transnationale Dimension, sondern auf die Situation in der BRD. Der Band dokumentiert Ergebnisse des Projekts »GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung«, entstanden im Rahmen des vom Ministerium für Bildung und Forschung geförderten Programms »Zukunftsfähige Arbeitsforschung« von 2002 bis 2005. Zwei konzeptionelle Entwürfe stehen im Zentrum. Erstens plädieren die Autor/-innen des »Memorandums zur zukunftsfähigen Arbeitsforschung« für die Erweiterung des Arbeitsbegriffs und der Arbeitsforschung unter systematischer Einbeziehung der Kategorie »Gender«. Das schließt die »Verschränkung« von Geschlechterverhältnissen mit »anderen Dimensionen und Komponenten der sozialen Organisation, Verteilung und Bewertung von Arbeit« und die »normative Überwindung von hierarchischen Geschlechterkonstruktionen« ein (278f). In Abgrenzung zum Paradigma der »Differenz«, das in den Sozialwissenschaften dominant sei, wird zweitens unter der Leitidee der »Sozialität: die Untersuchung der Arbeitsteilung neu aufgegriffen. Es gehe darum, Zusammenhänge und Interdependenzen wieder sichtbar zu machen, die mit der Betonung der fortschreitenden funktionalen Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften aus dem Blick geraten seien: Zusammenhänge zwischen Arbeit und Leben und zwischen Arbeit und Demokratie. Dabei grenzt Kurz-Scherf »Genderkompetenz« als »Orientierungswissen« von den »meisten Gendermainstreaming-Konzepten« ab, die Verfügungswissen und Beratung bereitstellen (27). Tatsächlich aber wird mit jenem Begriff ebenso das Vokabular von Spezialisierung und Professionalisierung bedient, das einer explizit politischen Zielsetzung, die etwa den Begriff »feministisch« kennzeichnet, entgegensteht. Interessant ist die Problemstellung, Konzepte für die Analyse der Zusammenhänge zwischen Arbeit und Leben zu entwickeln.

Stefanie Janczyk unternimmt Schritte zur Ausarbeitung eines Konzepts, mithilfe dessen »Erwerbsarbeit im Kontext« (107) aus geschlechteranalytischer Perspektive ermöglicht werden soll. Es geht um eine Neuorientierung der Vereinbarkeitsdebatte, die weder die »Dominanz der Erwerbsarbeitswelt« (111) verstärkt, noch Erwerbsarbeit zu wenig berücksichtigt. Die vorgeschlagene Lösung ist eine analytische Differenzierung von »Sozialibilität« in eine »externe, eine interne und eine gesellschaftlich-politische Dimension« (116). Die externe Dimension bezieht Janczyk auf die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Lebensbereichen, die interne Dimension bezeichnet Vereinbarkeit von »systemischen und lebensweltlichen« Anforderungen in der Erwerbsarbeit (118), und die gesellschaftlich-politische Dimension bezieht sich auf den Zusammenhang von Erwerbsarbeit und Demokratie.

Durch eine analytische Begrenzung des Arbeitsbegriffs will Eva Senghaas-Knobloch es ermöglichen, verschiedene Praxisfelder deutlich voneinander zu unterscheiden und gleichzeitig das »ganze Spektrum menschlicher Tätigkeiten« einzubeziehen (55). Besonders für die Untersuchung von »Fürsorgetätigkeiten«, die überwiegend von Frauen übernommen werden, ist die Frage, was als Arbeit gilt, folgenreich. Sollen für Fürsorgetätigkeiten dieselben Kriterien wie für andere Formen von Erwerbsarbeit gelten? Oder handelt es sich um eine spezifische Form der Arbeit, die der Vermarktung nur bedingt zugänglich ist? Mit Bezug auf die in Skandinavien begonnene Debatte um »social care« bringt Verf. den Begriff »fürsorglicher Praxis« ein. Über das Für und Wider von bezahlter und unbezahlter Arbeit und deren Professionalisierung hinausgehend, kennzeichnet die Besonderheit dieses Feldes, dass alle Menschen im Laufe ihres Lebens phasenweise auf die »konkreten Tätigkeiten fürsorglicher Praxis« existenziell angewiesen sind. Sie können sowohl formal geregelt als auch informell erbracht werden – bezahlt oder unbezahlt, in öffentlichen oder privaten Räumen. Kennzeichnend für fürsorgliche Praxis sei, dass sie sich nicht in der erwerbsmäßigen Form erschöpfen könne. Es sei notwendig, die »pluralen Formen fürsorglicher Praxis« zu beachten (61). Den Begriff der Arbeit möchte Verf. deshalb auf die berufsmäßig erbrachten Fürsorgetätigkeiten beschränkt sehen, verbunden mit der Anerkennung, dass fürsorgliche Praxis über diese hinausgeht. Nicht zuletzt für diejenigen, die diese Arbeit erbringen, ergebe sich ein Spannungsverhältnis zwischen den im warenförmigen Leistungsaustausch erbrachten fürsorglichen Tätigkeiten und der außerberuflichen Fürsorgepraxis. Für letztere gelte es, den Druck zu reduzieren, der durch ihre berufliche Ausübung erzeugt werde. Für die »vermarkteten fürsorgebezogenen Dienstleistungen« aber müssten eigene Kriterien entwickelt werden, die »gegen anders gerichtete Markttendenzen« aufrechtzuerhalten seien (64).

Die Forderung nach einer Professionalisierung der Sorgearbeit wie der Haushaltsarbeit, die in der Frauen- und Geschlechterforschung aufgestellt wurde, wird auf diese Weise präzisiert. Dennoch bleibt ein grundlegendes Dilemma bestehen zwischen dem legitimen Anspruch von Frauen auf gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt und der zunehmenden Marktförmigkeit sozialer Beziehungen, der Entgrenzung von Arbeit, womit Frauen nun verstärkt konfrontiert sind. Unter dem Begriff der Subjektivierung von Arbeit spitzen Günter G. Voß und Cornelia Weiß das Problem folgendermaßen zu: mit der Entgrenzung von Arbeit werde eine »neue Qualität und Intensität reiner Vernutzung« der »Ressource Subjektivität«, die Verf. auf den marxischen Begriff des »lebendigen Arbeitsvermögens« bringen, bewirkt (143). Für die Sorge- und Haushaltsarbeiten stellt sich zudem das Problem, dass die feministische Forderung nach einer Integration dieser Tätigkeiten in den warenförmigen Leistungsaustausch zu kurz greift. Weiterer Präzisierung bedarf die

Frage, auf welche Weise die Verwandlung in Ware (›Kommodifizierung‹) und die Professionalisierung zu erfolgen haben. Darüber hinaus kommt es mit der Warenförmigkeit zu einer Neuverteilung der Haushaltsarbeit, die in Kategorien von bezahlt oder unbezahlt, professionell oder nicht nicht aufgeht.

Gerhard Bosch schlägt zweierlei vor: zum einen den Ausbau der »Dekommodifizierung der Märkte für soziale Dienstleistungen«, d.h. deren (wohlfahrtsstaatliche und teilweise marktvermittelte) Regulierung, die dazu beiträgt, einen gleichen Zugang zu diesen Dienstleistungen zu gewähren (93). Zum anderen entwickelt er einen neuen Zuschnitt des »Normalarbeitsverhältnisses«, das nicht mehr am männlichen Alleinverdiener orientiert ist, sondern »flexible Erwerbsbiographien für Männer und Frauen« vorsieht (100). Diese Vorschläge richten sich auch gegen feministische Kritik am Normalarbeitsverhältnis und dessen am männlichen Alleinverdiener orientierte soziale Sicherung (99), die in der Regel den Frauen den Zugang zur Erwerbstätigkeit erschwerte. Bosch betont demgegenüber die Reformierbarkeit des Normalarbeitsverhältnisses, etwa durch die Reduzierung der Arbeitszeit.

Die Studien von Maria S. Rerrich und Helma Lutz zur Haushaltsarbeit stellen den Zusammenhang zwischen Ausbau der Dienstleistungstätigkeiten in ›post-industriellen‹ Gesellschaften wie der BRD und Globalisierung sowie Entwicklung der Kommunikationstechnologien heraus. Sie legen nahe, dass die Untersuchung der Verteilung der Reproduktionsarbeiten in ausschließlich nationalstaatlichem Rahmen nicht mehr sinnvoll ist. Stattdessen ist der Privathaushalt Schauplatz der Globalisierung, indem er zum Arbeitsplatz für »cosmophile Putzfrauen« und andere Haushaltsangestellte wird. Die transnationale Organisation der Haushalts- und Sorgetätigkeiten erfolgt entsprechend einer »global care chain« (Russel-Hochschild), indem sie im regionalen wie transnationalen Zusammenhang in der Regel zwischen Frauen weiterverteilt werden. Die Rahmenbedingungen, unter denen in der BRD Haushaltsarbeit zunehmend bezahlt in Anspruch genommen wird, lassen sich nicht nur auf die steigende Berufstätigkeit von Frauen zurückführen. Die führt dazu, dass unbezahlte Hausarbeit von Frauen (der jüngeren Generation) immer weniger zur Verfügung steht. Generell zeichnet sich im statistischen Trend zu kleineren Haushalten ein Zuwachs an Mobilität und Wohlstand ab. Familiäre Beziehungen und Partnerschaften bestehen immer weniger innerhalb eines Haushalts, sondern erstrecken sich über mehrere. Rerrich unterscheidet zwei Gruppen, die bezahlte Haushaltsarbeit in Anspruch nehmen: voll berufstätige Singles und Paare mit hohem Einkommen und gutsituierte ältere Menschen einerseits sowie eine große Gruppe von Menschen mit eher niedrigem Einkommen, die Haushaltsarbeit nicht alleine erledigen können oder wollen, z.B. Rentner und Alleinerziehende.

Bei den Migranten, die Haushalts- und Fürsorgetätigkeiten übernehmen, handelt es sich um Frauen (und wenige Männer), die Mobilität zu ihrer Ressource machen. Oft gut ausgebildet, nehmen sie weite Wege in Kauf, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Gerade die pendelnden Transmigrantinnen, also diejenigen, die sich in der Mobilität und damit in einem Leben zwischen zwei (oder mehreren) Orten eingerichtet haben, erbringen Höchstleistungen. Haushaltsarbeit, die, wie uns die Studien eindrücklich erinnern, körperlich schwere Arbeit ist, leisten sie ohne Unterbrechung, während sie zwischen den Haushalten und Staaten wandern. Auf diese Weise ermöglichen sie ihren Familien meist einen höheren Lebensstandard, den Kindern eine Ausbildung und sich selbst einen Ausweg aus einer ökonomisch aussichtslosen Situation. Rerrich unterscheidet zwei Gruppen. Die »Cosmobilen« halten sich, anders als Zugewanderte, nicht dauerhaft in der BRD auf. Die erste Gruppe differenziert sie in »Transmigrantinnen«, die über einen Aufenthaltstitel verfügen,

und »Illegale«, die diesen Status nicht haben. Dabei orientiert sich diese Kategorisierung an dem deutschen Modell, das sich ausschließlich auf den rechtlichen Status bezieht und die Menschen darauf reduziert und kriminalisiert, wie beide Autorinnen zeigen. In anderen europäischen Ländern haben sich Begriffe wie »irregulär«, »undokumentiert«, »sans papiers« und »clandestini« eingebürgert. Beide Gruppen unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer Mobilität. Während die Transmigrantinnen sich in der Mobilität zwischen zwei Staaten eingerichtet haben, sind die Illegalisierten in ihrer Mobilität eingeschränkt, obschon die Bereitschaft zur Mobilität latent immer vorhanden sein muss, schon wegen der drohenden Ausweisung.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen sich mit ihren Interessengegensätzen gegenüber, während sie Kooperationsbeziehungen eingehen. Die Studien geben einen Einblick in die Art und Weise, wie sich im Mikrokosmos des Haushalts das Wohlstandsgefälle zwischen den Staaten, das einen der Migrationsgründe ausmacht, reproduziert. Da Haushalts- und Sorgearbeit nach wie vor Frauensache ist, treffen in den Haushalten vorwiegend Frauen aufeinander, und Lutz zeigt, wie Frauen in der Hausarbeit auch ihre »Weiblichkeit« herstellen. Das Machtgefälle zwischen ihnen und die Trennung zwischen öffentlichem und privatem Raum wird durch alltägliche Grenzziehungen hergestellt. Interessant ist die Interpretation, dass diese »Grenzziehungsarbeit« sich in Form von »Doing Gender über Doing Ethnicity« gestaltet, d.h. die Asymmetrien durch ethnische Zuschreibungen reproduziert werden. Die Beispiele zeigen aber auch, wie klassengemäßes Handeln erst erlernt werden muss, angesichts der manchmal geringen Bildungsunterschiede zwischen Arbeitgeberin und Arbeitnehmerin oder der Unklarheit und des Unbehagens mancher Arbeitgeberinnen in der Rolle, »Dienstepersonal« zu beschäftigen. Dass dies über ethnische Zuschreibungen erfolgt, ist nicht immer aus den Beispielen abzulesen. Deutlich ist aber, dass nationale Herkunft zu einem der Auswahlkriterien wird, das mit einer Reihe von Phantasien und Stereotypen ausgestattet wird. Lutz nennt dies »kulturellen Mehrwert« (100ff), symbolisches Kapital, das der Haushaltsarbeiterin einerseits zur Verfügung steht (etwa die Sprachkenntnisse), ihr aber andererseits auch zugeschrieben wird (Vorstellungen über ein spezifisches kulturelles Wissen) und ebenso als Distinktionszeichen eingesetzt werden kann. Die Grenzen zwischen den Tätigkeiten sind oft fließend. Selbst wenn manche Haushaltsarbeiterinnen als Putzhilfe eingestellt werden, übernehmen sie oft zusätzlich Sorgetätigkeiten. Insofern sind die Studien auch aufschlussreich hinsichtlich der Erfordernisse und Bedürfnisse, die in einem Haushalt vor dem Hintergrund entstehen, dass diese zunehmend weder unbezahlt von (einheimischen) Frauen erfüllt noch von den wohlfahrtsstaatlichen Institutionen abgedeckt werden.

Das Fazit der Autorinnen ist, dass die Arrangements der Alltagsarbeit wieder Gegenstand politischer Auseinandersetzung werden müssen. Die restriktive Migrationspolitik in der BRD und die Tatsache, dass Alltagsarbeit aus den öffentlichen Debatten verdrängt wird, trägt zur mehrfachen Illegalisierung der Haushaltsarbeiterinnen bei. Auf diese Weise werden sie ausbeutbar. Nicht ganz richtig ist allerdings Lutz' Auffassung, im Haushalt trete Vertrauen an die Stelle von Verträgen. Tatsächlich leitet sich ein solches Arbeitsverhältnis auch dann aus einem Arbeitsvertrag ab, wenn dieser nicht schriftlich festgehalten wurde. Daraus entstehen Rechtsansprüche, etwa auf Auszahlung des Lohns für geleistete Arbeit. Allerdings fehlt es an mächtigen politischen Akteuren, etwa Gewerkschaften, die den Haushaltsarbeiterinnen zur Durchsetzung dieser Rechte verhelfen.

Ingrid Jungwirth (Berlin)

Blickhäuser, Angelika, u. Henning von Bargaen, *Mehr Qualität durch Gender-Kompetenz. Ein Wegweiser für Training und Beratung im Gender Mainstreaming*, hgg. v. d. Heinrich-Böll-Stiftung, Ulrike Helmer, Königstein/Ts 2006 (224 S., kt., 19,90 €)

Wie eine übliche Werbung verrät der Titel nicht, wozu welche Qualität erreicht werden soll. Laut Vorwort setzt das Buch sich zum Ziel, keine theoretisch-wissenschaftliche Publikation zu sein, sondern die Erfahrungen, die Verf. bei der Verbindung theoretischer Ansätze und Debatten mit der Bildungs- und Beratungspraxis gesammelt haben, zu veröffentlichen. Entsprechend werden zunächst »Gender Kompetenz« und »Gender Mainstreaming« beschrieben, im zweiten Teil Übungen und Methoden dargestellt und zuletzt Anforderungen an »Gender BeraterInnen« und »Gender Coaches« sowie Qualitätsanforderungen zusammengefasst.

In der feministischen Debatte um die Strategie des »Gender Mainstreaming« ist einer der Hauptkritikpunkte, dass dabei die in die Geschlechterverhältnisse eingeschriebenen Machtverhältnisse aus den Augen verloren würden. Wie zum Beweis schreiben Verf.: »Politisches und organisatorisches Handeln ist niemals geschlechtsneutral. Es betrifft Männer wie Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen und kann sowohl für die eine als auch die andere Geschlechtergruppe benachteiligende Auswirkungen haben.« (10) Offenbar unbeeindruckt vom Wissen über die Ungleichheiten in den Geschlechterverhältnissen (etwa Lohnschere, Gewalt, Verteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern, horizontale und vertikale Segregation am Arbeitsmarkt usw.) fokussieren Verf. auf Einstellungen und Verhalten von Menschen, die mit »sozialen Festlegungen im privaten, beruflichen und betrieblichen Alltag verbunden« seien (10). Eine der Möglichkeiten, auf diese einzuwirken, sind »Gender Trainings« und »Gender Beratungen«. Die Festlegung der Verf., dass diese nur von einem gemischtgeschlechtlichen Team (»Gender Team«) (71), also einem Mann und einer Frau gemeinsam durchgeführt werden können, ist äußerst problematisch. Sie steht auch im Widerspruch zu der, in einer Fußnote (19) festgehaltenen Notwendigkeit, den »dichotomistischen/biologischen Sichtweisen« keinen Vorschub zu leisten und demgemäß nicht von zwei, sondern von allen Geschlechtern zu sprechen. – Das Buch widerspiegelt die Uneinheitlichkeit bei der Umsetzung des »Gender Mainstreaming« jenseits eines theoretischen, feministischen und herrschaftskritischen Kontextes. Dabei ist die Offenlegung von Konzepten, Methoden und Qualitätsstandards, die den größten Teil des Buches ausmachen, ebenso lobenswert wie die Aufforderung zur kontinuierlichen kritischen Reflexion beim Tun.

Ulrike Gschwandtner (Salzburg)

Schultz, Susanne, *Hegemonie – Gouvernamentalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006 (388 S., br., 34,90 €)

Bevölkerungspolitik ist als Gegenstand feministischer und politischer Kritik aus dem Blick geraten. Während die feministische Diskussion um Gen- und Reproduktionstechnologien in den 1980er Jahren meist auch eine Diskussion um Bevölkerungspolitik in den Ländern des globalen Südens war, folgen wissenschaftskritische Interventionen heutzutage eher dem vom bioethischen Establishment vorgegebenen Kurs und beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit Chancen, Risiken und sozialen Vermittlungsformen biomedizinischer Hochtechnologie. Die Untersuchung von Schultz hat die UN-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 als historischen Kristallisationspunkt. In deren Abschlussdokument war erstmalig die Wahrung der »reproduktiven Rechte« als zentrales

Ziel globaler Bevölkerungspolitik definiert worden; d.h. die Entscheidungsfreiheit von Frauen darüber, ob, wann und wieviele Kinder sie bekommen wollen. Frauengesundheitsnetzwerke weltweit feierten die Kairoer Erklärung als Riesenerfolg. Doch Schultz konstatiert für die Zeit danach: »Ein Unbehagen und eine gewisse Sprachlosigkeit prägen die Auseinandersetzungen [...] seit Mitte der 1990er Jahre« (19). Die Sprachlosigkeit ging so weit, dass eine in Peru wenige Jahre nach Kairo durchgeführte Sterilisationskampagne, bei der etwa 300 000 Frauen und 20 000 Männer mehr oder weniger gewaltsam und ohne Rücksicht auf ihre »informierte Zustimmung« sterilisiert worden waren, von der internationalen feministischen Gesundheits-NGO-Szene kaum zur Kenntnis genommen wurde. Verf. stellt dieses Schweigen in einen Zusammenhang mit dem in Kairo erzielten Konsens zwischen Frauengesundheitsorganisationen und den internationalen Bevölkerungsagenturen und analysiert präzise dessen bis heute reichende bevölkerungspolitische Wirksamkeit. Ihren Schwerpunkt legt sie dabei auf antinatalistische, also auf Reduktion bzw. Verhinderung von Geburten ausgerichtete Bevölkerungspolitiken und v.a. auf den Diskurs um Müttersterblichkeit, der sich als zentrales Scharnier der Verbindung der Forderung ›weniger Geburten‹ mit der Losung ›mehr reproduktive Rechte‹ verstehen lässt.

Schultz verbindet zwei ansonsten meist getrennt gedachte (staats-)theoretische Perspektiven: Zum einen begreift sie Bevölkerungspolitik in Anlehnung an Poulantzas und Gramsci als komplexes hegemonierelevantes Konfliktfeld. Zum anderen zieht sie für die genauere Bestimmung der in diesem Feld wirksamen Eigenlogik die Biomachtkonzeption Foucaults, postkoloniale Theorieansätze sowie die Debatte um Gouvernementalität hinzu. Durch diese Zusammenführung gelingt es ihr, den Zusammenhang zwischen der auf die reproduktive Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zielenden bevölkerungspolitischen Regierung von Individuen einerseits und der ›NGOisierung‹ sozialer Bewegungen im Rahmen der Internationalisierung von Staatlichkeit andererseits aufzuzeigen. Deutlich wird, inwiefern internationale Bevölkerungspolitik nach Kairo als hegemoniales Projekt zu verstehen ist, das die Arbeit internationaler Frauengesundheitsnetzwerke ebenso in sich aufnimmt, wie es diese zugleich transformiert. Im Zentrum stehe dabei die Vision eines (supra-)staatlich beförderten individuellen ›Empowerments‹ von Frauen, das zugleich der Abwendung der vermeintlichen globalen demographischen Katastrophe zuspiele. Auf der Ebene individueller Gesundheitspolitik werden dafür neomalthusianische Ziele wie die Selektion der als unerwünscht geltenden ›Überbevölkerungen‹ in Verhaltensimperative übersetzt: »Es ist [...] Clou des Post-Kairo-Diskurses, auf der Harmonie individueller und makrodemographischer Interessen und Ziele zu bestehen.« (187) Der Untermauerung dieser Harmonie arbeitet auch, wie Verf. nachweist, die Kategorie ›Gender‹ zu, deren Siegeszug durch die bevölkerungspolitischen Programme die Existenz eines globalen Kollektivsubjekts Frau konstruiert und dabei nach wie vor wirksame menschenökonomische und rassistische Dimensionen von Bevölkerungspolitik tendenziell unsichtbar werden lässt.

Die theoretische und politische Relevanz dieser Studie reicht weit über den konkreten Untersuchungsgegenstand Bevölkerungspolitik hinaus. Am Ende artikuliert Verf. die Hoffnung, dass eines Tages weltweit offene gesellschaftliche Debatten über die unterschiedlichen Praxen, ohne oder mit Kindern zu leben, möglich werden, und zwar, »ohne sie zur Frauenfrage zu erklären und ohne auf idealisierende Projektionen zu Mutterschaft oder Mütterlichkeit zurückzufallen« (333). Wer eine solche Debatte führen und entsprechende neue politische Praxen entwickeln will, sollte diese Arbeit kennen.

Stefanie Graefe (Hamburg)

Degener, Ursula, u. Beate Rosenzweig (Hg.), *Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit. Feministische Analysen und Perspektiven*, Bd. 18: Politik und Geschlecht, VS, Wiesbaden 2006 (364 S., br., 49,90 €)

Das Buch ist Bestandsaufnahme der jüngsten Geschichte feministischer Theorie, der Neubestimmung ihrer theoretischen Position als eine Form der Gesellschaftskritik, als politische Theorie. Es geht um 1) Umverteilung, Anerkennung und Partizipation als Dimensionen sozialer Gerechtigkeit in feministischer Perspektive, 2) um den »social (re)turn« in feministischer Theorie und Praxis, einer Rückkehr zur sozialen Frage, 3) um subjektive Ungleichheitserfahrungen als Grundlage für universalistische Gerechtigkeitsprinzipien und 4) um einen transnationalen Feminismus als politische Perspektive. – Als Antwort auf die neoliberale kapitalistische Globalisierung kam es zu einer Wende, die Nancy Fraser zufolge die Einseitigkeiten des Ökonomismus ebenso überwinden konnte wie die entpolitisierten Formen einer Politik der Anerkennung (49). Es geht um eine Neubestimmung des Konzepts sozialer Gerechtigkeit, um den Zusammenhang von Geschlecht und Armut (Lister, 53) und die Grenzverschiebung des Politischen durch die neoliberale Reorganisation des Staates.

Einen Impuls zur Destabilisierung des politischen Imaginären des (westlich orientierten) Feminismus gibt die theoretische Perspektive des Postkolonialismus (Castro Varela, 97), die noch einmal deutlich macht, dass das »Wir Frauen« lange nur eine Minderheit von Frauen einschloss. Die Situation der Migrantinnen, die als »Arbeitskräfte ohne Dokumente« besser gestellten Europäerinnen die Reproduktionsarbeit abnehmen, zeige, dass Macht- und Herrschaftsverhältnisse ökonomische, kulturelle und Geschlechterverhältnisse in allen Dimensionen durchdringen. Die Analyse der »Multiplizität« von Unterdrückungsverhältnissen ist unter dem Schlagwort »Intersektionalität« als neuen Versuch, den Zusammenhang von Rasse, Klasse und Geschlecht zu denken, neuerlich ins Zentrum feministischer Aufmerksamkeit gerückt (102).

Die neoliberale Behauptung von der segensreichen Wirkung der Liberalisierung der Märkte, so Brigitte Young (152), stützt sich auf Statistiken aus manipulierten Daten der Weltbank. Tatsächlich sind Frauen von der neoliberalen Transformation der Weltgesellschaft besonders negativ betroffen. Im Rahmen der WTO-Konferenz in Cancún wurde die Einführung einer »Gender Agenda« diskutiert, die aber bei der Mehrheit der Frauen auf Skepsis stieß. Für Young geht es dagegen um die Verknüpfung einer feministischen Makroökonomie mit den Menschenrechtsdiskursen. Die negativen Folgen der Globalisierung beschränken sich nicht auf die Länder des Südens, sie sind ebenso dramatisch für die des Ostens Europas, deren Integration in die EU mit einem hohen Preis verbunden ist (Barendt, 165): Verunsicherung und Informalisierung der Beschäftigungsverhältnisse, niedrigste Löhne, Verdrängung der Gewerkschaften. Von der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse sind besonders Frauen betroffen, speziell in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Die Umsetzung des unterm Vorzeichen der Gleichstellung von Männern und Frauen auf EU-Ebene eingeführten »Gender Mainstreaming« (GM) fügt sich widerspruchlos der neoliberalen Transformation ein. In Europa trat der Wettbewerbsstaat an die Stelle des fordistischen sozialstaatlichen Modells; Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Privatisierung führten das europäische Integrationsprojekt in die Krise. Die neue Vorstellung von Geschlechtergerechtigkeit im Sinne des »GM« setze Beteiligung an die Stelle von Umverteilung, reduziere aber bestehende Geschlechterungleichheiten auf eine Frage des Bewusstseins; geschlechtsspezifische Zuschreibungen werden entpolitisiert. Die identitätspolitisch orientierte Stoßrichtung von »GM« führe schließlich zur Naturalisierung von Geschlechterdifferenzen (210).

Clarissa Rudolph (219) und Helga Ostenhof (259) schreiben zur Arbeitsmarktpolitik von Hartz I-IV. Der Trend zur Familiarisierung von Solidarität gehe weitgehend auf Kosten der Frauen und verfestige die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Die Schatten der Prekarität fallen auch auf die Bedingungen der sog. Normalarbeit in unbefristeten Arbeitsverhältnissen. Auf Basis des allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes wäre es Aufgabe des Sozialstaats, auch Frauen die individuelle Existenz zu sichern und eine Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Die deutsche Realität bleibt dabei hinter der in den EU-Leitlinien geforderten Erhöhung weiblicher Erwerbsbeteiligung weit zurück. Das schlägt sich besonders in den Regelungen zu Familien- und Pflegearbeit nieder (Auth, 341). – Als Antwort auf die weltweiten Veränderungen der Lebensverhältnisse von Frauen und der arbeitenden Menschen sei das Buch den Zweiflern am feministischen Projekt besonders empfohlen.

Elisabeth List (Graz)

Holzer, Boris, *Netzwerke*, transcript, Bielefeld 2006 (128 S., br., 12,50 €)

Böse Zungen führen die überbordende Konjunktur des Begriffs »Netzwerk« in den Sozial- und Kommunikationswissenschaften auf die Erfahrung zurück, dass sich neben und über den regulären demokratischen Institutionen der Macht informelle Strukturen (»Netzwerke« eben) gebildet haben, die ökonomische Macht politisch transformieren und demokratische Kontrolle aushebeln. Wo wird Schul- und Hochschulpolitik gemacht, wenn nicht in den »Netzwerken« der Bertelsmann Stiftung? Und wer etwas über die Quellen us-amerikanischer Machtentfaltung erfahren möchte, tut gut daran, nicht die amerikanische Verfassung zu studieren, sondern den Aufbau der Machtcliquen, von denen die Positionen der Vorder- und der Hinterbühne besetzt werden. Indessen führt das »Netzwerk« nicht nur mafiose Konnotationen mit sich. Es transportiert zugleich den emanzipatorischen Mythos von der Kraft informeller, offener und lockerer Zusammenschlüsse gegen starre bürokratische Institutionen. Auch Attac (und zahllose andere Gruppierungen, die sich früher vielleicht »Bürgerinitiativen« oder »Basisgruppen« genannt hätten) laufen heute unter dem Namen »Netzwerk«. Offenbar funktioniert das »Netzwerk« auch als impliziter, egalitärer Gegenbegriff zur Welt der hierarchischen und bürokratischen Institutionen und bündelt insofern für die öffentliche Kommunikation Gehalte, die von der organisierten Kriminalität bis zur Globalisierungskritik reichen. Die folgenreiche und hoch plausible Kommunikationsverdichtung durch das Internet tut ein Übriges, um »Netzwerk« in ein modernes Zauberwort zu verwandeln.

Eine kompakte Einführung in die Soziologie der »Netzwerke« legt Holzer vor. Er umreißt die Bandbreite der sozialen Beziehungen, die unter dem Ausdruck geführt werden. Sie reicht von den Beziehungen des Einzelnen zu Freunden, Bekannten und Arbeitskollegen (»nette Netzwerke«) über das, was die Soziologen mit Bourdieu als »soziales Kapital« bezeichnen (»nützliche Netzwerke«) bis hin zu korrupten Formen der Vernetzung, die eine offizielle Ordnung zugleich voraussetzen und unterlaufen (»Netzwerke mit Nebenwirkungen«). Verf. präsentiert die Konzepte der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung (Social Network Analysis, SNA) und stellt sie in die Traditionen der relationalen Soziologie, für die von vornherein die Beziehungen der ›Stoff‹ des Sozialen sind (Simmel, von Wiese). Zu einem genuinen Forschungsprogramm kann diese Tradition aber erst in der Kopplung mit mathematischen Modellierungsverfahren werden. Der Blick in die Werkstatt der Netzwerkanalyse zeigt, dass es hier vor allem um Heuristiken und Modelle geht, mit denen faktische Kommunikationskanäle erhoben, mathematisch modelliert und mit der ›offiziellen‹ Ordnung (z.B. in einer Organisation) verglichen werden können.

Weitergehende theoretische Ansprüche werden insofern mit dem Netzwerkbegriff nicht verknüpft. Soll trotzdem aus der Heuristik eine Theorie werden, dann muss geklärt werden, worauf sie sich beziehen soll. »Wer nach allen Seiten offen ist, kann bekanntlich nicht ganz dicht sein« (73). Wenn alle sozialen Beziehungen »Netzwerke« bilden, ist der Begriff überflüssig und nimmt lediglich bestehende Differenzierungen zurück. Verf. präsentiert einen stärker handlungs- und konstitutionstheoretischen Ansatz (Harrison White) und einen eher systemtheoretischen. Die üblichen Fronten der Sozial- und Kommunikationswissenschaft scheinen sich somit auch bei den »Netzwerkern« zu reproduzieren.

»Identität« ist der Leitbegriff in der relationistischen Netzwerklehre von Harrison White. Als »Adressen« in Netzwerkstrukturen sind »Identitäten« deren Produkt, nicht deren Urheber. Sichtbar werden sie zunächst im Bedürfnis nach sozialer Verortung, Kontrolle und Erwartungssicherheit (»social footing«, in Anlehnung an Erving Goffman). Die zweite Facette der »Identität« liefert das »soziale Gesicht« der Zugehörigkeit, Funktion, Position, mit der Teilnehmer in Kommunikationen eintreten. Diese Facette ist unschwer als interaktionistisch dynamisiertes Erbe von »Rolle« und »Status« zu erkennen. Die dritte Facette der »Identität« schließlich entsteht aus den Kreuzungen und Friktionen multipler (offizieller und informeller) Zugehörigkeiten, die kommunikativ koordiniert werden müssen. Sie erscheint vor allem in »unwahrscheinlichen« Handlungen. Zeitdiagnostisch gilt die zunehmende Möglichkeit der »Entkopplung« solcher (potenziell konfliktträchtigen) Netzbindungen als typisch für moderne Gesellschaften. Traditionell formuliert: Von einer Rolle oder Identität einer Person gibt es keinen Zugriff auf deren übrige Rollen und Identitäten (85). Durch Überschneidung solcher Kreise wachsen aber im Gegenzug auch die Anforderungen an die kommunikative Engführung divergierender Erwartungen und Identitäten.

In systemtheoretischer Perspektive stellt sich die Frage, was Netzwerke, außer ihrer konnotativen Habe, von den anderen Formaten der Systembildung (Interaktion – Organisation – Gesellschaft) unterscheiden soll. Gibt es einen spezifischen Typ kommunikativer Ordnung, den man als »Netzwerk« etwa von anderen Systemen sachlich und terminologisch abteilen sollte? Der theoretisch interessanteste Vorschlag ist wohl, Netzwerke durch den »reflexiven Umgang mit Adressen« von anderen Systembildungen zu unterscheiden (96). Was heißt das? Funktionale Systeme verknappen Sinnverweisung auf ihren spezifischen Code. Kommunikationen hingegen, die von vornherein auf »Polyinklusio« ihrer Adressaten setzen, indem z.B. das Management den Mitarbeiter auch als »verantwortlichen Bürger«, die Werbung den Konsumenten als »Umweltschützer« oder das Recht den Angeklagten als »homo oeconomicus« anspricht (wie bei der Legalisierung von »deals« zwischen Anklage und Verteidigung), zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Errungenschaften funktionaler Differenzierung zugleich voraussetzen und gezielt unterlaufen. Der Charme dieses Vorschlags liegt auch darin, dass er die erfahrungswidrigen Annahmen über die »funktionale Differenzierung« von Anfang an relativiert: Als ob es jemals in den Wissenschaften nur um »Wahrheit« gegangen wäre und nicht auch um Macht, Reputation und Geld. Neu ist hingegen das bewusste Kalkül mit der Polyinklusio, das allenthalben in die »funktional ausdifferenzierten« Systeme einzieht.

Die Netzwerkmetaphorik ermöglicht sichtlich Reformulierungen (durchaus auch heuristisch produktive Reformulierungen!) sozialer Ordnungsprobleme auf einem »mittleren« Niveau – zwischen individueller Sinnggebung und »objektiver« Systemarchitektonik. Insofern erlaubt sie es, zugleich die interaktionistische und »ethnomethodologische« Perspektive weiterzuführen, die alle Ordnungsprobleme radikal in das Hier und Jetzt verlegt, wo sie von den Akteuren gelöst werden müssen, und zugleich präsent zu halten, dass

die Ressourcen der kommunikativen Ordnungsbildung nicht ›vor Ort‹ produziert werden. Als eine theoretisch sinnvolle und nützliche Domäne der Netzwerkforschung, so das Fazit Holzers, könnten sich diejenigen Kommunikationen etablieren, in denen gesellschaftliche ›Teilbereiche‹ dadurch verknüpft werden, dass Mehrfachzugehörigkeiten der Adressaten systematisch und reflexiv genutzt werden. Das ist es übrigens auch, was Bürgerinitiativen und mafiose Netzwerke miteinander gemeinsam haben. Der blinde Fleck der Netzwerkanalyse – und damit schließt das Buch – ist die Einwegkommunikation der Massenmedien. Die dort produzierten Sinn- und Deutungsmuster liefern den Netzen Stoff und Ressourcen, füttern Anschlusskommunikation und perfektionieren das Geschäft der Vielfachinklusion ihrer Adressaten. Aber mangels Interaktivität bilden sie selbst keine Netzstrukturen mit ihren Nutzern.

Clemens Knobloch (Siegen)

Rena Tangens, padeluun (Hg.), *Schwarzbuch Datenschutz. Ausgezeichnete Datenkraken der BigBrotherAwards*, Nautilus, Hamburg 2006 (188 S., br., 13,90 €)

Spektakuläre Fälle von Datenmissbrauch haben in Teilen der Bevölkerung zu einer stärkeren Sensibilisierung geführt, dass an allen möglichen Orten Profile über sie existieren, die ihre Kreditwürdigkeit, ihre Terroraffinität oder ihr Einkaufsverhalten einordnen. Andererseits existiert kaum Protest gegen Datenmissbrauch, geben Menschen bereitwillig ihre privaten Daten inklusive Sexgewohnheiten, Konsumverhalten, finanzieller Lage heraus, wenn sie im Gegenzug dafür kleine Preisnachlässe erhalten. Auch gegen die immer neue Grenzen überschreitende staatliche Schnüffelei weiß man wenig vorzubringen: Man hat ja nichts zu verbergen. Die Relevanz persönlicher Daten wird vielfach nicht sehr hoch, das Ausmaß des Handels mit und Missbrauchs von Daten zu niedrig eingeschätzt. Häufig werden Kunden getäuscht. Die Formulierung »Ihre Daten werden keinen unberechtigten Dritten zugänglich gemacht« beruhigt vielleicht, schließt jedoch den ›berechtigten‹ Verkauf der Daten an Unternehmen der Werbeindustrie oder der Kreditbranche nicht aus. Gelegentlich landen Kundendaten in kommerziellen Adressdatenbanken, wie z.B. die Daten der Online-Kunden von Tchibo.

Häufig vollziehen sich diese Vorgänge vollkommen hinter dem Rücken der Betroffenen. Welche Folgen die riesigen Datenbestände zeitigen können, zeigt sich erst dann, wenn Menschen plötzlich Leistungen verweigert bekommen, z.B. durch Krankenkassen (übermäßiger Zigarettenkonsum, Rindfleischkauf zu BSE-Zeiten?), Behörden (Reisewerker gekauft?) oder Banken und Versicherungen (zu geringes Einkommen?). Die größten Konsequenzen werden die staatlichen Datenbanken haben, die immer stärker mit privaten Daten angereichert werden (z.B. Telekommunikationsdaten). Dabei wird das juristische Prinzip der Unschuldsannahme zunehmend aufgeweicht. In Zukunft sollen Computer aufgrund riesiger Datenbanken berechnen, wer potenzieller Terrorist, Amokläufer oder Staatskritiker ist.

Um Aufklärung in Sachen Datenschutz und private und staatliche Kontrollübergriffe bemühen sich die Initiatoren und Trägerorganisationen der seit 2000 vergebenen deutschen »Big Brother Awards«. Zur Jury gehören überwachungskritische Organisationen wie der Verein *foebud*, in dem die Hg. organisiert sind. Die unrühmlichen Preise werden in verschiedenen Kategorien vergeben, darunter »Lebenswerk«, »Kommunikation« und »Gesundheit und Soziales«. Der kurz vor der Vergabe der Preise des Jahres 2006 erschienene Band versammelt ›Laudationes‹ für Preisträger der letzten sechs Jahre und zeichnet nach, in welchem Maß und mit welcher Skrupellosigkeit Daten erhoben und genutzt werden. Bekanntere Beispiele sind die Bundesagentur für Arbeit (Fragebogen

zum ALG II), Lidl (Videoüberwachung des Personals), Metro (versteckte Schnüffelchips in Waren und Kundenkarten) oder Otto Schily (Lebenswerk). Der Band dokumentiert ferner die auf die öffentliche Brandmarkung folgende Entwicklung. Verbesserungen gibt es kaum. Es dominieren Versuche, die Kritik zu verbieten oder zu delegitimieren, sowie weitere Verschärfungen. Zwar rückt der BigBrotherAward einzelne Institutionen in den Mittelpunkt, die Erosion des Datenschutzes ist jedoch ein allgemeines Phänomen. Ob sich dieser Trend aufhalten lässt, scheint fragwürdig. Gegenhandeln erfordert Kenntnisse, wie sie in diesem nützlichen Band geliefert werden.

Marco Tullney (Berlin)

Soziale Bewegungen und Politik

Fabio, Udo di, *Die Kultur der Freiheit. Der Westen gerät in Gefahr, weil eine falsche Idee der Freiheit die Alltagsvernunft zerstört*, C.H. Beck, München 2005 (295 S., geb., 19,90 €)

Das Buch des Bundesverfassungsrichters di Fabio wurde mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Zum einen, weil er als Arbeiterkind, Enkel italienischer Einwanderer und Absolvent des zweiten Bildungsweges als Beispiel für die Erfolgsmöglichkeiten des deutschen Bildungssystems gehandelt wurde. Zum anderen, weil das dicht gedrängte – allein das Inhaltsverzeichnis umfasst 17 Seiten –, eine Vielzahl von Themen erörternde Plädoyer für eine »neue bürgerliche Epoche« (VII) eine Leerstelle füllt, die die Fixierung der konservativen Parteien aufs Diktat ökonomischer »Sachzwänge« geschaffen hat. Der kontroverse Beitrag zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen gilt wahlweise als »Großessay eines streitlustigen Konservativen« (*Merkur*), »konservatives Manifest« (*Blätter f. dt. u. intern. Politik*) oder »Sachbuch des Jahres« (*FAZ*). Tatsächlich markiert Verf. einen Positionswechsel im konservativen Diskurs. Waren die gesellschafts- und kulturkritischen Schriften der Rechtsintellektuellen hierzulande zumeist von einem elegischen Tonfall und einer Ferne zum tagespolitischen Geschäft getragen, besticht Verf. mit einer Häufung von Vokabeln wie »Lebensfreude«, »Kraft« und »Vitalität«, die sein politisches Programm grundieren sollen. Statt Skepsis und unterkühlte Distanz zu kultivieren, plädiert er für tätige Mitwirkung am Umbau des Sozialwesens, für die Stärkung von Arbeit, Nation, Familie und Religion. Er legt jedoch keinen großen systematischen Entwurf vor, sondern handelt höchst umfassende Themen äußerst fragmentarisch ab. Den Ausführungen zur »Verdrängung des individuellen Todes« (27) folgt eine Kritik der »Diskreditierung der Familie« (31), ergänzt um Gedanken zu »Logik und Paradoxien der Freiheit« (71) usw. Ob »Humanismus der Renaissance als Quellcode des modernen Wertesystems« (13) oder »Kapitalismuskritik als Startschuss für die globalisierte Wirtschaft« (40) – Dutzende voraussetzungsreicher Grundsatzfragen unterschiedlichster Art werden mit wenigen Zeilen bedacht. Neben dem eigenwilligen, von stupender Gelehrsamkeit zeugenden Stil bleibt Verf., ein Schüler der »soziologischen Aufklärung« Niklas Luhmanns, in seinen Ausführungen zur »sich positiv bindenden Freiheit« (92) und zum Wertekanon des »Westens« – der hier als raumübergreifende Kategorie verstanden wird – vergleichsweise konventionell. Anders als Luhmann jedoch will er nicht nur die Beschreibung der in einzelne Subsysteme und Funktionsträger auseinandergelegten Gesellschaft verbessern, sondern entschieden auf die politischen Verhältnisse einwirken. Bezeichnend ist das Vertrauen in den *homo oeconomicus* und die nachdrückliche Verteidigung von Unternehmergeist und Privateigentum, die di Fabio als liberalen »Modernisierer« anstatt als Sozialkonservativen ausweisen.

Unter der Überschrift »Die Identität der Deutschen im Banne ihrer Geschichte« (195ff) offenbart sich ein irritierendes Geschichtsbild, das kaum über die Perspektiven der Nachkriegszeit hinausgeht, die Ergebnisse jüngerer historischer Studien ignoriert und teilweise einer Karikatur der Sprache des »hilflosen Antifaschismus« gleicht. In einer personalisierenden, politische Interessen, sozioökonomische Triebkräften und Kausalzusammenhänge weitgehend ausklammernden, auf das Führerprinzip beschränkten Interpretation des NS-Systems gelangt Verf. zur Schlussfolgerung, die Deutschen seien »in weiten Teilen mit allen Mitteln moderner Propaganda verführt und belogen worden« (205). Diese dichotome Entgegensetzung von »Volk« und »Führer« – der u.a. als »brutal-charismatischer Komödiant«, »roher Lügner« und »größenwahnsinniger Dilettant« (202) charakterisiert wird – bildet das Leitmotiv einer Verführungstheorie: »Aus der Sicht Hitlers war die ›Volkspolizei‹ eine zu verführende Frau, die man mit Komplimenten, schönen Versprechungen und dem betörenden Bild von bürgerlicher Idylle lockt« (205). Damit argumentiert di Fabio gegen Erklärungsversuche, die den Nazismus als Konsequenz deutscher Kontinuitäten begreifen, und beschreibt die NS-Elite als Gegenbild zur deutschen Kulturnation: »Hitler war kein Deutscher, nicht etwa weil er österreichischer Herkunft war, sondern weil er kein Jota vom Anstand des preußischen Staatsdieners, weder Heimatgefühl noch Lebensfreude des bayerischen Katholizismus besaß, keinerlei Neigung für Fleiß und harte Arbeit, keinen Sinn für deutsche Lebensart, bürgerliche Vorlieben und christliche Traditionen. Er war nur ein verkleideter Deutscher, ein entwurzelter Gaukler aus der Gosse, der alle Energien des Volkes und dessen kulturelles Vermögen aufsog und gleichgültig die Vernichtung der ihm Ausgelieferten hinnahm.« (207) Kein plausibler Hinweis findet sich, warum weder die preußischen Staatsdiener noch die Anhänger des lebensfrohen bayerischen Katholizismus sich der in Gang gesetzten Mordmaschinerie verweigerten, sondern sich mehr oder weniger begeistert zu ihr drängten. Zur Erklärung reicht der Verweis auf die Verführungskünste des »Dämon« (202) Hitler. Identitätspolitisch zielt di Fabio damit auf die Wiederherstellung einer affirmativen nationalen Erzählung, die nicht ihre »Verfehlungen« in den Mittelpunkt rückt: »Die Seele der Deutschen muss endlich wieder den Kern und nicht die Verirrung seiner Nationalgeschichte in den Mittelpunkt einer optimistischen Selbstgewissheit rücken.« (220) Dies soll der Erinnerung an die »dunklen Seiten der eigenen Geschichte« (ebd.) dienen: »Dem Volk, das nicht Lachen kann, wird man die Tränen nicht abnehmen« (ebd.). Die Ausführungen zur »Identität der Deutschen« münden in eine apologetische Darstellung der Ära Adenauers mit ihrem »rastlosen Fleiß« (211) sowie einer Beschwörung der »preußischen Variante der Aufklärung« (222), während die Kritik an diesen Epochen auf den irreführenden moralischen Furor der Protestbewegung zurückgeführt wird.

Verfehlt wäre es, Verf. nur als künftigen Großintellektuellen der bürgerlichen Parteien zu sehen. Vielmehr bleibt er – etwa in seiner kritischen Position zum Kosovo-Krieg – ein eigenständiger Kopf, der Stichworte und Themen für den konservativen Grundsatzdiskurs liefert. Dieser geht bei Verf. einher mit einer Rhetorik des Wandels, die das klassische konservative Paradigma von der Begründungspflicht des Neuen in Ökonomie und Sozialpolitik in Frage stellt, gleichzeitig aber die traditionellen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft normativ überhöht. Auf das Spannungsverhältnis zwischen der Förderung von (Lohn-)Arbeit, Familie, Religion und Nation sowie einer marktwirtschaftlichen Freiheit, die deren Grundlage unter Bedingungen verschärfter Weltmarktkonkurrenz ins Schwanken bringt, hat Verf. keine befriedigende Antwort. Diese gegenläufigen Tendenzen zu untersuchen, wäre jedoch ein Kernthema modernen konservativen Denkens.

Richard Gebhardt (Aachen)

Zusatz: Die Antwort di Fabios auf die neoliberale Zersetzung zentraler normativ-ontologischer Grundpfeiler des Konservatismus (Familie, Religion, Nation) ist sicherlich nicht sozialkonservativ, dafür entspricht sie einem anderen klassischen Konservatismustypus. Im Kern ist er sich mit Huntingtons (Links-)Liberalismuskritik darin einig, Familienpolitik, Wertebekennnisse und Patriotismus als ideologische Korrektive zum Neoliberalismus und gleichzeitige Gärungsmittel eines konsequenten nietzscheanischen Nationaldarwinismus zu propagieren. In dessen Rahmen soll die zu homogenisierende und dabei zumindest in Teilen zu enthedonisierende »Schicksalsgemeinschaft Deutschland« (so er selbst!) den in den 1970er Jahren begangenen Fehler beheben. Den Fehler sieht er darin, dass man mit sozialliberalem Gefühlsdusel die deutsche Wettbewerbsfähigkeit schwächte, statt sich energisch in den internationalen Standortkrieg zu stürzen. Nur wenn dieser »Effeminierung« Deutschlands Einhalt geboten werde, sei der gesamtgesellschaftliche Abstieg abzuwenden.

Di Fabios Nietzscheanismus bietet Anknüpfungspunkte für die »spontane Jedermannsphilosophie« (Gramsci) einer in der Krise sozialisierten Generation (Jahrgänge 1983ff), deren potenzieller humanistischer Idealismus nicht zuletzt durch die sieben rot-grünen Jahre und das darin manifestierte endgültige Scheitern des »Weltverbesserungsprojekts« von 1968 einem desillusionierten, »entnaivierten« und sozialdarwinisierten Pragmatismus gewichen ist, der vom hegemonialen technokratischen Verständnis von Ökonomie und Politik noch verstärkt wird. Wäre da nicht die diskursive Öffnung und damit Repolitisierung der deutschen Diskussion als Folge des Aufstiegs der Linkspartei und der von ihr erwirkten historischen Transformation der deutschen Parteienlandschaft, so hätte dieser logische Schluss aus dem Scheitern der realexistierenden deutschen Linksregierung unterm Neoliberalismus eine enorme Anziehungskraft entfalten können. Denn während die Generation 1977ff, die noch im scheinbar krisen- und ideologiefreien Kontext des *New-Economy*-Booms heranreifte, noch davon ausging, mit Bildung den Schlüssel zum gesicherten Arbeitsverhältnis und liberalen Konsumindividualismus der Eltern, mithin den sozialen Voraussetzungen des Humanismus, in der Hand zu haben, darf die Generation 1983ff erwarten, dass es ihr als erster Nachkriegsgeneration schlechter gehen wird als ihren Eltern. Während die Gymnasiastengeneration 1977ff noch für Schopenhauer (»Grüne«) optierte, tendiert deren leistungswilliges Gegenstück der 1983ff-Generation zu Nietzsche (»FDP«). Verstanden hat diesen Bewusstseinswandel unter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz von morgen Guido Westerwelle, wenn er im Bundestagswahlkampf 2005 sagte, dass man es sich angesichts der Lage am Arbeitsmarkt nicht mehr leisten könne, wandernde Frösche von einem Straßenende zum anderen zu tragen. Das Auslaugen und der schale Nachgeschmack des konsumindividualistisch transformierten Emanzipationsversprechens von 1968 wirkt mit der Heteronomieverfälschung im Zeichen des Neoliberalismus darin zusammen, ein Bedürfnis nach beständigen Werten zu verstärken und gleichzeitig einem Konservatismus zuzuarbeiten, der an die rechte Opposition zur Weimarer Republik erinnert. Manches hat den Anschein, als kehrten Teile der Generation 1983ff just mit Spenglers *Der Mensch und die Technik* im Tornister und seinem *amor fati* im Gefühl aus dem Ersten Weltkrieg zurück. Dass di Fabio dieser Gefühlslage eine Sprache und einen Deutungsrahmen anbietet, macht das Gefährliche seines Buches aus.

Ingar Solty (Toronto)

Weizsäcker, Ernst Ulrich von, Ulrich Petschow u. James N. Rosenau (Hg.), *Governance and Sustainability: New Challenges for States, Companies and Civil Society*, Greenleaf, Sheffield 2005 (245 S., Ln., 65,90 €)

Im ersten Teil werden die Instrumente einer nicht staatsgebundenen Regierungskunst auf dem Felde einer ›Politik der nachhaltigen Entwicklung‹ reflektiert: Durch diese in Rio 1992 verabredete Politik sollte den Völkern des globalen Südens eine Hoffnung auf materielle ›Entwicklung‹ gegeben werden, also einen fairen Anteil an der Entwicklung der Produktivkräfte menschlicher Arbeit, ohne dass dies zu einem ökologischen Kollaps führen würde. Unausgesprochen war dabei unterstellt, den ›führenden Industrieländern‹ weiterhin uneingeschränkten Zugriff auf die Naturressourcen des Südens zu gewähren. Zugleich blieb die Voraussetzung fürs Gelingen einer derartigen ›Erdpolitik‹, der Umbau in eben diesen ›führenden Industrieländern‹, ausgeschlossen. Von diesen – ganz zu schweigen von den Problemen, welche die kapitalistische Produktionsweise und die imperialen Hegemoniepraktiken hervorbringen – können die Hg. und auch Martin Khor aus Malaysia, als Sprecher eines Dritte-Welt-Netzwerkes, im Rahmen des UNO-Diskurses dieser offiziellen Politik allerdings nicht reden. Denn darin sind, unter der Prämisse eines offenen Dialoges zwischen ›gleichen und freien‹ souveränen Staaten, alle Herrschaftsverhältnisse insofern unsichtbar, als sie eine ›innere Angelegenheit‹ darstellen, in die jede ›Einmischung‹ verboten ist.

Rosenau kommt aufgrund des »patchwork«-Musters globaler Gouvernanz, was hier v.a. eine Zusammenfassung von inkompatiblen Teilaspekten bedeutet, welche durch »strukturelle Zwänge und begriffliche Blockaden« (37) unbehandelt bleiben, zu einer »düsteren Beurteilung« (35). Die anderen Autoren versuchen Gründe für Hoffnung zu finden: Petschow umreißt die Problematik neuer Formen der Gouvernanz als möglicher Reaktionen auf die Verringerung der Kontrollmöglichkeiten von Regierungen aufgrund der Globalisierung der Ökonomie und interpretiert die mageren Ergebnisse des Gipfels von Johannesburg (2002) in diesem Licht: Neben die begrenzten Möglichkeiten der Regierungszusammenarbeit müssten andere Akteurstypen treten, damit überhaupt »Prozesse entwickelt werden können, um nachhaltigere Strukturen zu erreichen« (59). Von Weizsäcker träumt kurz von einer »neuen industriellen Revolution« (63), die bisher durch die marktgesteuerte Globalisierung verhindert wurde und auf Japan als Modell verweist. Khor knüpft an die *Millennium Development Goals* der UNO an, um zu diskutieren, wie sich die von den internationalen Agenturen durchgesetzten Modelle der Wirtschaftspolitik auf die einzelnen ›Entwicklungsländer‹ auswirken. Seine Reformvorstellungen im Sinne einer selektiven Weltmarktintegration postulieren eine ›pragmatische Haltung‹ der Entwicklungsländer gegenüber dem bisher weltweit durchgesetzten Konsens von Washington (Marktöffnung + Orientierung auf private Investoren aus dem Ausland + finanzielle Deregulierung). Das schließt eine detaillierte Kritik an der WHO ein, die die Handlungs- und interne Entwicklungsfähigkeit der Entwicklungsländer einschränkt.

Im zweiten Teil werden »Querschnittsfragen« diskutiert. Die Themen »soziales Lernen« (Bernd Siebenhüner), »komplexe Innovationssysteme« (K. Matthias Weber), »Gender-Mainstreaming« (Claudia v. Braunmühl) oder die Nachhaltigkeitspolitik der EU (Angela Liberatore) und Netzwerkprozesse in der globalen Nachhaltigkeitspolitik (Jan Martin Witte, Thorsten Benner, Charlotte Streck) zeigen Anknüpfungspunkte für neue Hoffnungen und Kämpfe. So verfolgt v. Braunmühl, inwieweit ›Gender-Mainstreaming‹ Demokratisierung fördern könne, und nennt Bedingungen für die Implementierung dieses Konzeptes und die Ausschöpfung seines Potenzials unter Einbeziehung der Kontroversen innerhalb des GM-Ansatzes sowie der Auswirkungen des neoliberalen Umbaus der

globalen Wirtschaft. Am Beispiel der Frauenorganisationen des ›globalen Südens‹ zeigt sie, dass deren Forderungen zur Veränderung der Makro-Ökonomie und -Politik auch in Europa aufgegriffen werden müssen. Da die neoliberale Globalisierung die sozialen Entwicklungsmöglichkeiten aushöhle und systematisch geschlechter-ungerechte Resultate erziele, müsse die Dimension von Geschlechter-Gerechtigkeit in alle kritischen Ansätze einbezogen werden. Liberatore diskutiert die Relevanz der Vorgaben der EU-Kommission für Partizipationsprozesse und wie diese legitimer und effektiver gestaltet werden können. Auch die Entwicklung von und Verfügung über Wissen müsse thematisiert werden, dies unter stärkerer Beachtung von ›Minderheiten-Sichten‹.

Der dritte Teil befasst sich mit den Akteuren, die innerhalb von ›global governance‹ auftreten, und den laufenden Veränderungen ihrer »Rollen«. Martin Jänicke umreißt die Herausforderung der Nationalstaaten und demontiert den Mythos eines globalen Verlustes von Gestaltungsfähigkeit: Insbesondere »states in concert‹ have expanded and co-ordinated their regulatory powers« (161). Jens Clausen sowie Kathrin Ankele und Ulrich Petschow setzen sich mit der Tendenz zu einer Ausweitung der Rolle ›freiwilliger Initiativen‹ in ›nachhaltiger Unternehmenspolitik‹ auseinander und kommen zu dem Schluss, dass diese eine »effective background control by institutions in society« voraussetzen (185). Sie plädieren für die Schaffung »mächtiger globaler Institutionen«, durch die derartige Verpflichtungen »zumindest für alle globalen Unternehmen« durchgesetzt werden können (ebd.). Mark Wade trägt dagegen aus der Perspektive von Shell International eine Binnenperspektive bei, die für eine Vertrauenslösung wirbt, bei der eine Kontrolle undenkbar wird. Ein UNEP-Abteilungsleiter, Cornelius T. van der Lugt, gibt einen kompetenten Überblick über den Entwicklungsstand des globalen Berichtswesens im Felde der Nachhaltigkeitspolitik, und Nicola Bullard führt in die Auseinandersetzung der global agierenden ›Nichtregierungsorganisationen‹ mit dem Prozess der UN-Gipfel ein und plädiert energisch dafür, auf allen Ebenen »Institutionen und Prozesse« aufzubauen, »welche Entscheidungen aus der unsichtbaren Hand des Marktes herausnehmen und sie in die sichtbaren Hände des Volkes legen« (218). Dieter Rucht fasst den Forschungsstand hinsichtlich des von der »Zivilgesellschaft« zu erwartenden Beitrags zur ›global governance‹ zusammen.

Mit ausführlichen Literaturverzeichnissen, Sachregister usw. böte der Band eine empfehlenswerte Einführung in ein Debattenfeld, das eine Zukunft verdient hätte. Denn ein Prozess der ›Nachhaltigkeit‹ kann überhaupt nur mit ›good governance‹ erreicht werden. Allerdings spricht einiges dafür, dass er eher als ein Mahnmal für einen Debattenstand fungieren wird, wie er vor Ausrufung des ›Weltkriegs gegen den Terror‹ schon einmal erreicht war.

Frieder Otto Wolf und Pia Paust-Lassen (Berlin)

Schlichte, Klaus, *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika*, Campus, Frankfurt/M usw. 2005 (329 S., br., 29,90 €)

Ausgangspunkt der Habilitationsschrift ist »das sich aufstauende Ungenügen des Verfassers«, des Leiter der Nachwuchsgruppe »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« an der Humboldt-Universität Berlin, »an der Beschränkung der Politikwissenschaft auf Phänomene westlicher, v.a. europäischer Politik« (7). Der Staat außerhalb der OECD wird in der gegenwärtigen *policy*-orientierten Forschung vor allem als zerfallen(d)er diskutiert. Eine theoretische Auseinandersetzung mit Staatlichkeit in der Dritten Welt findet kaum statt. Demgegenüber verfolgt Verf. das Ziel, einen konsistenten theoretischen Rahmen zu formulieren, um Entwicklung und Wandel staatlicher Herrschaft in Afrika, Asien und Lateinamerika zu beschreiben und zu erklären.

Die Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) sei als »Staatswissenschaft« (28) selbst Teil der Gouvernamentalität im Sinne Foucaults und schaffe dem sozialtechnologischen Staat seine legitimatorische Grundlage. Die konventionellen IB-Ansätze blendeten die Historizität und Gesellschaftlichkeit ihrer Gegenstände aus und könnten deshalb die Dynamik der Transformation von Macht und Herrschaft nicht fassen. Diese Lücke schließe der theoretische Ansatz der ›Weltgesellschaft‹, der auf Prozesse der weltweiten Ausbreitung bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung abhebt. Aufgrund ihrer Ungleichzeitigkeit verlaufen diese krisenhaft und konfliktiv zu traditionellen Gesellschaftsformen. Verf. versteht die Weltgesellschaft nicht als Wertegemeinschaft, sondern als widersprüchlichen Prozess der ungleichmäßigen Entfaltung einer kapitalistischen Moderne. Tradition und Moderne sind dabei »nicht als personal oder institutionell nachweisbare Dichotomisierung zu verstehen« (47), sondern als miteinander verschränkte subjektive Sinnbezüge und sich überschneidende institutionelle Logiken. Die Begriffe von Macht, Herrschaft und Staat entwickelt er im Anschluss an Elias, Weber, Bourdieu und Foucault. Herrschaft versteht er, Weber folgend, als institutionalisierte Macht, den Staat als Machtfeld, in dem ein ›Ideal von Staatlichkeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren umkämpft ist.

Staatlichkeit in der Dritten Welt analysiert Verf. in ihrer gewaltbezogenen, ökonomischen und symbolischen Dimension. Der Anspruch des Gewaltmonopols als zentrales Element von Staatlichkeit erscheint in Afrika, Asien und Lateinamerika überwiegend als koloniales Erbe, dessen Durchsetzung auf Widerstände traf und trifft. Aufbauend auf die Betrachtung von Polizei, Militär und innerstaatlichen bewaffneten Konflikten gelangt Verf. zu der Einschätzung, die Chancen einer baldigen »Monopolisierung der Gewalt durch den Staat« (181) in der Dritten Welt scheinen zu sinken und Herrschaft sich stattdessen zu internationalisieren. Der Befund hinsichtlich der Finanzierung dieser Staaten fällt ähnlich aus. Sie scheinen weniger über direkte Steuern als durch eine von kolonialen Kontinuitäten geprägte Weltmarkteinbindung finanziert sowie von den politischen Präferenzen der Geberländer und internationalen (Finanz-)Institutionen abhängig zu sein. Die Analyse der symbolischen Dimension staatlicher Herrschaft bezieht sich auf die Setzung und Durchsetzung von Recht als Kernelement von Staatlichkeit und dessen Legitimität. Letztere schließe dabei an ältere symbolische Formen wie Riten, Mythen und Religion an. Nach der Analyse von Anspruch und Wirklichkeit der Regulierung sozialen Alltags durch staatliches Recht in der Dritten Welt kommt Verf. zu dem Schluss, dass die »Befunde über die Rolle staatlichen Rechts keineswegs einheitlich sind« (224). Dessen Verstaatlichung erscheint prekär. Insgesamt sei die Institutionalisierung von Macht in Afrika, Asien und Lateinamerika unabgeschlossen; Herrschaft sei instabil und unzulänglich, »oft löst sich bei näherer Betrachtung die behauptete Herrschaft in bloße Machtbeziehungen auf« (276). Das heißt (noch) nicht, dass das Projekt Staatlichkeit außerhalb der OECD gescheitert ist. Für die Gestaltung internationaler Politik schließt Verf., dass ein Projekt wie ›global governance‹ wenig Aussichten auf Erfolg habe – nicht nur, weil es als Konzept des Nordens und Westens global ungleiche Machtverhältnisse ausblendet, sondern auch, weil es die Frage der »Herrschaftslücke« (291) der prekären Staatlichkeit in der Dritten Welt nicht berücksichtigt. Wahrscheinlicher als eine Form ›globalen Regierens‹ sei die »Herrschaft der Intermediäre«: lokale *big men*, die ihre politischen und ökonomischen Möglichkeiten zu nutzen wissen und »gleichzeitig als Projektpartner für Nichtregierungsorganisationen [...] wie als Repräsentant einer politischen Bewegung« fungieren (295).

Durch die Konzepte von Macht und Herrschaft ermöglicht das Buch eine Perspektive, die sich von oftmals in neokolonialer Weise normativ gefärbten Begrifflichkeiten wie ›Neopatrimonialismus‹ oder ›Patronage‹ lösen kann und eine theoretische Sicht auf staatliche

Herrschaft außerhalb der OECD insgesamt frei gibt, ohne die Homogenität dieser Regionen zu suggerieren. Verf. bewegt sich damit jenseits vom politikberatenden akademischen Mainstream und problematisiert dessen Beschäftigung mit den Möglichkeiten der militärischen und politischen Intervention der Staaten des Nordens und Westens in angeblich zerfallen(d)e Staaten der Dritten Welt.

Undiskutiert bleibt die Frage nach der Linearität eines Entwicklungsmodells von ›traditionaler‹ zu bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung, das keine alternativen Wege zuzulassen scheint. Obwohl kapitalismuskritisch, entsteht der Eindruck eines modernisierungstheoretischen Staatsbegriffs. Die Frage nach langfristigen Alternativen zum Ordnungsprinzip Staatlichkeit bleibt offen. Auch die Anschlussfähigkeit anderer theoretischer Perspektiven wie der *postcolonial studies*, auf die Verf. im Vorwort hinweist, oder weiterer vom akademischen Mainstream ausgeblendeter Ansätze und deren Potenzial für das Ziel der Überwindung des wissenschaftlichen Eurozentrismus bleiben ungewiss.

Bettina Engels (Berlin)

Heilmann, Sebastian, *Das politische System der Volksrepublik China*, 2., aktualisierte Aufl., VS, Wiesbaden 2004 (313 S., br., 21,90 €)

Erklärtes Ziel von Verf. ist es, weder den Aufstieg Chinas zur Supermacht noch einen bevorstehenden sozialen Kollaps zu prophezeien. Zudem formuliert er die Absicht, in seiner Darstellung »verbreitete Zerrbilder« (24) zu korrigieren. Um die vielschichtige Situation des Landes erfassen zu können, sei ein analytischer Pluralismus vonnöten. Im Hauptteil analysiert Verf. die verschiedenen Ebenen des politischen Systems, das Verhältnis von Zentral- und Regionalregierungen, die historische Entwicklung der KPCh und diagnostiziert die Entstehung eines fragmentierten Autoritarismus. Die politischen Institutionen der Volksrepublik basieren auf weitreichenden Entscheidungs- und Eingriffsbefugnissen, die sich auf leninistische Organisationsprinzipien stützen. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Partikularinteressen untergraben jedoch zunehmend die »institutionellen Fassaden des leninistischen Staates« (161). Die Reform- und Öffnungspolitik seit Deng Xiaoping habe die »Erosion der Einparteierrschaft beschleunigt« (ebd.).

Aus der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas folgert Verf., dass die Bezeichnung »sozialistisch« in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nicht mehr gerechtfertigt sei. Sehr kritisch setzt er sich mit Korruption und »Kaderkapitalismus« auseinander. Er betont, dass die politisch-administrative Einflussnahme auf Unternehmen weiterhin bedeutsam sei. Insgesamt befinde sich China jedoch »mitten im Übergang zu einer postsozialistischen Ordnung« (192), ein Befund, den er auch anhand des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft aufzeigen möchte. Entlang zentraler Konfliktlinien analysiert Verf. verschiedene Probleme dieses Spannungsverhältnisses, etwa die Konflikte um Menschenrechte, Gewerkschaften und Medien. Der Wegfall der »Basisseinheiten« (*danwei*), die seit den 1950er Jahren Teil einer staatlichen Kontrollpolitik waren, aber gleichzeitig für soziale Absicherung sorgten, wird nur teilweise behandelt. Verf. berichtet neue private Freiheiten, geht allerdings nur am Rande auf den Niedergang des Systems sozialer Sicherung und dessen gravierende Folgen ein. In ähnlicher Weise greift er die großen Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land auf. Das Ausmaß der Kluft wird aufgeführt, eine systematische Analyse der Ursachen jedoch nur teilweise vorgenommen. Gleiches gilt für das immense Ausmaß der Arbeitslosigkeit, dessen Verbindung zu der aktuellen Wirtschaftspolitik unterbelichtet bleibt.

Abschließend geht Verf. auf die Bestrebungen der Volksrepublik in Richtung eines Bedeutungsgewinns in der neuen Weltordnung ein. In einem Ausblick beschreibt er drei Szenarien. Die politisch gelenkte Transformation zu einem marktwirtschaftlichen,

demokratischen und föderalen Verfassungsstaat sei dabei das wünschenswerteste. Am Wahrscheinlichsten sei jedoch »permanentes Krisenmanagement« (288), wobei auch der »politische Ordnungskollaps« (ebd.) nicht auszuschließen sei. Eine Demokratisierung hält Verf. für unrealistisch. An der Wandlungsfähigkeit der Partei, die zur Herausbildung mafioser Strukturen geführt habe, sei zu zweifeln. Die »alte Planwirtschaft [sei dabei], in eine »Clanwirtschaft« transformiert« zu werden (294). Stephan Scheuer (Marburg)

Schwenken, Helen, *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union*, transcript, Münster 2006 (372 S., br., 29,80 €).

Vor der Osterweiterung lebten ca. 3,3 Mio Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus in der EU. Dieses weiter zunehmende Phänomen betrifft Frauen stärker als Männer. Konflikte um irreguläre Grenzübertritte, um die physische wie symbolische Bedeutung von Grenzen, wie auch der Kampf um Rechte von Migrantinnen stehen im Zentrum der Untersuchung. Das Erkenntnisinteresse ist motiviert durch die Frage, wie »schwache Interessen« in einem Feld organisiert werden können, in dem den Menschen sogar die physische Anwesenheit abgesprochen wird, da sie noch nicht einmal ein Aufenthaltsrecht besitzen. Wie kommt es unter solchen extremen Bedingungen zu politischem Handeln von Migrantinnen und promigrantischen Organisationen? Welche Strategien wählen sie, um ihre Anliegen zu thematisieren und ihnen Legitimität zu verleihen? Verf. argumentiert gegen die These der Deprivation, die davon ausgeht, dass der Grad der Unterdrückung von Menschen und das Widerstandspotenzial gegen Unterdrückung positiv korrelieren. Die Betroffenen sind sehr heterogen und Politisierung und Mobilisierung voraussetzungsvoll. Proteste erlangen politische Wirkung nicht nur als Revolte und durch ihr Chaospotenzial, sondern basieren auch auf langfristigen Organisations- und Aushandlungsprozessen.

In den beiden dichten und sich hervorragend in die Gesamtargumentation einfügenden Fallstudien zum französischen Rote-Kreuz-Zentrum Sangatte und zum frauenmigrationspolitischen Netzwerk RESPECT zeigt Verf. exemplarisch auf, welche Strategien angewendet und wie damit Möglichkeitsfenster genutzt werden sowie welche Hindernisse bestehen. Etwa 80 000 Menschen gelang zwischen 1999 und 2002 über das Flüchtlingszentrum Sangatte an der französischen Grenze die illegale Einreise nach Großbritannien. Der Wunsch der Menschen, dorthin zu gelangen, konterkarierte die Strategie des Flüchtlingsmanagements und führte nach Konflikten zwischen der französischen und der britischen Regierung zur Schließung des Zentrums. – Das seit 20 Jahren in Großbritannien arbeitende und sich später europäisierende RESPECT-Netzwerk organisiert Frauen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus im informellen Sektor der Hausarbeit. Durch konkretes *empowerment* am Arbeitsplatz wie auch durch politische Mobilisierungs- und Lobbystrategien soll der Handlungsraum der Frauen erweitert werden. Die Strategien der Thematisierung waren relativ erfolgreich, politische Veränderungen wurden jedoch nur teilweise erreicht.

Verallgemeinern lässt sich, dass die aktuellen Sicherheitsdiskurse die Möglichkeiten illegalisierter Menschen in der EU verschlechtern, während die Thematisierung der Rechte von Migrantinnen durch Frauennetzwerke Spielräume öffnet. Hinsichtlich geschlechterpolitischer Forderungen ist Europa nicht nur eine »Festung«, sondern bietet die Europäisierung auch Chancen. Methodisch wird auf den Framing-Ansatz aus der Forschung zu neuen sozialen Bewegungen zurückgegriffen, den die Autorin umsichtig gegen andere Ansätze abgrenzt. Spezifische Frames konkurrieren mit anderen und die erfolgreiche Umsetzung von Strategien im Rahmen eines Frames bedingt vielerlei Taktiken und Politikformen. Bei der Analyse des RESPECT-Netzwerks wird die Messung der Auswirkung politischer Kampagnen eingeführt.

Verf. identifiziert abschließend drei Mobilisierungstypen: Zum einen den Typus des »Rechts auf Rechte«, der v.a. von den Migrantinnen selbst und promigrantischen Organisationen verwendet wird; einen zweiten der »Re-Regulierung«; sowie drittens ein »repressives Migrationsmanagement«. Im Ergebnis zeigt die detaillierte empirische Untersuchung, dass es dem Mobilisierungstyp »Recht auf Rechte« um eine Verbesserung der konkreten Lebensbedingungen von Menschen geht. Diese werden erreicht durch konkrete Netzwerke der Selbsthilfe und Solidarität wie auch über öffentliche politische Mobilisierungen. Letztere bleiben jedoch immer prekär, da es sich um öffentliche Praxen von Illegalisierten handelt, sodass es häufig promigrantischen Organisationen obliegt, die Bedingungen illegalisierter Menschen sichtbar zu machen. Bei der »Re-Regulierung« wird v.a. von promigrantischen Organisationen, aber auch von Migrantinnen selbst und einigen politischen Akteuren in internationalen Organisationen und Parlamenten versucht, den Rechtsstatus von Migrantinnen zu verbessern. Das »repressive Migrationsmanagement« zeichnet sich durch erhöhte technische und rechtliche Kontrollen aus. Hier wird der illegale Aufenthalt von Menschen skandalisiert, soll unterbunden werden, und die konkreten Menschen werden unsichtbar gemacht. Dies als angebliche Voraussetzung für die staatliche Gewährung legaler Migration.

Können Grenzen, die immer Ein- und Ausschluss markieren, demokratisiert werden? fragt die Autorin abschließend und antwortet mit Étienne Balibar, dass ein solcher Prozess an der bestehenden internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung und dem damit einhergehenden Demokratie- und Gerechtigkeitsverständnis rütteln würde. Die Studie sei all denen ans Herz gelegt, die sich wissenschaftlich und politisch für Migration, EU-Migrationspolitik und die Rolle von sozialen Bewegungen interessieren. Sie sei aber auch jenen empfohlen, die exemplarisch lernen wollen, wie auf hohem Niveau ein komplexer empirischer Gegenstand theoretisch und methodisch reflektiert bearbeitet wird. Hervorzuheben ist ein sorgfältiger Umgang mit politischen und wissenschaftlichen Begriffen, die gerade im Bereich irreguläre Migration immer schon stark aufgeladen sind.

Ulrich Brand (Wien)

Thörn, Håkan, *Anti-Apartheid and the Emergence of a Global Civil Society*, Palgrave, London-New York 2006 (272 S., Ln., 79,95 US\$)

Gibson, Nigel C. (Hg.), *Challenging Hegemony: Social Movements and the Quest for a New Humanism in South Africa*, Africa World Press, Trenton/NJ 2006 (298 S., br., 18,99 £)

Ballard, Richard, Adam Habib u. Imraan Valodia (Hg.), *Voices of Protest. Social Movements in Post-Apartheid South Africa*, University of KwaZulu-Natal Press, Scottsville 2006 (245 S., br., 39,95 US\$)

Etwa seit der Jahrtausendwende schießen in Südafrika verschiedene soziale Kämpfe gegen lokale Behörden wie Pilze aus dem Boden. Vor allem die Ärmsten der Armen sind des Wartens auf die Früchte des Befreiungskampfes überdrüssig. Nach einer Stillhaltphase in den 1990er Jahren artikuliert sich wieder massenhaft Protest, auch wenn es nach wie vor schwer ist, den ANC grundlegend zu kritisieren, denn immerhin war dieser Hauptakteur der Kämpfe gegen die Apartheid und kann sich somit erfolgreich mit linker Rhetorik schmücken, während er gleichzeitig neoliberale Programme umsetzt. Die übermäßige Beschäftigung euro-amerikanischer Bewegungsforscher mit den Neuen Sozialen Bewegungen im Norden hat den Blick von den sozialen Bewegungen des Südens abgelenkt. Arbeiten zur Transnationalisierung des Protests gegen den Neoliberalismus nehmen den 40jährigen transnationalen Kampf gegen das Apartheidregime ebensowenig zur Kenntnis wie die existenzielle Bedeutung der sozialen Frage in den aktuellen Kämpfen des Südens

und eben zunehmend auch des Nordens. Die drei hier besprochenen Titel legen dagegen nahe, dass der Blick nach Südafrika lohnend ist für die Analyse der globalen Apartheid des Neoliberalismus.

Thörn beschreibt am Beispiel Schwedens und Großbritanniens vier Jahrzehnte transnationaler Antiapartheidsbewegung. Er unterscheidet verschiedene Aktivistentypen (*the activist public official, the activist priest, the exile activist, the movement organizer, the movement intellectual*), analysiert intern Strömungskonflikte sowohl im internationalen Kontext als auch im nationalen Rahmen Schwedens und Großbritanniens und beschreibt die Antiapartheidsdebatten zwischen 1960 und 1990 und die Bedingungen, unter denen die Bewegung Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausüben konnte. Er berücksichtigt dabei sowohl diskursive als auch nicht-diskursive Strategien und persönliche Kontakte zur Herstellung und Ausnutzung hegemonialer Diskurskonstellationen. Sein Anliegen besteht in der Durchbrechung der Beschränkungen des methodologischen Nationalismus und Eurozentrismus in den Theorien zu Neuen Sozialen Bewegungen: »It must be recognized that new social movements in the West partly emerged out of the *global context* of de-colonization, and that the collective experiences and action forms of the anti-colonial struggles in the South were extremely important sources of influence« (11). Solange der Nationalstaat und nationale Bedingungen den Ausgangspunkt für Theorien der Zivilgesellschaft und sozialer Bewegungen bildeten, müssten sie im Kontext globalisierter Politik zu kurz greifen.

Thörn begreift die Antiapartheidbewegung als wichtigen Vorläufer der globalisierungskritischen Bewegung und beschreibt ihren Beitrag zum Aufbau einer globalen Zivilgesellschaft im Kontext der *globalization of politics* (4) seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Zentral gewesen seien hierfür: 1. Die Globalisierung der Kommunikation (TV, Fax, Fotokopierer) und die damit einhergehende Entstehung globaler Medienereignisse (wie z.B. die Massaker von Sharpeville 1960 und Langa 1985, der Aufstand von Soweto 1976 oder Störungen wichtiger Sportereignisse mit südafrikanischer Beteiligung); 2. die zunehmende Bedeutung transnationaler persönlicher Kontakte durch gestiegene interkontinentale Mobilität und post-koloniale Migrationsbewegungen; 3. der Auf- und Ausbau neuer »globaler« Organisationen und Institutionen. Thörn kommt zu dem Ergebnis, dass Zivilgesellschaft im globalen Kontext einen anderen Charakter hat als im nationalen Rahmen: »I define global civil society as a *political space in which diversity of political cultures interact and intersect*. Contrary to national civil society, global civil society does not have a single political counterpart. Rather, actors in global civil society often act simultaneously in different political arenas, in opposition to, and sometimes in alliance with, supra-national organizations as well as nation states and local Councils« (205).

Der Sammelband *Challenging Hegemony* umfasst sieben gegenwartsbezogene Beiträge v.a. südafrikanischer Intellektueller, von denen drei einzelnen Bewegungen gewidmet sind (*Anti-Privatisation Forum, Treatment Action Campaign* und *National Land Committee*). Sie betonen die historische Perspektive, da die Wurzeln einiger Bewegungen bis in die Apartheidära zurückreichen. und verbinden so Thörns Beschreibung der Antiapartheidsbewegung mit den aktuellen Kämpfen. Die andern vier Beiträge konzentrieren sich auf allgemeine Fragen radikaler Systemkritik im südafrikanischen Kontext. Verf. kritisieren verbreitete optimistische Vorstellungen von Zivilgesellschaft als Bastion gegen den Staat sowie liberale Menschenrechtsdiskurse. Staatlich garantierte Rechte seien nur so viel Wert, wie sie von einer Massenbewegung (zumindest potenziell) eingefordert werden. Kritisiert wird auch ein die »Multitude« und »diversity« zelebrierender Gestus. Die »ludicrous

illusion« (261), dass der Computerprogrammierer in Seattle und die Slumbewohnerin in Durban etwas gemeinsam haben könnten, befördere »the masking of classed, raced, and gendered power differences within and between movements« und damit deren Verstärkung (270).

Der Schwerpunkt des Sammelbandes liegt auf der Analyse der »politics of the poor« (229). Ausgehend von Frantz Fanons Gedanke der »gelebten Erfahrung« als Grundlage der Theoriebildung sind dabei auch Reflexionen über die eigene Rolle als Mittelschichtintellektuelle in Beziehung zur Lebensrealität der Armen von Bedeutung. Avantgardekonzepte werden zugunsten einer langsamen »practice of mutually transformative dialogue« abgelehnt, selbst wenn dies »may slow down ideological movement. But going slower with more people is far better than rushing ahead without a base« (274). Damit ist eine wichtige Hauptkonfliktlinie innerhalb der sozialen Bewegungen in Südafrika angesprochen: Die Frage nach der Rolle der Armen als aktiv Handelnde bei der Gestaltung progressiver Politik. Alle Beobachter sind sich einig, dass die soziale Frage von den Marginalisierten und Ausgeschlossenen Südafrikas neu gestellt wird und genau darin das Potenzial der dortigen Bewegungen liegt. Die einen betonen jedoch, dass die lokalen Kämpfe der Armen auf nationaler und globaler Ebene in eine Politik gegen Neoliberalismus und Kapital gewendet werden müssten: »In Soweto, it's electricity. In another area, it is water [...]. You have to build with a vision. From Day One we argued that electricity cuts are the result of privatization. Privatization is the result of GEAR [*Growth, Employment and Redistribution Programme* – die *Agenda 2010* Südafrikas; Ch.H.]. GEAR reflects the demands of global capital [...]. We cannot finally win this immediate struggle unless we win that greater one« (Ngwane, »Sparks in the Township«, in: *New Left Review*, 22/2003, 56). Die anderen vertrauen darauf, dass die unmittelbare Erfahrung von Armut der beste Garant für eine Politik gegen die Armut ist, dass die Armen also selbst am besten wissen, was zu tun ist: »Rebellion is only real when it prioritizes the flourishing of the agency and intelligence of the dominated [...] and part of the project of making rebellion ordinary must be to locate it in the immediate life world of the dominated [...]. Moreover, moving too quickly from local languages of struggle to allegedly ›global‹ languages can leave everyone but the militants and movement intellectuals behind« (266f). Dies gilt auch im Hinblick auf die in der Bewegungsforschung allzu oft vernachlässigte Finanzierung: Die Vereinnahmung durch ›Unterstützer‹ und ›Entwicklungshilfe‹ lauert hinter jedem Geldschein. Trotz dieser Gefahr verfallen die Autoren jedoch nicht der einfachen Gleichung von »bad imperialist/co-opting NGOs and good rebellious social movements« (39). Stattdessen wird unterschieden zwischen »projects, however organized, that pathologize the violence on which capitalism and imperialism depend while valorizing mass resistance and those that pathologize direct mass resistance while pursuing a limited reformism that effectively normalizes the bulk of capital and imperialism's violence« (257).

Die Hg. von *Voices of Protest* geben sich weniger politisch, aber auch sie betonen den Zusammenhang zwischen wachsender Ungleichheit und wiederauflebenden Protesten. Ihr Schwerpunkt liegt weniger in der Suche nach Möglichkeiten für eine andere Politik als in der beschreibenden Analyse der verschiedenen Bewegungen. Dabei vereint der Band ein deutlich heterogeneres Autorenspektrum: »Some of us conceive of ourselves as activist scholars, while others are comfortable with simply being academics« (xiv). Der Band ist das Ergebnis eines der ersten Forschungsprojekte des 2001 gegründeten bewegungsnahen *Centre for Civil Society* an der Universität *KwaZulu-Natal* in Durban. Ziel war eine erste Bestandsaufnahme der neuen sozialen Bewegungen in Südafrika. Dabei interessierten v.a.

die internen Strukturen und die soziale Basis dieser Bewegungen, ihre Zielsetzungen und Handlungsformen unter den jeweiligen politischen Gegebenheiten und bes. ihr Verhältnis zur ANC-Regierung bzw. den lokalen Behörden. Einige der insgesamt 16 Fallstudien sind: Die *Treatment Action Campaign*, die sich seit 1998 recht erfolgreich für den freien Zugang zu antiretroviralen Medikamenten eingesetzt hat; das *Soweto Electricity Crisis Committee*, gegründet als im Jahre 2000 im Township Soweto zehntausenden Zahlungsunfähigen der Strom abgestellt wurde. Die Aktivisten zapften die Leitungen illegal an und stellten die Stromversorgung wieder her – eine Praxis, die derzeit ebenso erfolgreich vom *Anti-Privatisation Forum* in Bezug auf die Wasserprivatisierung im Raum Johannesburg angewendet wird. In Kapstadt wehrt sich die *Anti-Eviction Campaign* auf vielfältige Weise gegen die zahlreichen Zwangsräumungen. Die »embryonic environmental justice movement« (208) greift Umweltthemen als soziale Probleme auf: »Neither pollution nor privatisation of water was framed as an environmental justice issue« (221). Die Landlosenbewegung ging 2001 aus dem *National Land Committee* hervor, nachdem sich zunehmende Unzufriedenheit mit dem regierungsnahen Kurs dieser NGO breitgemacht hatte – ein Vorwurf, mit dem sich auch die aus Apartheidzeiten stammende *South African National Civic Organisation*, der Dachverband der insgesamt 4 300 *Civics* (»Nachbarschaftsläden« oder »Bürgerzentren«) immer wieder auseinandersetzen muss. Der größte Gewerkschaftsbund COSATU (gegründet 1985) ist sogar offiziell Teil der Regierung und wird gleichwohl auch als Bewegung gehandelt. Aufgrund der Mitgliederstärke der Gewerkschaften und der Bündnisse des COSATU mit anderen Bewegungsorganisationen gehen die Hg. so weit zu sagen, dass die »arena of production is as relevant as that of consumption in understanding various responses to the manifestations of globalisation« (412). Damit wenden sie sich gegen diejenigen (Michael Burawoy, David Harvey, aber auch einige Autoren aus *Challenging Hegemony*), die glauben, »that the fulcrum of mobilisation and anti-hegemonic political activity is shifting from the realm of production to that of consumption« (410). In der zentralen Frage nach dem Verhältnis zur Regierung und den lokalen Behörden nehmen die beschriebenen Bewegungen unterschiedliche Positionen ein, was die Hg. zu dem salomonischen Urteil veranlasst, dass »in the South African context, while [neither reformists nor revolutionaries] might always acknowledge it, both sides actually require each other« (404). Denn die Radikalen seien in der Lage, durch ihre Radikalität einen Druck gegenüber der Regierung aufzubauen, zu dem die Moderaten aufgrund ihres »Schmusekurses« nicht in der Lage sind. Die Früchte dieses Drucks könnten wiederum nur die Gemäßigten einsammeln, da die Regierung den Radikalen gegenüber keine Zugeständnisse machen will und diese häufig auch nichts annehmen wollen.

Die drei Bände ergänzen einander: Eine überblicksartige gegenwartsbezogene Einführung liefern die *Voices*. *Challenging* ist eine interessante Anwendung des »post-post-strukturalistischen« Universalismus von Alain Badiou auf die konkrete Situation in Südafrika. Thörn bietet zu all dem den historischen Kontext und zeigt, dass bereits die Anti-apartheidbewegung eine transnationale »Bewegung der Bewegungen« war. Das Beispiel Südafrika zeigt sehr deutlich, dass neoliberale »Demokratisierung« nur für eine kleine Minderheit Verbesserungen birgt. Für die Mehrheit geht sie mit Verschlechterungen durch Entstaatlichung und Deregulierung einher. Der globale Kampf gegen die »Rassenapartheid« dauerte mehr als vier Jahrzehnte. Im Kampf gegen die globale »Klassenapartheid« des Neoliberalismus bietet Südafrika viel Analysematerial zu deren überfälliger Erschließung durch Bewegungsforscher die vorliegenden Studien wichtige Beiträge leisten.

Christoph Haug (Berlin)

Ökonomie

Rügener, Werner, *Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Von der Treuhand zu Public Private Partnership*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006 (204 S., br., 24,90 €)

Dieses Buch verdient es, Standardwerk jeder kritischen sozialen Bewegung zu werden. Der Autor versteht es, den Prozess transparent zu machen, der zum Markenzeichen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft geworden ist – die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Er berührt mit seiner Kampfschrift ein, vielleicht das Kernproblem heutiger Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Alternativen, die Frage des Eigentums. In zehn Kapiteln entwickelt er ein schlüssiges Bild der heutigen deutschen Wirtschaftslandschaft und ihrer Entwicklung seit Ende der 1980er Jahre. In dieser Zeit haben die neoliberalen angelsächsischen Konzepte auch in der alten Bundesrepublik und mit dem Zusammenbruch der DDR alsbald in ganz Deutschland sich entfalten können. Dieser Prozess ist für ihn mit der Privatisierung der öffentlichen Unternehmen und der öffentlichen Vorsorge ein programmatischer Bestandteil »der globalen kapitalistischen Gegenreform« (140), mit der die gegenteiligen Entwicklungen nach dem Ersten und vor allem Zweiten Weltkrieg nicht nur in den kapitalistischen, sondern auch und erst recht in den (staats-)sozialistischen Ländern zurückgedreht werden. Nun soll wieder der privatwirtschaftlichen Profitrealisierung ungehindert Bahn verschafft werden.

Verf. beschreibt in den ersten beiden Kapiteln die Ausgangssituation und die gegensätzlichen Konzepte sowie Praxen staatlichen und privaten Handelns unter den Vorzeichen der Privatisierung. In drei Kapiteln verweist er auf unterschiedliche Bedingungen und Entwicklungen in den Bereichen Fernsehen, Bildung, Abfallentsorgung oder Wohnungsverorgung und auf Methoden, wie sie besonders beim *public private partnership*-Konzept vertreten werden. Als Schlüsselereignis in diesen Kapiteln stellt sich der erzwungene Wandel »vom Staatskapitalismus zum Subventions-Kapitalismus« (32) für die Übernahme der DDR und ihre umfassende Privatisierung unter staatlicher Ägide dar. Hier wurde in der Treuhand-Politik »Pionierarbeit« bei der Privatisierung des Kapitals und der Vergesellschaftung der Kosten geleistet. Es gelang, eine komplette Volkswirtschaft mit 13 000 Betrieben in einem Wert von 600 Mrd DM so zu privatisieren, dass 256 Mrd DM Schulden übrig blieben und die Chancen für einen selbstorganisierten Anfang der Belegschaften fast durchweg verspielt wurden. Dafür wurden mit teurem Geld »Investoren« im wahrsten Wortsinne »gekauft«. Ein gesondertes Kapitel ist der Justiz und ihrer dienstleistenden Funktion für eine reibungslose Abwicklung gewidmet. In zwei Kapiteln resümiert der Autor diese »globale Gegenreform«, in der die »Privatisierung als Systemveränderung« betrieben wird. Und schließlich – wenn auch zu knapp – versucht er mit einer kooperativen Ökonomie Alternativen zu skizzieren.

Rügener schreibt gegen ein weitgehend verschwiegenes, wenig beachtetes Phänomen an. Der Gesellschaft wird ihr Eigentum enteignet und dieses der privatkapitalistischen Verwertung unterworfen – mit und oft genug auch ohne Veränderung der Eigentumstitel. Die Umgestaltung von Post und Bahn zu gewinnorientierten und schließlich auch in Form von Aktien privat handelbaren Unternehmen sind dafür sein Beleg. Vor allem verdeutlicht er, dass dieses Verfahren gleichzeitig dazu führt, dass die Versprechungen der Effektivierung des wirtschaftlichen Handelns und des Abbaus der Staatsverschuldung in der Praxis nicht eintreten. Das vermeintlich »gute Wirtschaften« fungiert als ideologische Begründung einer vorgeblich notwendigen privatwirtschaftlichen Vorgehensweise, in der nicht nach dem gesellschaftlichen Nutzen des Wirtschaftens sondern allein nach seiner

Gewinnmaximierung gefragt wird. Mit dem Beseitigen staatlicher Zugriffsmöglichkeiten, dem landläufigen Verkauf des Tafelsilbers, gerät der Staat (hier und an anderer Stelle synonym mit öffentlicher Hand) erst recht in eine Schuldenfalle.

Als Privatisierung wird hier nicht ein Zusammenwirken von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft zum Zwecke der besseren Erfüllung öffentlicher Aufgaben, sondern »jegliche Form profitorientierter Ausrichtung gemeinschaftlicher Aufgaben verstanden, unabhängig von der Rechtsform« (17). Es geht also nicht nur um den Verkauf öffentlicher Unternehmen, sondern um jegliche privatwirtschaftliche Zurichtung öffentlicher Strukturen und Leistungen. Rügemer zählt hierzu die Finanzierung politischer Parteien durch Unternehmen, die Verschmelzung von Strukturen in öffentlich-rechtlichen Institutionen wie den Industrie- und Handelskammern, reales oder fiktives Leasen von Gebäuden, ebenso den Mietkauf, die Gründung privatrechtlicher Tochtergesellschaften, die Beauftragung von Privatunternehmen mit öffentlichen Dienstleistungen oder auch die Dauerabhängigkeit des Staates von Kreditgebern und Beratungsunternehmen. Damit wird deutlich, dass die noch öffentlich diskutierten spektakulären Verkäufe von Post oder Bahn oder Wohnungsgesellschaften nur die Spitze des Eisberges sind. Nicht die Alternative »privat oder staatlich« ist für Rügemer das Problem. »Gutes Wirtschaften« im Sinne auch der Allgemeinheit ist für ihn in beiden Eigentumsverhältnissen denkbar. Was aber sich gegenwärtig noch vor einer Privatisierung vollzieht, ist eine »fortgeschrittene Kapitaldemokratie« (16), in der die Banken die Staatsverschuldung anheizen, die Stromkonzerne von den Kartellbehörden unbehelligt bleiben, der Staat die Schlupflöcher für die Steuerflucht unverschlossen hält und Staatsdiener Bestechungsgelder nehmen.

Rügemer geht von der Notwendigkeit einer alternativen »kooperativen Ökonomie« aus als Teil einer globalen demokratischen Revolution, die die Perversionen sowohl durch die bürgerliche wie die sozialistische Revolution aufheben, mit universellen Menschenrechten, zu denen ausdrücklich die sozialen und Arbeitsrechte gehören müssen. Ohne eine »ökonomische Selbstqualifizierung« (175) werden aber die alternativen politischen und sozialen Kräfte kaum eine Chance haben. Und sarkastisch schließt der Autor: »Die Selbstqualifizierung betrifft nicht zuletzt diejenigen, die sich als ›Linke‹ oder als ›kritisch‹ verstehen. Gerade diejenigen, die sich auf Marx berufen und die Grundlage der Gesellschaft in der Ökonomie behaupten, scheinen von der Ökonomie am wenigsten zu verstehen. Der Zusammenbruch des bisherigen Sozialismus, aber auch des Reformkapitalismus sollte endlich zu Konsequenzen führen.« (175f) Stefan Bollinger (Berlin)

Vring, Thomas von der, *Welche Politik schafft Arbeitsplätze? Eine empirische Überprüfung theoretischer Behauptungen*, Metropolis, Marburg 2007 (204 S., br., 22,80 €)

Seit dem Methodenstreit zwischen der Historischen Schule und der Modelltheorie im 19. Jh. hat sich in der Wirtschaftswissenschaft letztere durchgesetzt. Sie zielt auf universelle Regeln, die soziales Verhalten erklären. Keynesianer bauen immer komplexere Modelle mit zahlreichen Definitions- und Verhaltensgleichungen, technischen Relationen und Annahmen über institutionelle Gegebenheiten, um die Wirklichkeit genauer zu erfassen und die Zukunft besser vorherzusagen zu können, auch wenn dabei die Übersichtlichkeit und die Möglichkeit kausaler Zurechnung verloren gehen.

Die entgegengesetzte Position nehmen Monetaristen ein, die wichtigste Strömung innerhalb der neoliberalen Schule: Da die komplexe Realität unmöglich in einem Modell erfasst werden könne, solle man sich damit begnügen, die Wirklichkeit auf einfache Strukturen zu reduzieren. Auch wenn diese Modelle nicht der Realität entsprechen, böten sie

doch aufgrund ihrer Logik eine gute Voraussetzung, um Fehlentwicklung in der Realität zu erklären und vorauszusagen. Angesichts der zentralen Bedeutung, die Keynesianer wie Neoliberale der Prognosefähigkeit von Theorien beimessen, ist ihre geringe Treffsicherheit immer wieder erstaunlich, wie Verf. anhand der Wachstumsprognosen der etablierten Wirtschaftsforschungsinstitute als auch des Sachverständigenrates für die Jahre 1993 bis 2005 empirisch belegt. Dabei »liegt auf der Hand, dass solche falschen und überoptimistischen Wachstumsprognosen politische Fehlentscheidungen und ökonomische Fehlentwicklungen nach sich ziehen müssen [...]. Tatsächlich ist die Haushaltspolitik der Bundesregierung seit vielen Jahren von unrealistischen Wachstumserwartungen geprägt« (153).

Verf. zeigt dies für den Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung sowie den drei Faktoren, die gewöhnlich als ursächlich für die ersten beiden Größen gelten: Lohnhöhe, Zinsniveau und Staatsfinanzen. Die rot-grüne Bundesregierung befolgte die Ratschläge der Mehrheit der Berufsökonomten, die die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auf die »Überregulierung« des Marktes und »zu hohe« Löhne zurückführte: doch die theoretische Aussage, dass »die Lohnhöhe (minus) [...] die Beschäftigung (plus) unmittelbar« bestimme (12), bestätigt sich empirisch kaum: Löhne und Lohnstückkosten übten während des untersuchten Zeitraums nur einen schwachen Einfluss auf die Beschäftigung aus. Seit der Krise von 2001 beruht die deutsche Konjunktur fast ausschließlich auf dem Außenbeitrag, d.h. die Lohnstückkosten üben also v.a. über den Export Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung aus (24f). Die Strategie der Bundesregierung, auf Deregulierung des Arbeitsmarktes zu setzen und auf Lohnzurückhaltung zu drängen, musste zur Stagnation des privaten Konsums führen. »Lohnzurückhaltung fördert die Entwicklung der Exportwirtschaft. Aber sie bremst zugleich die Entwicklung der Binnenwirtschaft.« (103) Dabei »neigt die Exportwirtschaft unter dem internationalen Wettbewerbsdruck zu überdurchschnittlichen Rationalisierungen«, trägt also weniger zum Beschäftigungswachstum bei (ebd.). Die Wirtschaftspolitik der großen Koalition, die die »Reformpolitik« ihrer Vorgängerin fortführen und beschleunigen will, wird also voraussichtlich trotz der guten exportgetriebenen Konjunktur, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht lösen.

Gisela Hänel-Ossorio und Carles Ossorio Capella (Oldenburg)

Bologna, Sergio, *Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur Neuen Selbständigkeit*, Nausner & Nausner, Graz 2006 (150 S., br., 19 €)

Verf. stellt »zehn Thesen zum Statut der selbständigen Arbeit« auf, um Veränderungen der Lohnarbeit im Rahmen einer »postfordistischen« Produktionsweise zu fassen. Darin versucht er in Abgrenzung zur fordistischen Normalarbeit, die zentralen Merkmale der im doppelten Sinne »freigesetzten« Arbeit mit all ihren Widersprüchen zu formulieren: Zwar sind die Tätigkeiten der neuen Selbständigen oft die gleichen wie in der normalen Lohnarbeit, jedoch ist das Maß, »in dem in ihre Organisation genaue Vorschriften einfließen« wesentlich geringer, der Autonomiespielraum größer (11). Was diese »selbständig Arbeitenden von vornherein von den Vorteilen kapitalistischer Kooperation« ausschließe, sei »allein der Umstand, keine Aufteilung der zur Produktion erforderlichen Aufgaben vornehmen zu können, also zugleich Kapitaleigentümer, Manager und Ausführender zu sein« (12). Ungezählte Stunden muss er für diese »relationalen Tätigkeiten« (10), für die Abstimmung mit Auftraggebern und festangestellten Kollegen, für das Knüpfen von Geschäftsbeziehungen aufbringen, unbezahlt – für ihn also »unproduktive Komponenten des Arbeitstages (13). Die neuen Selbständigen entwickeln jedoch ein »Bewusstsein einer größeren Teilhabe an der Ausarbeitung von Regeln, die am Arbeitsplatz gelten, einer geringeren Akzeptanz fremden Regelwerkes«.

Zugleich erleben sie das »Eindringen der Arbeit in das Regelsystem des privaten Lebens« (14). Ihre Arbeitszeit können sie selbst bestimmen, faktisch resultiert daraus aber ein »schränkenloser Arbeitstag« (22). Sie arbeiten auf eigene Rechnung, beziehen keinen Lohn, sondern Honorare ohne die entsprechenden Sozialversicherungsleistungen des Staates (24ff). Sie sind nicht mehr von einem »Arbeitgeber« abhängig, als kleine Ein-Personen-Unternehmen aber »völlig« einer schwankenden Marktnachfrage »ausgeliefert« (38). Stark individualisiert stehen ihnen die alten kollektiven Kampfformen gewerkschaftlicher Organisation und des Streiks nicht mehr zur Verfügung (43). Wesentliche soziale Rechte und Errungenschaften der abhängigen Lohnarbeit sind diesen prekären Selbständigen verloren gegangen. Jedoch haben sie auch einen »neuen Freiheitssinn geschaffen« bringen das Thema der Demokratisierung wieder zurück in die Produktionssphäre, Fragen nach der Sinnhaftigkeit der Tätigkeiten, nach »besseren Lebensformen« – die Schwierigkeit besteht darin, den »kollektiven Sinn« dieser Transformation zu bestimmen, Solidarität und Autonomie zu verbinden (23).

Diese Thesen zur selbständigen Arbeit hat Verf. bereits 1997 verfasst. Seither arbeiten nicht nur in Italien sondern auch in Deutschland immer mehr freigesetzte Arbeitskräfte auf eigene Rechnung, vom selbständigen Fernfahrer bis zur Programmiererin. Anhebend mit den alternativen Bewegungen der 1970er Jahre habe der »libertäre Schub [...] tausend Mal mehr »Business-Möglichkeiten geschaffen als die aufstrebenden Methoden der angelsächsischen Business-Schools« (63). Mit der Krise der New Economy wurde, besonders für die hochqualifizierten »Symbolanalytiker« (Reich), schließlich die »permanent prekäre Lage zur Selbstverständlichkeit« und zur »existenziellen Erfahrung der middle class« (52). »Die offensichtliche Ausweitung der selbständigen Arbeit zweiter Generation zu leugnen«, hieß die Existenz einer neuen »sozialen Frage zu leugnen«, die mit der allgemeinen Prekariisierung zur »Zerstörung der Mittelschichten« führt (67). Empirisch haben nur wenige der neuen Selbständigen die Chance, in »die kleine Schicht der höheren Einkommen« aufzusteigen, ein »wesentlich größerer Teil wird in die lower middle class abrutschen, während ein wachsender Teil dieses Kleinbürgertums in Richtung neue Armut absteigen wird« (77).

Zur genaueren Charakterisierung des Status der Selbständigen in kapitalistischen Gesellschaften diskutiert Verf. soziologische Ansätze der 1920er Jahre. Werner Sombart oder Theodor Geiger fassten die Gruppe der Selbständigen in der Weimarer Zeit jenseits von Proletariat und kapitalistischer bzw. bürgerlichen Klassen als »Proletariode« (131) – keine Klasse, aber auch keine konstituierte Schicht mit gemeinsamem kulturellem Habitus und geteilter Lebensweise; vielmehr eine undefinierte Schicht Deklassierter aus dem Mittelstand »ohne Identität« (Hans Speier, 139), im Status der abhängigen Unabhängigkeit. Angesichts des damit verbundenen Verlusts eines »positiven Sinns« (140) warnt Verf. im Anschluss an kurze Anmerkungen zum Nazismus, der gerade in dieser Gruppe starke Unterstützung gewann (142ff), vor dem »Wiederentstehen der selbständigen Arbeit unter dem Eindruck anti-modernistischer Ideologien« im Postfordismus (150). Dagegen fordert er ein »Minimum an Existenzsicherung« durch rechtliche Sicherheiten und Öffnung der Sozialversicherungen für Selbständige, sowie die Wiederherstellung von Räumen »der Gemeinschaftlichkeit und des Zusammenschlusses« (41). Doch eben jene Formen wechselseitiger Unterstützungssysteme und kollektiver Organisation, wie sie sich gerade in Italien seit Beginn der 1990er Jahre entwickeln und neben zahlreichen Netzwerken z.B. zur Entstehung neuer gewerkschaftlicher Strukturen für Prekäre geführt haben (vgl. *Argument* 256/2004, 428ff), bleiben an dieser Stelle unerwähnt. Verf. analysiert jedoch treffend Lage und Interessen, an denen die Organisation dieser »Unorganisierbaren« ansetzen kann.

Mario Candeias (Berlin)

Geschichte

Federici, Silvia, *Caliban and the Witch: Women, the Body and Primitive Accumulation*, Autonomedia, New York 2004 (288 S., br., 15,95 US\$)

Die Arbeit ist neuestes Ergebnis aus einem 30-jährigen Forschungsprojekt über die Bedeutung der Frauen im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, das Verf. mit der italienischen Feministin Leopoldina Fortunati durchführt. Federicis These ist, dass die Unterdrückung der weiblichen Kontrolle über die Reproduktion der Gattung wesentlich für den Prozess der ursprünglichen Akkumulation war. Sie zieht eine Parallele zwischen den Hexenverfolgungen im 16. und 17. Jh. und der Unterjochung der Einheimischen in den europäischen Kolonien (daher der *Caliban* im Titel). Die Hexenverfolgung habe den Widerstandsversuchen von Frauen ein Ende bereitet und für die Entwicklung des Kapitalismus eine genauso wichtige Rolle gespielt wie die Kolonisation, der Sklavenhandel und die Privatisierung von Gemeindeland. Marx habe die Frage der Reproduktion der Gattung in seiner Analyse des Übergangs zur Lohnarbeit übersehen, was ihn zur Annahme verleitet habe, der Kapitalismus sei ein notwendiger Schritt auf dem Wege zur Befreiung des Menschen. Die ursprüngliche Akkumulation könne aber nicht verstanden werden, wenn man die Entstehung einer neuen Form geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung unberücksichtigt lasse, welche die gesellschaftliche Rolle der Frauen auf die Reproduktion der Arbeitskraft beschränkte und die Frauen gleichzeitig, zumindest während dieser frühen Periode des Übergangs, vom Arbeitskräftemarkt ausschloss. Wie für Männer die Fabrik sei für Frauen der Körper zum Ort ihrer Ausbeutung und ebenso ihres Widerstands geworden. Proletarische Frauen seien wesentlich zu Produktionsmaschinen für neue Arbeitskräfte gemacht worden.

In ihrer detailreichen historischen Analyse dieser Entwicklungen zeigt Verf., dass Frauen im Mittelalter mehr Freiheiten und einen größeren Spielraum für kommerzielle Tätigkeiten besaßen als heutzutage in vielen Teilen der Welt. Mit dem Niedergang der Leibeigenschaft Ende des 14. Jh. setzte eine Bewegung vom Land in urbane Zentren ein, wo sich im Umfeld einer monetarisierten Ökonomie – vor dem Entstehen von Fabriken – wirtschaftliche Betätigungsfelder eröffneten, die kleinen Gewerbetreibenden mehr Freiheiten verschafften als jenen, die auf dem Land blieben und zu Lohnarbeitern für Großgrundbesitzer wurden. Frauen waren Teil dieser beginnenden Urbanisierung und arbeiteten als Schmiedinnen, Metzgerinnen, Bäckerinnen, Kerzenmacherinnen, Hutmacherinnen, Bierbrauerinnen, Wollkämmerinnen und Händlerinnen. Sie waren Ärztinnen, Lehrerinnen und Chirurginen. Im 14. Jh. waren z.B. im öffentlichen Gesundheitswesen der Stadt Frankfurt/M sechzehn Frauen als Ärztinnen beschäftigt (31). Der Krieg gegen Frauen sei in den Übergangsprozessen an mehreren Fronten geführt worden. Im Erbrecht verweigerte man ihnen dieselben Rechte wie Männern. Man verbot ihnen zunächst, bestimmte Berufe auszuüben und erreichte mit immer weiterreichenden gesetzlichen Vorschriften, dass sie bis spätestens Ende des 16. bzw. 17. Jh. in ganz Europa fast nur noch unbezahlte Arbeit im Haushalt verrichteten. Selbst den Beruf der Hebamme durften sie nicht mehr ausüben. Diese Entrechtung wurde von einem Diskurs begleitet, der die weibliche Natur entwertete, denn »der Kapitalismus muss die Widersprüche, die seinen sozialen Beziehungen innewohnen, rechtfertigen und mystifizieren [...], indem er die ›Natur‹ jener verunglimpft, die er ausbeutet« (17). Der letzte Schritt sei die Dämonisierung und Verbrennung von unkooperativen oder unkonventionellen Frauen als Hexen, die des Geschlechtsverkehrs mit dem Teufel, d.h. verbotener, nicht auf Fortpflanzung gerichteter Sexualität bezichtigt wurden.

Für die Unterdrückung weiblicher Kontrolle über die Reproduktion arbeitet Verf. sowohl ökonomische als auch politische Begründungen heraus. Der »Schwarze Tod« hatte zwischen 1347 und 1352 die Zahl der Europäer um ein Drittel verringert. Dies habe es den Grundbesitzern erschwert, der dezimierten Bevölkerung ihre harten Bedingungen aufzudrücken. Eine mögliche Revolte gegen die feudale Ausbeutung habe man entschärft, indem man Vergewaltigung entkriminalisierte und Prostitution institutionalisierte, den Männern also Frauen als Ausbeutungsobjekte nahelegte und so ihren Widerstand umleitete. Diese Politik führte zu neuen Bündnissen zwischen Kirche, Adel und Bourgeoisie, die Hand in Hand daran arbeiteten, die Stellung der Frauen zu schwächen und damit die Hegemonie der aufstrebenden männlichen Kapitalistenklasse zu sichern. Das ging nicht ohne Kämpfe ab, in denen Frauen widerständig agierten. Federici untersucht in diesem Zusammenhang den Deutschen Bauernkrieg, der 1525 endete, und die von Frauen angeführten Hungerrevolten im 17. Jh. in Frankreich. Doch der Ausschluss von Frauen aus der monetarisierten Ökonomie und ihre Entrechtung in Bezug auf die Bezahlung von Lohnarbeit, die nur einen Bruchteil des Lohnes von Männern ausmachte, hatte sie längst umfassend in unbezahlter Hausarbeit und Sicherstellung der Reproduktion gefesselt. Gleichzeitig verarmte das gesamte Proletariat. Die Preise für Nahrungsmittel begannen zu steigen, nachdem Gemeindeland durch Einzäunung privatisiert worden war. Das habe zu jahrhundertelanger Verarmung und Mangelernährung der europäischen Bevölkerung geführt (77ff). Gegen Mitte des 16. Jh. setzte die Politik des neu entstandenen Merkantilismus auf Bevölkerungswachstum als Schlüssel zum nationalen Wohlstand. Dies habe zur »Versklavung von Frauen zum Zwecke der Fortpflanzung« geführt, Gesetze wurden verabschiedet, die Frauen im Grunde zu »Gebärmaschinen« machten, z.B. das Verbot der Schwangerschaftsverhütung. Resümierend spitzt Verf. zu: Hexenverfolgung sei die Antwort des Kapitalismus auf den Widerstand der Frauen gegen ihre Entrechtung gewesen, auf ihren Versuch, Sexualität und Reproduktion zu kontrollieren. Bezeichnenderweise habe die Hexenverfolgung ihren Höhepunkt zu einer Zeit erlebt, in der in Europa die Geburtenraten sanken und bei den herrschenden Klassen Bevölkerungswachstum erwünscht war. Der Aufstieg des Kapitalismus müsse radikal neu als Konterrevolution gegen die fortschrittlichen Kräfte des Mittelalters gedacht werden, zu denen Frauen und Männer gleich gewichtig gehörten.

Das Buch zeichnet neben den zahlreichen interessanten Abbildungen eine umfangreiche Bibliographie aus. In ihrer Einführung wirft Federici sowohl radikalen als auch sozialistischen Feministinnen vor, die Frage der Reproduktion vernachlässigt zu haben. Kritisch vermerkt sei, dass Verf. manchmal zur Vereinfachung neigt, z.B. wenn sie behauptet, dass Marx die Rolle von Frauen im Übergang zum Kapitalismus nicht betrachtet habe. Außerdem tauchen in der historischen Analyse Widersprüche und Redundanzen auf. Verdienstvoll ist die Präsentation von sehr umfangreichem und aufschlussreichem Material, aber leider wird dieses nicht kohärent durchgearbeitet. Dennoch eröffnet Frederici neue und vielversprechende Forschungsperspektiven.

Inez Hedges (Boston); aus dem Amerikanischen von Markus Weidmann (Stuttgart)

Gerstenberger, Heide, *Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, 2. Aufl., Westfälisches Dampfboot, Münster 2006 (665 S., br., 40 €)

Zentrales Anliegen dieses Buches ist die Erklärung bürgerlicher Revolutionen aus den historischen Bedingungen der Herrschaftsstrukturen des Ancien Regime. Laut Verf. stellte die Herrschaftsform dieser Periode eine besondere Konstellation zwischen Feudalismus und bürgerlichen Staaten dar. Waren die feudalen Verhältnisse durch personale Herrschaft und Aneignung bestimmt, so wurde nach Schaffung privilegierter Adelsstände im Übergang zum Ancien Regime Herrschaft durch Marktstrukturen und Recht vermittelt. Der Adel war von der Gewalt der Krone abhängig, die Privilegien verlor, während die Krone zugleich vom Adel abhängig war, da ihre Herrschaft auf der lokalen Praxis des Adels fußte.

Gerstenberger versteht bürgerliche Revolutionen als Phasen im Strukturwandel zum bürgerlichen Staat. Diese Phasen bestimmt sie nicht anhand der Träger oder politischen Form der Revolutionen, sondern anhand der »strukturellen Voraussetzungen für die unterschiedlichen Ausprägungen der bürgerlichen Revolution« (456). Dazu zählt sie vor allem die Herrschaftskrisen des Ancien Regime, die zum einen aus mangelnder Integrationsfähigkeit gegenüber aufstrebenden sozialen Kräften, zum anderen aus der unter den »Herren« verschärften Konkurrenz um Herrschaftspositionen resultierten. In dieser Situation wurde »aus personaler Herrschaft« »öffentliche – subjektlose – Gewalt« (517). – Wie eindrucksvoll am historischen Material gezeigt wird, revoltierten die bestehende adelige Öffentlichkeit und das während des Ancien Regime eingesetzte Parlament in England gegen die Krone. Die frühzeitige Abschaffung königlicher Privilegienvergabe und das Öffentlich-Werden staatlicher Gewalt ermöglichten außerdem, dass die spätere Transformation der Monarchie in ein nationale Einheit stiftendes Symbol im »öffentlichen Interesse« stattfand. Demgegenüber fanden sich in Frankreich kaum Öffentlichkeitsstrukturen – nicht zuletzt darum, weil sich der französische Adel als Kreditgeber der Krone eine gewisse Autonomie bewahrt hatte. Die Kritik am Ancien Regime in Frankreich richtete sich in der Folge direkt gegen die Krone und führte zur Infragestellung nicht nur einzelner Privilegien, sondern der politischen Herrschaft insgesamt und insbesondere der des Adels. Die verschiedenartige Genese einer von der Ökonomie getrennten Sphäre politischer Öffentlichkeit, die Verf. als Bewegungsform bürgerlicher Gesellschaften versteht, führte zu unterschiedlichen Ausprägungen des Strukturwandels derselben. Während sich der bürgerliche Staat in England als Erweiterung bestehender Öffentlichkeitsstrukturen etablierte, mussten diese in Frankreich erst erkämpft werden – gegen die Attacken der früher bürgerlich gewordenen Gewaltapparate aus Polizei und Armenpflege.

Bemerkenswerterweise bietet Gerstenberger zwei unterschiedliche Zugänge zu ihrem Buch an, einen der Kapitelfolge entsprechenden historiographisch orientierten und einen theorieorientierten Zugriff, der das historische Material ausgehend vom theoretisch argumentierenden Schlusskapitel aufschließt. Jede der beiden Lesarten steht für eine kritische Intervention. Einerseits wendet Verf. sich theoretisch gegen eine Geschichtsschreibung, die die Entstehung bürgerlicher Staatlichkeit aus Einzelphänomenen und ohne kohärente materialistische Gesellschaftstheorie zu erklären sucht. Andererseits kritisiert sie aus historiographischer Perspektive funktionalistische Ansätze marxistischer Geschichtsschreibung, die bürgerliche Revolutionen auf ökonomische Strukturerefordernisse zurückführen. Diese vernachlässigten die Komplexität und den »historischen Eigensinn« feudaler oder absolutistischer Gesellschaften und projizierten bürgerliche Verhältnisse – etwa die Trennung von Staat und Ökonomie oder moderne Klassenverhältnisse – auf vorbürgerliche Zustände personaler Herrschaft.

Der Beitrag der Arbeit zur Klassenanalyse besteht darin, dass sie am historischen Material zeigt, dass vor den bürgerlichen Revolutionen nicht von kapitalistischen Klassenverhältnissen gesprochen werden kann, da Ökonomie und Politik noch nicht getrennt waren. Der Einfluss sozialer Gruppen in bürgerlichen Revolutionen müsse anhand ihrer materiellen Positionen und gemeinsam artikulierten politischen Interessen untersucht werden. Kollektives Handeln könne nicht klassen- oder staats-theoretisch vorausgesetzt werden. Vielmehr bedürfe es des »Nachweises einer tatsächlichen Verallgemeinerung materieller Reproduktionsbedingungen sowie [...] von Öffentlichkeitsstrukturen«, »in denen die gegenseitige Versicherung übereinstimmender (klassenmäßiger, ständischer, religiöser und anderer) oppositioneller Interessen überhaupt erst erfolgen konnte« (25).

Diese Neuauflage basiert bis auf wenige Überarbeitungen des Theorieteils auf dem bereits 1990 veröffentlichten *Opus Magnum* Gerstenbergers. Deren Auffassung marxistischer Geschichtsschreibung bedingt eine für Nichthistoriker nicht leicht zugängliche Darstellung der bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich. Im Spannungsfeld zwischen der Eigendynamik vergangener Gesellschaftsformationen und ihrer Untersuchung vom Standpunkt entwickelter bürgerlicher Staatsgewalt entscheidet sie sich im Zweifel für den ›Eigensinn‹ der jeweiligen Epochen. So kommt zwar an bestimmten Punkten die orientierende Führung der Lektüre zu kurz, aber als Verzicht auf Teleologie ist diese Strategie gut begründet.

Lars Bretthauer (Berlin)

Bob Jessops weitsichtige Kapitalismuskritik



In vielfältigen Anschlüssen an die staats-theoretischen Überlegungen von Karl Marx oder Antonio Gramsci, die formationstheoretischen Analysen von Nicos Poulantzas oder die ökonomietheoretischen Erörterungen der französischen Regulationstheorie entwickelt Jessop einen ›strategisch-relationalen Ansatz‹, um die Veränderungen von Staatlichkeit, die Dynamiken der Beziehungen von Staat und Gesellschaft und die Verhältnisse von Ökonomie und Politik im aktuellen Kapitalismus exakter bestimmen zu können.

Bob Jessop

Kapitalismus, Regulation, Staat

Ausgewählte Schriften, hg. v. Bernd Röttger u. Victor Rego Diaz
 Berliner Beiträge zur Kritischen Theorie Band 5
 Argument Sonderband Neue Folge 302
 ISBN 978-3-88619-332-5 · 19,50 € [D]

Im Buchhandel oder beim Argument-Versand: Reichenberger Str. 150
 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · versand@argument.de



Personenangaben

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

Arndt, Andreas, 1949; apl. Prof. am Institut für Philosophie der Freien Univ. Berlin und wiss. Mitarbeiter der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften; Vorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft seit 1992. V: *Unmittelbarkeit* (2004); *Die Arbeit der Philosophie* (2003); *Dialektik und Reflexion* (1994). A: Klassische deutsche Philosophie, Frühromantik, Geschichte und Theorie des Marxismus, Sozialphilosophie

Bollinger, Stefan, 1954; Dr. phil. habil.; Politikwissenschaftler, Dozent in der Erwachsenenbildung, Lehrbeauftragter an der Freien Univ. Berlin. V: *Imperialismustheorien* (2004); *Die DDR war anders. Kritische Würdigung ihrer soziokulturellen Einrichtungen* (Mithg., 2002); *1989 – eine abgebrochene Revolution* (1999). A: Geschichte der DDR, Soziale Bewegungen, Konflikttheorie. M: Helle Panke e.V., GEW, BdWi, Historische Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, Leibniz-Sozietät

Brand, Ulrich, 1967; Dr. phil., PD; ab September 2007 Prof. für Internationale Politik an der Univ. Wien. V: *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien* (2007, 2. Aufl.); *Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates* (Mitverf., 2003); *Mythen globalen Umweltmanagements* (Mithg., 2002); *Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis* (Mithg., 2000). M: Bundeskoordination Internationalismus, GEW, WEED, medico, Wiss. Beirat von Attac

Bretthauer, Lars, 1977; Dipl.-Polit., Promovend in Politikwissenschaft an der Freien Univ. Berlin. V: *Poulantzas lesen* (Mithg., 2006). A: Marxistische Staats- und Gesellschaftstheorie, Geistige Eigentumsrechte, Digitale Informations- und Kommunikationstechnologien

Candeias, Mario, 1969; Dr. rer. pol. V: *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise* (AS 299, 2004); *Ein neuer Kapitalismus?* (Mithg. u. Verf., 2001). A: Prekarisierung, Gewerkschaften, Politische Ökonomie, Hegemonietheorie. M: GEW, InkriT, Rosa Luxemburg Verein, Beirat *Historical Materialism*

Engels, Bettina, 1978; Dipl.-Polit.; Promovendin in Politikwissenschaft an der Freien Univ. Berlin. A: Friedens- und Konfliktforschung, feministische und postkoloniale Ansätze, West- und Zentralafrika

Gebhardt, Richard, 1970; Doktorand am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen. V: *Rosen auf den Weg gestreut. Deutschland und seine Neonazis* (Hg., 2007); *»Gefährliche Gutmenschen?«* (*Argument* 266/2006). A: Politische Theorie und Ideengeschichte; Neofaschismus/»Neue« Rechte; Jugend- und Populärkultur

Gmelch, Andreas, 1944; Dr. phil., akad. Direktor; Dozent für Didaktik der Arbeitslehre an der Otto-Friedrich-Univ. Bamberg seit 1980. V: *Beschäftigungsperspektiven 2000* (Mithg., 1997); *Erfahrungs- und handlungsorientiertes Lernen* (1987)

Graefe, Stefanie; Dr. phil., Soziologin; Autorin, Dozentin und Übersetzerin, Hamburg. V: *Autonomie am Lebende? Biopolitik, Ökonomisierung und die Debatte um Sterbehilfe* (2007)

Gschwandtner, Ulrike, 1965; Mag^a phil., Sozialwissenschaftlerin; Mitarb. bei Solution, Sozialforschung & Entwicklung, Salzburg. V: *Der Gender Markt* (Mitverf., 2006); *Gender Mainstreaming – Durchbruch der Frauenpolitik oder deren Ende?* (Mitverf., 2006); *Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend* (Mitverf., 2006). A: Gender Forschung, Gender Mainstreaming, Arbeitswelt

Hänel-Ossorio, Gisela, 1936; Diplomsoziologin, früher wiss. Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der TU Darmstadt; Oldenburg. V: *Frauenbewegungen in der Welt*, Bd. 2: *Dritte Welt* (Mithg., AS 170, 1989). A: Theorien sozialer Ungleichheit, Entwicklungsländer

Haug, Christoph, 1975; M.A.; Doktorand am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung. A: Kommunikation und Macht, Öffentlichkeit, Soziale Bewegungen. M: ver.di, BdWi, jd/jl

Haug, Frigga, 1937; Dr. phil. habil.; Prof. für Soziologie i.R., HWP Hamburg. V: *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik* (2007); *Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend heute* (Mitverf., 2006); *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen* (2003); *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999); *Frauenpolitiken* (1996). A: Arbeit, Frauen, Methode, Lernen. M: InkriT, BdWi, Wiss. Beirat von Attac

Haug, Wolfgang Fritz, 1936; Dr. phil. habil.; Prof. für Philosophie i.R., FU Berlin. V: *Einführung in marxistisches Philosophieren* (2006); *Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (2006); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (Neufassung, 2005); *Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern, gefolgt von Sondierungen zu Marx / Lenin / Luxemburg* (2005); *High-Tech-Kapitalismus* (2003); *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996; erw. Ausg. 2006); *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Hg., 1994ff); *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993). M: Leibniz-Sozietät, InkriT, BdWi, Wiss. Beirat von Attac

Hedges, Inez, 1947; Prof. of French, German and Cinema Studies und Stotsky Prof. of Jewish Historical and Cultural Studies an der Northeastern Univ., Boston. V: *Framing Faust: 20th Century Cultural Struggles* (2005); *Languages of Revolt: Dada and Surrealist Literature and Film* (1982); *Breaking the Frame: Film Language and the Experience of Limits* (1981). A: Die Shoah in Frankreich. M: Circo-lo Culturale, Florenz

Hinz, Manfred, 1952; Dr. phil. habil.; Prof. für romanische Literaturwissenschaft und Landeskunde an der Univ. Passau. V: *Die menschlichen und die göttlichen Mittel. Sieben Kommentare zu Baltasar Gracián* (2002); *Rhetorische Strategien des Hofmanns. Studien zu den italienischen Hofmannstraktaten des 16. und 17. Jh.* (1992); *Fichtes System der Freiheit. Analyse eines widersprüchlichen Begriffs* (1981)

Jameson, Fredric, 1934; Prof. für Vergleichende Literaturwissenschaft; Vorsitzender des Literature Program und des Center for Cultural Theory an der Duke-Univ. V: *Archaeologies of the Future* (2005); *A Singular Modernity* (2002); *Lust und Schrecken der unaufhörlichen Verwandlung aller Dinge: Brecht und die Zukunft* (1999); *The Cultural Turn: Selected Writings on the Postmodern 1983-1998* (1998); *Spätmarxismus. Adorno oder Die Beharrlichkeit der Dialektik* (1991). A: Moderne, Literatur und Film aus der Dritten Welt, der moderne französische Roman und Film, Sartre, Marx & Freud, Frankfurter Schule

Jehle, Peter, 1954; Dr. phil.; Lehrer. V: *Werner Krauss. Briefe 1922 bis 1976* (Hg., 2002); *Gramsci, Gefängnishefte Bde. 7-10* (Mithg., 1996-2002); *Werner Krauss und die Romanistik im NS-Staat* (AS 242, 1996). M: InkriT, GEW

Jungwirth, Ingrid, 1969; Dr. phil.; Lehrbeauftragte an der Humboldt-Univ. Berlin. V: *Zum Identitätsdiskurs in den Sozialwissenschaften – eine postkolonial und queer informierte Kritik an George H. Mead, Erik H. Erikson und Erving Goffman* (2007). A: Kulturosoziologie, Frauen- und Geschlechterforschung, Migrationsforschung

Knobloch, Clemens, 1951; Prof. für Germanistik/Linguistik an der Univ. Siegen. V: »*Völkchafte Sprachforschung*« – *Studien zum Umbau der Sprachwissenschaft in Deutschland zwischen 1918 und 1945* (2005); *Moralisierung und Sachzwang – Politische Kommunikation der Massendemokratie* (1998). A: Politische Kommunikation, Geschichte der Sprachwissenschaft, Grammatik, Spracherwerb

List, Elisabeth, 1946; Dr. phil.; Prof. am Institut für Philosophie der Univ. Graz. V: *Alltagsrationalität und soziologischer Diskurs* (1989); *Die Präsenz des Anderen. Theorie und Geschlechterpolitik* (1993); *Grenzen der Verfügbarkeit. Die Technik, das Subjekt und das Lebendige* (2001). A: Wissenschaftstheorie, Philosophische Anthropologie, Feministische Theorie, Theorie des Körpers

Marxhausen, Thomas, 1947; Prof. Dr. sc. phil. V: »Jakobinismus« (HKWM 6/II, 2004); »historische Mission der Arbeiterklasse«, »historische Schule der Ökonomie« (HKWM 6/I, 2004). A: MEGA-Edition, HKWM-Redakteur

Ossorio Capella, Carles, 1932; Dr. phil.; Prof. em. für Politische Wirtschaftslehre an der Univ. Oldenburg. V: »Globalization and Structural Change in Sectors and Regions«, in: S.B. Dahiya (Hg.), *The Current State of Economic Science*, Vol.3, Rothak/Indien 1999, 1329ff; »Imperialismuspolitik der USA«, in: S. Ravasani (Hg.), *Begimmt eine neue Ära der Weltgeschichte?*, Hamburg 1995, 63ff. A: Politische Ökonomie, Entwicklungsländer

Paust-Lassen, Pia, 1956; Dipl.-Ing. für Technischen Umweltschutz; wiss. Mitarbeiterin in der Koordination des EU-Netzwerkes »Sustainability Strategy« an der Freien Univ. Berlin. V: *Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft* (Mithg., 2006); *Arbeit in der neuen Zeit – Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit* (Mithg., 2004); *Ökologie der Menschheit – Strategien der nachhaltigen Entwicklung als Transformationsaufgabe* (Mitverf., 2001). A: Nachhaltigkeitsforschung, Neue Politik der Arbeit. M: Verein Forum Neue Politik der Arbeit e.V.; Netzwerk Sustainability Strategy, European Platform of Women Scientists

Philipp, Ines, 1963; Lehrerin

Reitz, Tilman, 1974; Dr. phil.; wiss. Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Univ. Jena. V: *Bürgerlichkeit als Haltung. Zur Politik des privaten Weltverhältnisses* (2003); »Friedhof der Kuscheltiere. Die Neutralisierung Adornos« (*Argument* 254/2003). A: Gesellschaftstheorie, politische Philosophie, Ästhetik

Riedmann, Erwin, 1969; Dipl.-Soziologe; Promovend an der Freien Univ. Berlin. V: »Das Bewerberfoto« (*Argument* 261/2005). A: Stadt- und Armutsforschung

Scheuer, Stephan, 1985; Student der Politikwissenschaft, Sinologie und Jura an der Philipps- Univ. Marburg. A: Politische Theorie, Chinas Außen- und Wirtschaftspolitik

Schultz, Rainer, 1977; M.A.; promoviert zur Geschichte Lateinamerikas an der Harvard University, Cambridge. V: *Regierungsbeteiligung oder Dritte Politische Sphäre? Die spanische Vereinigte Linke* (2004); *Welche Transition? Zivilgesellschaftsdiskurse in Kuba* (2003). A: Lateinamerika, Geschichte der Sozialismen, soziale Bewegungen. M: LASA, ver.di

Schoenberger, Gerhard, 1931; Autor und Publizist; Träger des Eitinger-Preises der Univ. Oslo; gehört zu den Pionieren der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die er durch seine Bücher sowie zahlreiche Ausstellungen und Filme vorangetrieben hat; er war Leiter des Deutschen Kulturzentrums in Tel Aviv, Gründungsdirektor der Gedenkstätte »Haus der Wannsee-Konferenz«, Vizepräsident des westdeutschen PEN-Zentrums und Co-Vorsitzender der »Freunde der deutschen Kinemathek« in Berlin. V: *Der gelbe Stern* (1960); *Zeugen sagen aus* (Hg., 1983) – mit zahlreichen Neuauflagen und Übersetzungen

Solty, Ingar, 1979; M.A.; Politikwissenschaftler; Doktorand und Teaching Assistant an der York Univ. in Toronto. V: »Der Chronist der Schmuttelkinder. Zum 75. Geburtstag von Franz Josef Degenhardt« (*Argument* 268/2006); »Tony Kushners amerikanischer Engel der Geschichte« (*Argument* 265/2006); »Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keine Linkspartei?« (*Argument* 264/2006); *Der neue Imperialismus* (Mitverf., 2004). A: Politische Theorie und Philosophie, Internationale Politische Ökonomie, Materialistische Staatstheorie, Imperialismustheorie, USA. M: IG Metall, BdWi, Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

Suvín, Darko, 1934; Prof. em. an der McGill Univ. in Montréal, Kanada. V: *Lessons of Japan* (1996); *To Brecht and Beyond: Soundings in Modern Dramaturgy* (1984); *Poetik der Science Fiction* (1979). A: Vergleichende Literatur- und Theaterwissenschaften, Theorien des Interkulturellen, Utopien und Science Fiction, Politische Epistemologie

Tullney, Marco, 1977; Politikwissenschaftler. V: *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie* (Mithg. u. Autor, 2006); *Die Folgen der Agenda 2010. Alte und neue Zwänge des Sozialstaats* (Mithg. u. Autor, 2004). A: Politische Theorien, Geschlechterverhältnisse, Sozialpolitik, Neue Technologien. M: ver.di, BdWi, Fiff, DGS

Wacquant, Loïc, 1960; Prof. of Sociology an der Univ. of California, Berkeley; Mitglied des Centre de sociologie européenne, Paris; Mitbegr. und Hg. von *Ethnography*. V: u.a. *Urban Outcasts: A Comparative Sociology of Advanced Marginality* (2007); *Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays* (2006); *Leben für den Ring* (2003)

Weidmann, Markus, 1958; Freiberufl. Übersetzer und Lektor, Berlin

Wolf, Frieder Otto, 1943; Dr. phil. habil.; Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Univ. Berlin, gesellschaftswiss. Forscher und Berater bei inEcom/Berlin. V: *Das Kapital neu lesen* (Mithg., 2006); *Turnaround* (Mithg., 2006); *Arbeitsglück* (2005); *Die Tätigkeit der PhilosophInnen* (Mithg., 2004); *Radikale Philosophie* (2002); *Für eine grüne Alternative in Europa* (Mitverf., 1991); *Louis Althusser, Schriften*, Bd. 4 u. 5 (Mithg.); *Umwege* (1983); *Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis* (Mithg., 1972); *Die neue Wissenschaft des Thomas Hobbes* (1969). M: GEW, HVD, BdWi

147/2007

Internationalisierung des Staates

Stefan Schoppengerd: Die G7/G8-Gipfel in der internationalen politischen Ökonomie. Das Beispiel Währungs- und Finanzpolitik

Heide Gerstenberger: Fixierung und Entgrenzung Theoretische Annäherungen an die politische Form des Kapitalismus

Tobias ten Brink: Harmonische »Weltgesellschaft«? Internationale politische Institutionen und die Restrukturierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse

Ulrich Brand, Christoph Görg u. Markus Wissen: Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive

Jens Wissel: Die transnationale Regulation des Freihandels

SolPicciotto: Internationale Transformationen des Staates

Miriam Heigl: Peripherer Staat oder »failed states«? Zur Analyse von Staatlichkeit in abhängigen Formationen am Beispiel Mexiko

Raul Zelik: »State Failure« und »asymmetrische Kriege« als Paradigmen von Weltordnungspolitik

Einsprüche

Tobias Pieper: Die aktuelle Bleiberechtsregelung – ein Kompromiss, der keiner ist

37. Jg. 2007

1/2007

Approaches to Governance

Bernhard Leubolt: On the Different Facets of the Debate on Governance

Ulrich Brand: Zwischen Normativität, Analyse und Kritik. Die jüngere Diskussion um Global Governance

Daniela Coimbra de Souza u. Andreas Novy: New Regions and New Modes of Regional Governance in Central Europe and in Brazil

Chiara Tornaghi: Change and Continuity in the Pattern of Local Governance

Giancarlo Cotella: Evolution of the System of Governance in Poland from Socialism to Capitalism

Miriam Heigl: Anfang vom Ende? Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika

23. Jg. 2007

Summaries

Ingar Solty: Transformation of the German Post-War Political System and European Historical Responsibility of the German Left-Wing Party

The belle époque of neo-social democracy during the second half of the 1990s and the first half of the 2000s marked the last step in the exhaustion of the utopian energies that had emerged from the 1960s cultural rebellion. Its inscription into neoliberalism and the neoliberal transformation of social democracy has not only severely damaged traditional social democracy, but along with the collapse of Eastern and Western communism and the generally declining integrative potentials of former people's parties it has also entailed the emergence and rise of right-wing populist political formations as an almost universal byproduct of neoliberal social restructuring and (feared) immiseration. The rise of the German Left-wing Party as a transregional comprehensive German party marks a historical turning point. It is the first left-wing articulation of the contradictions of neoliberalism that has hindered the rise of right-wing populism at the national level, which in 2004 still seemed inevitable, and potentially embodies a new left that is not merely a remainder of the fallen Western new left or Eastern communism. The leftist articulations of the contradictions of neoliberalism in the context of its approaching legitimacy crisis, however, do not imply that right-wing populism has been banned for good. This points to the historical responsibility carried by the left-wing party both in Germany and beyond for a neosocialist project.

Frigga Haug: Rosa Luxemburg and the Art of Politics

The essay ventures a reconstruction of decisive issues in Luxemburg's proposals for politics. It discusses the relation of democracy and dictatorship; of parliamentarism and revolutionary *Realpolitics*; finally it shows Luxemburg's engagement in self criticism, presenting her passionate discussion of mistakes and errors. The essay draws from Haug's new book on Luxemburg. This essay is to be understood as an intervention in current politics of the left.

Wolfgang Fritz Haug: Axioms of a New Beginning. On the Contemporary Philosophical Relevance of Karl Marx

The author subjects the postulates of Marxian thought to an experiment that he subsumes under the Brechtian term »axiomatic field«. The readers should explore in their own experience whether they »can make their way in this structure. They may even experience the power of certain orientations in its strongest possible form. This would consist in finding a life worthy of humans, today and in the future, imaginable under such conditions only. One could negate these ideas only at the cost of negating oneself.« In a further step, the author links this field with the »Three Critiques« of Marx: »They answer three previously unposed questions, each of which Marx added to an already constituted realm of knowledge, producing (in Rosa Luxemburg's words) the perspectives of »an entirely new world«: How does reality, stripped of its effects, assume the form of object? How human contents the form of religion and of the other ideologies? How does work assume the form of value? The relationship between these three questions shows a structure of structures, the arrangement of domination over nature, state power, and social domination

under conditions of the market-defined socialization of work. It defines the horizon of an inquiry, upon which to move and for which to develop a language constitutes the unheard-of new and as yet unsatisfied in Marxian thought.«

Darko Suvin: Inside the Whale: How to Live When Communism is a Necessity, But Nowhere On the Horizon

Communism cannot be perceived and cannot be successful without the notion of salvation. Just as much as all modern societies incorporate elements of surrogate theologies (including the theology of the market) the precondition of a regenerated communist or anticapitalist left is a comprehensive system of beliefs and guiding values. Reconstructing communism as well as enabling us to live in a world in which salvation is not to be experienced in the lifetimes of most of us, therefore affords us to search for elements that allow us to simultaneously recapture the salvational belief of a communist horizon and avoid the mistakes of past thisworldly millennial beliefs. This entails the combination of the salvational belief with the denouncement of the idea of the One and Infallible Truth. Key features of a reconstructed skeptical belief in salvation can be drawn from both materialist, tangible salvational beliefs as well as heterodox and thisworldly political religious theologies such as Bonhoeffer's teachings.

Loïc Wacquant: Territorial Stigmatization in an Era of Advanced Marginalization

The comparative sociology of the structure, dynamic and experience of urban relegation in the United States and the principal countries of the European Union during the past three decades reveals the emergence of a new structure of marginalization. This structure generates forms of poverty which are neither residual, nor cyclical, nor transitory, but well inscribed in the future of contemporary societies in as much as they are nourished by the fragmentation of wage labor, the functional decoupling of neighborhoods from macro-economic tendencies, and the reconfiguration of the welfare state in the polarizing city. Based on a systematic comparison of the evolution of the black American ghetto and the French working-class *banlieue* at the turn of the century, this article highlights three distinctive spatial properties of »advanced marginality« and their implications for the formation of the »precariat« in post-industrial societies.

Mario Candeias: The »impossible« Precariat or Failing in light of the Contradictions of Plural Partitions

The theoretical view espoused in the works of Loïc Wacquant, Pierre Bourdieu and Robert Castel on precarity, evinces a concern for the transformation of work and life only as a process of impoverishment and deconstruction. It, therefore, becomes blind to the emergence of new forms of resistance, for example in the Paris *banlieues*. Their view comes from an analytical standpoint that looks from the »outside« and from »above«, measuring with concepts from the past, and failing to understand the new composition of class. The author tries to work out the process of de- and re-composition in the process of precarization, trying not only to understand the demobilization but also to identify new modes of individual and collective resistance and their potential for a generalization of a common class project, of recognizing difference.

Schultz, Susanne, <i>Hegemonie – Gouvernementalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik</i> (Stefanie Graefe)	442
Degener, Ursula, u. Beate Rosenzweig (Hg.), <i>Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit. Feministische Analysen und Perspektiven</i> (Elisabeth List)	444
Holzer, Boris, <i>Netzwerke</i> (Clemens Knobloch).....	445
Rena Tangens, padeluun (Hg.), <i>Schwarzbuch Datenschutz. Ausgezeichnete Datenkraken der BigBrotherAwards</i> (Marco Tullney).....	447

Soziale Bewegungen und Politik

Fabio, Udo di, <i>Die Kultur der Freiheit</i> (Richard Gebhardt, Ingar Solty)	448
Weizsäcker, Ernst Ulrich von, Ulrich Petschow u. James N. Rosenau (Hg.), <i>Governance and Sustainability: New Challenges for States, Companies and Civil Society</i> (Frieder Otto Wolf u. Pia Paust-Lassen)	451
Schlichte, Klaus, <i>Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika</i> (Bettina Engels).....	452
Heilmann, Sebastian, <i>Das politische System der Volksrepublik China</i> (Stephan Scheuer).....	454
Schwenken, Helen, <i>Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union</i> (Ulrich Brand)	455
Thörn, Håkan, <i>Anti-Apartheid and the Emergence of a Global Civil Society</i> (Christoph Haug).....	456
Ballard, Richard, Adam Habib u. Imraan Valodia (Hg.), <i>Voices of Protest. Social Movements in Post-Apartheid South Africa</i> (Christoph Haug)	456
Gibson, Nigel C. (Hg.), <i>Challenging Hegemony: Social Movements and the Quest for a New Humanism in South Africa</i> (Christoph Haug)	456

Ökonomie

Rügemer, Werner, <i>Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Von der Treuhand zu Public Private Partnership</i> (Stefan Bollinger)	460
Vring, Thomas von der, <i>Welche Politik schafft Arbeitsplätze? Eine empirische Überprüfung theoretischer Behauptungen</i> (Gisela Hänel-Ossorio u. Carles Ossorio Capella)	461
Bologna, Sergio, <i>Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur Neuen Selbständigkeit</i> (Mario Candeias)	462

Geschichte

Federici, Silvia, <i>Caliban and the Witch: Women, the Body and Primitive Accumulation</i> (Inez Hedges).....	464
Gerstenberger, Heide, <i>Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt</i> (Lars Bretthauer).....	466

Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

Augsburg	Probuch, Gögginger Straße 34 (0821/579173)
Berlin	Argument-Buchladen, Reichenberger Straße 150 (030/611 39 83) Motzbuch, Motzstraße 32 (030/2115958) Schleichers Buchladen, Königin-Luise-Straße 40/41 (030/841902-0) Schwarze Risse, Mehringhof - Gneisenaustraße 2a (030/6928779)
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen, Hagenbruchstraße 7 (0521/175049)
Bremen	Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60 (0421/785 28)
Düsseldorf	BiBaBuZe, Aachener Straße 1 (0211/34 00 60)
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8 (0201/820700)
Frankfurt/M	Unibuch, Jügelstraße 1 (069/775082) Karl Marx Buchhandlung, Jordanstraße 11 (069/778807) Herbert Bärsch Nachf. GmbH, Hostatostr./Albanusstr. 29 (069/314032-0)
Freiburg	Jos Fritz, Wilhelmstraße 15 (0761/26877)
Göttingen	Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 (0551/42128)
Hamburg	Heinrich Heine Buchhandlung, Schlüterstraße 1 (040/441133-0)
Hannover	Annabee, Gerberstraße 6 (0511/1318139)
Heidelberg	Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 65 (06221/26036)
Hildesheim	Amei's Buchecke, Goschenstraße 31 (05121/34441)
Kassel	ABC Buchladen GmbH, Goethestraße 77 (0561/777704)
Kiel	Zapata Buchladen GmbH, Jungfernstieg 27 (0431/93639)
Köln	Der Andere Buchladen, Zülpicher Straße 197 (0221/416325)
Konstanz	Buchladen zur Schwarzen Geiss, Am Obermarkt 12 (07531/15433)
Mainz	Cardabela, Frauenlobstraße 40 (06131/614174)
Marburg	Roter Stern GmbH, Am Grün 28-30 (0542/24787)
München	Basis-Buchhandlung, Adalbertstraße 41b-43 (089/2723828)
Münster	Buchhandlung Rosta, Aegidiistraße 12 (0251/449026)
Stuttgart	Buch Weiss, Ebitzweg 44, Bad Cannstatt, (0711/4703388)
Nürnberg	Buchhandlung Libresso, Bauerngasse 14 (0911/225036)
Oldenburg	Buchhandlung Carl v. Ossietzky, Markt 24 (0441/13949)
Reutlingen	Jakob Fetzer, Georgenstraße 26 (07121/239080)
Schweiz	Basel Buechlade, Theaterpassage Theaterstraße (7 061/2718404) Bern Buchhandlung Candinas, Münsterergasse 41 (031/3121285)
Österreich	Wien Buchhandlung Winter, Landesgerichtstr. 20 (0043/1 405 12 34) Wien Lhotzkys Literaturbuffet, Taborstraße 28 (0043/1 276 47 36)
Niederlande	Utrecht De Rooie Rat, Oudegracht 65 (031-30-2317189)

Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

Augsburg	Frauenbuchhandlung Elisara, Schmiedgasse 11 (0821/154303)
Bochum	Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstraße 12 (0234/683194)
Bremen	Hagazussa, Friesenstraße 12 (0421/74140)
Düsseldorf	Frauenbuchladen, Becherstraße 2 (0211/4644050)
Göttingen	Laura GmbH, Burgstraße 21 (0551/47317)
Köln	Rhiannon, Moltkestraße 66 (0221/523120)
Leipzig	Frauenbuchladen Tian, Könnertitzstraße 92 (0341/4797475)
Mannheim	Frauenbuchladen Xanthippe, T3, 4 (0621/21663)
München	Lillemor's Frauenbuchladen, Barerstraße 70 (089/2721205)
Nürnberg	Frauenbuchladen, Innerer Kleinreutherweg 28 (0911/352403)
Tübingen	Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2 (07071/26590)
Schweiz	Zürich Frauenbuchladen, Gerechtigkeitsgasse 6 (01/2026274)
Österreich	Wien Frauenzimmer, Lange Gasse 11 (0222/4068678)